

**Auswirkungen von Armut und Arbeitslosigkeit auf die psycho-soziale
Entwicklung der Betroffenen und deren Familien, insbesondere der
Kinder und Jugendlichen**

Dissertation

zur Erlangung der Grades Dr. päd.

**am Fachbereich 12 Erziehungs-
wissenschaft und Soziologie**

**der Universität Dortmund
vorgelegt von Eberhard Knost,
Im Aufbruch 18,44805 Bochum**

Eingereicht am: 29.08.2000

**Referent: Prof. Dr. Rauschenbach
Korreferent: Prof. Dr. Thole**

1. Einleitung	1
2. Armut, soziale Deprivation und Arbeitslosigkeit von Familien und ihren betroffenen Kindern	8
2.1 Basiskonzepte der Armut	13
2.2. Armut bei Kindern und Jugendlichen	16
2.3. Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Mikrozensus und Sozialhilfestatistik	21
2.4 Arbeitslosigkeit als kritisches Lebensereignis	23
2.4.1 Funktion der Arbeit und Forschungsergebnisse zur Arbeitslosigkeit	38
2.4.1.1 Die Marienthal-Studie	54
2.4.1.2 Die Warschauer Studie	61
2.4.1.3 Arbeitslosigkeit während des Nationalsozialismus (1933-1945) ..	65
2.4.1.4 Die Detroit-Studie	88
2.4.1.5 Die Bredaer Protokolle	90
-Zusammenfassung-	93
3. Theoretische Grundlagen: – Life – Event-Forschung und mögliche Konzepte sozialer Unterstützung- – Life – Events aus der Sicht des Kindes-.....	100
3.1 Historische Entwicklung der Life – Event-Forschung	103
3.2 Merkmale der Life-Event-Forschung	108
3.3 Psychische Störungen und kritische Lebensereignisse	111
3.3.1. Das medizinische Paradigma	112
3.3.2 Das sozialwissenschaftliche Paradigma	114
3.3.2.1 Der strukturell-funktionale Ansatz	116
3.3.2.2 Der prozessuale Ansatz	117
3.4 Therapieerfolg und kritische Lebensereignisse	125
3.5 Das Konzept der sozialen Unterstützung	127
3.5.1 Die Wirkung sozialer Unterstützung	130
3.5.2 Die Haupt-Effekt-Unterstützung	131
3.5.3 Die Puffer-Effekt-Unterstützung	132
3.5.4 Der Ausschließlichkeitsanspruch, der Haupt-Effekt und der Puffer-Effekt Unterstützung	134
3.6 Life-Event-Forschung: Zwischen sozialen Erwartungen und individuellen Fähigkeiten	135
3.7 Life-Event-Forschung aus der Sicht von Kindern arbeitsloser Eltern ..	137
3.7.1 Kinderrechte	138
3.7.2 Die Rollenverteilung in der Familie	142
3.7.3 Kinder in der Armuts- und Arbeitslosenforschung	149
3.7.3.1 Situation in der Schule	163
3.7.3.2 Kinderarbeit	168
3.7.3.3 Die Versorgungs- und Gesundheitslage - Theoretische Grundlagen sozialepidemiologischer Forschung-.....	189
3.7.3.4 Sozialepidemiologische Untersuchungen in der Geschichte	191
3.7.3.5 Soziale Ungleichheit in der Mortalität	192
3.7.3.6 Soziale Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit	194
3.7.3.7 Soziale Ungleichheit in der Morbidität	197
3.7.3.8 Kindesmisshandlung	210
4. Empirische Untersuchung	221
4.1 Untersuchungsmethode	221
4.1.1 Statistische Angaben zum Untersuchungsfeld	222
4.1.1.1 Statistische Ausgangssituation im Arbeitsamtsbezirk Bochum.	222

4.1.1.2 Hypothesen dieser Untersuchung	224
4.1.1.3 Allgemeine Angaben zur Untersuchungsmethode	226
4.1.1.3.1 Gütekriterien der empirischen Untersuchungsinstrumente	227
4.1.1.3.2 Fragebogen	227
4.1.1.3.3 Durchführung der schriftlichen Befragung.....	229
4.1.2 Datenauswertung	232
4.1.2.1 Sozio-demographische Daten	232
4.1.2.2 Alter.....	232
4.1.2.3 Geschwister	233
4.1.2.4 Transfereinkommen der Eltern	234
4.1.2.5 Dauer der Arbeitslosigkeit	235
4.1.2.6 Schulabschluss und ausgeübter Beruf vor der Arbeitslosigkeit	237
4.1.2.7 Betätigung des arbeitslosen Elternteils im Haushalt	237
4.1.2.8 Soziale Beziehungen zwischen Eltern und Kindern vor und nach der Arbeitslosigkeit	239
4.1.2.9 Bestrafungen der Kinder durch ihre Eltern	240
4.1.2.10 Bestrafungsformen	241
4.1.2.11 Besuchte Schulformen.....	242
4.1.2.12 Schulleistung	243
4.1.2.13 Nachlassen der mündlichen und schriftlichen Leistungen.....	244
4.1.2.14 Schulbesuch und-versäumnisse bei der Arbeitslosigkeit.....	245
4.1.2.15 Beziehung zu den Lehrern.....	246
4.1.2.16. Berufsaussichten.....	247
4.1.2.17 Kinderarbeit	248
4.1.2.18 Freizeitverhalten.....	250
4.1.2.19 Psychosomatische Begleiterscheinungen.....	251
5. Expertenberichte	252
5.1 Bericht „Schmidt-Kessler“ vom 28.06.1993	254
5.2 Bericht „Heuer“ vom 17.08.1993	255
5.3 Bericht „Mester“ vom 14.03.1993.....	255
5.4 Schulischer Bereich.....	256
5.5 Privater Bereich	257
5.6 Kinderarbeit	258
6. Zusammenfassung.....	259
7. Bewältigungsstrategien für die Problematik der Kinder arbeitsloser Eltern	260
7.1 Effektivität von Copingprozessen	261
7.2 Das Bewältigungsverhalten	263
7.2.1 Differenziertheitsgrad	264
7.2.2 Soziale Aspekte des Bewältigungsverhaltens	265
7.2.3 Problemorientierte Aspekte des Bewältigungsverhaltens	266
7.2.4 Erfolgversprechende Verhaltensweisen und die Realisierung	268
7.2.5 Realisierung empfundener Verhaltensweisen.....	268
7.3. Beratungsangebote zur Bewältigung kritischer Lebensereignissen.....	269
7.3.1 Möglichkeiten der Jugendhilfe.....	271
7.3.1.1 Erziehungsberatungsstellen.....	272
7.3.1.2 Erziehungsbeistandschaften und sozialpädagogische Familienhilfen.....	273
7.3.1.3 Tagesgruppen	274
7.3.1.4 Heimerziehung und sonstige Wohnformen.....	278

7.3.1.5 Schulsozialarbeit.....	279
7.3.1.6 Gemeinde und Stadtteilarbeit	284
8. „Zur Ernährungsreform“	286
9. Fazit und Relevanz für die pädagogische Praxis.....	289
Literaturverzeichnis.....	294
Anhang	301

1. Einleitung

Am 12.06.1992 beschloss die Konferenz der Jugendminister der gemeinsamen Verfassungskommission des Bundestages und Bundesrates folgenden Ergänzungsvorschlag zu Art. 6, Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) vorzulegen:

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. Sie schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge.“¹

Bei der bislang angestrebten, aber nicht umgesetzten Änderung des Grundgesetzes geht es um die Verankerung eigenständiger Rechte des Kindes auf der Verfassungsebene, unabhängig von den festgelegten Rechten der Eltern, also um eine grundsätzliche Reform des Kindschaftsrechtes. Auf der Basis dieses Ergänzungsvorschlages wird es Gegenstand dieser Dissertation sein zu analysieren, inwieweit die hohe **Arbeitslosigkeit** in Deutschland diese Kinderrechte einschränkt; wobei neben der kursorischen Behandlung der Armutsdiskussion der Schwerpunkt der Arbeit in der Untersuchung der psychosozialen Auswirkungen auf die Kinder von Familien besteht, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik liegt im Jahre 2000 bei über vier Millionen.

(„In der BRD, wo die Vier-Millionen-Grenze inzwischen überschritten wurde, sind schätzungsweise in Wahrheit bereits bis zu sieben Millionen Menschen arbeitslos.“)²

Die offiziellen Statistiken wiesen für Anfang des Jahres 2000 ca. 4,5 Mio. Arbeitslose auf. Zudem lebten 998.000 Haushalte oder umgerechnet ca. 4,5 Mio. Menschen von der

¹ Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen: Politik für Kinder in NRW-Initiativen der Landesregierung, Düsseldorf 1994, S. 18.

² Kurz, Robert, Schwarzbuch Kapitalismus, Göttingen 1999, S. 635.

Unterstützungszahlung der Sozialhilfe. Nach diesen Zahlen leben somit im Jahre 2000 in der Bundesrepublik Deutschland ca. 9 Mio. Menschen von staatlichen Unterstützungsleistungen.

Schätzungen zufolge sind davon ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Mitleidenschaft gezogen. Es ist demnach von ca. zwei Mio. Kindern und Jugendlichen auszugehen, die in bundesdeutschen Haushalten leben und von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug der Eltern betroffen sind.¹

„Schätzungsweise werden inzwischen ca. 2,5 Millionen Familien mit Kindern von diesem brutalen Milieu erfasst. Diese Kinder erleben sowohl in den Freundschaftsgruppen als auch in der Schule ein zweigeteilte Gesellschaft: hier die armen, ausgestoßenen, ‘sozial abgefederten‘ Väter, Mütter oder sogar beide Eltern, dort die anderen, die Arbeit haben und weiterleben können wie bisher. Diese Familien ziehen sich zurück, und die Kinder spüren eine allmählich wachsende Depression der Bezugspersonen, die sich in Aggressivität oder Brutalität sich selbst gegenüber oder zu den Kindern oder anderen Personen äußert.“²

Nach dem Ressourcenansatz sind diese Kinder und Jugendlichen als arm zu bezeichnen (vgl. Kap.2.2 u. 3.7). Es reicht allerdings im Hinblick auf Kinder- und Jugendarmut nicht aus, allein den Arbeitslosen - oder Sozialhilfestatus der Eltern zu berücksichtigen. Vielmehr leben auch viele Familien mit eigenem Einkommen und mehreren Kindern am Rande der Armutsschwelle, da das Pro-Kopf-Einkommen mit der Zahl der Kinder rapide absinkt. Somit liegt die wahre Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, weit über den genannten zwei Millionen.³ Manche Schätzungen gehen sogar von drei Millionen Kindern und Jugendlichen aus, die in bundesdeutschen Haushalten leben und von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug betroffen sind.⁴ Strohmeier berichtet, dass in NRW die Hälfte der gesamten Armutspopulation unter 25 Jahre alt ist.

¹ Vgl. Erziehung u. Wissenschaft, 10/2000, Frankfurt, S. 27.

² Seibert, Norbert, Kindliche Lebenswelten, Bad Heilbronn 1999, S. 55.

³ Vgl. Hilmar, Peter, Kinder in Armut, in: Gilde soziale Arbeit, 2/92 Vlotho 1991, S. 22 ff.

⁴ Ebd., S. 2.

Die Gesamtzahl der von Armut Betroffenen beziffert er in NRW mit **995000** Kindern und Jugendlichen.¹

Die Weltgesundheitsorganisation hat sich auf zwei Symposien speziell mit den gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit befasst. Sie kommt zu der Einschätzung, dass Massenarbeitslosigkeit in den hochindustriellen Ländern aufgrund der in der psychologischen und sozialmedizinischen Forschung nachgewiesenen, gravierenden psycho-sozialen und gesundheitlichen Folgeschäden in ihrem gegenwärtigen Umfang als eine „epidemiologische Katastrophe“ eingeschätzt werden muss. Aufgrund des aktuellen Forschungsstandes kann festgestellt werden, dass für eine beträchtliche Zahl von Menschen Arbeitslosigkeit ein kritisches Lebensereignis verkörpert, welches verbunden ist mit einer Summierung alltäglicher Probleme und Sorgen und zu einer beträchtlichen Verschlechterung des psychischen und physischen Gesundheitszustandes führt. Die neuere Arbeitswissenschaft hat Erklärungsansätze für das Phänomen geliefert, dass Arbeit für den Menschen vor allem in hochindustrialisierten Ländern so wichtig ist. Insbesondere die Arbeiten von Wacker² u. a. bieten Interpretationen der ebenso kollektiven wie lebensgeschichtlichen Bedeutung der Erwerbsarbeit. Insbesondere auf die Relevanz von Arbeit für den Aufbau von Identität, sozialen Kontakten und eines individuellen Systems der Zeitstrukturierung wird hingewiesen. Auf der Grundlage unseres heutigen Wissens können wir davon ausgehen, dass Arbeitslosigkeit zu folgenden Erscheinungen auf der Subjektebene führen kann:

- Abnahme des Selbstwertgefühls
- Zunahme sozialer Isolation
- Entwicklung von Schuldgefühlen
- Depression, Fatalismus und Apathie.

Es existieren kaum quantitative empirische Untersuchungen, in denen Familienmitglieder, die von **Arbeitslosigkeit** betroffen sind, zu Wort kommen; wobei empirische Untersuchungen, bei denen betroffene Kinder unmittelbar befragt werden, überhaupt nicht existieren.

¹ Vgl. Strohmeier, Klaus Peter, Armut in Nordrhein-Westfalen, Bochum 1999, S. 55.

² Vgl. Wacker, Ali, Arbeitslosigkeit o. O., 1977, S. 13ff.

Das Hauptmanko der Arbeitslosenforschung ist diesbezüglich in dem Umstand zu sehen, dass Arbeits- und Familienwelt, dem Prinzip der Industriegesellschaft folgend, als zwei getrennte Bereiche betrachtet werden. Es liegt auf der Hand, dass gerade länger andauernde Arbeitslosigkeit, insbesondere des „Familienernährers“, nachhaltige Auswirkungen auf die Familie, die Partnerbeziehungen und die Perspektiven der Kinder hat. Durch die Reduzierung des Einkommens geraten Familien in große finanzielle Schwierigkeiten, die sich neben der Einschränkung des Konsums längerfristig in Gestalt von Verschuldung, Raten- und Mietrückständen auswirken.

Armut stigmatisiert; das erfahren vor allem Kinder in den Schulen und Kindergärten. Sie können häufig mit den Bildungszielen nicht mithalten, sind bei Klassenausflügen immer weniger dabei; werden nicht integriert, sondern erfahren Desintegration. Sie wirken oft belastet. Dies macht auch nicht vor den Sozialämtern halt. Häufig werden notwendige Ratschläge reduziert und restriktiv gegeben; persönliche Nöte finden keine Berücksichtigung. Wer kennt nicht die Situation auf den Fluren der Sozialämter? Der Rückzug aus dem üblichen Leben zählt zu den auffälligsten psycho-sozialen Folgen der Armut. Soziale Kontakte sind immer mit Kosten verbunden, z.B. wenn persönliche Einladungen ausgesprochen werden. Diese Tendenz zur Selbstisolierung lässt sich bei fast allen Arbeitslosen- bzw. Sozialhilfefamilien feststellen. Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein der Kinder leiden entsprechend.

Die Verarmung arbeitsloser Eltern führt in den wichtigsten Lebensbereichen der Kinder, wie Schule, Elternhaus und Freizeit zu Konsumverzicht, innerfamiliären Konflikten, Isolation und Wohnungsnot. Bei Kindern sind Symptome der Resignation, Zukunftsangst, der Rückgang von Schulleistungen und der Anstieg psycho-somatischer Erkrankungen zu beobachten. Die Identitätsbildung der Kinder wird auf der Basis von Ohnmachterfahrungen und einer allmählichen Auflösung von Normen- und Regelsystemen innerhalb der Familie eingeschränkt.

„Kinder, die morgens nicht geweckt werden, ohne Frühstück selbst den Weg zur Schule finden müssen und natürlich auch ohne jegliche Unterstützung ihre schulischen Arbeiten

erledigen müssen, sind dort nicht nur Teil des Alltags, sondern bestimmen den Schwerpunkt der schulischen Arbeit (Karin Führmann, Grundschule Hörsterfeld, Gelsenkirchen)“¹

Massenarbeitslosigkeit und damit verbundene Verarmung von Teilen der Bevölkerung sind als gesellschaftliches Problem anzusehen.

Es muss Aufgabe von Schule, Jugendämtern, Kinderbeauftragten etc. sein, Kindern von arbeitslosen Eltern konkrete individuelle Hilfen anzubieten. Hierzu zählen pädagogische sowie psycho-soziale und gesundheitliche Beratungsangebote, aber auch Angebote für die Bereiche Spiel, Kunst, Musik, sportliche Aktivitäten etc.

Einrichtungen, von denen diese Impulse ausgehen können, sind

- Schulen
- Vor- und nebenschulische Einrichtungen
- Freizeiteinrichtungen für die Familien
- Die Gemeinde (Stadtteilarbeit)

Kinder werden selten in der Armuts- und Arbeitslosendiskussion als eigenständige Gruppe thematisiert.² In Statistiken und auch in der wissenschaftlichen Diskussion werden Kinder in der Regel als Teil der Familie versteckt mitthematisiert, wenn es um „Alleinerziehende“, „Mehrpersonenhaushalte“, oder „Familien“ geht.

„War es wohl bislang häufig der Fall, (...), daß Armut als Thema von Erwachsenen betrachtet wurde, zeichne sich nun immer deutlicher ab, daß Kinder und Jugendliche nun als ‘Extra-Problemgruppe’ (...) ausgewiesen werden. Diese Erkenntnis veranlaßt die Autoren (Otto u. Boley) (...) der Überlegung nachzugehen, ob und wie diese eigenständige Sicht nachgewiesen werden kann. (...) Im Kern weisen (Otto u. Boley) nach, daß das bestehende Berichtssystem Kinder und Jugendliche nicht systematisch erfaßt. (...). Auf der Basis der Feststellung, ‘daß es in Deutschland insbesondere bezogen auf Kinder kein geschlossenes Berichtssystem’ (...) gebe, fordern sie (...), daß in einer

¹ Kuhlmann, J., Kinderarmut im Revier, in: Info Nr.124, Mai-Juni 2000, Essen 2000, S. 7.

² Vgl. Otto, Ulrich, Aufwachsen in Armut, Opladen 1997, S. 13ff.

geänderten Sozialberichterstattung sich der Kinder generell zugewendet werden müsse.“

1

Wenn heute von Armut in einer Gesellschaft die Rede ist, so wird sie meistens anhand sozial und materiell eingeschränkter und ausgegrenzter Familien problematisiert. Unter dem Stichwort „Infantilisierung der Armut“ wird oft auf die zunehmende Armutsbetroffenheit von Kindern aufmerksam gemacht, die jeweilige Lebenslage von in Armut lebenden Kindern wird allenfalls am Rande gestreift.

Die Armut von Kindern und Jugendlichen hat wie bereits erwähnt bislang in Deutschland noch erstaunlich wenig Beachtung gefunden. Dies gilt, obwohl die Armutsforschung in den letzten Jahren generell einigen Aufschwung erlebt hat, denn das Problem sozialer Ungleichheit hat sich seit der Vereinigung von alter BRD und DDR deutlich zugespitzt.² Kinder kamen hierbei jedoch meist am Rande vor. Hierzu trägt bei, dass Kinder und Jugendlichen in der Sozialberichterstattung für Deutschland lange übersehen bzw. nur als „Merkmal“ von Haushalten oder befragten Erwachsenen ausgewiesen wurden. Immerhin beginnt sich allmählich eine eigenständige Sozialberichterstattung für Kinder zu etablieren, die die Lebensbedingungen von Kindern selbst zum Gegenstand der Forschung macht. Bislang verfügen wir allerdings nur über sehr begrenzte Informationen zu Armutslagen im Leben von Kindern und Jugendlichen. Auch hinsichtlich der Auswirkungen von Armut auf die betroffenen Kinder ist unsere Wissensbasis äußerst schmal, wenngleich in manchen Publikationen der Anschein erweckt wird, als gehörten gängige Klischees zur Sozialisation von Kindern unter Armutsbedingungen zum sozialwissenschaftlich abgesicherten Wissen. Anders als in den USA³ und in Großbritannien fehlen jedoch in der Bundesrepublik großangelegte Surveys, die über die materielle und psycho-soziale Lage über Kinder informieren.

¹ Ortlepp, Wolfgang, Zur Wahrnehmung von Armut in einer Zeit weitreichender Veränderungen in der Gesellschaft, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau 2/98, Bielefeld 1998, S. 44

² Vgl. Hanesch, Walter u. a., Armut in Deutschland, Hamburg 1994, S. 20ff.

³ Vgl. Prein, Gerald u. Sommer, Thorsten, Dynamische Armutsforschung, in: Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, H.30, Bielefeld 1995, S.11.

Im ersten Teil dieser Dissertation werden die Forschungsergebnisse über Armut aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen behandelt. Des Weiteren wird auf die Problematik der Arbeitslosigkeit als „kritisches Lebensereignis“ unter Berücksichtigung historischer Aspekte eingegangen.

Der zweite Teil hat die theoretischen Grundlagen der -Life-Event-Forschung- zum Gegenstand, wobei die Life-Events aus der Sicht der betroffenen Kinder von arbeitslosen Eltern den Schwerpunkt bilden. Hieran schließt sich eine empirische Untersuchung mit Hypothesenbildung und Datenauswertung an. Als Stichprobe der Untersuchung wurden Kinder im Alter von 12-16 Jahren ausgewählt. Die demographischen Daten wurden mit Hilfe eines Fragebogens ermittelt. Neben dem Einsatz von Fragebögen hätten sich zur Erfassung meiner Fragestellungen Einzelinterviews und Gruppenbefragungen angeboten; auf diese Instrumentarien habe ich wegen der Zeitintensität und der möglichen Verletzung der Privatsphäre verzichtet. Es folgen im vierten und fünften Teil in Anlehnung an Mayring¹ Expertenberichte von Psychologen und Pädagogen sowie Bewältigungsstrategien für die Problematik der Kinder arbeitsloser Eltern. Ziel dieser Arbeit ist nicht die Reproduktion isolierter Theorievorgaben, fertiger Einzelergebnisse oder die Wiedergabe von Geltungs- oder Wahrheitsansprüchen, sondern die Sicht auf empirisch ermittelte und wissenschaftlich analysierte Befunde, auf notwendige praxisbezogene Folgerungen und -darauf aufbauend-reflektiertes und reflektierendes pädagogisches Handeln.

¹ Vgl. Mayring, Philipp, Einführung in die qualitative Sozialforschung, München 1990, S. 56ff.

2. Armut, soziale Deprivation und Arbeitslosigkeit von Familien und ihren betroffenen Kindern

Mitglieder sozialer unterprivilegierten Schichten gerieten vor einigen Jahren in das Blickfeld der politischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Im Zuge der Thematisierung des Problems sozialer Ungleichheit in den einzelnen Bereichen der bundesrepublikanischen Gesellschaft schienen diese Gruppen ein besonderes gesellschaftliches Problem darzustellen, weil sie dokumentierten, dass krasse soziale Unterschiede aufgrund sozio-ökonomischer Strukturbedingungen entgegen dem Selbstverständnis der Nachkriegsgesellschaft doch nicht beseitigt waren.

Abgesehen davon, dass das Ausmaß der Ignoranz moderner Soziologen- und auch Vertreter anderer Fächer-in bezug auf dieses soziale Problem und die Gründe, die dazu geführt haben, einer eigenen Untersuchung bedürften, zumal diese Ignoranz nicht nur für die Bundesrepublik gültig ist, muss die Abkehr von systematischer Armutsforschung auch mit den gesellschaftlichen Veränderungen seit Beginn der Industrialisierung in Verbindung gebracht werden: Nicht nur veränderte Lebensverhältnisse waren die Folge, sondern der Umfang und die Art der Armutsproblematik haben sich gewandelt. Entsprechend diesen gesellschaftlichen Veränderungen ergeben sich im Hinblick auf die Analyse der Lebensbedingungen der von Armut betroffenen Gruppen einige Schwierigkeiten. Zunächst ist darauf zu verweisen, dass es keine allgemein anerkannte Definition von Armut gibt; vielmehr finden sich verschiedene Konzepte, die zur Definition und Messung von Armut entwickelt worden sind.¹ In Zusammenhang mit diesem Sachverhalt ist zu sehen, dass es kaum gesicherte Zahlen über den Anteil der Menschen gibt, die in entwickelten Industrieländern unter den Bedingungen sozialer Unterprivilegierung leben müssen. So schwanken z.B. die Angaben über die Armutsbevölkerung in den USA für die frühen sechziger Jahre zwischen 23 und 50 Millionen; auch für die Bundesrepublik Deutschland variiert der Anteil vor der politischen Wende zwischen sieben und vierzehn Millionen Menschen.

¹ Vgl. Strohmeier (1999 S. 8).

„Auch in der wirtschaftswunderbaren BRD bis Mitte der 70er Jahre hielt sich hartnäckig eine gewisse Armutspopulation als gar nicht so kleine Randgruppe. Anfang der 70er Jahre erschien eine Studie ‘Armut in der Bundesrepublik’ von Jürgen Roth, die das mit amtlichen Zahlen belegte und jene Bevölkerungsteile benannte, die vom Wirtschaftswunder weitgehend ausgeschlossen blieben: (...) Schon damals wurden eine halbe Million Obdachlose im Wunderland gezählt. Insgesamt handelt es sich um eine erhebliche Minderheit von Menschen im Dunklen, die im Konsumparadies der Mehrheit nicht mehr die Wahrnehmung der Verhältnisse bestimmten: ‘Heute werden in der Bundesrepublik Deutschland etwa 20 % der Bevölkerung von der Möglichkeit ausgeschlossen, am sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt teilzunehmen; sie sind arm.’“¹

„Zwar hat in Deutschland der Wohlstand seit 1945 fast kontinuierlich zugenommen, gleichzeitig hat damit die soziale Ungleichheit aber nicht abgenommen, sondern ist nur auf eine höhere ‘Etage’ (Fahrstuhleffekt) gefahren worden. Vor diesem Hintergrund hebt (Beck) hervor, daß die Erfahrung von Armut heute nicht mehr auf klar bestimmbare Gruppen begrenzt ist, sondern sich tendenziell verallgemeinert hat, und eine permanente latente Gefahr darstellt.“²

Schließlich sind auch die vorliegenden Befunde über die psycho-sozialen Folgen von sozialer Unterprivilegierung insofern widersprüchlich, als eine Reihe von Untersuchungen in ihnen eigenständige, von der Gesamtgesellschaft gleichsam abgekoppelte Lebensverhältnisse sehen und deshalb von einer speziellen „culture of poverty“ sprechen, während andere Autoren diese eher in Kategorien sozialer Abweichung von den gültigen Verhaltensnormen in der Gesamtgesellschaft beschreiben. Anders als die Armen in Gesellschaften der Dritten Welt leben die in Armutsbedingungen befindlichen Bevölkerungsgruppen in entwickelten Industriegesellschaften in der Regel nicht am Rande des Existenzminimums, wenn man das als Minimum bezeichnet, was zur

¹ Kurz (1999, S. 515).

² Prein, Sommer (1995, S. 15).

physischen Reproduktion notwendig ist. Auf der definitorischen Ebene ist versucht worden, den damit gegebenen Unterschieden gerecht zu werden und zwischen „absoluter“ und „relativer“ Armut zu unterscheiden. Während der Begriff „absolute Armut“ den Schwellenwert der physischen Gefährdung des menschlichen Organismus als Folge des Mangels an Mitteln der Bedürfnisbefriedigung markiert, soll der Begriff „relative“ Armut die soziale Lebenslage eines Menschen im Vergleich zum durchschnittlichen Lebensstandard einer Bevölkerung festlegen.¹ Dieser Unterscheidung folgend, lassen sich die wichtigsten Ansätze (die an anderer Stelle noch eingehend behandelt werden) entsprechend subsumieren und Armut als Problem der Subsistenzerhaltung oder als Problem ökonomischer Ungleichheit definieren. Der Subsistenzansatz konzentriert sich auf das Problem der physischen Reproduktion und befasst sich mit der Frage, welche finanziellen Mittel in einer bestimmten Bevölkerung mindestens notwendig sind, um die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der Betroffenen zu erhalten. Charakteristisch für diesen Ansatz ist der Versuch, eine „objektive“ und „wissenschaftliche“ Armutslinie zu konstruieren, mit deren Hilfe es möglich wird zu entscheiden, ob eine Person oder eine Gruppe als „arm“ oder „nicht arm“ anzusehen ist. Demgegenüber konzentriert sich der Ansatz der ökonomischen Ungleichheit auf die relative Position der verschiedenen Einkommensgruppen in der jeweiligen Gesellschaft. Auf eine einfache Formel gebracht, gilt für diese Ansätze, dass als „arm“ definiert wird, wer weniger als das Durchschnittseinkommen zur Verfügung hat, und entsprechend richten sich die Bemühungen bei diesen Ansätzen darauf, möglichst exakte Angaben über den Lebensstandard von möglichst vielen Haushalten in der jeweiligen Bevölkerung zu bekommen, um das Ausmaß der Armut bestimmen zu können.¹⁷ Betrachtet man die Intentionen der beiden Ansätze, so zeigt sich, dass dem Subsistenzansatz ein Common-sense-Verständnis von Armut inhärent ist und dass versucht wird, die Definition von Armut frei von persönlichen Wertungen verschiedenster Provenienz zu konzeptualisieren. Die Hauptprobleme dieses Ansatzes liegen in dem Versuch, eine Armutslinie zu

¹ Vgl. Otto (1997, S. 13ff.).

² Vgl. Adamy, Wilhelm u. Steffen, Johannes, *Abseits des Wohlstands*, Darmstadt 1998, S. 7ff.

konstruieren, wobei der Haupteinwand sich gegen den Versuch richtet, einen objektiven Standard an

Minimalbedarf in Bezug auf existentielle Bedürfnisse zu formulieren, weil derartige Bedürfnisse sowohl von „objektiven“ wie „subjektiven“ Faktoren determiniert werden und entsprechend vielfältige Variationsmöglichkeiten vorkommen können. Auch die existentiellen Bedürfnisse der Menschen werden von den Veränderungen im technisch-ökonomischen Entwicklungsstand einer Gesellschaft und deren Konsequenzen für den gesellschaftlichen Reichtum zu einem bestimmten Zeitpunkt, ausgedrückt in dem jeweils gültigen durchschnittlichen Lebensstandard, beeinflusst, so dass es keine metahistorische, die Zeit überdauernde Armutslinie gibt und geben kann. Ein derart erweiterter Rahmen wird in den Ansätzen verwandt, die Armut als Problem der ökonomischen Ungleichheit definieren, wodurch implizit die Verteilungsproblematik des gesellschaftlichen Reichtums und die dabei einwirkenden Herrschaftsstrukturen der jeweiligen Gesellschaft in die Betrachtung mit einbezogen werden. Bemerkenswert erscheint auch die Ersetzung bzw. Erweiterung der Kategorie „Einkommen“ durch den Begriff „Ressourcen“. Darin drückt sich aus, dass in entwickelten Industrieländern Armut nicht einfach auf das Problem des unzureichenden Einkommens reduziert werden kann, weil dann wichtige, die soziale Lage des einzelnen beeinflussende Dimensionen der veränderten sozialen Realität dieser Gesellschaften unberücksichtigt bleiben. Die Ersetzung der Einkommens- durch die Ressourcenkategorie basiert darauf, Einkommen als „command over resources over time“ zu bestimmen; das Problem des Zugangs und der Verfügung über bzw. des mehr oder weniger weitgehenden Ausschlusses von Ressourcen rückt damit in den Vordergrund des Interesses. Die Kategorie gesellschaftlicher Ressourcen lässt sich unter drei Perspektiven beleuchten:

1. Probleme der ökonomischen Teilhabe:

Darunter fallen nicht nur das laufende Einkommen unter Berücksichtigung von Familiengröße und- zusammensetzung sowie der Quellen des Einkommens und des Grades der Regelmäßigkeit bzw. Stabilität, sondern auch Sparreserven, Renten- und Pensionsansprüche, die Wohnlage und ihre sozio-ökologischen Bedingungen und der

Bereich der Dienstleistungen in Gestalt von Erziehung und Bildung, medizinischer Versorgung, kommunalen Infrastrukturleistungen und des Verkehrs- und Transport systems.

2. Probleme der politischen Partizipation:

Bezogen auf die Armutsbevölkerung stellt sich die Frage nach den Gründen für die soziale und politische Apathie dieser Gruppen sowie der ihnen entgegenstehenden Barrieren und Mechanismen in Bezug auf ihre Chancen zu politischem Handeln.

3. Probleme der psycho-sozialen Integration:

In diesen Zusammenhang gehört die Frage nach den psychologischen Aspekten von Selbstbestimmung, vor allem das Gefühl, autonom handeln zu können und auch über ein gewisses Maß an „Schicksalskontrolle“ zu verfügen und Ereignisse des eigenen Lebens beeinflussen zu können, sowie der soziale Tatbestand, dass staatliche Leistungen, auf die weite Teile der Armutsgruppen angewiesen sind, sozial diskriminiert werden, weil nur Einkommen aus Arbeit in unserer fortgeschrittenen Industriegesellschaft positiv sanktioniert wird. Dieser analytisch-deskriptive Ansatz macht deutlich, in welchem Umfang bei der Diskussion des Ausschlusses bzw. Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen ökonomische, politische, psychologische und soziale Faktoren berücksichtigt werden müssen. In dieser Komplexität liegt aber auch eine der größten Schwierigkeiten, die sich allen Ansätzen dieser Art stellt: das Problem der Operationalisierbarkeit der einzelnen Faktoren, die notwendig sind, wenn Aussagen über das Ausmaß und den Umfang der Armut bzw. der davon betroffenen Gruppen gemacht werden sollen.¹ Neben diesen Schwierigkeiten, in unseren Industriegesellschaften Armut zu definieren und ihr Ausmaß zu messen, sind die Konstellationen hervorzuheben, die sich auf die Konsequenzen des Lebens und den damit verbundenen Stress der Armut beziehen. In diesem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, dass alle Versuche, die Lebensbedingungen von deprivierten Gruppen zu beschreiben und den Ursachen dafür nachzugehen, sich dadurch auszeichnen, dass in ihnen politische Ziele und Implikationen enthalten sind, die freilich zumeist nicht offengelegt werden, sondern sich hinter

¹ Vgl. Schumacher, Egbert, Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit, München 1986, S. 191ff.

moralischen Dichotomien verbergen. Ein Beispiel dafür sind etwa die differenzierenden Sichtweisen, die Arme als „deficient“ bezeichnen oder die Lebensverhältnisse dieses Bevölkerungsteils als „deprived“ beschreiben. Darin schlagen sich unterschiedliche Auffassungen sowohl über die Bereitschaft von Menschen, sich veränderten Bedingungen anzupassen, als auch über die Bedeutung von kulturellen Momenten gegenüber sozialen Veränderungsprozessen nieder.

2.1 Basiskonzepte der Armut

Diese allgemeine Einführung über die wissenschaftliche Diskussion hat gezeigt, dass kein Konsens bei der Bestimmung des Armutsbegriffs existiert. Dies erscheint nicht weiter erstaunlich, da mit der Definition des Begriffs „Armut“, wie bereits erwähnt, über bestimmte Personengruppen politische Wertungen vorgenommen werden, die von den Sichtweisen einzelner politischer und gesellschaftlicher Gruppen abhängig sind. Eine eindeutige Trennlinie zwischen wissenschaftlicher und politischer Diskussion kann daher nicht immer gezogen werden. Es soll im Folgenden nicht auf die unterschiedlichen politischen Auffassungen von Armut eingegangen werden, sondern es werden Armutsdefinitionen und theoretische Konzepte gegenübergestellt, die jeweils unterschiedlich weit gefasst sind und dadurch auch unterschiedliche Dimensionen des anstehenden Armutsproblems beleuchten. Da weder ein Konsens in der politischen noch wissenschaftlichen Diskussion in diesem Zusammenhang besteht, möchte ich an dieser Stelle die zwei Basiskonzepte der Armut eingehend vorstellen: die **absolute** Armut und die **relative** Armut. Mit dem Begriff „absolute Armut“ ist der Mangelzustand gemeint, der es nicht erlaubt, die physische Existenz eines Menschen dauerhaft zu sichern. Die Armutsgrenze ist identisch mit der Summe der zur Erhaltung der physischen Existenz notwendigen Güter und Dienstleistungen. Dieser Armutsbegriff bezieht sich auf Mangelzustände, die in den Bereichen Ernährung, Kleidung, Unterkunft und gesundheitliche Fürsorge vorliegen können. Absolute Armut als Problem der Aufrechterhaltung des physischen Existenz kann in unseren Industriegesellschaften als

nahezu überwunden betrachtet werden. Die Armutsdiskussion konzentriert sich deshalb in der Forschung eher auf das Konzept der relativen Armut. Unter relativer Armut versteht man in der Regel einen Mangel an Mitteln, die zur Sicherung desjenigen Lebensbedarfs notwendig sind, auf dem sozialer und kultureller Standard der jeweiligen Gesellschaft beruhen. Die Armutsgrenze wird hierbei durch einen bestimmten Grad des Unterschreitens dieses Standards definiert. Diese Armutsgrenze kann als sozio-kulturelles Existenzminimum bezeichnet werden. Dieser Begriff ist somit nicht identisch mit den Begriffen der sozialen Ungleichheit und sozialen Deprivation; denn erst das Ausmaß der Ungleichheit bzw. Deprivation bestimmt den Terminus Armut.¹ Um Armut zu operationalisieren, wird in der Literatur in „relative Einkommensarmut“, „Sozialhilfeschwelle“, „bekämpfte Armut“ und „verdeckte Armut“ differenziert:

Unter relativer Einkommensarmut versteht man einen bestimmten Grad des Unterschreitens eines gewichteten Durchschnittseinkommens innerhalb einer Gesellschaft. In der Armutsforschung hat sich die Vorgehensweise durchgesetzt, bei der das gewichtete Pro-Kopf-Haushaltsnettoeinkommen (Nettoäquivalenzeinkommen) einzelner Personen bzw. Haushalte in Relation zum durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen aller Haushalte und Personen in der BRD gesetzt wird. Diese Definition greift nicht auf eine bedarfsorientierte politisch gesetzte Einkommensgrenze zurück, sondern definiert Armut ab einem bestimmten Verhältnis der Einkommenssituation einer Person bzw. eines Haushaltes zum gesamtgesellschaftlichen Durchschnittsnettoeinkommen. Durch die Berechnung von Äquivalenzeinkommen werden die bei Mehr-Personen-Haushalten pro Kopf geringeren Kosten der Haushaltsführung -im Vergleich zu Einpersonen-Haushalten- berücksichtigt und die altersbedingten Bedarfsunterschiede einbezogen. Wo die Grenze zwischen Armut und Nicht-Armut hier gezogen wird, ist eine normative Entscheidung, die sich einer rein wissenschaftlichen Begründung entzieht. In der Literatur finden sich Armutsgrenzen von 40%, 50% oder 60% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens, wobei jedoch die 50%-Grenze am häufigsten zur Anwendung kommt. In der BRD existiert keine vom Gesetzgeber festgelegte

¹ Vgl. Eggen, Bernd, Privathaushalte mit Niedrigeinkommen, Bayreuth 1998, S. 18ff.

Armutsgrenze. Die Sozialhilfeschwelle wird daher häufig als quasi-offizielle Armutsgrenze bezeichnet. Ein Haushalt oder eine Person ist dann arm, wenn das Einkommen geringer ist als das im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) festgelegte Existenzminimum. Das Bundessozialhilfegesetz legt damit ein sozio-kulturelles Existenzminimum in Form des Sozialhilfebedarfs fest. Die Sozialhilfebedürftigkeit kann in zwei Komponenten unterschieden werden: die **bekämpfte** und die **verdeckte** Armut. Bei der bekämpften Armut handelt es sich um Personen, die sozialhilfeberechtigt sind und diese staatlichen Transferleistungen in Anspruch nehmen. Nach Aussagen der letzten Bundesregierung sind diese Personen nicht mehr als arm zu bezeichnen: ¹

„Die Sozialhilfe bekämpft Armut, sie schafft sie nicht. Wer die ihm zustehenden Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nimmt, ist nicht mehr arm. Als arm können im Gegenteil Personen angesehen werden, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, diesen Anspruch nicht geltend machen.“²

Die Sozialhilfe unterscheidet die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HBL) und die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Die Hilfe in besonderen Lebenslagen dient zur Überbrückung außergewöhnlicher Notlagen, z.B. drohender Gesundheitsschäden. Die Hilfe zum Lebensunterhalt gliedert sich in die einmaligen Leistungen und in die laufenden Leistungen. Zu den einmaligen Leistungen gehören Bedarfsgegenstände wie Wäsche und Hausrat, wenn diese aufgrund der aktuellen Lebenssituation (z.B. Schwangerschaft etc.) angeschafft werden müssen. Die laufenden Leistungen dienen dazu, das notwendige sozio-kulturelle Existenzminimum zu sichern. Sie umfassen insbesondere den laufenden Bedarf an Ernährung, Kleidung, Unterkunft, Heizung und Hausrat sowie Körperpflege. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion wird dieser Personenkreis weiterhin als arm bezeichnet mit der Begründung von Mängeln im Bedarfsmessungssystem auf der Basis von Statistikmodellen. Hieraus resultiert, dass Sozialhilfeempfänger nicht in vollem Umfang an der Entwicklung des Wohlstands in der Gesellschaft partizipieren können.

¹ Vgl. Otto (1997, S. 21).

² Bundesdrucksache BT-Drs. 13/3339, 1995, S. 2.

Neben diesem materiellen Aspekt wird an der Sozialhilfe kritisiert, dass sie keine vollwertige Sozialleistung darstelle, denn durch zahlreiche Kontrollen und Bedingungen führe sie zur Stigmatisierung der Sozialhilfeempfänger.¹

Bei der verdeckten Armut handelt es sich um Haushalte, deren Einkommen niedriger ist als jenes, das ihnen durch die Sozialhilfe zugesichert ist, und die trotz des bestehenden Rechtsanspruchs diese Leistung nicht in Anspruch nehmen. Die von verdeckter Armut Betroffenen müssen mit einem Einkommen leben, das unterhalb des anerkannten sozio-kulturellen Existenzminimums liegt. Hieraus lässt sich schließen, dass verdeckte Armut die schwerste Form von Armut darstellt.

„Zu den 'Erwerbsarmen' kommen nicht nur die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, sondern auch die Elendsexistenzen der 'verdeckten Armut' ; also diejenigen, die nicht einmal mehr ihre Berechtigung zur Sozialhilfe in Anspruch nehmen, weil sie die sadistischen Demütigungen der demokratischen Armutsverwaltung nicht mehr ertragen- allein in der BRD etwa 2,8 Millionen Menschen.“²

In Untersuchungen zur Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfe werden Begriffe wie „verschämte Armut“ bzw. „offene Armut“, latente Armut etc. sowie „Dunkelziffer der Armut“ synonym verwendet³

2.2. Armut bei Kindern und Jugendlichen

Moderne Gesellschaften sind durch ihren Charakter als „Wohlfahrtsstaaten“ gekennzeichnet. Das politische System sorgt im Rahmen demokratischer Regeln dafür, extreme soziale Ungleichheiten auszubalancieren oder zumindest ein Mindestmaß an Gleichheit herzustellen. Bei genauerer Betrachtung funktioniert dieses System leidlich: Die Mehrheit der Bevölkerung lebt in materiellen Wohlstand und günstigen Lebensbedingungen. Trotz

¹ Vgl. Otto (1997, S. 50f.).

² Vgl. Kurz (1999, S. 700).

³ Vgl. Adamy u. Steffen (1998, S. 1).

dieser Erfolge ist jedoch bei einem Großteil der Bevölkerung das körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden nicht immer ausreichend gewährleistet. Dieses körperliche, psychische und soziale Wohlbefinden sind Faktoren, die nach den neueren theoretischen Ansätzen der Sozialisationsforschung die Persönlichkeitsentwicklung nachhaltig beeinflussen.¹

„Sozialisation bezeichnet damit den Prozeß der Konstituierung der Persönlichkeit in wechselseitiger Abhängigkeit von und in kontinuierlicher Auseinandersetzung mit der gesellschaftlich vermittelten sozialen und dinglich-materiellen Umwelt einerseits und der biophysischen Struktur des Organismus anderseits. Programmatisch wird mit diesem Begriff zum Ausdruck gebracht, daß das menschliche Individuum sich dauerhaft durch soziale und gesellschaftliche Faktoren mitentwickelt und sich einem Prozeß der sozialen Interaktion herausbildet. Die Persönlichkeit entwickelt sich nach dieser Vorstellung in keiner ihrer Funktionen und Dimensionen gesellschaftsfrei, sondern lebenslang in einer konkreten Lebenswelt, die historisch vermittelt ist.“²

Für eine optimale Persönlichkeitsentwicklung³ sind Kinder auf bestimmte Beziehungsbedingungen angewiesen, die in einer großen Zahl von Familien heute nicht in ausreichendem Maße gegeben sind. Unausgeglichene und spannungsvolle Beziehungen in der Familie bilden einen starken Risikofaktor für die jeweilige kindliche Entwicklung. Arbeitsprobleme, Armut etc. beeinträchtigen direkt oder indirekt den Aufbau von Verhaltenskompetenzen des Kindes.⁴ Belastungssituationen führen bei Familien mit einem ungünstigen sozialen Status schneller zu stresshaften Konstellationen im Inneren des Familienverbandes. Diese Belastungen werden dann besonders stark empfunden, wenn zu den o.a. Konstellationen auch schwierige in Schule und Nachbarschaft kommen, die sich oft gegenseitig bedingen. Die Erforschung belastender Lebensereignisse (s. Life-Event-Forschung) hat sich seit den sechziger Jahren als ein wichtiges Arbeitsgebiet vor allem der

¹ Vgl. Hurrelmann, Klaus, Einf. i. d. Sozialisationstheorie, Weinheim 1986, S. 14f.

² Hurrelmann, Klaus u. Ulich, D., Handbuch der Sozialisationstheorie, Weinheim 1980, S. 24.

³ Vgl. Honig, Michael S., Kinder und Kindheit, München 1996, S. 9ff.

⁴ Vgl. Wilk, Liselotte, u. Bacher, Johann, Kindliche Lebenswelten, Opladen 1994, S. 79f.

Sozialpsychiatrie und der klinischen Psychologie sowie auch in der Soziologie etabliert. Für ein breites Spektrum von psychischen Auffälligkeiten und Beeinträchtigungen bei Kindern konnte der Zusammenhang mit Lebensbelastungen nachgewiesen werden. Eine Gefährdung der Entwicklungsbedürfnisse von Kindern wird durch ungünstige materielle Bedingungen hervorgerufen. Diese Lebensbelastung ist auch in industriellen Wohlfahrtsstaaten in erheblichem Maße anzutreffen. Durch Armut wird eine Familie an den Rand der wirtschaftlichen Existenzbedingungen gedrängt. Die Folge sind oft gespannte und zerrüttete Familienbeziehungen und unkontrollierte Erziehungsstile, die nicht die nötigen Voraussetzungen für die soziale, psychische Entwicklung der Kinder sichern.¹

„Kinder benötigen in ihren ersten Lebensjahren zuverlässige, stabile und berechenbare soziale Beziehungsstrukturen, die ihnen Unterstützung und Anregung für ihre persönlichen Entwicklungsprozesse gewähren. (...) Um ein positives Selbstwertgefühl, um Selbstkontrolle, prosoziale Orientierungen, freundliches und kooperatives Verhalten im Umgang mit Gleichaltrigen und Erwachsenen, Selbstverantwortlichkeit und intellektuelle Leistungsbereitschaft zu entwickeln, benötigt ein Kind kontinuierliche Unterstützung und Wärme, konsistente Kontrolle und Disziplinierung, einführend-erklärendes Erziehungsverhalten und gleichzeitige Gewährung eines sich schrittweise erweiternden Handlungsspielraums. Diese Verhaltensweisen können nur erbracht werden, wenn Eltern oder andere Erzieher(-innen) in befriedigenden Beziehungen unter zumindest gut erträglichen materiellen Bedingungen leben.“²

Die Definitionen von Armut bzw. „armsein“ bei Kindern und Jugendlichen relativieren sich sehr stark nach jeweiligen Lebenshintergründen und Lebenserfahrungen, nach gesellschaftlichem Status und nach Geschlecht. Die Nationale Armutskonferenz (NAK) der Bundesrepublik Deutschland, getragen durch die Wohlfahrtsverbände, den DGB, die kirchlichen Sozialdienste, diverse Bundesarbeitsgemeinschaften und Initiativen, macht

¹ Vgl. Klocke, Andreas, Aufwachsen in Armut, in: Zeitschrift f. Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 4/96, Weinheim 1996, S. 390ff.

² Vgl. Hurrelmann, Klaus, Sozialisation u. Gesundheit, München 1991, S. 54f.

Armut am Zusammenwirken mehrerer benachteiligender Faktoren der Bereiche Einkommen, Arbeit, Ausbildung, Wohnen, Gesundheit sowie nicht adäquater institutioneller Hilfen fest. Armut wird dabei -entsprechend einer Definition der EG -als Situation gesehen, die eine Teilhabe an der als Minimum angesehenen gesellschaftlichen Lebensweise nicht ermöglicht. Als Minimum wird dabei die Hälfte des gesellschaftlichen Einkommens-durchschnitts definiert.

Nach dem Armutsbericht von DGB und DPWV fielen 1992 in Westdeutschland 7,5% und in Ostdeutschland 14,8% unter die Kategorie „einkommensarm“. Unter den sogenannten Einkommensarmen waren ein Drittel Kinder und Jugendliche.

Einkommensarmut geht häufig mit fehlender Ausbildung und fehlendem bzw. niedrigem Schulabschluss einher. In Westdeutschland hatten 1992 ca. 25 % der Jugendlichen über 15 Jahren keinen Berufsabschluss (10% der Ostdeutschen) ; jeder dritte Westdeutsche und jede sechste ostdeutsche Frau waren davon betroffen. In der Armutsentwicklung zeichnen sich somit deutliche Verschiebungen ab. Waren vor einiger Zeit hauptsächlich ältere Menschen betroffen, so sind es heute eher jüngere Jahrgänge. Kinder sind somit zu einem modernen Armutsrisiko geworden. Der Armutsforscher Chassé¹ stellt weiterhin eine Dynamik innerhalb der benachteiligten Gruppen fest. Er sieht dabei eine große Fluktuation im unteren Drittel der Einkommenspyramide, die er mit spezifischen Haushaltsformen, Familienzyklen und Lebensphasen in Verbindung bringt. Daraus ließe sich folgern, dass von Armut ein immer größerer Bevölkerungsteil mindestens einmal im Leben betroffen ist. Diese Ergebnisse bestätigen die These der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ und der zunehmend sich ausprägenden Einkommensunterschiede als Momentaufnahme. Gravierender stellen sich allerdings deren Folgen dar, betrachtet man die Entwicklungen unter gemeinwesensbezogenen oder regionalen Aspekten. Danach existieren insbesondere in den Großstädten mit über 500 000 Einwohnern deutliche Polarisierungstrends: Parallel zu den Indikatoren steigenden Reichtums gibt es hohe Armutsquoten gerade bei Kindern und Jugendlichen: So waren z.B. 1991 von den unter 15jährigen in Hannover 19,3%, in Hamburg 18,2%, in Essen 18%, Bremen, Köln, Dortmund und Düsseldorf zwischen 15

¹ Vgl. Chassé, K.A., Armut in der Überflußgesellschaft, in: Steffen, D., Welche Dinge braucht der Mensch?, Gießen 1995, S. 7ff.

und 18%, in Frankfurt/Main und Duisburg über 13% und in Stuttgart, Berlin ¹, Bochum und München zwischen 8 und 10% von Sozialhilfe abhängig. Armut konzentriert sich demnach sehr stark in den eher metropolitan geprägten Großstädten und wird dort zum Massen- und Alltagsphänomen besonders bei Kindern und Jugendlichen.² Strohmeier³ berichtet, dass in NRW die Hälfte der gesamten Armutspopulation unter 25 Jahre alt ist. Die Gesamtzahl der von Armut Betroffenen beziffert er in NRW mit **995 000** Kindern und Jugendlichen. Betrachtet man zudem noch einmal genauer die Binnenstrukturen dieser Großstädte, so deuten sich gerade für die jüngeren Altersgruppen extreme lebensweltbezogene Widerspruchssituationen an.

Die Armen wohnen z.B. in Frankfurt/M. häufig entweder ganz am Stadtrand, gleichermaßen ausquartiert oder aber in den zentralen und subzentralen Stadtarealen, die unmittelbar vor einem Strukturwandel, einer „Neunutzung“ stehen. Gerade dort sind sie aber mit einer Umwelt konfrontiert, die in einem diametralen Gegensatz zu ihrer eigenen materiellen Lebenssituation steht: So sind die Erwerbslosenquoten im Citybereich mit 12-19% die höchsten in der ganzen Stadt. Parallel hierzu konzentrieren sich genau in diesem Gebiet ca. 100000 Arbeitsplätze bei einer Einwohnerzahl von 15 000, von denen wiederum ein großer Teil (zwischen 10 und 15%) von Sozialhilfe abhängig ist. Davon sind erwartungsgemäß die jüngeren Jahrgänge noch einmal stärker betroffen; z.B. ist im Bahnhofsviertel jeder Dritte, in der City jeder Vierte unter 18 Jahren alt. Als adoleszente Begleiterscheinung tritt bei sehr vielen Kindern und Jugendlichen in diesem Zusammenhang abweichendes Verhalten (Diebstahl etc.) in Erscheinung. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, ob abweichendes Verhalten als Selbstregulierungsexperiment dieser Altersphase quasi episodenhaft bleibt oder sich als Bewältigungsmuster verfestigt und damit auch perspektivisch zu einem ständigen Benachteiligungs- oder sogar Armutsrisiko wird. Als Indikatoren für Gefährdungslagen stellen sich sicherlich die in der

¹ „Kinderarmut gefährdet die Stadt“. Das ergab das erste Berliner Kinder- und Jugendbericht, der 1997 vom Senat in Auftrag gegeben und jetzt in Auszügen veröffentlicht wurde. Demnach ist fast jeder zweite Sozialhilfeempfänger in der Hauptstadt jünger als 25 Jahre. Zwischen 1990 und 1997 hat sich die Zahl der minderjährigen Sozialhilfeempfänger von 49491 auf 90859 erhöht, also fast verdoppelt. Überrepräsentiert in der Gruppe unter 18-Jährige sind dabei Kinder unter sieben Jahren. „Süddeutsche Zeitung vom 6.10.2000.

² Vgl. Otto (1997, S. 10f.).

³ Vgl. Strohmeier (1999, S. 55).

Großstadtöffentlichkeit vorfindbaren Problemkontexte dar: Kinder und Jugendliche als „AusreißerInnen“ als „Drogenkonsumenten oder mit Drogen Handelnde“ als „Delinquenten“ und als „Zufluchtsuchende“.¹ Bei der Frage nach dem Stand der Sozial- und Armutsberichterstattung über Kinder und Jugendliche fällt der Mangel an lebenslagenorientierten Gesamtübersichten sowie -damit einhergehend- das Fehlen einer kontinuierlichen Berichterstattung auf. Die vorliegenden Quellen beziehen sich in der Regel auf den sozialstrukturellen Wandel von Familien, d.h. auf den Zusammenhang von Sozialstruktur und Auftreten von Familientypen und Pluralisierung von familiären Lebensbedingungen.

Betrachtet man aber die gesamte Literatur zu den ausdifferenzierten Lebensbereichen, so lässt sich konstatieren, dass für Einzelbereiche, wie Arbeit, Arbeitslosigkeit, Erziehung, Bildung, Ausbildung, Einkommen, Wohnen, Gesundheit etc. umfassende empirische Analysen und Daten zur Verfügung stehen, etwa auch zu sozialräumlichen Segregationen und zu sozio-ökologischen Rahmenbedingungen. Hier sind auch die zahlreichen aktuellen Analysen zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland nach der Wende anzuführen.² Nicht verschwiegen werden soll jedoch, dass es sich dabei in der Regel um relativ junges Material handelt, was auf das Fehlen von Traditionslinien in dem jeweiligen Forschungsbereich hinweist. Zudem heißt aktuelle Publikation nicht automatisch aktuelles, zeitnahes Zahlenmaterial, da aufgrund fehlender Institutionalisierung einer Sozialberichterstattung in der BRD oft Schwierigkeiten bei der Datenerhebung auftreten können.

2.3. Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel, Mikrozensus und Sozialhilfestatistik

Das **sozio-ökonomische Panel (SOEP)** ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte repräsentative Längsschnittuntersuchung privater Haushalte in der BRD. Alle Personen aus den ausgewählten Haushalten im Alter ab 16 Jahren werden direkt befragt. Ab 1990 werden neben den westdeutschen auch ostdeutsche Haushalte im Panel erfasst.

¹ Vgl. Montada, Leo u. Oerter, R., Entwicklungspsychologie, München 1987, S. 11ff.

² Vgl. Boeckh, Jürgen, Stand der Sozialberichterstattung bei Kindern und Jugendlichen, Bochum 1997, S. 53ff.

„Im Gegensatz zu anderen Datenbasen ermöglicht das SOEP zeitnahe Analysen objektiver und subjektiver Aspekte der Lebensbedingungen der Bevölkerung auch im Längsschnitt. Neben der Untersuchung der Struktur und Einkommensdisposition von Haushalten bietet das Panel eine Reihe lebenslagenorientierter Auswertungsmöglichkeiten auf Individualebene, die es somit zu einer der bislang wichtigsten und in der Bundesrepublik gebräuchlichsten Datenquelle der Armutsberichtserstattung machen (...).“¹

Die **Mikrozensususerhebung** wird seit 1957 durchgeführt. Mit einer Zufallsauswahl von 1% der Bevölkerung und ca. 850 000 Personen handelt es sich hier um die größte jährlich durchgeführte Repräsentativbefragung in Deutschland.

„Die Datenqualität, der umfangreiche inhaltliche Merkmalskatalog und die hohen Fallzahlen des Mikrozensus stellen für die Sozialberichterstattung ein bedeutungsvolles Potential dar. Zusammenhänge zwischen Armutsrisiken, Haushalts- und Familienkonstellationen sowie den Erwerbssituationen (Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse) können mit den Daten des Mikrozensus aufgedeckt werden. Mit seinen hohen Fallzahlen können detaillierte Analysen über die Ziel- und Risikogruppen der Landes-sozialberichterstattung durchgeführt werden und neue Aufschlüsse über das Bild der Armut geliefert werden.“²

Im Rahmen der Armutsforschung hat die amtliche **Sozialhilfestatistik** aus zwei Gründen zentrale Bedeutung: Einmal ist ihr eine erhebliche gesellschaftliche Bedeutung beizumessen, da die Sozialhilfeschwelle als quasi-offizielle Armutsgrenze zu bewerten ist. Zum anderen ist der Bezug von Sozialhilfe Ausdruck einer persönlichen Notlage, oft auch der Ausdruck eines sozialen Abstiegs.

¹ Strohmeier (1999, S. 12).

² Ebd., S. 14.

„Von einer Vielzahl von amtlichen und wissenschaftlichen Datenquellen ist die Sozialhilfestatistik bisher trotz ihrer Mängel eine der wichtigsten Informationsquellen für alle, die Interesse an der Beobachtung und Erklärung sozialer Probleme haben: Betroffene, Praktiker aus Sozialverwaltungen und -verbänden, Sozialplaner, Sozialwissenschaftler und vor allem Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker... sie (ist) die einzige Erhebung, die kontinuierlich und flächendeckend organisiert Auskunft über die Entwicklung der Sozialhilfe gibt.“¹

2.4 Arbeitslosigkeit als kritisches Lebensereignis

Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit beschäftigte sich A. Wacker² mit dem Thema „Psychische und soziale Voraussetzungen und Folgen von Arbeitslosigkeit“. In seinem theoretischen Beitrag geht es um Auswirkungen von Arbeitslosigkeit männlicher Arbeitnehmer auf das Umfeld (Familie, Freunde), um Veränderungen der Arbeits- und der gesellschaftlichen und politischen Orientierung und um mögliche psychische Verarbeitungsformen und solidarische Hilfen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Des weiteren sei in diesem Zusammenhang im Vorgriff zum Kapitel 3-Theoretische Grundlagen -Life-Event-Forschung- Philipp anzuführen, die Arbeitslosigkeit als Veränderung der sozialen Lebenssituation definiert und für den jeweils Betroffenen von großer individueller Bedeutung (nicht-normative Leben) ist; die Arbeitslosigkeit gilt für Philipp³ als sehr schwer zu bewältigendes Lebensereignis. Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet nach Wacker den „Verlust bestehender Realitätsbindungen“⁴-vergleichbar mit dem Verlust des Partners. Bei allen von ihm befragten Personen lassen sich Reaktionen wie Trauer, Ohnmacht, Hilflosigkeit oder aber auch Auflehnung beobachten -je nach individuell verschiedenen Erfahrungen und Bewältigungsfähigkeiten und je nach Stellenwert, den Arbeit im Leben einer Person einnimmt (Arbeitsorientierung).

¹ Ebd., S. 15.

² Vgl. Wacker (1977, S. 13ff.).

³ Vgl. Philipp, Sigrun-Heide, Kritische Lebensereignisse, München 1990, S. 80.

⁴ Wacker (1977, S. 66.).

„Die Gewalt des Systems selbst, die Menschen erfahren, die, im Vollbesitz ihrer geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte und mit starkem Arbeitswillen ausgestattet, in die Arbeitslosigkeit gestoßen werden, die ihre Wohnung verlieren und von magerer Sozialhilfe leben-, diese Gewalt aus dem Gewaltdiskurs auszusparen würde zu nichts anderem führen als zu einem für sozialwissenschaftliche Erkenntnis unbrauchbaren Datenverschnitt.

Denn den fortwährenden Anstrengungen der offiziellen Gesellschaft, die Gewaltmomente in der eigenen Ordnung zu verleugnen oder dadurch zu neutralisieren, dass sie dem staatlichen Gewaltmonopol als Legitimationsbestandteile zugeschlagen werden, ist der Satz des Berliner Malers Heinrich Zille entgegenzuhalten, der sich im Milieu der Ausgestoßenen gut auskannte und der diese Form sublimen, verdeckter und aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängter Gewalt hautnah wahrgenommen hat.’ Man kann’ sagte er ‘einen Menschen mit einer Wohnung genauso töten wie mit einer Axt’“.¹

Es kann vorkommen, dass ein Mensch mit seiner Entlassung nicht allein einen wesentlichen Bereich seiner Verankerung in der gesellschaftlichen Realität verliert, sondern auch gezwungen ist, seinen gesamten Lebenszusammenhang neu zu organisieren. Verunsicherung des Selbstwertgefühls, soziale Desorientierung, psychosomatische Dekompensation und psychische Verhärtung sind die wahrscheinlichen Folgen. Konfliktakkumulation und -massierung erzwingen die Bündelung der Energie auf die unmittelbaren Notwendigkeiten der Existenzerhaltung und -sicherung; Desorientierung und Verunsicherung führen zum Abzug der psychischen Besetzungen aus einer als bedrohlich erlebten Realität. Rückzugs-tendenzen, Angst, Wut und Ohnmachterfahrungen wechseln einander ab, ohne dass sich eine stabile Handlungsbasis herstellen kann.

„Der bei den ‘Apathischen’ (in Anlehnung an die Marienthal-Studie) erwähnte Zusammenhang zwischen Verlust des Arbeitsplatzes, Alkoholismus und Aufgeben einer

¹ Negt, Oskar, Achtundsechzig, Göttingen 1995, S. 51f.

*geordneten Haushaltsführung ist mir auch aus meiner Berufspraxis in der Suchttherapie bekannt. Ich empfinde den therapeutischen Umgang mit Langzeitarbeitslosen in der Suchttherapie deshalb als besonders schwierig, weil bei ihnen nicht nur zentrale Bereiche der Persönlichkeit-Selbstwertgefühl, psychische Energie und Aktivität -erheblich in Mitleidenschaft gezogen sind, sondern auch Fähigkeiten, die zur Strukturierung des Alltags gehören, wie z.B. Zeiteinteilung, Achtung auf Körperpflege und soziale Verbindlichkeiten, allmählich verloren gehen."*¹

Hinsichtlich der Kausalität von Arbeitslosigkeit und Entstehung von Depressionen und Angstgefühlen liegen uns neuere Untersuchungen aus Großbritannien vor:

„Wissenschaftler haben bei einer Befragung von knapp 8000 Menschen in Großbritannien entdeckt, dass es eine Verbindung zwischen Arbeitslosigkeit und Armut einerseits und psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Angstgefühlen andererseits gibt, wobei diese Forscher die finanzielle Belastung für die eigentliche Ursache der seelischen Probleme halten.

*Richard Sennet nennt noch eine weitere. Wer arbeitslos wird (...), findet auf die Frage 'Wer braucht mich?' keine befriedigende Antwort mehr. 'Das System strahlt Gleichgültigkeit aus. Menschen werden behandelt, als seien sie problemlos ersetzbar oder überflüssig. Das vermindert das Gefühl persönlicher Bedeutung. Die 'logische Reaktion' darauf, so Sennet, ist Apathie."*²

Arbeitslosigkeit ist bereits vorab als vernichtendes Ereignis im Bewusstsein repräsentiert und mit Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben, mit sozialem Abstieg, Sinnlosigkeit und Unausgefülltheit der individuellen Existenz und mit dem Verlust der sozialen Reputation verbunden. So erklärten in den 60er Jahren 74% der Bevölkerung,

¹ Johach, Helmut, Arbeitslosigkeit, Angst und Apathie und was dagegen zu tun ist, in: Gesellschaft u. Charakter, Hrsg. Funk, Reiner Münster 1995S. 167f.

² Nuber, Ursula, Streßkrankheit: Depression, in: Psychologie heute, 3/1999, S. 25.

dass sie auch dann noch weiter arbeiten möchten, wenn z. B. aufgrund einer Erbschaft keine finanzielle

Notwendigkeit mehr dazu vorläge.¹ Als Begründung wurde die Freude an der Arbeit genannt, die die eigene Existenz rechtfertigt und die Sinn und Selbstachtung verleiht.²

Die Arbeitslosenforschung in der BRD hat erst Mitte der 70er Jahre begonnen. In der BRD hatte sich die wirtschaftliche Rezession von 1966/67 stark in NRW ausgewirkt. Die darauffolgenden Untersuchungen beschränkten sich auf mögliche Einbußen der privaten Haushalte im Ruhrgebiet durch die Rezession und Auswirkungen auf das Konsumverhalten der Arbeitslosen.

In der BRD sind danach eine Anzahl von Veröffentlichungen von Wacker, Kieselbach, Frese und Mohr erfolgt. Sie bemühen sich um die Zusammenstellung älterer und neuerer empirischer Daten und deren Ordnung nach wechselnden Gesichtspunkten. Alle Autoren stimmen darin überein, dass sich historisch eine Verschiebung zur stärker psychischen Deprivation Arbeitsloser abzuzeichnen scheint und versuchen diese zu beschreiben. Die Bemühungen, die empirisch festgestellten Wirkungen der Arbeitslosigkeit nachträglich aufzuklären, bleiben jedoch Versuche, da u.a. die entsprechende Theorie noch fehlt. Alle neueren Untersuchungen bestätigen dennoch weitgehend den Trend der älteren Untersuchungen:

Arbeitslose zeigen nach Befunden der internationalen Forschungen:

- überwiegend passives Verhalten
- erhöhte Anfälligkeit für ernsthafte psychische Erkrankungen
- erhöhte Ängstlichkeit
- Depressivität
- einen schlechten allgemeinen Gesundheitszustand.

Kinder werden selten in der Armuts- und Arbeitslosendiskussion als eigenständige Gruppe thematisiert.³ In Statistiken und auch in der wissenschaftlichen Diskussion werden Kinder in der Regel als Teil der Familie versteckt mitthematisiert, wenn es um

¹ Vgl. Wacker (1977, S. 87).

² Vgl. Bonsz, Wolfgang u. Heinze, Rolf, Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt 1984, S.143.

³ Vgl. Otto (1997, S. 13ff.).

„Alleinerziehende“, „Mehrpersonenhaushalte“, oder „Familien“ geht. Wenn heute von Armut in einer Gesellschaft die Rede ist, so wird sie meistens anhand sozial und materiell eingeschränkten und ausgegrenzten Familien problematisiert. Unter dem Stichwort „Infantilisierung der Armut“ wird oft auf die zunehmende Armutsbetroffenheit von Kindern aufmerksam gemacht, die jeweilige Lebenslage von in Armut lebenden Kindern wird allenfalls am Rande gestreift. Im Gegensatz zu den bisherigen Forschungsmethoden zu diesem Thema werden von mir die betroffenen Kinder direkt mittels eines Fragebogens interviewt.

Es existieren zudem kaum quantitative empirische Untersuchungen, in denen Familienmitglieder, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, zu Wort kommen; wobei empirische Untersuchungen, bei denen betroffene Kinder unmittelbar befragt werden, überhaupt nicht existieren; daher kommen in meiner empirischen Untersuchung standardisierte Interviews mit betroffenen Kindern zur Anwendung.

Da neuere Untersuchungen zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Situation der Kinder nicht vorliegen, lohnt sich ein Blick auf die Ergebnisse älterer Studien: Generell lässt sich nach den Studien aus den 30er Jahren eine Verschlechterung des körperlichen Allgemeinzustandes infolge geringerer Ernährung und schlechter Körperpflege sowie die zunehmende Anfälligkeit für Krankheiten beobachten. Durch die Minderung der Wohnqualität sind die Prozesse noch verstärkt worden. Schindler¹ 1977 (unveröffentlichte Dipl.-Arbeit) legte in einer Untersuchung zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Familie Kindern arbeitsloser und erwerbstätiger Väter Statements und Fragen zur Erwartungshaltung hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft und zu Berufswünschen vor. Weiterhin können drei monographische Titel hier Erwähnung finden, die auf die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Kinder der Betroffenen eingehen: Es handelt sich dabei um die Arbeiten von Schindler (1979), Zehnke (1982) und Linnenbank (1987). Bei Schindler (1979) werden direkte Zusammenhänge bei den Auseinandersetzungs- und Bewältigungsprozessen zwischen den von Arbeitslosigkeit betroffenen Eltern und den jeweiligen Kindern gesehen. Zehnke (1982) und Linnenbank

¹ Vgl. Schindler, H., Analysen zur Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf die Familiensituation, unveröffl. Dipl.-Arbeit, Fachbereich Psychologie, Gießen 1977, S. 5ff.

(1987) stellen als Ergebnis ihrer Befragungen fest, dass die Kinder von arbeitslosen Eltern unter psycho-physischen, sozialen und schulischen Problemen litten.

Die mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit im Hinblick auf dieses brisante Phänomen ist vor allem damit zu begründen, dass bis heute eine an Institutionen, Struktur der Arbeitsmarktpolitik und deren Instrumenten orientierte Betrachtungsweise des Problems „Arbeitslosigkeit“ dominiert. Ausnahmen bilden hier eine unveröffentlichte Untersuchung der Arbeiterwohlfahrt und eine kleine Studie¹, die im Auftrag der Stadt Herten erstellt wurde. Das Hauptmanko der Arbeitslosenforschung ist diesbezüglich in dem Umstand zu sehen, dass Arbeit- und Familienwelt -dem Prinzip der Industriegesellschaft folgend- als zwei getrennte Bereiche betrachtet werden. Es liegt auf der Hand, dass gerade länger andauernde Arbeitslosigkeit insbesondere des „Familienernährers“ nachhaltige Auswirkungen auf die Familie, die Partnerbeziehung und die Perspektiven der Kinder hat. Durch die Reduzierung des Einkommens geraten Familien in große finanzielle Schwierigkeiten, die sich neben der Einschränkung des Konsums längerfristig in Gestalt von Verschuldung, Raten- und Mietrückständen auswirken. Zur Einkommensreduzierung durch Arbeitslosigkeit merkt Adamy u.a. in diesem Zusammenhang an, dass

„seit den 70er Jahren (...) sich die Zahl der Arbeitslosen mit Sozialhilfebezug deutlich erhöht. Ende 1994 wies die Sozialhilfestatistik rund 319 000 arbeitslos gemeldete Sozialhilfeempfänger aus; Ende 1995 waren es 467000. Das sind 30,9% der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt im Alter von 15 bis 65 Jahren.(...). Auch die konjunkturellen Schwankungen haben nicht verhindern können, dass sich das relative Gewicht der Erwerbslosen mit Sozialhilfebezug im Westen seit 1977 nahezu verdreifacht hat.“²

Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahre 2000 bei über vier Millionen.

¹ Vgl. Jugendamt Herten 1986, Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Kinder, Jugendliche und Familien Herten 1976, S. 1ff.

² Adamy u. Steffen (1999, S. 93).

„Galt in der alten Bundesrepublik das Überschreiten der Millionengrenze bei der Zahl der registrierten Arbeitslosen Ende der siebziger Jahre bereits als ein beschäftigungs-politischer Skandal und als ‘Bedrohung unserer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung’, so hat man sich im wiedervereinigten Deutschland daran gewöhnen müssen, dass Arbeitslosenzahlen von über vier Millionen, mit Einschluss der verdeckten Arbeitslosigkeit von über 6 Millionen, schon fast für normal gehalten werden.“¹

Zu diesen offiziellen Zahlen muss noch ein Personenkreis gezählt werden, der in der sozialwissenschaftlichen Forschung, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, als „verdeckt arm“ bezeichnet wird; jene Personen nämlich, die aufgrund ihres geringen Einkommens Anspruch auf Sozialhilfe haben, aber, aus welchen Gründen auch immer, diesen Anspruch nicht geltend machen. Es handelt sich also um Personen, die mit einem Einkommen leben müssen, das unterhalb des vom Sozialhilfegesetz zugesicherten sozio-kulturellen Existenzminimums liegt (die durchschnittlichen Sozialhilfesätze betrugen im Juli 1991 463,-DM und im Januar 2000 547,-DM plus Miete).

Die empirischen Auswertungen haben ergeben, dass „verdeckte Armut“ in erheblichem Ausmaß vorhanden ist. Im Jahr 1991 lebten 3,7% der Bevölkerung in Deutschland in „verdeckter Armut“. Das waren annähernd drei Millionen Personen, die mit einem Einkommen unterhalb des sozio-kulturellen Existenzminimums leben müssen.² Auf die genannten quantitativen Aspekte von Arbeitslosigkeit werde ich nur cursorisch eingehen, da der Schwerpunkt dieser Arbeit im Bereich „psycho-sozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Kinder liegt“. Schätzungen zufolge sind davon ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Mitleidenschaft gezogen. Es ist demnach von ca. zwei Mio. Kindern und Jugendlichen auszugehen, die in bundesdeutschen Haushalten leben und von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug der Eltern betroffen sind.

¹ Johach (1995, S. 159).

² Vgl. Neumann, Udo u. Hertz, Markus, Verdeckte Armut in Deutschland, Forschungsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, Frankfurt/M.1998, S. 21ff.

„Solch unterschiedliche Institutionen wie der Kinderschutzbund und die Bundesbank haben in letzter Zeit des öfteren darauf hingewiesen, dass immer mehr Familien mit Kindern in Armut und Sozialhilfebedürftigkeit geraten. So erklärte die Deutsche Bundesbank, daß Kinder unter sieben Jahren ein doppelt so hohes Risiko hätten, Sozialhilfe zu benötigen, wie der Durchschnitt der Bevölkerung. Die Zahl der unter siebenjährigen Empfänger sei von 150000 im Jahr 1985 auf 245000 Ende 1993 (Westdeutschland) angewachsen. Der Armuts-Bericht des DGB und des DPWV gibt eine Einkommensarmutsquote bei den unter 16-Jährigen von 11,8% in West - und 21,9% in Ostdeutschland an. Der Caritas-Bericht 'Arme unter uns' führt 42,4% der unter 3-Jährigen und 41,4% der 3 bis 6-Jährigen unter den Caritas-Klienten bzw. deren Haushaltsangehörigen als Sozialhilfeempfänger auf. Damit sind diese Altersgruppen deutlich höher vertreten als alle älteren Alterssegmente.“¹

Nach dem Ressourcenansatz sind diese Kinder und Jugendlichen als arm zu bezeichnen. Es reicht allerdings im Hinblick auf Kinder- und Jugendarmut nicht aus, allein den Arbeitslosen- oder Sozialhilfestatus der Eltern zu berücksichtigen. Vielmehr leben auch viele Familien mit eigenem Einkommen und vielen Kindern am Rande der Armutsschwelle, da das Pro-Kopf-Einkommen mit der Zahl der Kinder rapide absinkt. Somit liegt die wahre Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die in Armut aufwachsen, weit über den genannten zwei Millionen.² Manche Schätzungen gehen sogar von drei Millionen Kindern und Jugendlichen aus, die in bundesdeutschen Haushalten leben und von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfebezug betroffen sind.³ Betrachtet man die gerade angeführte „verdeckte Armut“ nach Altersgruppen, so lassen sich die 7-bis 17-jährigen als besondere Problemgruppe identifizieren. 1995 lebten in Deutschland 5,4% der Personen in dieser Altersgruppe unterhalb des Existenzminimums.⁴

¹ Momotow, Thomas, Kinderleben in Bochum, in: Henke, Ursula, Institut für Forschung und Entwicklung der sozialen Arbeit e.V., 1. Bochumer Kinderbericht, Bochum 1996, S. 53.

² Vgl. Hilmar, Peter, Kinder in Armut, in: Gilde soziale Arbeit, 2/92 Vlotho 1991, S. 22ff.

³ Ebd., S. 22.

⁴ Vgl. Neumann u. Hertz (1998., S. 21 ff.).

*"Die materielle Situation (und ihrer Familien) in einem Land, in dem private Haushalte über ein Vermögen von viereinhalb Billionen Mark verfügen, ist schlecht: Knapp eine Million der rund vierzehn Millionen unter Vierzehnjährigen leben von Sozialhilfe."*¹

Das Gesamtpotential in ihrer Lebensplanung verunsicherter und z.T. auf das Existenzminimum reduzierter Menschen nimmt in der Tat offizielle Zahlen weit überschreitende Ausmaße an, berücksichtigt man noch zwei weitere Gruppen von Betroffenen:

1. Die statistisch nicht erfassbaren Arbeitslosen und solche Personen, die nur deshalb nicht als arbeitslos gelten, weil sie in sog. „Warteschleifen“ Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen nutzen, und in der Hoffnung leben, danach einen Arbeitsplatz zu bekommen.
2. Jene Menschen, die in diversen, zeitlich allerdings nur befristeten Beschäftigungsprogrammen Arbeit und Lohn erhalten.

*„Mitte 1985 haben nahezu 40 Prozent (der Arbeitslosen) überhaupt keine Leistungen mehr aus der Arbeitslosenversicherung erhalten. Nur noch ein Drittel aller Arbeitslosen bezogen Arbeitslosengeld, und zugleich sank das durchschnittliche Arbeitslosengeld um annähernd vier Prozent..., obwohl die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten im selben Zeitraum um 5,8 Prozent gestiegen sind.(...)Langzeitarbeitslosigkeit, ansteigende Überschuldung vieler Familien und drastische Verknappung preisgünstigen Wohnraums ließen immer mehr Mittelschichtfamilien in die Armut absinken.“*²

Vier charakteristische Phänomene der Arbeitslosigkeit lassen sich spezifizieren:

- die hohe Zahl der Arbeitslosen insgesamt
- die hohe Zahl der langfristig Arbeitslosen
- der hohe Anteil junger Arbeitsloser
- die psycho-sozialen Auswirkungen auf die Kinder von Arbeitslosen.

¹ Die Zeit vom 07.05.1998.

² Engelmann, Bernt, Schwarzbuch, Göttingen 1994, S. 105.

Die Entwicklung dieser Phänomene scheint weiter anzuwachsen, selbst wenn sich konjunkturelle Schwierigkeiten vorübergehend entspannen.

„Wie immer in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, bleibt eine höhere Sockelarbeitslosigkeit als Resultat forcierter Rationalisierungsbestrebungen zurück - 'jobless growth' - nennen die Amerikaner ein Phänomen, das nicht erst seit der letzten Rezession die mit dem Arbeitsmarkt befassten Wissenschaftler und die Politiker beunruhigt. Wir werden uns auf absehbare Zeit mit der harten Tatsache auseinandersetzen müssen, daß der wirtschaftliche Aufschwung an den Langzeitarbeitslosen vorbeigeht, daß auch bei wiederanspringender Konjunktur immer noch Menschen aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert oder 'freigesetzt' werden (...).“¹

Die materielle Lebenssituation von Arbeitslosen gestaltet sich selbst unter den Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) sehr unterschiedlich (zeitliche Begrenzung des Arbeitslosengeldes und Abhängigkeit seiner Höhe vom vormals erzielten Einkommen).

„Viele Arbeitslose gehen finanziell leer aus bei den Arbeitsämtern oder erhalten so niedrigere Unterstützungsleistungen, dass die Sozialämter einspringen müssen. Ein wachsender Teil der Arbeitslosen wird nur unzureichend abgesichert, muss auf familiäre Hilfen oder auf Leistungen der Sozialhilfe zurückgreifen und droht zu verarmen. In Ost und West ist Arbeitslosigkeit die häufigste Ursache für den Gang zum Sozialamt.“²

Folgende drei Aspekte erweisen sich im Hinblick auf die materielle Lebenssicherung als komplizierend:

1. Die Arbeitslosenversicherung der Arbeitnehmer kann Dauer- und Massenarbeitslosigkeit nicht endlos auffangen.
2. Ein Teil der Arbeitslosen hat überhaupt keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

¹ Johach (1995, S. 159f.).

² Adamy u. Steffen (1998, S. 88).

3. Viele Dauerarbeitslose fallen aus dem sozialen Netz und drohen zu „verelenden“, wenn familiäre Sicherungssysteme fehlen.

Zu 1:

Das System der Refinanzierung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung durch die Versicherten ist nicht geeignet, in unbegrenztem Umfang Massenarbeitslosigkeit zu kompensieren. Vielmehr baut es auf der Annahme zahlenmäßig und zeitlich begrenzter Arbeitslosigkeit auf. In sozio-konjunkturellen Krisensituationen ist es nicht tragfähig genug, um sozio-ökonomische Katastrophen auffangen zu können.

Zu 2:

Mehr als ein Drittel der Arbeitslosen besitzt keinen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. In diesen Fällen stellt sich die Frage der rein materiellen Reproduktion sehr viel ernster. Bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit erscheint die Arbeitsuche immer aussichtsloser. Viele Arbeitslose, die von den Arbeitsämtern keine Arbeitslosenunterstützung mehr erwarten können, ziehen daraus die Konsequenz, sich gar nicht bei den Arbeitsämtern zu melden. Sie erhoffen sich von dort keine Vermittlungsangebote mehr und ziehen sich in die sogenannte „Stille Reserve“ am Arbeitsmarkt zurück. Arbeitsmarktforscher sprechen in diesem Zusammenhang vom „Entmutigungseffekt“, da die Betroffenen normalerweise eine Arbeit aufnehmen würden, jedoch in der gegenwärtigen Situation chancenlos sind oder sich dafür halten.¹ Zu den „entmutigten Arbeitslosen“ gehören vor allem:

- verheiratete Frauen (insbesondere mittlerer Altersjahrgänge), die nach Jahren der Kindererziehung zurück ins Arbeitsleben wollen, aber keinen (Teilzeit-) Arbeitsplatz finden;
- Jugendliche ohne Arbeits- und Ausbildungsplatz;
- junge Frauen und Mütter, die sich, nachdem sie keinen ihnen entsprechenden (Teilzeit-) Arbeitsplatz gefunden haben, ganz in Ehe und Familie zurückziehen;
- ältere Erwerbslose, die gezwungenermaßen vorzeitig in Rente oder Pension gehen;
- Behinderte, die ohne Aussicht auf Anstellung zu Frührentnern werden;

¹ Vgl. Balsen, Werner, Die neue Armut, Frankfurt 1984, S. 9ff.

- Arbeitslose, die ohne Aussicht auf Anstellung zu Frührentnern werden;
- Arbeitslose und Schulabsolventen, die, weil sie keine Arbeit finden, weiterhin an einer Bildungs- oder Umschulungsmaßnahme teilnehmen.¹

Zu 3

Zu erwarten ist, dass sich mit der gegenwärtigen Herausbildung einer Gruppe von Dauerarbeitslosen deren soziale Versorgung und Integration zunehmend erschwert. Es ist möglicherweise damit zu rechnen, dass die Lebenssituation eines Teils der Arbeitslosen einen sozialen „Formwandel“ durchläuft, der in Marginalisierung oder Kriminalisierung münden kann (z.B. Einweisung in Einrichtungen der gesellschaftlichen Sekretion wie Gefängnisse, psychiatrische Anstalten, Alkoholikerkliniken etc.).

Arbeitslose, vor allem Dauerarbeitslose, haben meist überdurchschnittlich viele Kinder. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit ermittelte z.B. im September 1984, dass fast 25% der Arbeitslosen drei und mehr Kinder hatten, bei den langfristig Arbeitslosen waren es sogar 30%.² Kinder sind durch die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit in der Familie in vielfacher Weise mit betroffen:

- a) im Elternhaus durch die fehlende Zuwendung,
- b) im Freundeskreis durch den Verzicht auf prestigevermittelnde Konsum- und Luxusgüter und
- c) im Schulbesuch aufgrund sparsamer Aufwendungen z.B. für Arbeitsmittel und Kleidung.

Einkommensminderung-vor allem wenn sie länger anhält und Sozialhilfeniveau erreicht hat-bedeutet für Eltern Kürzung der Auf- und Zuwendungen für ihre Kinder. Verzicht-müssen fällt insbesondere Kindern nicht leicht und lässt sich nicht problemlos erklären. Wer sich früher seinen Freiraum durch großzügige materielle Zuwendungen (für z.B. Kinobesuche) schaffte, muss nun von (immateriell) aufwendigeren Möglichkeiten Gebrauch machen, um seine Kinder zu beschäftigen und ihnen Zuwendung zu geben. Nicht zuletzt vergleichen Kinder ihre Eltern auch gern mit anderen, und dabei kann der

¹ Vgl. Ebd., S. 125.

² Vgl. Breuer, Wilhelm, Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Situation der betroffenen Familien, Köln 1984, S. 27.

arbeitslose Elternteil schnell an Ansehen und Wertschätzung einbüßen. Wie sehr sich die Arbeitslosigkeit auf das Verhalten der Kinder in der Schule und im Unterricht auswirkt, kann nicht direkt nachgewiesen werden. Es können aber Indikatoren herangezogen werden, die auf Zusammenhänge zwischen sozial-ökonomischen Veränderungen im familiären Kontext und schulischen Verhalten aufmerksam machen. Nach einer Studie des Jugendamtes in Herten haben Schulleiter registriert, dass Schulmilchbestellungen und Teilnahme an Klassenfahrten zurückgegangen sind bzw. mehr Anträge auf Zuschüsse zu Ausflügen, Schullandheimaufenthalten und Klassenfahrten gestellt wurden.¹

In einer (...) Befragung gaben 11 % der Mütter schulpflichtiger Kinder an, die Klassenfahrten nicht mehr bezahlen zu können. Knapp ein Fünftel konnte den Kindern kein Taschengeld mehr geben, und ebenfalls 19% waren nicht in der Lage, zusätzliche Bücher und Arbeitsmittel der Kinder zu finanzieren.“²

Schüler arbeitsloser Eltern haben nicht mehr die Möglichkeit, ohne Rücksprache mit den Eltern Geld zu verplanen. Auch fällt eine manchmal unzureichende Ausstattung und/oder ungewöhnliche Sparsamkeit und Ordentlichkeit der SchülerInnen im Umgang mit Arbeitsmitteln auf. Die Schule muss hier mehr als in Vorjahren helfend eingreifen. Materielles Entsagenmüssen kann Kinder auch zum Diebstahl verführen, zur heute oft so leichtgemachten „Selbstbedienung“. Allerdings kann nicht definitiv festgestellt werden (wie dies bei den strafmündigen Jugendlichen möglich ist), ob eine merkbare Steigerung strafbarer Handlungen von Seiten der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen ist und ob sich überhaupt eine Verbindung zur Arbeitslosigkeit der Eltern herstellen lässt.

"Am 24. März 1996 schlug das Deutsche Kinderhilfswerk Alarm: Der Anstieg der Kinderkriminalität seit 1990 hat bis heute um 33% zugenommen. Bei den Strafdelikten

¹ Vgl. Jugendamt Herten (1986, S. 1ff.).

² Lepenies, Annette, Kindliche Entwicklungspotentiale, Materialien zum 10. Kinder- und Jugendbericht, Opladen 1999, S. 325.

von Kindern bis 14 Jahren gehe es in jeweils 41% der Fälle um Diebstahl und Sachbeschädigung sowie in 18% um Körperverletzung.' Dies zeigt, dass die Kinderkriminalität ganz wesentlich eine Folge von Armut in der Gesellschaft ist', meint der Präsident des Kinderhilfswerks Thomas Krüger " ¹

Bei Langzeitarbeitslosigkeit erleben Kinder neben materiellen Einschränkungen Veränderungen im häuslichen Klima. Auf einer phänomenologischen Ebene ließe sich dies -zugespitzt formuliert- wie folgt charakterisieren: Kinder spüren die Hilflosigkeit der Eltern, ihre Nachdenklichkeit, ihr Unglücklichsein. Sie erleben den apathischen Vater, den älteren „gammelnden“ Bruder oder die Schwester, die Gereiztheit, den Ausbruch von aufgestautem „Frust“, die Streitigkeiten zwischen den Eltern. Kinder bekommen Angst, sind oft „im Wege“, werden beschimpft, herumgeschubst, auf die Straße gejagt, zur Unzeit ins Bett geschickt, geschlagen, gequält etc.. Natürlich entspricht dies nicht dem Bild einer jeden Arbeitslosenfamilie; dennoch beobachten Sozialarbeiter immer wieder Haushalte mit vielen Variationen solcher Verhaltensänderungen.² Je weniger Eltern aufgrund eigener Herkunft, Bildung und Anlagen zur konstruktiven Krisenbewältigung in der Lage sind, desto dichter sind in der Regel die Probleme und die Belastung jener Familien. Da aber das Elternhaus neben Schule und Beruf ein Hauptfeld sozialen Lernens ist, sind die Eindrücke, die im Elternhaus vermittelt werden, prägend. Kinder und Jugendliche benötigen für die Entwicklung ihrer persönlichen und sozialen Identität stabile Persönlichkeitsmuster, Bezugspersonen oder Verhaltensmodelle, an denen sie in oft spannungsreicher Annäherungs- und Distanzierungsarbeit, in Bindung und Ablösung ihr Selbstbild und ihre gesellschaftliche Gestalt gewinnen können.³

Erleben Kinder hilflose, launische oder gar apathische Eltern, wird sich ihre eigene Bereitschaft und Fähigkeit zur Gestaltung der eigenen Lebensumstände nur eingeschränkt entwickeln können. Erleben Kinder streitende, schlagende, trinkende Eltern, werden sie u.U. solche Verhaltensmuster zur Lösung eigener Probleme übernehmen. Psychische und

¹ Frankfurter Rundschau vom 25.03.1996.

² Vgl. Zenke, Karl, G u. Ludwig, Günter, Kinder arbeitsloser Eltern, in: Gewerkschaftliche Bildungspolitik, 4/84, Frankfurt 1984.

³ Vgl. Ebd., S. 104.

physische Erkrankungen sind häufig die Folge. Wie groß das Ausmaß an Insuffizienzen ist, lässt sich nicht quantifizieren; ganz allgemein zu beobachten ist jedenfalls, dass gesellschaftliche Bedrohungen und Belastungen (für Kinder arbeitsloser Eltern) einen wachsenden Anteil an den Konflikt- und Krankheitsursachen und damit am Beratungs- und Therapiebedarf bilden.¹

Ein Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die Annahme, dass die derzeit große Zahl von Arbeitslosen, die zunehmend auch ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ist, aufgrund des sich vollziehenden strukturellen und technologischen Wandels sowie der demographischen Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter ansteigen wird und -qualitativ-Arbeitslosigkeit weiterhin zu gravierenden innerfamiliären und sozialpolitischen Folgen führen wird. Arbeitslosigkeit wirkt sich sowohl auf die individuelle Situation des jeweils betroffenen Individuums aus als auch auf die Lebenslage der gesamten Familien. Hierauf muss sich die Sozial- und Kulturpolitik und insbesondere die Familienpolitik in der Bundesrepublik Deutschland einstellen. Bislang sind die Folgen der Arbeitslosigkeit in der Diskussion weitgehend ausgespart geblieben.

Ein entscheidender Anstoß zur Konzeption der vorliegenden Dissertation waren meine sozial-pädagogischen Erfahrungen im Rahmen einer AB-Maßnahme (während der eigenen Arbeitslosigkeit) in einem Jugendfreizeitheim der Stadt Bochum, welches einer großen Obdachlosensiedlung im Stadtteil Bochum-Werne angegliedert ist. Die Arbeitslosigkeit in diesem Stadtteil dürfte bei 25% liegen; genauere Daten existieren nicht, da das Arbeitsamt Bochum darüber keine spezifischen Daten führt. Meine Aufgabe bestand seinerzeit darin, den Schulbesuch der Kinder zu kontrollieren und wo nötig Nachhilfe bei den Hausaufgaben zu geben.

Darüber hinaus war ständiges Kontaktieren mit Lehrern, KindergärtnerInnen etc. an der Tagesordnung, da die Eltern in der Regel ihre eigenen Kinder offensichtlich vernachlässigten.

¹ Vgl. Richter, Horst. E., Familie und seelische Krankheit, Hamburg 1976, S. 159.

2.4.1 Funktion der Arbeit und Forschungsergebnisse zur Arbeitslosigkeit

A. Wacker formuliert folgende sieben Funktionen von Arbeit:

1. Arbeit stellt ein soziales Kontaktfeld dar, bietet die Möglichkeit, sich auszutauschen und Freundschaften zu schließen.

"Man ist kein Mensch mehr", sagt die arbeitslose Kunstwissenschaftlerin Gerlinde Brandt, 37. 'Man traut sich immer weniger zu '. Im Bekanntenkreis ist sie die einzige ohne Job. Die anderen reden von der Arbeit, von ihren Reisen, die arbeitslose Freundin bleibt stumm. Kino, Restaurantbesuche, Sonntagmorgen-Brunch im Hotel- sie, so Brandt, könne sich das mit 1200 Mark Sozialhilfe nicht mehr leisten. Über ihren momentan größten Wunsch, eine eigene Waschmaschine für sich und ihre Tochter, lachen die anderen."¹

2. Durch die Bewältigung der Arbeitsaufgaben kann man seine Fähigkeiten objektivieren und gewinnt ein Gefühl für seine Kompetenz.

3. Durch die Produktion wichtiger Güter für andere vermittelt Arbeit die Erfahrung, gebraucht zu werden und der Gesellschaft anzugehören.

"In der bürgerlichen Gesellschaft beruht der Wert des Menschen auf seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit. Das Maß an Respekt, das ihm entgegengebracht wird, hängt von dem Ausmaß seiner ökonomischen Kapazität ab. Menschen, die ökonomisch keine Potenz darstellen, sind letzten Endes auch menschlich unbeachtlich."²

4. Arbeit bietet einen sozialen Orientierungsrahmen, der wesentlich für die individuelle Selbsteinschätzung ist.

"Wer Arbeit hat, gesichert und einträglich, der zeigt, dass er 'etwas geworden' ist. Er verdient sein Einkommen und kann sich all die Dinge leisten, die wichtig sind fürs

¹ DER SPIEGEL, 15/94, S. 90.

² Fromm, Erich, Gesamtausgabe I, Stuttgart 1980, S. 110.

*Prestige. Arbeit vermittelt Chancen, Bestätigung, Erfolg. Der Job gibt Halt, sichert Kontakte und Gesprächsstoff.*¹

5. Arbeit ermöglicht die Ausgestaltung und Prüfung des individuellen Realitätskonzepts durch die Konfrontation mit der Realität.

6. Arbeit bietet Bestätigung dafür, über bestimmte Kenntnisse und Fertigkeiten zu verfügen, und bildet so die Basis für die Ausbildung einer persönlichen Identität.

7. Durch die Honorierung der Arbeit wird man erst materiell autark, unabhängig sowohl von den Familienangehörigen (Eltern, Lebensgefährten) als auch vom staatlichen Sozialsystem.

Zusammenfassend möchte ich an dieser Stelle Karl Jaspers² zitieren:

“Arbeit ist eine Forderung an den Menschen, deren Erfüllung ihn erst zum Menschen werden läßt.”

1980 veröffentlichten Heinemann, Röhrig und Stadie³ eine empirische Untersuchung über arbeitslose Frauen. Sie führten bundesweit je zwei 60-minütige Interviews mit Hausfrauen, erwerbstätigen und arbeitslosen Frauen durch. Zwischen dem ersten und dem zweiten Befragungszeitpunkt lagen vier Monate Zeit. Aufgrund ihrer Befragung kamen die Autoren zu wiederkehrenden Aspekten, die mit dem Verlust von Arbeit verbunden sind:

1. Verlust der Einteilung des Tages in Arbeit, Freizeit und Familienzeit,
2. Verlust des eigenen Einkommens, d.h. finanzielle Abhängigkeit vom Arbeits- oder Sozialamt oder vom Partner,
3. Verlust der am Arbeitsplatz geknüpften sozialen Kontakte,
4. Verlust des sozialen Status und des damit verbundenen Sozialprestiges, da in Leistungsgesellschaften Arbeitslosigkeit mit einer sozial gering geachteten Stellung einhergeht,

¹ DER SPIEGEL, 5/94, S. 89.

² Jaspers, Karl, Von der Wahrheit, München 1991, S. 330.

³ Vgl. Heinemann, Klaus u. a., Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle, St. Augustin 1980, S. 13ff.

5. Verlust an personaler Identität, an Möglichkeit, seine eigene Kompetenz ein- und wertzuschätzen.¹

Die Befunde von Heinemann, Röhrig und Stadie lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

-Die „Arbeitsorientierung“ (die subjektive Bedeutung von Berufstätigkeit im Lebensplan) ist von hoher Bedeutung für die Ursachen und Folgen von Arbeitslosigkeit.²

-In den Dimensionen „Resignation“, „emotionale Labilität“ und „psycho-somatische Belastungen“ konnte belegt werden, dass Unsicherheit, soziale Isolation, Veränderung des Zeitbewusstseins und Belastungen der finanziellen Lage zu einer Veränderung der Persönlichkeitsverfassung führen.³

-Arbeitslosigkeit bedeutet Verdienstaufschlag und damit finanzielle Einschränkung und Abhängigkeit.

-Vor allem nach länger andauernder Arbeitslosigkeit entsteht Langeweile; die Bereitschaft, die freie Zeit sinnvoll einzuteilen und zu gestalten, sinkt. Allein die wiederbeschäftigten ehemals arbeitslosen Frauen zeichneten sich durch überdurchschnittliches Freizeitaktivitätsniveau während der Arbeitslosigkeit aus, schienen also mit der vermehrt zur Verfügung stehenden Zeit während der Arbeitslosigkeit etwas anfangen zu können.

-Arbeitslose Frauen sind stärker von sozialer Isolation und fehlenden Kontaktmöglichkeiten betroffen, ihr Freundeskreis ist im Vergleich zu den anderen Gruppen kleiner.⁴

-Arbeitslose Frauen halten sich selbst eher für die Erfüllung der Aufgaben im Haushalt zuständig. Sie sind mehr den Belastungen durch den Haushalt ausgesetzt. Sie nennen am wenigsten Konflikte mit dem Partner, was darin begründet sein kann, dass weniger Konflikthanlässe vorhanden sind durch die geregelte familiäre Arbeitsteilung und auch durch

¹ Vgl. Ebd., S. 449ff.

² Vgl. Ebd., S. 449ff.

³ Vgl. Ebd., S. 575ff.

⁴ Vgl. Ebd., S. 581.

größere Anpassungsbereitschaft aufgrund stärkerer traditioneller Rollenvorstellungen und -verteilungen.¹

-Ein Teil der arbeitslosen Frauen erlebt im Kontakt mit Freunden, Bekannten und Nachbarn und in Vorstellungsgesprächen eine Diskriminierung aufgrund ihrer sozialen Lage, vor allem jüngere, unverheiratete arbeitslose Frauen. Sie werden am ehesten in diskreditierbare Rollen gezwungen und Vorurteilen und stereotypen Bildern unterworfen.

-Wiederkehrende Enttäuschungen in bezug auf den Erhalt eines neuen Arbeitsplatzes führen zu einer fatalistischen, resignativen Haltung. Das Gefühl individueller Chancen- und Machtlosigkeit gegenüber Arbeitslosigkeit ist unter den arbeitslosen Frauen am meisten ausgeprägt. Dieser Eindruck steigt mit höherem Alter und niedrigerer Berufsqualifikation.

-Das Niveau der Bemühungen um Wiederbeschäftigung sinkt mit der Dauer der Arbeitslosigkeit, mit steigendem Alter, mit geringer Qualifikation und stärkeren familiären Verpflichtungen. Die Ansprüche arbeitsloser Frauen an einen neuen Arbeitsplatz sind niedriger; sie sind zu mehr Konzession bereit.² Die Weltgesundheitsorganisation hat sich auf zwei Symposien speziell mit den gesundheitlichen Folgen der Arbeitslosigkeit befasst. Sie kommt zu der Einschätzung, dass Massenarbeitslosigkeit in den hochindustriellen Ländern aufgrund der in der psychologischen und sozialmedizinischen Forschung nachgewiesenen, gravierenden psycho-sozialen und gesundheitlichen Folgeschäden in ihrem gegenwärtigen Umfang als eine „epidemiologische Katastrophe“ eingeschätzt werden muss. Aufgrund des aktuellen Forschungsstandes kann festgestellt werden, dass für eine beträchtliche Zahl von Menschen Arbeitslosigkeit ein kritisches Lebensereignis verkörpert, welches verbunden ist mit einer Summierung alltäglicher Probleme und Sorgen und zu einer beträchtlichen Verschlechterung des psychischen und physischen Gesundheitszustandes führt.

"Die Armut frisst Lebensjahre. Bei einem Jahreseinkommen von 30 000 Mark ist die Sterberate etwa doppelt so hoch wie bei einem jährlichen Einkommen von 60 000 Mark.

¹ Vgl. Ebd., S. 581.

² Vgl. Heinemann (1980, S. 586ff.).

Zahlreiche Untersuchungen belegen, daß die Sterberate bei Arbeitslosigkeit vereinzelt sogar bis zu 90 Prozent höher liegen kann als im Bevölkerungsdurchschnitt. Armut schadet der Gesundheit: Arme sind zwei -bis dreimal so häufig krank wie Reiche."¹

1998 waren mehr als 4,5 Millionen Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gemeldet. Hinzu kommen Personen, die offiziell nicht erfasst werden, wie Arbeitslose, die umgeschult werden, Jugendliche, die resigniert haben, Ehefrauen, die sich nicht arbeitslos melden, Bewohner von Heimen, Nichtsesshafte, Kurzarbeiter u. ä.. Rechnet man zu diesen direkt betroffenen Personen auch die Personen aus der unmittelbaren sozialen Umgebung (Ehepartner, Kinder usw.) hinzu, kann davon ausgegangen werden, dass gegenwärtig in der Bundesrepublik die soziale und psychische Situation von über fünf Millionen Menschen durch die Erfahrung von Arbeitslosigkeit bestimmt ist. Die neuere Arbeitswissenschaft hat Erklärungsansätze für das Phänomen geliefert, dass Arbeit für den Menschen vor allem in hochindustrialisierten Ländern so wichtig ist. Die Arbeiten von Wacker u.a. bieten Interpretationen der ebenso kollektiven wie lebensgeschichtlichen Bedeutung der Erwerbsarbeit. Insbesondere auf die Relevanz von Arbeit für den Aufbau von Identität, soziale Kontakte und eines individuellen Systems der Zeitstrukturierung wird hingewiesen. Auf der Grundlage unseres heutigen Wissens können wir davon ausgehen, dass Arbeitslosigkeit zu folgenden Erscheinungen auf der Subjektebene führen kann:

- Abnahme des Selbstwertgefühls
- Zunahme sozialer Isolation
- Entwicklung von Schuldgefühlen
- Depression, Fatalismus und Apathie.

Zahlreiche psychologische Arbeiten haben bewiesen, dass Arbeitslosigkeit in vielen Fällen die Gefühle von Nutzlosigkeit und Minderwertigkeit vermittelt oder Depressivität zur Folge hat.

Ich fasse zusammen: Arbeit ist in zweifacher Weise für unser menschliches Leben unentbehrlich, einmal als Mittel zur Beschaffung der Güter, die wir zu einem humanen

¹ Unverzagt, Gerlinde, Armut, in: Psychologie heute, 4, Weinheim 1998, S. 60f.

Dasein benötigen und andererseits als Möglichkeit der Teilhabe an „vermenschlichendem Tun“, als Ausdruck eines Bedürfnisses nach befriedigender, sinnvoller Tätigkeit. Aus diesem zweiten Grund ist eine langanhaltende Dauerarbeitslosigkeit- selbst wenn sie durch ausreichende Unterstützung materiell erträglich gemacht wird- die Verletzung eines fundamentalen Menschenrechts. Arbeit kann- das deuten die Entwicklungen in den industriellen Kernsektoren der bundesdeutschen Wirtschaft an,-travail attractif, vielseitige, umfassende Kompetenzen fördernde und fordernde Arbeit werden.

1974, als die neue Weltwirtschaftskrise ausbrach, war das „Deutsche Wirtschaftswunder“ „endgültig vorbei und mit ihm die Ära der Vollbeschäftigung; eine Zeit, in der die Arbeitslosenquote die magische Grenze von ein Prozent nur hin und wieder überschritt. Seitdem hat jeder sechste Beschäftigte einmal unter Arbeitslosigkeit leiden müssen. Fünf Jahre Massenarbeitslosigkeit haben das „Trauma von Weimar“ wieder geweckt, das in den Wohlstandsjahren schon vergessen war: Die Sorge, dass der Mangel an Beschäftigung und die große soziale Unsicherheit, die dadurch entsteht, am Ende das politische System erschüttern könne. Unter dem Eindruck der permanenten Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe hat sich das Interesse der Geschichts- und Sozialwissenschaften seit vielen Jahren diesem Thema wieder zugewandt. Da die Struktur der heutigen Arbeitslosigkeit nur aus ihrer Geschichte heraus verständlich wird, gilt es, die historischen Kenntnisse über diese so alte und neue „soziale Frage“ zu erweitern. Die nachfolgenden Ausführungen wollen dazu einen Beitrag liefern. In diesem Kapitel erfolgt eine summarische Darstellung der Ergebnisse einer Auswahl von bekannten Studien zur Arbeitslosigkeit, die die psychosozialen Auswirkungen des Arbeitsplatzverlustes in ihren zentralen Dimension erfassen und beschreiben. Der vorwiegend sekundäranalytischen Literaturlauswertung werden Forschungsberichte und Erfahrungen aus Österreich, den Niederlanden, Polen, den USA und Deutschland zugrunde gelegt. Sie stammen zum großen Teil aus der Zeit vor bzw. nach der Weltwirtschaftskrise. Das Zerschlagen der tendenziellen Konvergenz zwischen persönlichen Sinnansprüchen und den Bedingungen des sozialen Handlungsfeldes, das Gefühl, ohnmächtig auf der Stelle zu treten und überflüssig zu sein, bestimmen die

Erfahrungen der Arbeitslosigkeit heute wie in der Zeit, aus der die meisten Untersuchungsberichte stammen.

Für meine Themenstellung ist es wichtig zu analysieren, inwieweit bei den Forschungsberichten Kinder und Jugendliche bei der wissenschaftliche Diskussion Berücksichtigung finden. Arbeitslosigkeit im heutigen Sinne ist bekanntlich ein relativ junges gesellschaftliches Phänomen, dessen Herausbildung mit der Entstehung der bürgerlichen Erwerbswirtschaft verbunden ist. Zwar gab es stets Individuen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch regelmäßige Arbeitstätigkeit bestritten. Ihre Definition als „Arbeitslose“ war jedoch erst möglich, als die Erwerbs- bzw. Lohnarbeit eine allgemeine Determinationskraft gewonnen hatte und die sozialen Absicherungen jenseits der Lohnarbeit brüchig geworden waren. Grob schematisiert verlief dieser Prozess in zwei Stufen: Sein Ausgangspunkt lag in jener oft gewaltsam inszenierten Neubewertung der Arbeit, wie sie sich am deutlichsten in der Einrichtung von Zucht- und Arbeitshäusern seit dem 17. Jahrhundert niederschlägt. Unter Bezug auf die protestantische Ethik wurde die Nicht-Arbeit sozial stigmatisiert und seine Gleichsetzung von Armut, Arbeitsscheu und Arbeitslosigkeit eingeübt, die unschwellig bis heute nachwirkt. Diese für den Aufbau kapitalistischer Vergesellschaftungszusammenhänge funktionale Gleichsetzung stieß freilich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Grenzen bzw. Folgeprobleme. Zwar war um diese Zeit die Vergesellschaftung über (Lohn)-Arbeit keineswegs vollständig durchgesetzt. Ungeachtet dessen gab es jedoch zunehmend „Lohnarbeitswillige“, die allenfalls in konjunkturellen Spitzenzeiten einen Arbeitsplatz fanden und nicht auf traditionale soziale Sicherungssysteme zurückgreifen konnten. Erst unter dem Eindruck dieser Erfahrung begann man, die Erwerbslosen getrennt von den Armen zu erfassen -in Deutschland geschah dies seit Ende des 19. Jahrhunderts- und Arbeitslosigkeit als ein eigenständige Problem zu diskutieren: Jenseits der moralischen Ächtung der Nicht-Arbeit erschien sie nun als eine „erzwungene zeitweilige Erwerbslosigkeit“, die nicht allein auf „moralische Mängel“ reduziert werden konnte, sondern subjektunabhängige Ursachen hatte. Sichtet man in der sozial-psychologischen Literatur Arbeiten, die Arbeitslosigkeit zu ihrem Gegenstand machen, stößt man bald auf ein typisches Phänomen: Einer großen Anzahl von

Untersuchungen über die Lebensbedingungen der „labouring poor“ zu Beginn der Neuzeit bis hin zu solchen über sozialen Wandel, Mobilität, Bettler, Randgruppen, Arbeitslose, Obdachlosigkeit etc. in den Industriegesellschaften, stehen nur wenige „echte“ Arbeitslosenstudien gegenüber („echt“ meint hier die Beschränkung auf arbeitslose Individuen). Erste Erhebungen und Berichte reichen in das 16. Jahrhundert zurück; so wurde während der Regierungszeit Franz I. in Frankreich 1532 beschlossen,

"die Bettler festnehmen (zu) lassen und sie zur Arbeit in den Kloaken von Paris (zu) zwingen, wobei man sie zu zweit ankette".¹

Nach einer Verordnung aus dem Jahre 1606 sollten Bettler öffentlich ausgepeitscht, gebrandmarkt und kahlgeschoren aus der Stadt gejagt werden.

In England erschien 1622 ein Pamphlet, in dem es heißt:

"Obgleich die Zahl der Armen täglich steigt, verschlechtern sich die Hilfsmaßnahmen auf schlimmste Weise; (...) viele Gemeinden stiften ihre Armen oder die Arbeitsfähigen, aber Unwilligen zur Bettelei, Beutelschneiderei und zum Diebstahl an, so daß das ganze Land davon verpestet ist." ²

Um 1650 beklagt sich der Lord Mayor von London über

"dieses Gewürm, das sich in der Stadt anhäuft, die öffentliche Ordnung stört, die Waren umlagert, vor Kirchen und Privathäusern mit lautem Geschrei Almosen erbettelt." ³

In Hamburg, wo 1620 ein Zuchthaus eröffnet wird, heißt es,

¹ Foucault, Michel, Wahnsinn und Gesellschaft, in: (Wacker 1977, S. 21).

² Ebd., S. 21

³ Ebd., S. 21

*"daß um 1600 die Bettlerplage so unerträglich geworden sei, daß es kaum noch möglich war, auf der Straße ein Gespräch zu führen, ohne von Bettlern umringt und belästigt zu werden. "*¹

Weitere Berichte und Erhebungen lassen sich im 18. Jahrhundert finden.² So sind Ursprünge einer empirischen Erforschung der sozialen Verhältnisse im Allgemeinen und der Lage der unteren Klassen im Besonderen zu erkennen. Dies hängt anscheinend zusammen mit dem entstehenden Bedarf an verlässlichen Kenntnissen über die sozialen Verhältnisse, der sich aus den Anfängen öffentlicher Sozialpolitik ergab. Das lässt sich daran erkennen, dass beispielsweise von Hume, Defoe (*The more mouths, the more wealth*) und anderen eine aktive Politik zur Steigerung der Zahl der Arbeitsbevölkerung gefordert wurde. Eine große fleißige Arbeitsbevölkerung galt als bester Garant für die Mehrung des nationalen Wohlstandes und die Sicherung und Erweiterung der Revenequellen des Monarchen.³ Bevölkerungs-als Wirtschaftspolitik war in ihren Planungen jedoch angewiesen auf Kenntnisse der sozialen Verhältnisse. So wurden bereits im frühen 17. Jahrhundert möglichst jährlich durchzuführende Bevölkerungsstatistiken und Sozialerhebungen gefordert. Die Ausbildung einer eigenen Disziplin der Kameralistik im Rahmen der entstehenden staatlichen Organisation und Administration wurde als notwendig erachtet.⁴ Sie sollte gewährleisten, dass trotz der Auflösung der ständigen feudalen Ordnung im Mittelalter das soziale Geschehen übersichtlich und transparent blieb.

„Die durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andererseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht ebenso plötzlich in die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum

¹ Strang, H., Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit, Stuttgart 1970, S. 12.

² Vgl. Kühnl, Reinhard, Formen bürgerlicher Herrschaft, Hamburg 1971, S. 49 ff..

³ Vgl. Weber, Max, Soziologie-Weltgeschichtliche Analysen, o. O., 1968, S. 359.

⁴ Vgl. Sombart, Werner, Der moderne Kapitalismus, München 1987, Bd. I, S. 339.

*Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts (gab es) daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers. Die Gesetzgebung behandelte sie als 'freiwillige' Verbrecher und unterstellte, dass es von ihrem guten Willen abhängt, in den nicht mehr existierenden alten Verhältnissen fortzuarbeiten.'*¹

Die Voraussetzungen der technisch-industriellen Revolution im Europa des 19. Jahrhunderts waren bereits durch die merkantilistischen Wirtschafts- und Produktionsformen des aufgeklärten Absolutismus gegeben. Hinzu kamen die neuen Möglichkeiten, Erkenntnisse und Methoden der „aufgeklärten“ Experimentalwissenschaften² nun auch technologisch fruchtbar zu machen und in den Produktionsprozessen praktisch einzusetzen. Spätestens am Beginn des 19. Jahrhunderts waren die wirtschaftlich führenden europäischen Staaten von den technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen erfasst, die diese Entwicklung mit sich brachte. Kennzeichnend für diese Phase war der allmähliche Übergang von der agrarischen zur industriellen Gesellschaft. Zu Ungunsten des primären Sektors (Landwirtschaft) wuchsen der sekundäre und tertiäre Sektor von Industrie und Dienstleistung. Technische Neuerungen im Energiebereich (Dampfkraft), in den Kommunikationsmöglichkeiten (Telegraphenwesen) sowie im Fernhandel (Eisenbahnen, Dampfschiffe) beschleunigten diesen Veränderungsprozess und führten zu einer zunehmenden Technisierung der mitteleuropäischen Welt.³ Auf dieser Grundlage entwickelten sich im wirtschaftlichen Bereich frühkapitalistisch-industrielle Produktionsweisen. In England kann dieser Prozess etwa um 1820 als abgeschlossen betrachtet werden, in Deutschland um 1850.⁴ Zentren der industriellen Produktion waren vor allem die handels- oder rohstoffbegünstigten Städte; sie boten Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten und veranlassten die durch agrarische und

¹ Marx, Karl, Engels, Friedrich, Werke, Bd. 23, S. 761f.

² Vgl. Sombart, Bd. III.(1987, S. 849ff.).

³ Ebd., S. 800ff.

⁴ Vgl. Ebd., S. 800ff.

wirtschaftliche Krisen in Not geratene Landbevölkerung zur Landflucht. In den Städten kam es zu einem schnellen Bevölkerungswachstum, dem die alten Infrastrukturen zumindest in der

Anfangsphase kaum gewachsen waren.¹ Bald entwickelten sich die neuen Ballungszentren aufgrund dieser defizitären Situation, wurden aber, auch bedingt durch inhumane Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweisen, zu Brennpunkten sozialer und gesundheitlicher Gefahren. Faktoren der Gefährdung waren etwa Kinderarbeit, Hungerlöhne oder Arbeitslosigkeit, die zum sozialen Abstieg, zur Trunksucht und zur Verelendung führen konnten. Hinzu kamen eklatante hygienische Missstände, bedingt durch wachsende Wohnungsnot und ein am Anfang des Jahrhunderts noch nicht hinreichend ausgebildetes hygienisches Bewusstsein.² Die Entstehung von Seuchenherden wurde begünstigt, und die großen Cholerawellen des 19. Jahrhunderts, die sich immer wieder auf die neuen industriellen Ballungszentren konzentrierten, wären ohne diese Voraussetzungen nicht möglich gewesen. Die Summe dieser Entwicklungen führte fast zwingend zur Entstehung neuer verarmter und ausgebeuteter Bevölkerungsschichten und zur Verschärfung der Gegensätze zwischen diesen Schichten.

„Häufig an der Peripherie der Städte oder in ghettoartig abgekapselten Gassen lebten sie in 'winzigen und ungesunden' Häusern, die sie so gut wie nie selber besaßen. Daher blieben sie überhöhten Mietforderungen ausgesetzt, so daß schon aus diesem Grunde eine unablässig anhaltende Fluktuation das Leben in den Armenstraßen kennzeichnete. Vom wohlhabenden Rest der Bevölkerung durch Wachtposten oder unsichtbare Mauern getrennt, bildeten diese Elendsviertel, wo Krankheiten aller Art, und verhältnismäßig hohe Sterblichkeitsziffern, immerwährende Armut und der Hunger als Dauergast das Dasein jahraus, jahrein beherrschten, augenfällig den realen und symbolischen Ausdruck des Ausschlusses der städtischen Parias aus der Bürgergemeinde. Hier war die

¹ Vgl. Kulischer, J., Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Darmstadt 1971, S. 151.

² Vgl. Fromm (1980, S. 151).

Hierarchie der Wohnform, die Distanz zwischen Bürgerhaus und Tagelöhnerschuppen längst ausgeprägt, ehe die Arbeiterviertel im Zuge der Industrialisierung anwuchsen und die Reichen in eigene Wohnorte auswichen. "¹

Als Reaktion auf diese Entwicklung kann die Einrichtung von Zuchthäusern, Spinnhäusern und Arbeitshäusern interpretiert werden, wo Arbeitslose und ihre Kinder, wenn nötig auch zwangsweise, untergebracht werden konnten. In Deutschland waren die Armenarbeitshäuser in Sachsen am stärksten verbreitet. Rumpelt & Luppe berichten, dass auf dem Lande und in den kleineren Städten bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Zahl der Insassen anstieg. Erst in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts wurden Bestrebungen registriert, die Arbeitshäuser von den gleichzeitigen Funktionen der Siechen-, Irren- und Krankenpflege als auch von der Kinderfürsorge zu entlasten. Die Zahl der sog. „Korrektionäre“, als da sind „Arbeitsscheue, liederliche Personen und Häuslinge, welche sich der Hausordnung nicht fügen“, sank von 41% im Jahre 1882 auf 19,4% im Jahre 1906.² Wie es damals im Haushalt einer Arbeitslosenfamilie Mitte des 19. Jahrhunderts zuging, beschreibt der zeitgenössische Historiker Sax in seinem Buch über die Spielwarenindustrie im Thüringer Wald: ...

„Das Spielwarengeschäft geht nicht immer gut, von Ende November bis Anfang März herrscht fast vollständige Arbeitslosigkeit. Die Wintermonate sind im Oberland schrecklich; bald nach Weihnachten sind die Ersparnisse aufgezehrt, man muß sich, so gut es geht, mit den Kartoffeln durchwintern: (...) die Nahrung (...) besteht meist aus Kartoffeln, die in allen Gestalten auf den Tisch kommt. Man nimmt sie am Morgen zum Zichorienaufguß oder der Kaffeebrühe, und genießt als zweites Frühstück Brot mit Kaffee. Zu Mittag gibt es allerlei Kartoffelspeisen, dazu wird ein Hering geholt und etwas Fett vom Metzger; die Ärmsten müssen statt des Herings mit der Salzlake fürlieb nehmen, worin er eingepökelt liegt, und nennen das Heringsbrühe. 'Kartoffeln in der Früh, zum

¹ Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd.I, München 1987, S. 197.

² Vgl. Luppe, Heinrich, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd I, Jena 1923, S. 42ff.

Mittag in der Brüh, des Abends mitsamt dem Kleid, Kartoffeln in Ewigkeit', lautet der Vers, in welchem (die Menschen) ihre Tafelgenüsse zusammenfassen.

Die Wohnungen bestehe gewöhnlich aus Stube und Kammer, die Räume sind niedrig und von Haus- und Handwerksgeräten vollgepfropft.(...) Nachts dient jedes Bett zwei Personen zur Lagerstätte, oft schlafen drei, nicht selten vier Personen beisammen in einem Bett, zwei mit dem Kopf nach aufwärts und zwei nach abwärts. Man schaudert zurück vor dem Elend, das einem hier begegnet ".¹

Indem jedoch über die Zwecke der Staatsverwaltung hinaus Berichte über die Lage der unteren Klassen veröffentlicht wurden, gehen die Befunde in die allgemein gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Klassen ein. Vor allem in England, wo reichhaltiges empirisches Material angehäuft wurde, wurde die im kapitalistischen Wirtschaftsprozess zugleich mit produzierten sozialen Folgekosten für die arbeitende Bevölkerung mit Hilfe eines noch rudimentären Instrumentariums empirischer Sozialforschung betrieben.² In Frankreich beschäftigte sich eine ganze Schule von Sozialreformern und Philanthropen mit Erhebungen über die Anlage der unteren Volksklassen.³ Hier wird auch schon früh die ambivalente Funktion solcher Untersuchungen deutlich. Zum einen mangelt es an Primärmaterialien, die sich auf Beobachtungen und Befragungen der sozialen Gruppen stützen, auf die sie sich richten. Teilweise bedingt durch diese Erhebungsstrategie, aber auch verknüpft mit politischen Intentionen geraten die Schlussfolgerungen und Empfehlungen zum anderen meist zu moralischen Ermahnungen. Ihr Anspruch, praktische Sozialkritik zu üben, verwandelte sich so leicht in eine psychologisierende und individualisierende Betrachtungsweise, welche die ihr zugrundeliegenden Probleme eher verschleierte denn aufdeckte.

Gegenüber den Erhebungen des 19.Jahrhunderts stellen die neueren Untersuchungen (Fallstudien aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise, historische Berichte vom III. Reich,

¹ Ogger, Günter, Die Gründerjahre, München 1995, S. 250

² Vgl. Robinson, G. Eatwell, Einführung i. d. Volkswirtschaftslehre, München 1974, S. 41.

³ Vgl. Schröder, Winfried, Französische Aufklärung, Berlin 1979 S. 276 ff.

Warschauer-Studie 1931, Detroit-Studie 1968, Bredaerprotokolle 1972) insofern einen Fortschritt dar, als

- (a)-in ihnen zunehmend auch die Sichtweisen der Betroffenen selbst samt ihren sozial-psychologischen Dimensionen Eingang gefunden haben; und
- (b)-sie mit Hilfe verbesserter Methodik eher dem Anspruch präziser Analyse gerecht werden.

Zu (a)

Zwei konkrete Beispiele aus der Zeit der Weimarer Republik dokumentieren die damaligen Ansätze, eine sozial-psychologische Sichtweise der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck zu bringen:

„Verkaufen Sie erst einmal ihr Mobiliar. 'Mein Mann ist arbeitslos, schon seit längerer Zeit.' Und dann sind die vom Wohlfahrtsamt gekommen. Weil der Mann nun Schreiner war, hatte der sich selbst ein paar Möbel fürs Wohnzimmer angefertigt; einen Schrank, Tisch und Stühle. Und dann hat die Beamtin dem frank und frei erklärt: 'Ja, verkaufen Sie mal erst das überflüssige Mobiliar, und wenn Sie das verlegt haben, dann melden Sie sich noch mal auf dem Wohlfahrtsamt, wenn Sie dann noch keine Arbeit haben...'

Da haben Leute verzweifelt 'ne Arbeit gesucht. Auf der Straße liefen die rum, mit 'nem Schild vorm Bauch: 'Ich suche Arbeit'. Oder aber-es mag absurd klingen, aber es ist wahr: Entlassene Bauarbeiter standen irgendwo an einer Großbaustelle, von morgens bis abends, hofften auf den Fall, daß vielleicht ein Arbeiter am Bau krank wird oder verunglückt. Denn da wären sie gleich zur Stelle, um den Polier zu fragen: 'Polier, kann ich die Arbeit übernehmen?' So sah es aus. Das war eine furchtbare Situation für die Erwerbslosen." ¹ (...)

"Man braucht zehn Jahre, um zu sterben!"

Der amerikanische Journalist Knickerbocker hat Ende 1931 die Situation deutscher Erwerbslosenfamilien untersucht. Nach den damaligen Unterstützungssätzen bezog in Berlin ein beschäftigungsloser Arbeiter mit Frau und Kind 51 Mark im Monat. Nach

¹ Balsen (1984, S. 28).

Berechnung des Arbeitsamtes Berlin-Neukölln kamen Miete, Beleuchtung, Beheizung und unvermeidliche Nebenausgaben auf ein unerbittliches Minimum von 32,50 Mark im Monat. Für die Ernährung dreier Menschen blieben also 18,50 Mark im Monat übrig! Knickerbocker wog daraufhin die bei den damaligen Preisen erschwingliche mögliche Tagesverpflegung einer Person aus. Sie bestand aus sechs kleinen Stück Kohl, das ungefähr faustgroß ist, und einem Stückchen Margarine von etwa 16 Kubikzentimetern. An drei Sonntagen konnten die Erwachsenen noch zusätzlich einen Hering essen. Für das Kind war noch jeden Sonntag ein Hering und täglich ein halber Liter Milch möglich. Der Journalist kam zu dem Schluß: 'Die hier geschilderte Ration, die für den arbeitslosen Deutschen erhältlich ist, reicht gerade für eine armselige Mahlzeit aus. In gewissem Sinne läßt sich von ihr leben, man braucht nämlich zehn Jahre, um bei dieser Verpflegung zu sterben.'¹

zu (b)

Trotz verbesserter Methoden gilt auch für die neueren Studien, dass sie notwendig in der überkommenen Ambivalenz von Dokumentation und Anspruch auf Veränderung sozialer Verhältnisse befangen bleiben. Außerdem stehen die Studien in ihrer Beschränkung auf jeweils eine bestimmte soziale Gruppe, einer spezifischen sozialen Situation, meist isoliert nebeneinander, lassen sowohl Gesamtanalysen als auch Rückschlüsse auf Breiten- und Rückwirkung auf die noch beschäftigten Lohnabhängigen nicht zu. Weitere allgemeine Schwächen und Gefahren der vorliegenden Arbeitslosenstudien seien kurz angemerkt: In ihrer Beschränkung auf eine soziale Gruppe in einer spezifischen Situation gerät diese in ihrer Gesamtheit leicht aus dem Blickfeld. Arbeitslosigkeit wird aus dem Kontext gesellschaftlicher Krisenlagen isoliert und nicht in ihren Breiten- und Rückwirkung auf die noch Beschäftigten betrachtet. Aus dem Erkenntnisinteresse der Erforschung der Wirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Individuen ergibt sich eine Beschränkung auf kürzere oder längere Zeit arbeitslos Gewordene und damit eine spezifische Problemverkürzung. Aktuelle

¹ Ebd., S. 26.

Reaktionen auf den Eintritt oder das Anhalten der Arbeitslosigkeit sind weder biographisch noch unter dem Aspekt kollektiver Interessenorganisation erfasst worden. Der fehlende Vergleich mit anderen Gruppen erschwert aus methodischer Sicht eine Bestimmung der spezifischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit selbst bleibt in den Studien in ihren untersuchungsrelevanten Dimensionen unbestimmt, so dass die Urteile über ihre Auswirkungen recht global ausfallen. Als ein Versuch einer solchen Differenzierung und Bestimmung verweise ich auf die Ausführung von Aiken u.a. (1968), in welcher allerdings relativ willkürlich einige Indikatoren „ökonomischer Deprivation“ formuliert werden.

Die Auswahl der hier vorgestellten Studien orientierte sich an mehreren Kriterien. Neben Untersuchungen aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise werden neuere Arbeiten vorgestellt.

- Die Erhebungen in Marienthal erfolgten von Ende 1931 bis in das folgende Jahr 1932 hinein.

- Die Warschauer Studie stützt sich auf biographische Erfahrungsberichte derselben Zeit.

- Die Problematik der Arbeitslosigkeit im III. Reich wird hier historiographisch dargestellt.

- Aiken et al. erhoben ihre Daten 1958, etwa zweieinhalb Jahre nach der Stilllegung der Packard-Werke.

- Die Bredaer Protokolle wurden von April bis Mai 1972 erstellt.

Für alle hier berücksichtigten Gruppen aus verschiedenen Zeiten und unterschiedlichen Nationen gilt der Sachverhalt einer unfreiwilligen Ausgrenzung aus dem Arbeitsprozess (bzw. deren Androhung). Sie bedeutete eine Zäsur in der individuellen Biographie mit der Problematik einer ungewissen Zukunft.

Anhand der ausgewählten Studien, die zwischen 1931 und 1972 in verschiedenen Ländern durchgeführt wurden, sollen unterschiedliche methodische Zugangsweisen vorgestellt werden:

Die Marienthal-Studie ist der Soziographie verpflichtet; diese empirisch arbeitende Disziplin stammt von Steinmetz aus dem Jahre 1913 und wurde von ihm als Gegenpol zur theoretischen Soziologie begründet. Die Soziographie beschreibt die gesamte

Sozialstruktur einer Einheit (z.B. Dorf, Stadt, Region) unter Verzicht auf vorherige Theorie- und Hypothesenbildung.¹

Die Aspekte zur Arbeitslosigkeit im 3. Reich basieren auf Historiographie.

Die Warschauer Erhebung stützt sich auf Arbeitslosenbiographien. Die biographischen Berichte stammen von Arbeitslosen aus verschiedenen Regionen Polens.

In der Detroit Studie wurde ein umfangreicher Fragebogen eingesetzt. Die Hauptfragestellung der Untersuchung zielt darauf ab zu untersuchen, wie die veränderte materielle Lebenssituation zwei Jahre nach der Betriebsstillegung die soziale Integration der entlassenen Mitarbeiter in die Gesellschaft beeinflusst hatte. Um diesem Einfluss nachzugehen, entwickelte die Forschungsgruppe eine -faktorenanalytisch konstituierte-Skala zur Bestimmung der aktuellen ökonomischen Deprivation:

Fragen nach: -Ersparnissen

-Schulden

-Konsumniveau

wurden zusammengefasst und mit der Situation vor der Arbeitslosigkeit verglichen.

Die Bredaer Protokolle stellen unbearbeitete Primärmaterialien dar, das in qualitativen Interviews gesammelt wurde. In diesen Protokollen sind Interviewäußerungen von Arbeitern und Angestellten und einigen ihrer Ehefrauen zusammengefasst, die etwa fünf bis sechs Wochen nach Ankündigung der geplanten Werkschließung in Breda aufgezeichnet wurden. Die Protokolle geben die Reaktionen der Belegschaft angesichts der Befürchtung, ihre Arbeitsplätze zu verlieren, wieder.

2.4.1.1 Die Marienthal-Studie

1933, im Jahr der Etablierung einer „ständestaatlich-katholischen Richtung des Faschismus“ (ABENDROTH) in Österreich, erscheint eine Studie² von Mitarbeitern der

¹ Vgl. König, René, Soziologie, Frankfurt 1967, S. 283.

² Vgl. Jahoda, Marie, Lazarsfeld, Paul u. Eisel, Hans, Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt 1975, S. 2ff.

"Wirtschafts-wissenschaftlichen Forschungsstelle" am Psychologischen Institut der Universität Wien. Sie gehört zu den Klassikern empirisch-sozialwissenschaftlicher Forschung. Sie dürfte bei der Entwicklung der modernen empirischen Soziologie in Österreich eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Studie entstand auf einem „Umweg“: Zunächst war beabsichtigt worden, die Lebens- und Kulturformen, d.h. vor allem das Freizeitverhalten der Wiener Arbeiterklasse zu untersuchen. Der damalige Führer der sozialistischen Partei, Otto Bauer, äußerte darüber seinen Unmut:

„ Die neuen Lebens- und Kulturformen der österreichischen, insbesondere der Wiener Arbeiterklasse, beschäftigte einige von uns sehr und wir machten Pläne, sie wissenschaftlich zu dokumentieren. Aber als wir den Plan einer Freizeiterhebung mit Otto Bauer, dem Führer der sozialistischen Partei jener Tage, besprachen, wurde er unmutig und sagte ungefähr: 'Ihr wollt Freizeit studieren in einem Land, das seit vielen Jahren unter schwerer Arbeitslosigkeit leidet? Das ist ungehörig. Wenn Ihr etwas untersuchen wollt, warum studiert ihr nicht die Wirkungen langdauernder Arbeitslosigkeit?'

So entstand Marienthal ".¹

Ziel war, die Situation eines Arbeitslosenortes nachzuzeichnen; Gegenstand der Untersuchung waren von daher die arbeitslosen Bewohner des Dorfes. Ein Team aus zehn Psycho-losen, mehreren Ärzten und Soziologen hatte über einige Monate hinweg die Situation in einem niederösterreichischen Dorf untersucht, dessen Bewohner nach Stilllegung der Textilfabrik arbeitslos geworden waren.

-Methodenkonzept:

Die Erhebung, die sich vom Winter 1931/32 bis Mai 1932 erstreckten, berücksichtigen folgende Quellen: Einwohnerkartei, Kriminalstatistik, Buchhaltung des Konsumvereins, Bibliotheks- und Wahlstatistiken, Daten zur Bevölkerungsbewegung. Zur Situation schriftlich und/oder mündlich befragt wurden Lehrer, Schüler, Eltern, Pfarrer und örtliche

¹ Kalbitz, Rainer, Gibt es Marienthal noch heute?, Düsseldorf 1986, S. 12.

Gewerbetreibende. Es wurden Messungen der Gehgeschwindigkeit auf den Straßen des Ortes vorgenommen und Gespräche in öffentlichen Lokalen registriert. Nach Aufzeichnungen und persönlichen Gesprächen mit Vertretern politischer Parteien, Vereinen und Institutionen wurde versucht, die historische Entwicklung des Dorfes zu rekonstruieren. Die extensive Breite der Materialsammlung ist Ausdruck der Intention soziographischer Forschung, durch möglichst umfassende Bestandsaufnahme die Verflechtung historischer, politischer, wirtschaftlicher, psychologischer und anderer Faktoren vor Ort sichtbar zu machen. In der Forschungsstrategie verbinden sich Elemente traditioneller Sozialforschung mit non-reaktiven Messverfahren und Formen teilnehmender Beobachtung bis hin zur Aktionsforschung. Die Verknüpfung verschiedener Instrumente in bezug auf eine soziale Einheit mit einer eigenen Struktur gibt der Untersuchung den Charakter einer Fallstudie. Marienthal, in der Nähe Wiens gelegen, wird als ein typisches Fabrikdorf vorgestellt. Die Einwohner sind zu ihrer Existenzsicherung fast ausschließlich auf Arbeit in der einzigen ortsansässigen Fabrik angewiesen.

1830 als Flachsspinnerei gegründet, expandierte die Fabrik bis zum Ende des 19. Jahrhunderts und gliederte eine Weberei und Bleiche an.

Schon frühzeitig waren die Arbeiter gewerkschaftlich stark engagiert. Nach dem 1. Weltkrieg wurde erstmals ein Betriebsrat gewählt, der sich 1925 zusammen mit der gesamten Belegschaft an dem nationalen Textilarbeiterstreik beteiligte.¹ Nach diesem Höhepunkt der Auseinandersetzungen führten wirtschaftliche Schwierigkeiten zu einer allmählichen Demontage des Betriebes, die 1930 mit der Stilllegung endete. Über diese Phase liegen keine genaueren Angaben vor. Zum Zeitpunkt der Erhebungen waren 60 meist jüngere Einwohner Marienthals bereits verzogen, um anderswo Arbeit zu suchen. Die verbliebenen 1.486 Einwohner lebten in 478 Haushalten. Der Altersaufbau entsprach in etwa dem in ganz Niederösterreich. In 358 der 478 Familien bezog mindestens ein Familienmitglied Arbeitslosenunterstützung bzw. Notstandshilfe; neun Familien waren ohne jede öffentliche Unterstützung; nicht arbeitslos war mindestens je ein Mitglied aus 93 Familien; 18 Familien bezogen Altersruhegeld.

¹ Vgl. Jahoda (1975, S. 32ff.).

„Schon eine Differenz von monatlich 5 Schilling heißt, nur mehr mit Sacharin kochen können oder doch noch Zucker verwenden; die Schuhe in Reparatur geben können oder die Kinder von der Schule zu Hause lassen müssen, weil sie nichts mehr an den Füßen haben; heißt, sich gelegentlich eine Zigarette zu 3 g leisten zu können oder immer nur Stummel auf der Straße aufklauben; 5 Schillinge auf oder ab, das bedeutet die Zugehörigkeit zu einer anderen Lebensform.“¹

Bereits 1926 war die Belegschaft der Fabrik auf die Hälfte ihres früheren Bestandes reduziert worden. Als die Untersucher Ende 1931 in das Dorf kamen, gab es nur mehr etwa 60 Betriebsangehörige. Als Besonderheit der Situation in Marienthal-im Gegensatz zur Vereinzelung des Arbeitslosen in großstädtischer Umgebung-vermerken die Autoren, dass sie

„keine krassen neurotischen Massenerscheinungen gefunden“²

haben. Offenbar erhält sich die geschlossene dörfliche Gemeinschaft aus vielerlei Gründen länger und leichter als Ganzes intakt.

Mit der Stilllegung der Fabrik als des „Zentrums des sozialen Leben“ schrumpft allmählich der soziale und psychologische Lebensraum. Die Höhe des Arbeitslosengeldes und der zeitliche Anspruch waren durch Gesetz vom Jahre 1920 geregelt. Voraussetzung für den Bezug war der Nachweis einer zwanzigwöchigen Beschäftigungsdauer in dem der Antragstellung vorhergehenden Jahr. Nach 20 bis 30 Wochen wurde der Arbeitslose ausgesteuert und konnte Notstandshilfe bis zur maximalen Dauer eines Jahres beziehen. Zur Sicherung ihres Lebensunterhalts sind die Familien auf zusätzliche Mittel angewiesen.

„Selbst die Behörden versuchen in Marienthal nicht mehr den Schein aufrecht zu erhalten, als ob man von der Unterstützung, die man bekommt, leben könne.“¹

¹ Ebd., S. 9.

² Ebd., S. 34.

Die kommunale Fürsorge ist fast gänzlich zusammengebrochen. Durch den Anbau von Gemüse in Schrebergärten, durch Kaninchenzucht und Diebstähle im bäuerlichen Umland sucht man sich das für den Lebenserhalt Notwendigste zu verschaffen.

„Immer wieder verschwinden Katzen. Die Katze von Herrn H. ist erst vor wenigen Tagen verschwunden. Katzenfleisch ist sehr gut. Auch Hunde werden gegessen.“²

Unter den Arbeitslosen lassen sich vier Hauptgruppen unterscheiden:

1. Die Ungebrochenen :

Kennzeichnend sind Aufrechterhaltung des Haushaltes, Aktivität, Pläne und Hoffnungen für die Zukunft, ständige Versuche zur Arbeitsbeschaffung.

2. Die Resignierten :

Diese Gruppe hat sich mit der Situation abgefunden. Kennzeichnend sind:

„ keine Pläne, keine Beziehung zur Zukunft, keine Hoffnungen, maximale Beschränkung aller Bedürfnisse, die über die Haushaltsführung hinausgehen, und bei alledem ein Gefühl relativen Wohlbefindens.“³

3. Die Verzweifelten :

Die Gruppierung wirkt durch ihre Lage stärker betroffen: Verzweiflung, Depression, Hoffnungslosigkeit, Niederlegung der Arbeitsuche und der Versuche zur Verbesserung. Der Wunsch nach Veränderung der Situation bleibt virulent, ohne dass allerdings ein Hebel zur Veränderung gesehen wird.

Am Beispiel einer Familie soll dies veranschaulicht werden:

¹ Ebd., S. 22.

² Ebd., S. 45.

³ Ebd., S. 70.

„ Mann, Frau, vier Kinder (...) Arbeitslosenunterstützung der Frau ist vor kurzem gestrichen worden, weil der Mann angeblich in der Landwirtschaft verdienen könnte. Daher Einkommen im Augenblick: 0 (laut Angabe). Kaninchenzüchter.

Aus dem Hausbesuchsprotokoll: Die Wohnung, -Zimmer, Küche, Vorraum in einer Baracke-furchtbarem Zustand. Sehr schmutzig und unaufgeräumt. Die Kinder und die Erwachsenen haben fast nichts zum Anziehen. Frau und Kinder sehr schmutzig, die Wirtschaft macht einen verlotterten Eindruck. Es liegen sehr viele bereits unverwendbare Kleidungsstücke herum. Frau beklagt sich, daß ihr Mann nirgends hilft und ihr nur zur Last fällt. Bei der Kleideraktion möchte sie irgend etwas Warmes, egal für wen".¹

4. Die Apathischen:

Diese Gruppe schmiedet keine Pläne mehr; für sie besteht (subjektiv) keine Hoffnung mehr. In dieser Gruppe finden wir die Trinker des Ortes. Die Familie zeigt Verfallserscheinungen; es gibt viel Streit. Häufig wird hinzukommend gebettelt und gestohlen. Nicht nur für die weitere Zukunft, schon für den nächsten Tag und Stunden herrscht völlige Planlosigkeit.²

Wesentliche Indikatoren des allgemeinen Zerfallprozesses sind die Veränderungen der Zeiterfahrung und -verwendung. Zeit wird belanglos, ein inhaltsleerer äußerer Rahmen ohne Höhen und Tiefen, ohne Sinn und Bedeutung. Am deutlichsten fällt dies bei den Männern des Dorfes auf. Messungen der Gehgeschwindigkeit auf der Dorfstraße belegten, dass die Männer sich im Vergleich mit den Frauen langsamer fortbewegten und häufiger stehen blieben. Die Angaben in den Zeitverwendungsbögen lassen erkennen, dass die Tage meist gleichförmig und inhaltsarm verbracht werden. Als wesentliche Orientierungspunkte im Zeitgitter bleiben nur Tagesrhythmus (Aufstehen und Schlafengehen) und die Regelmäßigkeit der Mahlzeiten erhalten. Die Hauptbeschäftigung besteht im sog. „Nichtstun“. Da der Tag nicht mehr der externen Trennung nach Arbeits- und Freizeit unterliegt, werden Zeiteinteilung und sparsame Zeitverwendung zunehmend sinnlos; entsprechend verschwindet die Bedeutung von Sonn- und Feiertagen. Die vormals extern

¹ Ebd., S. 68.

² Vgl. Ebd., S. 64ff.

aufgezwungene Zeitordnung wird nicht durch eine individuelle ersetzt, sondern bleibt als funktional gewordener Orientierungsrahmen bestehen. Angesichts der objektiven Verstärkung der Lebenssituation und der individuellen Handlungslosigkeit schrumpft der Planungshorizont zusammen. Der Schrumpfung des Aktivitäts- und Lebensraumes geht die Erosion des Zeitbewusstseins und der Zukunftsperspektive parallel. Das Dorf bietet den Eindruck eines allgemeinen Zerfalls. Die Schockwirkungen der Betriebsschließung, die Vernichtung der Existenzgrundlage eines ganzen Dorfes führt über eine Phase affektiver Erregung zum *"Gefühl der individuellen Ohnmacht"*.¹

Mit der Verschlechterung der materiellen Verhältnisse nimmt auch die körperliche Widerstandskraft der Schulkinder ab. Die Auswirkungen auf das Verhältnis der Ehepartner zueinander sind uneinheitlich: Teils lässt die Notlage die Ehepaare und Familien näher zusammenrücken, teils brechen vormals latente Konflikte offen aus. Zu der Betroffenheit der Kinder in Marienthal hier zum Abschluss dieses Kapitels noch ein Zitat von Jahoda:

„ Auch in Österreich wurde die physische Deprivation ausführlich dokumentiert. Eine medizinische Untersuchung zeigte, daß 57 Prozent aller Kinder von Erwerbslosen Untergewicht hatten; im Bereich Marienthal lag diese Zahl bei 76 Prozent. Die Unmöglichkeit einer richtigen Haushaltsführung unter den Bedingungen unzulänglicher Zuwendungen kam durch einen Vergleich zwischen den Eßpaketen zum Ausdruck, welche die Kinder einen Tag vor und einen Tag nach der vierzehntägigen Unterstützungszahlung mit in die Schule brachten: Am Tag davor brachten 50 Prozent nichts zu essen mit; am Tag danach waren es nur noch 5 Prozent. Als die Eltern in Marienthal gefragt wurden, ob die Erwerbslosigkeit irgendwelche neuen Probleme in ihren Beziehungen zu den Kindern geschaffen hatte, da erwähnten sie nur das eine, wie man nämlich die Jungen im Wachstumsalter davon abhalten könne, Fußball zu spielen und so ihre Stiefel und Kleider völlig zu verschleifen".²

¹ Ebd., S. 93.

² Jahoda, Marie, *Wieviel Arbeit braucht der Mensch?*, Weinheim 1995, S. 38.

Ziel der Untersuchung war es, ein Bild von der psychologischen Situation eines „Arbeitslosenortes“ zu entwerfen. Gegenstand der Untersuchung sollte das „arbeitslose Dorf“ und nicht der einzelne Arbeitslose sein. Diesem Anspruch wird die Studie nach Lazarsfeld et al. nicht immer gerecht.¹ Es ist nicht gelungen, über einen kurzen historischen Abriss hinaus die Kontinuität bzw. Diskontinuität der Erfahrungen deutlich zu machen.

Der gemessen an dem Aufwand heutiger Forschungsvorhaben-„unökonomische“ Umgang mit der Zeit lässt Phänomene ins Blickfeld rücken, die sich dem Zugriff durch rein verbale, reaktive Erhebungsverfahren entziehen. Objektivität bestimmt sich weniger über eine teilnahmslose Zurückhaltung und mögliche Skrupel über „Eingriffe“ in die Situation, als über das Ausmaß der erreichten Situationsannäherung, des „Eintauchens“ in diese.

So wird in der Definition der Untersucher darauf hingewiesen,

„daß kein einziger Mitarbeiter die Rolle eines Reporters oder Beobachters in Marienthal übernehmen durfte, sondern nur die ihm zugewiesenen Funktionen ausüben sollte“.²

Da die Autoren dieser Studie den Zusammenhang zwischen materieller Deprivation und psycho-sozialem Lebensraum als bedeutsames Ereignis, aber nur ansatzweise die Alltags- und Schulsituation der betroffenen Kinder herausarbeitet haben, ist die Studie für meine Arbeit nur von begrenztem Wert.

2.4.1.2 Die Warschauer Studie

Die 1935 publizierte Warschauer Studie ist der Versuch, anhand biographischer Berichte die ökonomischen und psychischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die betroffenen Individuen aufzuweisen.

¹ Jahoda (1975, S. 9 ff.).

² Ebd., S. 28.

L. Krzywicki, Direktor des „Instituts für Sozialökonomie“ an der Universität Warschau, legte im selben Jahr, als die Marienthal-Studie erschien, eine Auswahl von 57 Erfahrungs-Berichten von Arbeitslosen aus verschiedenen Regionen Polens vor. Trotz der massiven methodologischen Vorbehalte, die gegen solch eine Erhebungsstrategie (Basis war ein Preisausschreiben) und die verwandten Auswahlkriterien erwachsen, sind die beiden Sozialforscher Zawadski und Lazarsfeld davon überzeugt, dass von einer „phänomenologischen Repräsentativität“ auszugehen ist und dass sich die Einzelergebnisse der Erhebung in allgemeinverbindlichen Aussagen zusammenfassen lassen.¹

Im Ausschreibungstext wurden Auskünfte zu den folgenden Punkten verlangt:

-Ernährungslage

- Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die gesundheitliche Verfassung
- Umfang des Beleihs und des Verkaufs von Haushaltgegenständen
- Verschuldung und Umfang von Gelegenheitsarbeiten

Die Darstellung der Ergebnisse stützt sich auf die sozial-psychologisch ausgerichtete Interpretation der publizierten autobiographischen Berichte durch Zawadski und Lazarsfeld.

Ausgangssituation der Befragten: ² ³ Die materielle Lebenslage der Arbeitslosen ist weitgehend bestimmt durch das System der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung. Hilfen durch andere staatlichen Stellen erfolgten nur ausnahmsweise und meist in Form von Sachzuwendungen (Kohlen, Kartoffeln u.ä.). Die sich ergebende materielle Deprivation zwingt den Arbeitslosen dazu, durch Gelegenheitsarbeiten, Verkauf von Haushaltsgegenständen, durch Betteln und Stehlen das bloße Überleben zu sichern.

Phasen der emotionalen Reaktionen:

¹ Vgl. Zawadski, B. u. Lazarsfeld, Paul, The psychological consequence of unemployment, in: Wacker (1977, S. 44ff.).

² Die Erfahrungsberichte waren aus insgesamt 774 Einsendungen ausgewählt worden, die als Ergebnisse vom Institut veranstalteten Preisausschreibens dort eintrafen.

³ Sie sichten das Material unter drei Aspekten:

1. Lebensweise und Existenzbedingungen der Arbeitslosen.
2. Emotionale Einstellung und unmittelbare Erfahrungswirkungen der Arbeitslosigkeit.
3. Erwartungshorizont und Verständnis der Arbeitslosigkeit im gesellschaftlichen Zusammenhang.

Im Vergleich der verschiedenen Berichte lässt sich nach Zawadzki und Lazarsfeld mosaikartig eine typische Verlaufsform der emotionalen Reaktionen herausarbeiten:

Der Verlust des Arbeitsplatzes provoziert zunächst heftige affektive Erregungszustände und Gemütsschwankungen; sie reichen von panischer Angst über Trauerreaktionen bis hin zu Rachegefühlen und Hass. Die Ausweglosigkeit der Situation lässt die anfängliche Erregung abklingen und einem dumpfen Gefühl der Lähmung weichen, das in eine Phase relativer Beruhigung einmündet. In dieser Phase erfolgt eine vorläufige Anpassung an die veränderte Lebensbedingungen, ein Sich-Einrichten in eine Wartestellung, in der noch die Hoffnung auf eine baldige Verbesserung besteht. Tritt diese trotz aller Anstrengungen und Arbeitsuche nicht ein, findet sich ein allmähliches Abgleiten in einen Zustand der Hoffnungslosigkeit, verschärft durch die parallele Erschöpfung der materiellen Ressourcen. Die Erfahrung der Ausweglosigkeit der Situation führt erneut in eine Phase affektiver Erregung und Verzweiflung, die angesichts der objektiven Schranken individuellen Bemühens sich vornehmlich auf die eigene Person richtet: Angst- und depressive Verstimmungszustände wechseln mit Selbstmordplanungen und -versuchen.

Abgelöst wird dieser Zustand durch ein Versinken in tiefe Apathie, in der der Arbeitslose an seiner Umgebung und Situation kaum mehr Anteil nimmt; er hat sich aufgegeben.¹ Die in der Marienthal-Studie getroffene Unterscheidung von Haltungstypen (die Ungebrochenen, die Resignierten, die Verzweifelten und die Apathischen) bewährt sich auch an diesen autobiographischen Berichten und wird an Berichtsausschnitten belegt. An die Stelle einer Typologie der Verarbeitungsformen von Arbeitslosigkeit tritt aber die prozessorientierte Strukturierung von Verarbeitungsformen. Die Hoffnungen und Wünsche zentrieren sich um das Problem, Arbeit zu finden. In den meisten Berichten wird rückblickend immer wieder der Wert der Arbeit betont. Der soziale Raum polarisiert sich in das Feld der Arbeitssuchenden und der Arbeitshabenden. Als Pendant zur Hochschätzung der Arbeit findet sich das Gefühl der sozialen Degradierung und des Überflüssigseins. Der Verlust des Arbeitsplatzes verbindet sich mit dem Verlust menschlicher Würde und dem

¹ Vgl. Zawadzki, B. u. Lazarsfeld, Paul, in: Wacker (1977, S. 46ff.).

der Selbstachtung, obwohl nur in vier Fällen subjektiv ein eigenes Verschulden an der Entlassung angenommen wird.

„... Wenn ich ausgehe, schlage ich meine Augen nieder, weil ich mir ganz und gar minderwertig vorkomme... Ich vermeide instinktiv, irgend jemanden zu treffen. Frühere Bekannte und Freunde aus besseren Zeiten sind nicht mehr so herzlich. Sie grüßen mich gleichgültig, wenn wir uns treffen. Sie bieten mir keine Zigaretten mehr an, und ihre Blicke scheinen mir zu sagen: Du bist es nicht wert, Du arbeitest nicht.“¹

Der anonyme soziale Druck, das Wechselbad von Hoffnung und Enttäuschung führen in etwa der Hälfte der Berichte zu Äußerungen über autoaggressive Tendenzen (geplante Selbstmorde) und diffuse Aggression, die ohne eigentliche Richtung sind und bald wieder in sich zusammenbrechen.

"Als Arbeitsloser bist Du mit Dir selbst nicht zufrieden. Du bist von allen abhängig. Du kommst Dir irgendwie nicht mehr als Mensch vor. Du wirst automatisch nicht akzeptiert von der Gesellschaft. Daß man so verachtet wird? Indem Du verachtet wirst, bist Du mit Dir selbst nicht zufrieden."²

In den meisten Fällen verfestigen sich mit der Arbeitslosigkeit, der Vereinzelung unter dem Druck der sozialen und materiellen Verhältnisse sprachlose, individualisierte Anpassungsmuster. Es kommt zur Zersetzung des Solidaritätsgefüges, zur Veränderung von Klassenbewusstsein und zum Abstumpfen politischer Überzeugungen. In einigen Fällen verfestigten sich mit der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Vereinzelung sprachlos individualisierte Anpassungsmuster. Es kommt zur Zersetzung des Solidaritätsgefüges, zur Veränderung von Klassenbewusstsein und zum Abstumpfen politischer Überzeugungen.

¹ Goffmann, Erving, Stigma-über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt 1967, S. 27.

² Paul, Gerhard u. Wacker, Ali, Arbeitslose in der Krise, o. O. 1975, S. 126.

Sehr oft richten sich Hass und Neid gegen diejenigen, die noch Arbeit haben. Ausgrenzung und Vereinzelung lassen früher vorhandene solidarische Beziehungen zu Arbeitskollegen zerbrechen. So berichtet ein Arbeitsloser aus einer Textilfabrik:

„Die Arbeiter sind düster, resigniert und schwermütig; sie betrachten sich feindselig. Wer wird der nächste sein? Das Schlimmste ist die Ungewißheit...Wir verdächtigen einander des Spionierens und der Unterwürfigkeit.“¹

Vorschläge zur Behebung der Arbeitslosigkeit zielen auf partikuläre Maßnahmen und sind in den meisten Fällen an den Staat als Sachwalter gesellschaftlicher Gesamtinteressen gerichtet. Gesetze sollen der Krisenbekämpfung dienen; der technische Wandel soll verlangsamt werden, um dem Einsatz menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine Einhalt zu gebieten; die Industrie soll nationalisiert werden; einer der Ärmsten aus der Schar der Arbeitslosen soll in einen zu bildenden Krisenstab der Regierung aufgenommen werden.

Entsprechend werden die Ursachen der ökonomischen Krise wesentlich in einzelnen Momenten gesucht, die sich der unmittelbaren Alltagserfahrung aufdrängen: Höhe der Preise und der Gehälter der Angestellten, Wettbewerb der kleinen Firmen mit dem „big business“, Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie. Nur ganz selten wird die Arbeitslosigkeit in ihrem Zusammenhang mit der kapitalistischen Produktionsweise gesehen.

2.4.1.3 Arbeitslosigkeit während des Nationalsozialismus (1933-1945)

In der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft intensivierte sich der administrative Umgang mit Arbeitslosen. Zugleich fand eine ideologische Interpretation von Arbeitslosigkeit statt, die eine gesellschaftliche Ausgrenzung und eine extrem repressive

¹ Zawadzki, B. u. Lazarsfeld, Paul, in: Wacker (1977, S. 47).

Behandlung Arbeitsloser legitimierte. Kinder Arbeitsloser wurden davon nach dem Prinzip der Sippenhaft besonders getroffen. Daher möchte ich mich in diesem Kapitel mit betroffenen Kinder von Arbeitslosen in dieser Zeit auseinandersetzen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung stellt sich in der Weimarer Republik wie folgt dar:

1927:

- Optimistische Wirtschaftsprognosen;
- Verabschiedung des AVAVG¹;

1928:

- Über eine Million gemeldete Arbeitslose;
- Leistungskürzungen für Saisonarbeiter;

1929:-Fast zwei Millionen Arbeitslose, die gemeldet waren; Erhöhung der erforderlichen Anwartschaftszeiten für den Bezug von Hauptunterstützung von sechs auf zwölf Monate;-schärfere Regelungen gegen den angeblichen Leistungsmissbrauch bei der Arbeitslosenversicherung.

1931:

- Über vier Millionen gemeldete Arbeitslose-; Kürzung der Unterstützungsdauer bei der Hauptunterstützung von 26 auf 20 Wochen;

1932:

- Über fünf Millionen gemeldete und schätzungsweise zwei Millionen nicht gemeldete Arbeitslose („Stille Reserve“);
- Kürzung der Hauptunterstützungssätze um durchschnittlich 23 Prozent.

Am Ende der Weimarer Republik:

- Der Anteil der Empfänger von Hauptunterstützung ist innerhalb von sechs Jahren von 61 Prozent auf elf Prozent gesunken.
- Über 4,9 Millionen gemeldete und nicht gemeldete Erwerbslose müssen ohne Geld vom Arbeitsamt (ohne Hauptunterstützung und ohne Krisenfürsorge) leben.² Die im darauf folgenden Nationalsozialismus als 'Asoziale' verfolgten Menschen waren während der Zeit

¹ Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (1927)

² Vgl. Balsen (1984, S. 161f.).

der Weltwirtschaftskrise nur sehr verschwommen wahrnehmbar. Für die Wohlfahrtsbehörden gingen sie, trotz vieler Klagen, in der großen Zahl der Arbeitslosen auf, die als Wohlfahrtserwerbslose von der kommunalen Fürsorgeunterstützung lebten. Angesichts einer Arbeitslosigkeit von mehreren Millionen (im Herbst 1932 lebte etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung von öffentlicher Unterstützung)¹ waren „arbeitsuchende“ und „arbeitsscheue“ Hilfeempfänger kaum unterscheidbar, die zahlreichen Klagen über arbeitsscheue und renitente Unterstützungsempfänger waren nur schwer in restriktives Verwaltungshandeln umzusetzen. Die materiell und personell völlig überlasteten kommunalen Fürsorgeämter waren ohnehin kaum noch in der Lage, die ordnungsgemäße Betreuung der Hilfesuchenden zu gewährleisten. Die Verhängung von Pflichtarbeit für Fürsorgeempfänger war zwar juristisch nach § 19 der Reichsfürsorgepflichtverordnung von 1924 ohne weiteres möglich, in den meisten Städten jedoch politisch nicht durchzusetzen bzw. administrativ ohnehin nur für einen geringen Teil der Fürsorgeempfänger durchführbar. Erst nachdem der überraschend schnelle wirtschaftliche Aufschwung nach Machtantritt der Nationalsozialisten einen nachhaltigen Rückgang der Arbeitslosigkeit gebracht hatte, glaubten die Mitarbeiter der städtischen Wohlfahrtsämter, nun 'asoziale Unterstützungsschwindler' ausmachen zu können.²

Als die große Arbeitslosigkeit dann im Zuge der Kriegsvorbereitungen in Arbeitskräftemangel umschlug, wurden aus „Arbeitslosen“ begrifflich „Arbeitsscheue“ (später: Gemeinschaftsfremde).³ Die Kontrolle über diese „Arbeitsscheuen“ sollten die Arbeitsämter übernehmen, um sie schließlich mit den Fachleuten der erbbiologischen Institute und rassenbiologischen Ämter als „Asoziale“ zu identifizieren und weitere Schritte einleiten zu können. Bis zum Beweis des Gegenteils stand jeder Unterstützungsempfänger unter dem Verdacht der Arbeitsscheu. Probates Mittel zur Trennung arbeitsscheuer und arbeitswilliger Hilfeempfänger war die Zuweisung von Arbeitsgelegenheiten. Die Reichsfürsorgepflichtverordnung (RFV) von 1924 blieb im Nationalsozialismus gültig. Nach § 19 RFV konnte die Unterstützung arbeitsfähiger

¹ Vgl. Aleff, Eberhard, Das dritte Reich, Hannover 1970, S. 36.

² Vgl. Ayaß, Wolfgang, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995, S. 15.

³ Vgl. Scherer, Klaus, Asozial im Dritten Reich, Münster 1990, S. 70f.

Hilfesuchender in geeigneten Fällen durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt oder von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden.

Ledige Unterstützungsempfänger wurden nun aufgefordert, die Pflichtarbeit kaserniert außerhalb von Stadtgebieten abzuleisten. Hierfür wurden z. B. in der Anstalt Rickling und im hamburgischen Heim Nordholz Arbeitslager der Hamburger Fürsorgebehörde eingerichtet. Kleinere Lager befanden sich außerdem in Niendorf und Lenste. In Rickling, 80 Kilometer nördlich von Hamburg, lag eine bereits 1883 gegründete Großanstalt der Inneren Mission, die damals eine landwirtschaftliche Lehranstalt, eine Heil- und Pflegeanstalt sowie eine Arbeiterkolonie für obdachlose Männer umfasste. In Rickling richtete die Hamburger Stadtverwaltung das größte und in der Folge am längsten aufrechterhaltene Arbeitslager der Hamburger Sozialverwaltung ein.¹ Neben Rickling gab es u.a. noch Arbeitslager in Bremen (Teufelsmoor), Stuttgart (Göttelfingen u. Buttenhausen) sowie in Berlin. Im April 1938 sollen sich in deutschen Arbeitslagern ca. 5000 Insassen befunden haben. In der Folgezeit verschärften sich die Unterbringungsbedingungen erheblich. Während des 2. Weltkrieges erhielt der Arbeitsaufenthalt eine neue Qualität. Aus befristeten Unterbringungen wurde tendenziell lebenslängliche Internierung, deren Zweck erst mit dem Tod des Insassen „erreicht“ war. Die Behandlung von „Asozialen“ in der NS-Zeit stand ideologisch und konkret in Verbindung mit dem gesellschaftspolitischen Ziel der „Eliminierung minderwertiger“ Mitglieder der Gesellschaft, für dessen Erreichung die Propagierung und Popularisierung der Lehre der Eugenik betrieben wurde, die Francis Galton (1822-1911) begründete hatte. Im Kernbereich der Eugenik stand die Vision einer Menschengzüchtung im Sinne der Herausbildung biologischer Eliten (Zuchtrassen). Als negative Eugenik sollte sie der Verschlechterung der Erbanlagen vorbeugen, als positive Eugenik deren Verbesserung fördern. Die Eugenik wurde von Alfred Ploetz als „Rassenhygiene“ im deutschsprachigen Raum popularisiert. Im Geleitwort der 1. Ausgabe der von der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene 1930 herausgegebenen Zeitschrift „Eugenik“ stand zu lesen:

¹ Vgl. Ayaß (1995, S. 58).

„Die Zivilisation hat die natürliche Auslese ausgeschaltet. Öffentliche Wohlfahrtspflege und Fürsorge tragen -ungewollte Nebenwirkung einer unabweisbaren Pflicht- dazu bei, Erbkranken zu erhalten und zur weiteren Fortpflanzung zu bringen. Ein erdrückender und ständig wachsender Ballast von untauglichen, lebensunwerten Menschen wird unterhalten und in Anstalten verpflegt-auf Kosten der Gesunden, von denen heute Hunderttausende ohne eigene Wohnung sind und Millionen ohne Arbeit darben.“¹

Die Grundlagen dieser von Ploetz (1860-1940) im Jahre 1895 zuerst benannten und umrissenen Lehre fußten auf der Gedankenwelt des durch Charles Robert Darwin (1809-1882) begründeten biologischen Darwinismus („Struggle for Life“, „Survival of the fittest“, Selektionstheorie), des auf ihm errichteten Sozialdarwinismus (Übertragung des biologischen Darwinismus auf die Gesellschaft). Das Ziel der Rassenhygiene richtete sich auf die „Erhaltung und Fortpflanzung der biologischen Rasse unter den günstigsten Bedingungen“, wobei es ihr als quantitative Rassenhygiene um die „Mehrung“, als qualitative Rassenhygiene oder „Eugenik“ um die Verbesserung oder Hebung des „Volksbestandes“ ging. Der Gedanke der „Auslese durch Kampf und Dasein“ war damals durchaus nicht neu. Er wurde zum Beispiel auch von Robert Maltus in dem „Essay on Population“ vertreten, den Darwin 1838 las. Darwins Fundamentalwerk „Die Entstehung der Arten“ erschien 1859. Darwin legt darin dar, dass für Lebewesen eine weitgehende Veränderlichkeit der Merkmale besteht. Die Änderungen der Merkmale treten zufällig auf und sind richtungslos. Bei der Züchtung von Nutztieren und Kulturpflanzen kann man dadurch, dass man nur die Individuen mit günstigen Merkmalen im Erbgang belässt, durch künstliche Auslese eine Höherentwicklung der betreffenden Art erreichen. Diese Erkenntnisse aus seinen eigenen Zuchtexperimenten und Beobachtungen übertrug Darwin auf die Verhältnisse in der freien Natur. Dort treten zufällige, richtungslose Merkmalsänderungen in großer Zahl auf. Die Auslese erfolgt durch natürliche Zuchtwahl. Allen späteren darwinistischen Strömungen und Richtungen ist gemeinsam, dass sie

¹ Ebd., S. 14.

einmal Darwins Prinzipien auf den Menschen überhaupt übertrugen und die Erbllichkeit charakterlicher und geistiger Eigenschaften folgerten. Zum anderen aber schlossen sie aus der Verschiedenartigkeit der Rassen auf eine Verschiedenwertigkeit und benutzten das Ausleseprinzip zur Interpretation von rassischen, sozialen und nationalen Verhältnissen. Am Ende resultierte daraus die Anschauung, dass im Bereich der menschlichen Entwicklung mit dem Fortfall der natürlichen Auslese die Notwendigkeit der Anwendung künstlicher Auslesemaßnahmen gegeben sei. Galton prägte dafür den Begriff „Eugenik“. Die eugenischen Vorstellungen und Anschauungen des Nationalsozialismus entstanden aus der Verbindung radikaler sozialdarwinistischer Bestrebungen mit einem inhumanen Biologismus. Sie sind am akzentuiertesten im 11. Kapitel des ersten Bandes und im 1. und 2. Kapitel des zweiten Bandes von Hitlers „Mein Kampf“ niedergelegt worden. Im Gegensatz zu früheren Theorien zur Rassenhygiene wurden sie zur verbindlichen Ideologie erhoben und nach der Machtergreifung mit allen Konsequenzen praktisch durchgeführt.¹ Als positive bzw. negative Rassenhygiene standen ihr zu diesem Zweck die Mittel der „Auslese“ bzw. der „Ausmerze“ zur Verfügung.²

„Für die inhaltliche Ausrichtung von Fürsorge- und Wohlfahrtspflege erfolgte eine zentrale Weichenstellung bereits im Juli 1933(!) mit dem (...) Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN) (...)“ (vgl. Anlage),³

„Das ‘Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses’ (...) enthielt vom reinen Wortlaut keine unmittelbare Stoßrichtung gegen die gesellschaftlichen Unterschichten (...). Doch schon die amtliche Begründung des Gesetzes enthüllte seine Stoßrichtung gegen ‘Minderwertige’ und ‘Asoziale’. ‘Unzählige Minderwertige und erblich Belastete’ pflanzen sich -so die Gesetzesbegründung- hemmungslos’ fort. Der ‘kranke und asoziale Nachwuchs dieser Minderwertigen falle der Gesamtheit zur Last.’“⁴

¹ Vgl. Hitler, Adolf, Mein Kampf, 1943, S. 420 ff.

² Vgl. Eckart, Wolfgang, Geschichte der Medizin, Berlin 1990 S. 276.

³ Scherer (1990, S. 28).

⁴ Ayaß (1995, S. 112).

Wissenschaft und Fürsorge stehen in diesen Jahren im Dienste einer brutalen Ausrottungspolitik:

„Medizin und Biologie spielten bei Rechtfertigung und Gestaltung der Rassenpolitik des Nationalsozialismus eine herausragende Rolle (...). So konnten in den letzten Jahren mehr und mehr Beweise dafür zusammengetragen werden, daß die Konzepte zur biologischen Lösung der 'sozialen Frage' spätestens ab dem Ende der dreißiger Jahre nicht mehr primitiven rassistischen Methoden, sondern verfeinerten und dem damaligen Stand der Wissenschaft entsprechenden Begründungen folgten-eine Weiterentwicklung des sozialdarwinistischen Herrschaftskonzeptes-, die sich mit dem Begriff der Verwissenschaftlichung beschreiben läßt ".¹

So diagnostizierte beispielsweise Medizinalrat und Jugendpsychiater Dr. M. Eyrich, der für die Fürsorge im Gau Württemberg-Hohenzollern verantwortlich war, „aus erblicher Veranlagung geborene Verbrecher und Asoziale“ und behauptete:

„Was sie zusammenhält, sind Lebensweise, Sprache und soziale Minderwertigkeit, letztere vielleicht Ergebnis einer Jahrhunderte währenden Zucht Unterwertiger auf sozial negative Eigenschaften hin. Selbstverständlich verlasse kein Schwachsinniger eine Anstalt ohne Unfruchtbarmachung. Eyrichs Kernsatz: 'Die Fürsorgeerziehung ist (...) das erbbiologische Sieb dieser Jugend.' “²

Offiziell durfte Arbeitslosigkeit im Faschismus nicht existieren, und bis auf wenige Ausnahmen wurden die verschiedenen Studien deshalb nicht mehr zur Kenntnis genommen bzw. eingestampft. In der Zeit von 1933 bis 1939, also bis zum Überfall auf Polen, wurden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergriffen, um die enorme Zahl der Arbeitslosen zu reduzieren, mit dem Ziel einer allgemeinen Mobilisierung der Gesellschaft, d.h. Kriegsvorbereitungen zu treffen.

¹ Keim, Wolfgang, Erziehung unter der Nazi-Diktatur, Darmstadt 1995, S. 154.

² Klee, Ernst, Irrsinn Ost Irrsinn West Psychiatrie in Deutschland, Frankfurt/M.1993, S. 133.

„Das Konjunkturbarometer stieg, und bis zum Ende des Jahres war die Arbeitslosigkeit um ein Drittel gesunken. Statt mehr als sechs Millionen Arbeitslose zählte man nur noch knapp über vier Millionen.(...). Um die neue Entwicklung nach außen hin noch positiver präsentieren zu können, manipulierte das Regime die Statistik: Nicht mehr als arbeitslos galten in Zukunft Personen, die unregelmäßig beschäftigt waren und nur vorübergehend im Rahmen der Notstandsarbeiten von Gemeinden und Arbeitsämtern eine Anstellung fanden. Den freiwilligen Arbeitsdienst, bereits in der Jugendbewegung der Weimarer Republik entstanden, übernahm nun der Staat. Über 400 000 Jugendliche wurden bis Mitte 1934 gegen ein geringes Taschengeld an die Landwirtschaft vermittelt; Arbeitslose wurden unter Androhung des Entzugs ihrer Unterstützungszahlungen mit schlecht entlohten Notstandsarbeiten abgefunden. Über 600 000 von ihnen zog man allein im Frühjahr 1934 zu schwerer körperlicher Arbeit bei Erd- und Forstarbeiten heran.(...). Zum ‘Symbol der Nation’ entwickelte der Arbeitsdienst, der -ursprünglich freiwillig- am 26. Juni 1935 obligatorisch wurde: ‘Alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts sind verpflichtet, ihrem Volke im Reichsarbeitsdienst zu dienen’.“¹

Das Verhältnis der Nationalsozialisten zur Großindustrie war zwiespältig. Hitler brauchte die Industrie zur Aufrüstung, und die Industrie erhoffte von Hitler die Disziplinierung der Arbeiterschaft und wirtschaftlichen Aufschwung. Alle öffentlichen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung hatten grundsätzlich der „Wehrhaftmachung“ zu dienen, die in fünf Jahren vollendet sein müsse, erklärte Hitler seinen Ministern schon im Februar 1933. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme, für die insgesamt ca. 1,5 Mrd. Mark ausgegeben wurden, dienten tatsächlich mehr der Beschäftigung von Arbeitslosen durch Handarbeiten als der Förderung produktiver Wirtschaftszweige. Die Aufrüstung bildete den eigentlichen Motor der „Staatskonjunktur“. Hitler kam zugute, dass er sein Rüstungsprogramm in einer Wirtschaftskrise beginnen konnte. Für das Rüstungsprogramm wurden bis 1939 ca. 70 Mrd. Mark aufgewendet. Die Arbeitslosenzahlen sanken von 4,8 Millionen 1933 auf 2,1

¹ Grube, Frank u. Richter, Gerhard, Alltag im Dritten Reich, o. O., o. J., S. 60ff.

1935 und knapp anderthalb Millionen 1936. Diejenigen Arbeiter, die es zuvor nicht glauben wollten, spüren seit 1939, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit nichts mit besseren arbeitspolitischen und ökonomischen Bedingungen zu tun hatte, sondern dass es Ausdruck eines selbstvernichtenden Kompromisses im Zuge der Akzeptanz des Faschismus war:

„Die ökonomische Sicherheit unterm Nationalsozialismus war das Präludium zum Tod-Tod in den Schützengräben, Tod beim Luftangriff, Tod in den Fabriken infolge physischer Erschöpfung, Tod auf dem Rangierbahnhof, in den Chemiefabriken usw., Manifestationen einer unglaublichen Steigerungsrate der Arbeitsunfälle. Daß sich die Arbeitslosen für den Verlust der bürgerlichen Freiheiten und wirtschaftsdemokratischen Rechte eine so zweischneidige, letztlich vernichtende soziale 'Sicherheit' erkaufte hatten, macht die politische Unterstützung des Faschismus durch einen Teil der Arbeiterklasse unter anderem so tragisch“.¹

Auch von Niess formulierte „ökonomische Sicherheit“ sieht bei näherer Betrachtung etwas anders aus:

„Das zivile deutsche Wirtschaftswunder blieb (...) mehr als bescheiden. Jedoch reduzierte Rüstungsboom seit 1934 die Arbeitslosigkeit beträchtlich, ohne sie vorerst aus der Welt zu schaffen; 1934 zählte man noch 2,7 Millionen Arbeitslose (...); 1936: 1,6 Millionen. Erst 1938/39 war mit 429000 bzw. 119000 Arbeitslosen Vollbeschäftigung erreicht. Diese Rahmendaten umgrenzen ein im Detail noch viel widersprüchlicheres Bild; denn trotz einer relativen Preis- und Lohnstabilität auf niedrigem Niveau kam es seit 1933 immer wieder zu Konsumgüterverknappungen und kurzfristigen dramatischen Preissteigerungen, so daß selbst die Gestapo Dortmund angesichts der Preissteigerungen für Fleisch, Butter, Fette und Öle 1935 schätzte, daß das Realeinkommen faktisch um 20

¹ Niess, Frank, Geschichte der Arbeitslosigkeit, Köln 1982, S. 41.

*bis 30% gesunken sei und die Gestapo Münster im gleichen Jahr feststellte: ‘ Es ist einfach unmöglich, mit dem Lohn eines Bergarbeiters auszukommen’.*¹

Weiterhin

*„(profitierte) die Arbeiterschaft (...) von der Rüstungskonjunktur, von der Vollbeschäftigung und den UnternehmergeWINnen, die bis 1938 um das fünffache gestiegen waren, nur sehr bedingt: Die Löhne blieben zwischen 1933 und 1938 auf dem niedrigen Lohnniveau der Wirtschaftskrise eingefroren. Höhere Einkünfte gingen auf längere Arbeitszeiten zurück. Nach 1937, als die Unternehmen wegen Arbeitskräftemangel zu lohnpolitischen Zugeständnissen an die Arbeiter bereit waren, lag die Kaufkraft der Arbeitnehmer immer noch unter dem Niveau des Jahres 1928.“*²

Die für den Autobahnbau eingesetzten „Volksgenossen“ behandelten die Nazis nicht viel besser als Stalin seine Arbeitssklaven des Gulag:

*„ In schäbigen Baracken, aber auch in Scheunen und Ställen untergebracht, nur mit primitivstem Handwerkszeug ausgerüstet, mußten sie für armselige Löhne arbeiten. Der durchschnittliche Stundenlohn betrug 68 Pfennig, wozu noch sogenannte Bedarfdeckungsscheine im Wert von 25 Reichsmark bei vier vollen Arbeitswochen hinzukamen, die zur Anschaffung von Kleidung, Wäsche und Hausrat in Sondergeschäften berechtigten.“*³

In der Folgezeit tat die Gestapo ihr übriges dazu, die „Arbeitsscheuen“ festzustellen und den Staatspolizeistellen zu melden. Ab 1938 wurden unzählige „arbeitsscheue Elemente“ in Schutzhaft genommen und in Arbeits- und Konzentrationslager verfrachtet. Die Gefangenen wurden nach Inkrafttreten des Zwangssterilisationsgesetzes vom 14. Juli 1933

¹ Peukert, Detlev J. K.u. Bajohr, Spuren des Widerstands, München 1987, S. 163.

² Wagner, Johannes Volker, Hakenkreuz über Bochum, Bochum 1983, S. 339.

³ Kurz (1999, S. 503).

systematisch nach „Erbkranken“ untersucht. Wie bereits erwähnt, befanden sich ca. 5000 Insassen in deutschen Arbeitslagern. Von ihnen waren bereits 4,7 % zwangssterilisiert, bei weiteren 3,9% war die Sterilisation schon beschlossen, und bei 4,4% stand die Entscheidung der Erbgesundheitsgerichte noch aus.

„ Mit den Razzien des Jahres 1938 nahm die KZ-Unterbringung von 'Asozialen' Massenumfang an. In großen Schüben kamen innerhalb weniger Wochen mehrere tausend Verhaftete einer bis dahin in den Lagern nicht bekannten Häftlingskategorie in die Konzentrationslager. Die Lager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen stießen dadurch an ihre bisherige Kapazitätsgrenze.“¹

Erschütternd ist, dass sich die Folgen der Arbeitslosigkeit auch in verheerendem Ausmaß auf die Kinder der Betroffenen auswirkte. Eine Folge der Arbeitslosigkeit und Armut war der Bildungsnotstand der Kinder aus den Arbeitslosenfamilien.

„Aufgewachsen unter vielen Geschwistern, nicht selten in katastrophalen Wohnverhältnissen, oft zum Betteln auf die Straße geschickt, verprügelt und sexuell mißhandelt, hatten sie von der elterlichen Erziehung nichts erwarten können, was nicht milieuadäquat gewesen wäre“²

Die Familien, in denen diese Kinder aufwuchsen, wurden von den Behörden als „asoziale Familien“ gekennzeichnet. Sie wurden von staatlichen Leistungen in der Regel ausgeschlossen.

„Erwies sich die Familie bei den 'Ermittlungen' und 'Feststellungen' als arm, aber 'anständig', die Frau fürsorgerischer Beratung und ärztlicher Belehrung zugänglich, so wurde sie gegebenenfalls bei entsprechender Kinderzahl aufgefordert, (laufende) Kinderbeihilfen zu beantragen, oder wegen zusätzlicher materieller Hilfeleistungen

¹ Ayaß (1995, S. 165).

² Scherer (1990, S. 74).

der NSV anempfohlen. Hielt die Ordnung und Sauberkeit der Wohnung und der Zustand der Kinder den Normen der Kontrolleure/-innen nicht stand, zeigten die Beratenden keinen Ansatz zur 'Besserung' oder erwiesen sich als 'unbelehrbar', so war ein Indikator für das Vorliegen der 'Erbkrankheit' Schwachsinn. (...) Die Diagnose 'Schwachsinn' führte für die Betroffenen nicht nur zum Ausschluß sämtlicher familienfördernder Maßnahmen, sondern zum Verbot der Familiengründung und zur Zwangssterilisierung bis hin zu ihrer Einweisung in die Konzentrationslager als 'Asoziale'.¹

Man wollte diese Familien nicht mehr kontrollieren sondern „ausmerzen“. Auf einer Tagung der Nordwestdeutschen Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege wurde bereits 1937 die Auflösung „asozialer Familien“ propagiert:

„Ist die ganze Familie asozial, so wird sie aufgelöst, die Ehegatten werden getrennt untergebracht und die Kinder in geeignete Pflege gegeben.“ (...) berichtete das Stuttgarter Wohlfahrtsamt. Als das Kassler Wohlfahrtsamt im selben Jahr eine 'asoziale Familie' auflöste, wurde der Ehemann als Vorbeugehäftling in ein Konzentrationslager gebracht, die Ehefrau als 'arbeitsscheue Fürsorgeempfängerin' in das Arbeitshaus Breitenau gesperrt. Auch aus Hamburg wurde von der Auflösung 'asozialer Familien' berichtet. Man schreckte nicht davor zurück, unerziehbare Familien zu trennen (...)

'Taugt der Mann nichts, so wird er nach Farmsen eingewiesen und Frau und Kinder im Obdach untergebracht. Taugen weder Mann noch Frau, so werden sie getrennt in Anstaltspflege genommen und die Kinder in Anstalten des Jugendamtes untergebracht.'“

2

¹ Czanowski, Gabriele, Familienpolitik als Geschlechterpolitik, in: Otto, H.-U. u. Sünker, H. Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt/M. 1989, S. 138f.

² Ayaß (1995, S. 123).

Diese Kinder, die zu Hause oft keinerlei Rückhalt hatten, wurden daher häufig früh in Hilfsschulen, in Fürsorgeheime und in Landjahr- und Konzentrationslager geschickt und traten damit in die „Fußstapfen“ ihrer Eltern. Diese Kinder sind von Verfolgung und Terror betroffen. Die Unterteilung der Bevölkerung in „gemeinschaftsfähige“ und „gemeinschaftsfremde“ Personen bedrohte unzählige Kinder und Jugendliche, die nicht den vorgeschriebenen NS-Normen entsprachen. Neben Einrichtungen der NSDAP zur Disziplinierung der Jugend und zur Formung des nationalsozialistischen „Volksgenossen“ traten zahlreiche vom Staat getragene Initiativen und Maßnahmen mit dem gleichen Ziel. Da der nationalsozialistische Staat das Erziehungsmonopol beanspruchte, um rassistisch gesunde und tüchtige Nationalsozialisten heranzuziehen, musste sich seine Schulpolitik folgerichtig auch gegen die „geistig schwachen“ Kinder in den Hilfsschulen richten. Einerseits gestattete es die nationalsozialistische Rassenideologie nicht, dass für minderwertige Kinder mehr Geld aufgewendet werden musste als für „erbgesunde“ Volksschüler, andererseits erleichterte die Existenz des Hilfsschulwesens erheblich die Durchführung des ‘Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses’, da man alle Hilfsschüler zunächst einmal für schwachsinnig und daher für erbkrank hielt.

„Hilfsschüler, deren Situation auf mangelnde geistige Entwicklung schließen ließ, galten schlechthin als asozial und kriminell.

Zu dem Versagen auf intellektuellem Gebiet trat laut Diagnosen meist noch ein völliges Versagen im Leben (...). Wie sehr Hilfsschule und ‘Schwachsinn’ zu Synonymen geworden waren, zeigte Knorr, der in seiner Studie ausdrücklich alle Hilfsschüler erbkrank nannte, ohne Rücksicht darauf, ob bei ihnen ein wirklicher Schwachsinn vorliegt oder nicht“.¹

Nach Meinung der Nationalsozialisten und der meisten nationalsozialistischen Kommentatoren des ‘Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses’ reichte der angeborene Schwachsinn, den das Gesetz an erster Stelle unter den Erbkrankheiten nannte,

¹ Scherer (1990., S, 74.)

von der leichten Debilität bis zur schwersten Idiotie. Nach ihrer Auffassung fielen daher die meisten Hilfsschüler unter die Bestimmungen des Gesetzes. Man war einerseits daher nicht gewillt, für die Erziehung dieser „minderwertigen“ Kinder Geld auszugeben, andererseits sah man im Hilfsschulwesen eine hervorragende Sammelstelle, die allein durch ihre Existenz den „Aufartungsprozess“ erleichtern und beschleunigen konnte.

„Es gibt viele Hilfsschullehrer, die sich eifrigst an der Sterilisierungskampagne beteiligen und den Erbgesundheitsgerichten Belastungsmaterial andienen, so daß die Hilfsschule bald in den Verruf einer ‘Eunuchen-Anstalt’ geraten wird. Es fehlt auch nicht an Vorschlägen, wie Sonderschullehrer den Erbgesundheitsgerichten helfen können, um ‘Blender’, Schüler, die beim Intelligenztest zu positiv abgeschnitten haben, herauszusuchen und die für die Schüler günstigen Urteile zu korrigieren.“¹

Da langwierige Ermittlungsarbeiten in diesem Bereich entfielen, konnte der Arzt sofort „mit Schere und Sonde zugreifen“.

„Dem ‘Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchs’ folgten noch zahlreiche Durchführungsverordnungen. Noch 1933 wurde verfügt: Blieben Betroffene, die bereits größtenteils zwangsweise analysiert waren, aus Angst vor Sterilisierung im Heim, mußten sie die Kosten selbst tragen. Die Regelung galt für Kinder ab dem 10. Lebensjahr. Ab 1934 wurden Angezeigte ab 14 Jahren nötigenfalls mit Polizeigewalt vor den Amtsarzt gebracht.“²

In der Regel kam das Verfahren (vgl. Anlage) nicht durch einen Antrag des Betroffenen oder seines gesetzlichen Vertreters in Gang, sondern durch die Ärzte oder sonstige Personen, die sich mit der Heilbehandlung, Untersuchung oder Beratung von Kranken befassten. Sie waren verpflichtet, bei Verdacht auf Erbkrankheit dem zuständigen Amtsarzt eine Anzeige zuzuleiten.

¹ Klee, Ernst, „Euthanasie“ im NS-Staat, Frankfurt/M. 1985, S. 46

² Scherer (1990., S. 97).

„Als ‘folgenreichste nationalsozialistische Innovation‘ bezeichnet Bock die Ermächtigung der Mediziner, als ‘Richter in Diensten der Erblehre’ ‘Recht’ zu sprechen. 205 Erbgesundheitsgerichte gab es im Reich, jeweils besetzt mit einem Mediziner, einem Psychiater und einem Juristen. Als Oberinstanz fungierten in den ersten Jahren bis zu 25 Obergerichte, die 1944 abgeschafft wurden. Die Verhandlungen waren nicht öffentlich, Rechtsanwälte erst ab 1935 zugelassen. Die Einsicht in Krankenakten blieb Verteidigern jedoch verwehrt. Ein Berater des Innenministeriums empfahl sogar, den Vorgeladenen selbst erst in der mündlichen Verhandlung den Anlass des Verfahrens mitzuteilen. Wer einer Vorladung nicht folgte und wer die verordnete Schweigepflicht darüber brach, machte sich strafbar. Die Initiatoren des Sterilisierungsrechts beschworen indessen die Harmonie von Staats- und Eigeninteresse: Weder der Einzelne noch der Staat wolle ‘kranke’ Kinder. Insofern könne es gar keine Interessenkonflikte geben.“¹

Klee bemerkt in diesem Zusammenhang dass

„etwa 400.000 Menschen, vom Kleinkind bis zum Greis, (...) zwischen 1933 und 1945 sterilisiert (wurden). Es waren psychisch Kranke, körperlich oder geistig Behinderte, Fürsorgezöglinge, Obdachlose, politische Gegner (...). Der Bundestag hat das Sterilisierungsgesetz 1988 als ‘eindeutige Äußerung nationalsozialistischer Rassenpolitik’ geächtet. (‘Das Gesetz war Unrecht’). Doch alle Versuche, die Opfer der Nazi-Medizin als Verfolgte des NS-Regimes anzuerkennen, sind gescheitert.(...). Klara Nowak: ‘Die Verletzung unseres Körpers, die unzureichende Schulausbildung, fehlende Berufsentwicklung mit den ausgefallenen Berufsjahren werden in keiner Weise ausgeglichen.’“²

G. Bock³ schätzt,

¹ Ebd., S. 95.

² Klee (1993, S. 17).

³ Scherer (1990, S. 102).

„daß gegen annähernd eine Millionen Menschen Sterilisationsanzeigen erstattet wurden. Das waren etwa drei Prozent der Bevölkerung zwischen 16 und 50 Jahren. Eine 'Gesundheitsbilanz des deutschen Volkes' von 1934 (...) kam in den Rubriken 'Schwerkrank' und 'Minderwertig' sogar auf insgesamt 22,4 Millionen Menschen.“

Die ZEIT vom 05.09.1997:

„Die Sterilisierungsideologen bleiben in Amt und Würden, die Opfer wurden nicht entschädigt, bekommen allenfalls Almosen aus einem Härtefalltopf. In Frankfurt am Main ist noch heute eine Sprachbehindertenschule nach einem Sterilisierungspropagandisten benannt: August Henze. Henze, zunächst Schulrektor dann Stadtschulrat, war 1932 in den Ruhestand getreten, aber Schriftleiter und Herausgeber des Verbandsorgans DIE HILFSSCHULE geblieben. 1933 tritt der Ruheständler der NSDAP bei. Im selben Jahr fordert er im Verbandsblatt, die Fürsorge für die Hilfsschüler einzuschränken und -über das Nazigesetz hinausgehend- 'nicht erbbedingte Schwachsinnige' unfruchtbar zu machen. Der Pädagoge '...lieber einmal zu oft sterilisieren als zu selten.',

August Henze als Namenspatron einer Behindertenschule: Die Vergangenheit bleibt Gegenwart.“¹

Eine weitere Institution, die diente ursprünglich in erster Linie der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, prägte von 1934 bis 1945 in Preußen über eine Viertelmillion SchulabgängerInnen in einer entscheidenden Phase ihres Lebens: das Landjahr. Die Tatsache, dass zahlreiche SchulabgängerInnen zu Ostern keine Lehr- und Arbeitsstelle erhalten würden, war im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wohl bekannt. Einer Arbeitsmarktanalyse zufolge konnte nur jeder vierte Schulentlassene auf eine Ausbildungsstelle hoffen. In dieser Situation unterstützte Minister

¹ Die ZEIT vom 15.09.1997, S. 22.

Rust als eine der Maßnahmen zur vorübergehenden Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit einen internen Vorschlag seines Ministeriums, in Anlehnung an die Landschulbewegung der Weimarer Republik die Schulabgänger 1934 in ein sogenanntes Landjahr zu senden und damit faktisch eine Verlängerung der Schulzeit um neun Monate zu erwirken. Nach Herausgabe eines entsprechenden Ministerialerlasses über die Durchführung des Landjahres wurden die vorbereitenden Maßnahmen unmittelbar eingeleitet, während das „Gesetz über das Landjahr“ erst Ende März 1934 im Preußischen Abgeordnetenhaus verabschiedet und am 9. April veröffentlicht wurde.¹ Obwohl diese Erziehungsmaßnahme formal in der Verantwortung des Staates verblieb, wurde die inhaltliche Ausgestaltung bereits durch das Gesetz eindeutig im Sinne des Nationalsozialismus definiert:

„Während des Landjahres werden die Kinder nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates erzogen. Ihre Gesundheit wird durch landwirtschaftliche Arbeit und durch Leibesübungen jeder Art gefördert.“²

Die verantwortlichen Politiker sahen in dieser Gesetzeszielsetzung im Landjahr eine Möglichkeit, die Jugendlichen unter nahezu idealen Voraussetzungen -nämlich ohne eine mögliche gegenteilige Einflussnahme von Elternhaus, Schule oder Kirche- im nationalsozialistischen Sinne zu indoktrinieren. Als Zielgruppe für das Landjahr wurden daher vor allem „rassisch geeignete, erbbiologisch wertvolle“ Jugendliche angesehen, die in einer sie gefährdenden Umwelt aufwuchsen und im Landjahr ein Erziehungskorrektiv erfahren sollten.

Zahlreiche Familien konnten den Lageraufenthalt nicht finanzieren, so dass das Wohlfahrtsamt der jeweiligen Städte in vielen Fällen Beträge von 20,-RM für die Beschaffung von Textilien und Schuhen für die Landjahr-Jugendlichen zur Verfügung stellen mussten. Die vielleicht erhoffte finanzielle Entlastung stellte das Landjahr für Familien, die Wohlfahrtsunterstützung bezogen und damit am Rande des

¹ Vgl. Preußische Gesetzessammlung, Jg.1934, S. 243f.

² Ebd., § 5.

Existenzminimums leben mussten, allerdings nicht dar: Mit einem Runderlass vom 2. Juli 1934 verfügte der preußische Innenminister, dass für zum Landjahr einberufene Jugendliche die im Rahmen der Unterstützung gezahlten Familienzuschläge wegzufallen hätten. Selbst unter Berücksichtigung der Kosten für die Ausstattung der Landjahrkinder lehnte der Minister eine Fortzahlung der Familienzuschläge ab, da von Fürsorgeempfängern ohnehin nicht erwartet werden könne,

“daß sie für die Ausstattung ihrer Kinder besondere Aufwendungen machen.“¹

„(...) im Nationalsozialismus (wurde) bei sämtlichen familienfördernden Leistungen geprüft, ob die betreffende Familie auch ‘erbgesund’ und ‘würdig’ sei. Dies betraf Ehestandsdarlehn, Kinderbeihilfen, Kindererholung, aber auch Ausbildungsbeihilfen und die Wohnungsvergabe. Für eine gleiche Notlage erfolgte, je nachdem, ob die Familie als wertvoll oder minderwertig (asozial) eingeschätzt wurde, eine ungleiche Behandlung.“²

Andere Jugendliche, die nicht der nationalsozialistischen Norm entsprachen, wurden in Jugendkonzentrationslager geschickt. Reinhard Heydrich erhebt im Dezember 1939 erstmals die Forderung nach speziellen Lagern für „verwahrloste Jugendliche“. Das Reichskriminalpolizeiamt (RKPA) in Berlin wird daraufhin beauftragt, „polizeiliche“ Jugendschutzlager (z.B. in Moringen, Uckermark und z.T. in Buchenwald) zu errichten. Polizei und SS können von nun an auffällige und missliebige Mädchen und Jungen in eigener Regie inhaftieren.

„Etwa 15 Prozent der eingelieferten Minderjährigen waren weniger als zwölf Jahre alt, 85 Prozent zwischen zwölf und achtzehn Jahren. Im KL Buchenwald gab es zuletzt 877 Jugendliche, als jüngsten ein dreieinhalbjähriges polnisches Kind, dessen Karteikarte tatsächlich die Bezeichnung ‘Partisan’ trug.“

¹ Runderlaß des Ministers des Innern vom 02.07.1934-IV W 3809/2.7.in: Ministerialblatt für die innere Verwaltung, Jg.1934, Nr.28, S. 941.

² Ayaß (1995, S. 107).

Im Laufe der Zeit wurde ein erheblicher Teil der (Jugendlichen) im Lager abscheulich verdorben.(...) Haltlose Gefangene (...) haben zuerst durch Homosexualität, dann, nach Ankunft der Jugendlichen, durch Päderastie scheußliche Verhältnisse geschaffen. Die sogenannten Puppenjungen, verführt durch Verlockung -gutes Essen!- oder durch Zwang seitens verkommener Blockältester und Kapos, spielten bald überall eine üble Rolle (...).“

¹

Das Jugendkonzentrationslager Moringen sei an dieser Stelle etwas genauer betrachtet: Was in Moringen geschah, ähnelt stark dem Massenmord in den allgemein bekannten Konzentrationslagern. SS-Ärzte führten an den Jugendlichen Untersuchungen durch, die sie „kriminalbiologisch“ nannten. Sie vertraten die irrige These, dass Asozialität vererbbar sei, zusammen mit der Neigung zu dem, was sie als verbrecherisch definierten. Sie prüften Körpergröße und Umfang, die Augen und Haarfarbe und die Schädelform. Sie fragten die Jugendlichen über ihre Familie und ihre Kindheit aus, und teilten sie in Kategorien ein. Dann war man entweder hemmungslos triebhaft, uneinsichtig oder ein ewiger Querulant. Die Untersuchungsergebnisse wurden aufgeschrieben und im Lagerbuch vermerkt. Sie dienten als Grundlage für den weiteren Umgang mit den Häftlingen. Viele wurden sterilisiert, infolge des Nazigesetzes zur „Verhütung erbkranken Nachwuchs“. Andere wurden deportiert, was meist den Tod in der Gaskammer bedeutete, oder unmittelbar ermordet.

Manchem Jugendlichen konnte nicht einmal nach der Nazi-Theorie eine Erbkrankheit nachgewiesen werden. Er wurde dann trotzdem sterilisiert, so bald ein SS-Arzt das wollte. Als Teil des NS-Erziehungs- und Arbeitssystem hatte Moringen verschiedene Funktionen:

1. Offiziell für die Jugendlichen eingerichtet, bei denen Fürsorgeerziehung und Schutzaufsicht angeblich versagt hatte, sollte dieses Jugend-KZ in erster Linie nicht der Erziehung der Jugendlichen dienen, sondern war eindeutig darauf gerichtet, die Jugendlichen durch extreme Arbeitsbelastung zu disziplinieren. Das „Jugendschutzlager“

¹ Kogon, Eugen, Der SS-Staat, München 1974, S. 266f.

bot im Vorweggriff auf das nicht verabschiedete Gemeinschaftsfremdengesetz zugleich die Möglichkeit der Inhaftierung von als „gemeinschaftsfremd“ definierten Jugendlichen.

2. Das Jugendschutzlager war Reservat für kriminalbiologische Forschung.

3. Moringen war das „Randgruppenpendant“ zur propagierten „Lagererziehung“ im NS-Staat, wobei die Definition der Randgruppen aus Systemsicht erfolgte.

4. Zucht, Selektion, Erziehung zum politischen Soldaten, „Erziehung“ zur Volksgemeinschaft, diese „pädagogischen“ Kategorien erfuhren im „Jugendkonzentrationslager“ ihre bittere Realisierung durch die dortigen Lebensumstände.

5. Die Einweisungsgründe belegen exemplarisch den repressiven Kern des Systems und die Divergenz zwischen propagierter Erziehung zur Volksgemeinschaft und deren Realisierung.¹

Von 1940 bis 1944 wurden in Moringen 800 Plätze eingerichtet; die Unterbringungszeit war nicht befristet. Die Erreichung der Volljährigkeit war kein Entlassungsgrund, sondern brachte ggf. die Verlegung in eines der großen Konzentrationslager. 1944 veröffentlichte P. Werner detaillierte Daten über Moringen:

„Bis zum 1. Oktober 1943 waren nach diesen Angaben über 1000 Jugendliche in das Jugendschutzlager aufgenommen worden. 564 dieser Jugendlichen hatten sich zuvor in Fürsorgeerziehung befunden. Zum Zeitpunkt des Berichts waren 273 Jugendliche bereits wieder aus dem Jugendschutzlager ausgeschieden, wovon nach Angaben Werners 30 Jugendliche gestorben waren; ein Häftling sei auf der Flucht erschossen worden, zwei weitere hätten Selbstmord begangen. In andere Konzentrationslager wurden 45 Häftlinge überführt, 13 weitere in Haftanstalten der Justiz, 47 Insassen wurden in eine Heil- und Pflegeanstalt deportiert und gerieten dort in höchste Gefahr bei den 'Euthanasie' - Maßnahmen ermordet zu werden. 27 Häftlinge wurden in Seidlers Herzogsägmühle überführt, die sich während des Zweiten Weltkriegs immer mehr auf Jugendliche spezialisiert hatte und seit August 1942 als Fürsorgeerziehungsheim anerkannt war. Nur 26 Jugendliche wurden freigelassen, fünf davon zum Arbeitsdienst. In das Jugendschutz-

¹ Vgl. Ayaß (1995., S. 18Off.).

lager Moringen wies man bis Kriegsende etwa 1400 Jugendliche ein, von denen mindestens 56 innerhalb des Lagers starben.“¹

An dieser Stelle möchte ich noch auf zwei Biographien von Überlebenden verweisen, die hier relevant erscheinen:

„Am 20..Mai 1923 wird Otto Gruber in Fulpness / Tirol geboren. Im Elternhaus herrscht große Armut. Der Vater findet keinen festen Arbeitsplatz. (...) Im zweiten Lebensjahr wird Otto von Eltern und Jugendamt in ein Heim geschickt, dies soll die familiäre Situation entlasten.(...) Erst im Jahr 1938-Otto ist 15 Jahre alt -lernt der Junge seine Eltern kennen-. 24 Monate lebt er bei Vater und Mutter, aber die Eltern und Geschwister bleiben ihm fremd. Der Jugendliche will aus diesem Leben ausbrechen! (...)... und so entschließt sich

(...) Otto, das Elternhaus zu verlassen.(...)“²

Auf dem Augsburger Bahnhof wird Otto verhaftet. Weil er sich nicht ausweisen kann, wird er wegen „Landstreicherei“ und „Entziehung von der Wehrpflicht“ zu anderthalb Jahren Gefängnis und anschließender Überstellung in KZ Moringen verurteilt.

Ein anderes Schicksal:

„Am 05.09.1921 in Dresden geboren, verlebt Heinz Tischer die ersten Lebensmonate aufgrund einer Rückgraterkrankung im Heim. Später wächst er in sehr einfachen Verhältnissen auf, die Familie ist auf staatliche Unterstützung angewiesen. 1932 trennen sich die Eltern. (...) Als die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) die Familienbetreuung übernimmt, hat dies zur Folge, daß Heinz aufgrund des ‘Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchse’ vom 14. Juli 1933 zwangssterilisiert wird.“³

¹ Ebd., S. 181f.

² Guse, Martin, „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“, Moringen 1992, S. 18.

³ Ebd., S. 19.

Ein weiteres exemplarisches Beispiel aus dem Konzentrationslager der Anstalt Lüneburg sei in diesem Zusammenhang angeführt:

„B. wurde 1937 geboren, seine Mutter war arbeitslos und unverheiratet. Zunächst wurde das Kind in einem Kinderheim untergebracht. Nach Verhandlungen mit dem Landrat in Celle (Abteilung Bezirksfürsorgeverband) wurde er 1940 mit der Diagnose Idiotie in die Anstalt in Rotenburg/W. eingeliefert. Dort wurde am 4. Oktober 1940 ein ärztliches Gutachten erstellt, aus dem hervorging, daß in der Anstalt Rotenburg/W. (...) eine Besserung des Verhaltens des Kindes eingetreten war.

Aus Rotenburg wurde B. am 9. Oktober 1941 mit anderen Kindern in die Anstalt Lüneburg verlegt. Als Grundleiden wurde eine organische Hirnstörung festgestellt; die Todesursache war laut Eintragung eine Rippenfell- und Lungenentzündung.

Tatsächlich starb B. am 7. Mai 1943 an den Folgen einer Überdosis Luminal. Die Einschläferung geschah in der Weise, daß das Kind eine Überdosis (3-5 Tabletten zu 0,1) Luminal erhielt, worauf es nach ein bis 2 Tagen starb.

An diesen Einzelfall konnte sich eine Person des Lüneburger Personals bei einer Aussage am 12. Juni 1963 namentlich erinnern.“¹

„Normalerweise werden die Kinder mit Tabletten oder Spritzen getötet. Manchmal, so auf Anweisung von Dr. Mittag in Leipzig-Dösen, werden auch Luminalzäpfchen eingeführt (...). manchmal -beispielsweise in der Anstalt Eichberg- werden die Kinder auch mittels Klysma (Einlauf) getötet. Es ist für die Ärzte nicht schwer, den Tod zu steuern, bis die Opfer an Bronchitis oder Lungenentzündung eines scheinbar natürlichen Todes sterben.“²

Hier ein weiteres Beispiel, bezogen auf Kinder von Arbeitslosen aus Hamburg:

¹ Reiter, Raimund, Die „Kinderfachabteilung“, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. u. 21. Jahrhunderts, 3/96, S. 65.

² Klee (1985, S. 305f.).

Der Hamburger Senat bewilligte seit 1926 für die Jugendbehörde die Stelle eines Gutachters: Die erste Oberarztstelle erhielt Professor Werner Villinger, er erfand die „endogene Arbeitslosigkeit“: Demnach sei Arbeitslosigkeit personenbedingt und Folge von charakterlicher und geistiger Schwäche. Der Psychiater teilte die Kinder von Arbeitslosen in die Kategorien „gesund und bildungsfähig“ oder in „krank und erziehungsunfähig“ ein. Viele der Kinder, die über den Weg der Alsterdorfer Anstalten in den „Kinderfachabteilungen“ getötet wurden, waren mit dem Hamburger Jugendamt in Berührung gekommen, viele hatten vorher in Heimen des Amtes gewohnt. Sie erhielten von den Psychiatern Bewertungen wie 'unterwertig' bzw. 'nicht erziehbar', was zunächst die Überweisung nach Alsterdorf bedeutete und nachfolgend den Abtransport in ein Konzentrationslager.¹ Die Ärzte in diesen Jugendkonzentrationslagern bekamen auch nach der Nazi-Zeit noch Arbeit. Ihre Opfer dagegen kämpften mit körperlichen und seelischen Schäden. Sie hatten kaum die Möglichkeit, in ihren Beruf zurückzukehren, obwohl sie meist jung waren. Später beantragten sie Entschädigung, zunächst ohne Gehör zu finden. Erst 1970 wurden die Anstalten, die die Nazis „Jugendschutzlager“ nannten, anerkannt. Doch auch dann war eine Entschädigung nur möglich, wenn man eine politische, rassistische oder religiöse Verfolgung nachweisen konnte.²

Es gibt keine soziographischen Studien über die Konsequenzen von Arbeitslosigkeit und die Lebenssituation der Betroffenen und ihrer Familien. Die Thematik der 'Arbeitslosigkeit in der NS-Zeit' ist dennoch aufgegriffen worden, weil Arbeitslose in der NS-Zeit wie andere gesellschaftliche Außenseiter dem staatlichen Apparat zur Eliminierung minderwertigen Lebens ausgeliefert waren und so -in Abstufungen- gesellschaftliche und physische Ausgrenzungen bis hin zur Vernichtung erfuhren, ähnlich den Schicksalen der Juden, Sinti und Roma, Homosexuellen oder Anhänger des Widerstandes. Die sozialen und anderen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Betroffenen und ihre Familien haben während der NS-Zeit ein erschütterndes Extremmaß an kollektiver Existenzbedrohung angenommen. Dabei geht es nicht mehr 'nur' um materielle Einschränkungen, soziale

¹ Vgl. Baumann, Ruth u. a., Geschichte der Kinder- und Jugendschicht f. Sozialpsychiatrie seit 1933 am Beispiel Hamburg, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1999/4.

² Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10.01.1999, S. 20.

Isolation und deren oft tiefgreifende subjektive Verarbeitung, sondern in vielen Fällen um reale Vernichtung mit dem Interesse, die 'Volkshomogenität' durch Elimination der Schwächeren zu stabilisieren.

2.4.1.4 Die Detroit-Studie

1968 legten Aiken, Ferman und Sheppard ihren Forschungsbericht über die Auswirkungen der Stilllegung der Packard Motor Car Company im Jahre 1956 auf die Lebenssituation und die psycho-sozialen Orientierungsmuster der entlassenen Automobilarbeiter vor.¹ 55 % der befragten Arbeiter waren zum Zeitpunkt der Erhebungen noch oder wieder arbeitslos. Die Autoren gehen davon aus, dass die Erfahrungen im Produktionsbereich für den Arbeiter das zentrale Bezugssystem seiner Lebensorientierung konstituieren. Zur Begründung verweisen sie auf drei Momente:

1. Es wird mehr Zeit am Arbeitsplatz als in der Familie verbracht,
2. Das soziale Kontaktnetz bestimmt sich außerhalb der Arbeitszeit über die betrieblichen Kontakte;
3. Rhythmus und Höhe der Entlohnung prägen nicht nur allein, sondern auch im Verein mit den übrigen Arbeitsbedingungen den Lebensstil der Familie.²

Bei den Betroffenen wird der Verlust des Arbeitsplatzes als Schwächung und Beeinträchtigung der individuellen Fähigkeiten wahrgenommen, sozial und emotional den Hauptbereichen des gesellschaftlichen Lebens verbunden zu bleiben.

Die Entlassung kann daher dazu führen, dass:

- 1) die finanziellen Ressourcen sich erschöpfen und sich der Kontakt mit Verwandten und Freunden verringert, weil der Arbeiter seinen sozialen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann;
- 2) zeitweilig oder auf Dauer die sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz verloren gehen, aus denen er affektive Unterstützung und funktional bestimmte Hilfen bezog;

¹ Vgl. Aiken, M. u. a., Economic failure alienation and extremism, in: Wacker (1977, S. 49ff.).

² Vgl. Ebd. (1977, S. 51).

3) ein Verlust der Beziehung zu einer der primären sozialen Institutionen, der Gewerkschaft, eintritt, durch die der Arbeiter ein Gefühl der Kompetenz und des Einflusses auf die Kontrolle seiner Unternehmung besaß;

4) mit der Erosion einer sozial nützlichen Rolle die soziale Identität des Individuums tangiert ist, und

5) eine Neuverteilung der Verantwortlichkeit für die materielle Lebenssicherung in der Familie erfolgt, die drastische Konsequenzen für die Rollenerwartungen und das Verhalten der Familienmitglieder haben kann.¹ Erste Reaktionen auf die Stilllegungsankündigung lassen vier unterschiedliche Verarbeitungsmuster erkennen:

1. Die Mehrzahl der Betroffenen reagiert mit Ärger und Bestürzung. Es scheint unfassbar, dass die Fabrik, in der man die meiste Zeit seines Lebens verbracht hat, plötzlich nicht mehr existieren soll.

2. Eine bedeutsame Minderheit zeigt sich nicht überrascht und kaum betroffen.

3. In einer dritten Gruppe von Äußerungen dominierten Befürchtungen über die Zukunft, Angst und Befürchtungen über die Auswirkungen auf den Gesundheitszustand und Sorgen um das weitere Schicksal von Kollegen. Mehr als drei Viertel der befragten Arbeiter hatten selbst gebaut oder ein Haus gekauft, so dass Schwierigkeiten in der Einhaltung der Abzahlungsverpflichtung entstanden.

4. In einer vierten Gruppe zentrieren sich die Sorgen um die altersbedingt geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Diese Reaktionen und Einschätzungen sind vor dem Hintergrund zu sehen, dass die Mehrheit der befragten Automobilarbeiter ihre Arbeitsmarktchancen positiv einschätzte. Im Durchschnitt blieben sie jedoch fast ein Jahr (10 Monate) arbeitslos. In diesem „Index of Economic Deprivation“ wurden Fragen nach den Ersparnissen, Schulden und dem Konsumniveau zusammengefasst und mit der Situation vor der Entlassung verglichen. Dieser Index korreliert hoch mit der Dauer der Arbeitslosigkeit und dem aktuellen beruflichen Status. Die zwangsweise soziale Desintegration, die Ausweglosigkeit der Lage lassen den sozialen und psychologischen Lebensraum zusammenschrumpfen, führen zum Verlust der

¹ Vgl. Ebd., S. 51.

Sinnhaftigkeit, der Existenz unter dem erdrückenden Gefühl der Ohnmacht. In direkter Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Deprivation sinkt die allgemeine Lebenszufriedenheit, die soziale Isolierung nimmt zu und das Vertrauen in die Zukunft schwindet.

„Für mich ist es jetzt schwer. Ich bin ungelernt, 52 Jahre alt und eine Frau. Niemand will mich anstellen... Es ist hart sich so nutzlos zu fühlen. Ich fühle mich krank... Es gibt keine Hoffnung und keine Zukunft... Ich bin 52, und es gibt nichts für mich zu tun... Ich könnte gut tot sein.“¹

Die Vielfalt der statistischen Analysen dieser Studie kann jedoch nicht darüber wegtäuschen, dass in dieser Untersuchung nach dem „Schrotflintenprinzip“ verfahren wurde.

Die breite Streuung isolierter, z.T. unzureichend operationalisierter Variablen und die theoretische Schwäche begrenzen den Wert dieser Arbeit und lassen die Bestätigung des aus der Marienthal-Studie bekannten Zusammenhangs zwischen materieller Deprivation und psycho-sozialen Lebensraum als einziges Schwerpunktergebnis erscheinen. Bedeutsamer noch ist der Nachweis brüchig werdender sozialer Einbindung der Arbeiter in ihre Gewerkschaft.

2.4.1.5 Die Bredaer Protokolle²

In den Bredaer Protokollen von 1972 sind Interviewäußerungen von Arbeitern und Angestellten und einigen ihrer Ehefrauen zusammengefasst, die etwa fünf bis sechs Wochen nach Ankündigung der geplanten Werkschließung in Breda aufgezeichnet wurden. Sie geben die Reaktionen der Belegschaft angesichts der Befürchtung wieder, ihre Arbeitsplätze zu verlieren. Die vorliegenden Protokolle (42 Arbeiter und Angestellte sowie

¹ Aiken, M. u. a., in: Wacker (1977, S. 52).

² Die Protokolle wurden von der Dortmunder Sozialforschungsstelle ins Deutsche übersetzt, in: Wacker (1977, S. 56).

drei Ehefrauen) wurden erstmals in „noodsignalen“ des Pressedienstes des Bistums Breda veröffentlicht.¹

Breda liegt in der Nähe der belgischen Grenze in Nordbrabant. Die Enka-Werke sind der größte und modernste Betrieb am Ort mit einer Belegschaft von rund 1700 Mitarbeitern, mit angenehmem Betriebsklima, Löhne und Sozialleistungen liegen über dem Durchschnitt. Die Belegschaft ist zu rund 90% gewerkschaftlich organisiert, überwiegend in der katholisch orientierten NKV. Mehr als die Hälfte der Arbeiter sah sich durch die Stilllegungsankündigung zum zweiten Male in ihrem Leben in ihrer Arbeitsplatzsicherheit bedroht: Als ehemalige Bergarbeiter waren sie nach Grubenstillegung für ihre neue Tätigkeit bei Enka umgeschult worden. Ein großer Teil von ihnen war bereits mehr als zehn Jahre bei den Enka-Werken beschäftigt. Die Enka-Werke Breda gehören zum multinationalen AKZO-Konzern, der zu den 100 größten Industrieunternehmen der kapitalistischen Welt außerhalb der USA zählt. „Enka-Glanzstoff“ ist die größte Tochtergesellschaft mit rund 48000 Beschäftigten. Der Stillegungsbeschluss wurde offiziell mit Überproduktionen im Chemiefaserbereich begründet. Die Stilllegungsankündigung löste in der Bredaer Belegschaft große Erregung und Verwirrung aus. Für die durch die geplante Schließung betroffenen Arbeiter und Angestellten stellte sich ihre Situation daher aus der Perspektive „Breda verloren, alles verloren“ dar. Die Betriebsstillegung erscheint als Katastrophe.

„Wie soll es weitergehen, muß man andere Arbeit suchen, müssen wir von Breda wegziehen? Unser ältestes Kind ist auf dem Gymnasium. Es sagte: 'Vati, muß ich jetzt zu einer anderen Schule gehen? Muß ich jetzt andere Freunde suchen? Ich will das gar nicht.' Diese eventuelle Schließung ist für mich ein enormer Eingriff auch in mein Privatleben. (44j. Abteilungsleiter der Enka Werke, 19 DJ)“²

¹ Vgl. Ebd., S. 56.

² Treuling, A., Gewerkschaften und Arbeitskämpfe in den Niederlanden, in: Wacker (1977, S. 76).

Auf einer gewerkschaftlich organisierten Versammlung, die wenige Tage nach der Stilllegungsankündigung einberufen wurde, forderte die lokale NKV-Gruppe zum Kampf gegen die geplante Betriebsschließung auf. Diese Forderung stieß bei den Leitungsgremien aller Gewerkschaften auf Ablehnung. Dennoch kam es auf Initiative eines gewerkschaftsunabhängigen Komitees zu ersten Protestversammlungen und Demonstrationen.

Als hilfreich erwies sich eine Bestimmung des holländischen Betriebsratsgesetzes, nach dem die Möglichkeit der Einsetzung einer eigenen Expertenkommission bestand. Im September-rund ein halbes Jahr nach Ankündigung des Stilllegungsbeschlusses-wurde nach generalstabsmäßig anmutender Planung das Werk besetzt: zunächst die Verwaltungs- und Kommunikationszentrale; Direktionsbüro, Fernschreiberaum und Telefonzentrale. In der Bredaer Bevölkerung fand diese Aktion wie die vorangegangenen Protestveranstaltungen positive Resonanz. Damit hatte zum ersten Mal in der holländischen Arbeiterbewegung - eine Belegschaft im Arbeitskampf ihren Betrieb besetzt. Die gemeinsame Aktion führte zum Erfolg. In seiner Stellungnahme vom 21.09.1972 erklärte der Vorstand des AKZO-Konzerns die Stilllegungspläne vorläufig für nichtig. Die im Frühjahr durchgeführten Befragungen lassen eine Entwicklung in dieser Richtung noch nicht erkennen. Es dominieren Reaktionen der Ohnmacht, Wut und Hilflosigkeit. Die Empörung macht sich vor allem in moralischen Begründungen Luft. Wenn die Interviews auch noch keinen Aufschluss über die Möglichkeit und Planung kollektiver Abwehrmaßnahmen geben, so sind andererseits drei Momente zu nennen, die eine solche Entwicklung begünstigt haben können.

1. In der personalisierenden und moralisierenden Argumentationsweise der vorliegenden Interviews konservieren sich alte, nicht der kapitalistischen Rationalität entspringende Normsysteme (Gerechtigkeit, Vertrauen u.a.m.), die herausgefordert zu mächtigen Widerstandspotentialen sich formieren können.
2. Auf dieser Grundlage ist eine erstaunlich große soziologische Sensibilität in der Kennzeichnung der Situation charakteristisch.

3. Hinzu kommt der hohe Grad der Organisiertheit, der unabhängig von den Gewerkschaftsspitzen als bestehendes System kollektiver Interessenvertretung die Zusammenfassung der individuellen Konfliktpotentiale erlaubt.

Zur Ausgangslage sind folgende charakteristische Merkmale zu nennen:

- (a) Die Beziehung zur Arbeit, zum Betrieb und zu den Kollegen wird allgemein als ausgezeichnet beschrieben.
- (b) Die ersten Reaktionen auf die Stilllegungsankündigung schwanken zwischen Ungläubigkeit, dem Nichtwahrhabenwollen, über Enttäuschung und Verzweiflung bis hin zu Empörung und ohnmächtiger Auflehnung.
- (c) In vielen Fällen finden sich neben den Äußerungen emotionaler Betroffenheit Berichte über psycho-somatische Beschwerden.
- (d) Schmerzlich wird bewusst, dass Arbeit zu haben Grundlage und integraler Bestandteil der eigenen Lebensplanung ist.¹

-Zusammenfassung-

In den bisherigen Ausführungen wurden diverse Ergebnisse der Arbeitslosenforschung entweder im Kontext von Einzelstudien oder nach Lebensbereichen getrennt dargestellt. Mit dieser Vorgehensweise verband ich die Absicht, die Auswirkungen des Arbeitsplatzverlustes und der Arbeitslosigkeit auf die psychosoziale Lebenssituation der betroffenen Arbeitslosen und ihrer Familien in ihren hauptsächlichen Dimensionen zu erfassen und zu beschreiben.

Die Vorstellung, nicht zu arbeiten, ist im Bewusstsein und in der Erfahrung gleichzusetzen mit Ergebnissen wie Krankheit, Invalidität oder Alter, mit sozialem Abstieg, Sinnlosigkeit oder Unausgefülltheit bzw. dem Verlust sozialer Reputation.

¹ Vgl. Treuling, A. in: Wacker (1977., S. 56ff.).

„Arbeit zu haben -gleichgültig welcher Art- scheint für viele das Höchste, das einzige, was sie vom Leben wünschen, eine Gnade, für die sie zu danken haben.“¹

Nach den bisherigen Darstellungen und Analysen lassen sich einige Momente kennzeichnen, die die Situation der Arbeitslosigkeit in der kapitalistisch geprägten Industriegesellschaft bestimmen:

-Mit der unfreiwilligen Ausgrenzung verlieren die normativen Orientierungen, die vormalig die individuelle Anpassung an die Bedingungen der Produktionssphäre getragen haben, an Realitätswert (Pünktlichkeit, Anpassung an betriebliche Anforderungen etc.).

-Die Form, in der sich die soziale Ausgrenzung vollzieht, lässt den Arbeitslosen als Vereinzelten zurück (verinnerlichte Bewertungsmuster: „Versagersyndrom“, „Schmarotzer“ oder „Müßiggänger“), wenn er eine angebotene Arbeit nicht annimmt. Beugt er sich dem sozialen Dequalifikationsdruck, so gilt dies als Beweis, dass er in seinem letzten Arbeitsverhältnis wohl nicht viel geleistet hat. Mit der beginnenden Arbeitslosigkeit wird der Betroffene nicht allein eines wesentlichen Bereichs seiner Verankerung in der gesellschaftlichen Realität beraubt; er ist zugleich gezwungen, seinen gesamten Lebenszusammenhang neu zu organisieren. Die Problemebene verschiebt sich in den privaten Bereich. Der Betroffene muss sich unter den veränderten finanziellen Bedingungen einrichten, mögliche Pläne aufgeben, eventuell eine neue Wohnung suchen oder in eine andere Stadt ziehen; Verunsicherung des Selbstwertgefühls, soziale Desorientierung, psycho-somatische Dekompensation und psychische Verhärtung sind die möglichen Folgen. Lösungen für die neu eingetretene Situation müssen gesucht werden: Arbeitsplatzsuche, Weiterqualifizierung, Versuche, sich selbständig zu machen, sind gesellschaftliche Wege, die es dem einzelnen ermöglichen sollen, seine Lebenschancen zu verbessern und ein Stückweit die Kontrolle über seine Situation zurückzugewinnen. Dass die an anderer Stelle angeführte Einschränkung des psycho-sozialen Lebensraums den politischen Raum nicht auslöst, konstatieren schon die Autoren der Marienthal-Studie. Die Zahl der Arbeiter-zeitungsabonnenten sank von 1927 bis 1930 um 60 %. Politische

¹ Fromm, Erich, Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt 1966, S. 132.

Vereine und Parteien mussten Mitgliedereinbußen hinnehmen; politische Auseinandersetzungen verloren an Schärfe und Bedeutung. Dieser Rückzug aus der aktiven politischen Betätigung wird in der Regel begleitet von einer gefühlsmäßigen Auflehnung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse.

„Die Arbeitslosigkeit zwingt den Menschen in eine Protesthaltung nicht nur gegen seine Ausschaltung aus dem Arbeitsleben, sondern auch gegen Staat, Gesellschaft und Kirche und oft gegen die eigene Familie (...).“¹

In diesem Zusammenhang sei auf eine Aktion in der französischen Stadt Givert hingewiesen:

„In der kleinen nordfranzösischen Stadt Givert an der belgischen Grenze herrscht Krieg. Ein ‘moderner Krieg’, wie die französischen Medien schreiben, nachdem dort Arbeiter aus Protest gegen ihre Entlassung 5000 Liter Schwefelsäure in einen in die Maas fließenden Bach kippten, und damit die Aufmerksamkeit von Medien und Politik auf ihr Schicksal zu lenken. (...) Angst breitete sich in Givet aus. ‘Jeder von uns hat mindestens einen in der Familie, der bei Cellatex arbeitet’, sagt Danielle, der ein Café direkt gegenüber der Fabrik besitzt. Seit der Drohung, dass der Betrieb gesprengt werden könnte, können die Leute auch nicht mehr richtig schlafen (...). 47000 Liter Schwefelkohlenstofflager noch bei Callatex. Wie Betriebsprecher Remo Pesa sagt, könnte man damit ‘eine guten Teil von Givet in die Luft fliegen lassen’“.²

Einen Tag später:

„Gewerkschaften und Behörden einigten sich in der Nacht zum Donnerstag in Givet auf einen Kompromiss, mit dem die Entlassung der 153 Beschäftigten sozial abgefedert werden soll. (...) Die Vereinbarung sieht den Gewerkschaften zufolge vor, dass die Entlassenen ein Jahr lang Unterstützung erhalten, die 80 Prozent ihres bisherigen

¹ Wacker (1977., S. 56).

² Süddeutsche Zeitung vom 20.07.2000.

Verdienstes entspricht. Außerdem werden ihnen eine Abfindung in Höhe von 80 000 Franc (...) gezahlt.“¹

Durch diese Protesthaltung (s. auch Bredaer Protokolle) jedoch kann, wie es beispielweise die marxistische „Verelendungs-Theorie“ vermutet, die Masse der Arbeitslosen zu einem politischen Machtfaktor werden:

„ Die vielen Schläge, die ihrem künstlich forcierten Selbstbewußtseins jedoch durch die Realität zugefügt werden, erzeugen bald eine innere Hoffnungslosigkeit, die mittels Einbildungen zu überwinden versucht wird. Sie stellten sich erneut politischen Bewegungen zur Verfügung, aber nicht als Teilnehmer, sondern als blinde Gefolgschaft. Sie sind nun paradoxerweise in der Bewegung, weil ihnen alles gleichgültig ist, nicht weil sie überzeugt sind, daß die Bewegung ihre Hoffnung realisieren könnte... Die verschiedenen utopischen und Auffassungsbewegungen politischer Scharlatane à la Huey Long, Father Coughlin, Townsend, Upton Sinclair usw., in Zeiten großer Arbeitslosigkeit, finden unter den Verelendenden guten Boden gerade wegen ihres Verzichts auf jede realistische Perspektive.“²

Die untersuchten Gruppen unterschieden sich in mehreren Merkmalen: Die Marienthaler Arbeitslosen lebten in einer überschaubaren sozialen Einheit, waren vor ihrer Arbeitslosigkeit alle in einem Betrieb -dem einzigen Ort- beschäftigt und zum Zeitpunkt der Erhebungen in der Regel länger als ein Jahr arbeitslos. Die Zusammensetzung der polnischen Gruppe ist im Vergleich mit den übrigen am heterogensten, weil die biographischen Berichte von Arbeitslosen aus unterschiedlichen Bezirken Polens stammten. Die Behandlung der Arbeitslosen im 3. Reich stand ideologisch in Verbindung mit den gesellschaftspolitischen Zielen der Nationalsozialisten. Von den von Aiken

¹ Ebd. v. 21.07.2000.

² Mattick, Paul, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929-1935, o. O., 1969, S. 113.

befragten Automobilarbeitern in der Detroit-Studie standen zum Zeitpunkt der Befragung 45% wieder in einem Beschäftigungsverhältnis, 23% waren länger als zwei Jahre arbeitslos und 32% hatten wieder eine Anstellung gefunden, jedoch inzwischen wieder verloren. Auch die in Breda befragten Arbeiter und Angestellten arbeiteten alle, wie in Marienthal und Detroit im gleichen Betrieb. Zwar waren sie zum Zeitpunkt der Erhebung noch nicht entlassen, standen aber unter dem Druck einer wenige Wochen zuvor ausgesprochenen Stilllegung. Für alle hier berücksichtigten Gruppen aus verschiedenen Zeitabschnitten des 20. Jahrhunderts und unterschiedlichen Nationen gilt der Sachverhalt einer unfreiwilligen Ausgrenzung aus dem Produktionsprozess bzw. deren Androhung, die als Zäsur einen Lebensabschnitt der individuellen Biographie angesichts einer noch ungewissen Zukunft abschließt. Die Veränderungen in der materiellen und sozialen Situation der Familien von Arbeitslosen

-Einschränkungen des Konsumniveaus, Anwesenheit des Vaters, mögliche Umzüge führen für die Kinder die Notwendigkeit mit sich, sich auf die gewandelte Lebenslage einzustellen. In einer Reihe von Forschungsberichten (auf die ich an anderer Stelle noch intensiver eingehen werde) aus den 30er Jahren wird auf diese Veränderungen Bezug genommen. Eine allgemeine Einschränkung des Anspruchsniveaus der Kinder stellten die Autoren der Marienthal-Studie anlässlich ihrer Weihnachtsgeschenkaktion fest.

„ Und nicht einmal die bescheidensten Wünsche getrauten sich die Kinder wirklich zu äußern“¹

Die Resignation der Eltern ist auf die Kinder übergegangen. Für die älteren Jugendlichen und bald Schulentlassenen ist die „Angst vor der Zukunft“ charakteristisch. Hinsichtlich der Massenarbeitslosigkeit erscheint es aussichtslos, den weiteren Lebensweg vorplanen zu wollen oder gar an eigenen Wunschvorstellungen zu orientieren.

Wie Geiger² aus der gleichen Zeit berichtet:

¹ Jahoda (1975., S. 60).

² Geiger, Theodor, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes (1932), Darmstadt 1967, S. 96f.

„ Der Schulentlassene kapitulierte (...) sehr oft bei an sich guten Gaben vor der Aussichtslosigkeit der beruflichen Zukunft. Er sagte sich, daß es keinen Zweck habe, das Bäcker- oder Schlosserhandwerk zu lernen, wenn der Unterschied für ihn nur darin bestand, ob er es vorziehe als gelernter Schlosser oder als ungelernter Arbeiter stempeln zu gehen. “

Das Klima der Entmutigung schließt auch die Leistungsbemühungen der schulpflichtigen Kinder mit ein. In Deutschland ist Busemann¹ in mehreren Arbeiten der Frage nachgegangen, ob sich die Arbeitslosigkeit des Vaters auf die Schulleistungen der Kinder auswirkt. Bei diesen Forschungsarbeiten schnitten die Arbeitslosenkinder in allen Altersgruppen schlechter ab. Komarovsky² weist darauf hin, dass mit den verringerten finanziellen Ressourcen die Eltern eines ihrer wichtigsten Disziplinierungsmittel verlieren. Geld wurde von den meisten Eltern als Erziehungsmittel und zur Kontrolle eingesetzt :

„ Der Vater kann seine Kinder nicht länger ‘ bestechen ’, damit sie seinen Anordnungen folgen; er kann nicht länger -im Sinne einer Bestrafung- Dinge und Aktivitäten verweigern; ihm fehlt die Möglichkeit, als Ersatz für unliebsame Forderungen einen Ersatz wie etwa ein Wochenendpicknick anzubieten; er muß Restriktionen in einigen Bereichen abbauen, um den allgemeinen Mangel zu kompensieren. “.

Über die Beeinträchtigung elterlicher Sanktionsstrategien hinaus berichten Eisenberg und Lazarsfeld³ in ihrer Literaturübersicht von psycho-somatischen Beschwerden, emotionaler Labilität, Minderwertigkeitsgefühlen, einer Zunahme nervöser Störungen und dem Ansteigen von Straftaten bei Kindern aus Arbeitslosenfamilien. Komarovsky⁴ berichtet weiter, dass sich die Autoritätsproblematik mit dem Älterwerden der Kinder verschärft.

¹ Vgl. Busemann, Adolf u. Bahr, Gerda, Arbeitslosigkeit und Schulleistungen, in: Zeitschrift f. Pädagogische Psychologie, 40, 1931, o. O., S. 417ff.

² Komarovsky, M. The unemployed man and his family-The effects of unemployment upon the status of the man in fifty-nine families, New York 1940, S. 92f.

³ Eisenberg, Ph. u. Lazarsfeld, Paul, The psychological effect of unemployment, o. O., 1938, S. 358ff.

⁴ Vgl. Komarovsky (1940, S. 88).

Die Familie ist kaum in der Lage, dem wachsenden Bedürfnishorizont der Kinder adäquate Befriedigungsangebote zu vermitteln. Die Jugendlichen versuchen daher, sich frühzeitig aus dem familiären Umkreis zu lösen. Weiland¹, die in Deutschland Schul- und Fürsorgebehörden, Gesundheitsämter und Ärzte um Mitteilung bat, konstatiert eine Verminderung der körperlichen Widerstandskraft und gleichfalls ein Ansteigen von Kopfschmerzen, Schlafstörungen und Konzentrationsschwächen der Arbeitslosenkinder. Ein Großteil dieser Kinder wird als schwer erziehbar bezeichnet. Wenn auch die Befunde zum massenhaften Kinderelend der 30er Jahre nicht unmittelbar auf die Gegenwart zu übertragen sind, so ist doch anzunehmen, dass die Arbeitslosigkeit der Eltern auf die familiäre Situation ausstrahlt. Der Hinweis auf die stärkere materielle Verelendung in der damaligen Zeit besitzt sicherlich seine Berechtigung; mit ihm ist jedoch vergessen -dass sich-auch bei verbesserten Lebensstandard im allgemeinen- die Erfahrung an der relativen Deprivation gegenüber dem gewohnten Lebensniveau orientiert.

Hinsichtlich der Themenstellung meiner Arbeit lässt sich zusammenfassend sagen, dass sich die dargestellten Studien nur wenig mit der Familien-, Alltags- und Schulsituation der betroffenen Kinder aus Arbeitslosenfamilien auseinandersetzen.

„Seit der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren ist bekannt und wird auch heute von Sozialwissenschaftlern immer wieder hervorgehoben, daß Arbeitslosigkeit nicht nur für die direkt davon Betroffenen, sondern auch für die Familien negative Folgen haben kann. Dennoch muß heute, Ende der Achtziger Jahre, nach mittlerweile mehr als einem Jahrzehnt europaweiter Arbeitsmarktkrise und hohen Arbeitslosenzahlen sowie parallel dazu fortgeschrittener sozialwissenschaftlicher Forschung und vorliegenden Erkenntnissen zu den Auswirkungen elterlicher Arbeitslosigkeit auf die Entwicklung der so betroffenen Kinder, nach wie vor als unbefriedigend bezeichnet werden.(...) Soweit neuere Studien (...) vorliegen, handelt es sich (...) in erster Linie um Fallbeschreibungen, die allgemeinere Schlußfolgerungen nicht ohne weiteres zulassen.“²

¹ Vgl. Weiland, R. Die Kinder von Arbeitslosen, Schriften des Deutschen Archiv für Jugendwohlfahrt, Heft 11, o. O., 1933, S. 37.

² Schindler, Hans, Wacker, Ali, Wetzels, Peter, Familienleben in der Arbeitslosigkeit, Heidelberg 1990, S.145.

3. Theoretische Grundlagen:

- **Life – Event-Forschung und mögliche Konzepte sozialer Unterstützung-**
- **Life – Events aus der Sicht des Kindes-**

Das Leben des Menschen ist gekennzeichnet durch eine Vielfalt von Situationen. Der Mensch agiert und reagiert auf Umweltafordernungen, er interagiert mit der Umwelt. Er muss sich mit bestimmten Ereignissen auseinandersetzen. Teilweise sind diese Ereignisse vorhersehbar, z.B. entwicklungsbedingt, manchmal treten sie völlig unerwartet ein. Die Life-Event-Forschung setzt sich mit den Charakteristika dieser Lebensereignisse auseinander; sie beschäftigt sich mit der Bedeutung „kritischer Lebensereignisse“ im Lebenslauf. Es geht um die Frage, wie bestimmte Ereignisse subjektiv erlebt werden, welche Bedingungen zu Wahrnehmungsunterschieden führen, welche Funktion „kritischen Lebensereignissen“ im Lebenslauf zukommt und welche Bewältigungsstrategien in Abhängigkeit von Personen- und Situationsparametern mit welcher Auswirkung auf die seelische und physiologische Gesundheit einer Person gewählt werden. Hinsichtlich der Beurteilung von Lebenslagen würden sich in diesem Zusammenhang auch sozialisationstheoretische Ansätze anbieten. Hier taucht die Frage auf, ob Untersuchungen zur Verteilung von Lebenschancen in der Bundesrepublik auf der Grundlage von Klassen-, Schichten- bzw. Milieuanätzen die Wirklichkeit angemessen beschreiben. Nach den bisherigen Überlegungen sind die Aussagen zur Verteilung von Lebenschancen, welche den Klassen-, Schichten- und Milieukonzepten entsprechen, jeweils für sich allein nicht zutreffend und nicht ausreichend. Von Klassenansätzen wird gesprochen, wenn als theoretische Ausgangsannahme die ‘objektive’ Scheidung der Bevölkerung eines Landes auf ihre Stellung zu den Produktionsmitteln zurückgeführt wird, wonach sich etwa bei rein kapitalistischer Produktionsweise eine kleine besitzende und herrschende Klasse und eine große besitzlose und beherrschte Klasse zwangsläufig ergeben. Unvermeidliche Abschwächungen der Ausgangsannahme in der Folge von bisherigen empirischen Untersuchungen einer restlosen Einordnung der Bevölkerung in dieses Schema ändern am Grundsatz nichts. Von Schicht- bzw. Milieuanätzen wird gesprochen, wenn in erster Linie

von 'subjektiver' Wahrnehmbarkeit und Wahrnehmung bestehender 'objektiver' und 'subjektiver' sozialer Ungleichheiten in der Bevölkerung ausgegangen wird und die über Selbst- oder Fremdeinschätzungen ermittelten Selbst- oder Fremdeinordnungen ein angenommenes hierarchisches Gefüge von Schichten bzw. Milieus bestätigen. Von den empirischen Ergebnissen her nahegelegte Auflockerungen in Form von Überlappungen und Durchdringungen zwischen den Schichten bzw. Milieus ändern am Grundsatz nichts. Ich möchte hier nicht den Eindruck erwecken, als fehlte es bei Klassen-Schichten- und Milieuuntersuchungen an Bemühungen, der letztendlich vorgefundenen sozialen Wirklichkeit, ihrer doch weniger einheitlichen als zugestandenem oder erwarteten Gliederung, gerecht zuwerden. Ich möchte ferner nicht den Eindruck erwecken, als müssten Klassen-Schichten-bzw-Milieuansätze vollständig aufgegeben und etwa durch lage- und milieutheoretische Ansätze 'objektivistischen' und / oder 'subjektivistischen' Zuschnitts ersetzt werden. Als lagetheoretisch bezeichne ich einen Ansatz dann, wenn mehrere 'objektive' Merkmale als begründend für unterschiedliche Lebensmöglichkeiten angesehen und aus dem typischen Zusammenwirken von Merkmalen bzw. Merkmalswerten Zuordnungen von Personen zu typischen sozialen Lagen möglich werden. Milieutheoretisch sind lagetheoretische Ansätze dann erweitert, wenn 'objektive' und/oder 'subjektive' Merkmale gegeben sind, die einzeln oder im typischen Zusammenwirken bei ähnlicher/verschiedener Lage zu verschiedenen/ähnlichen Wahrnehmungen und Deutungen der jeweiligen Lage führen können. und je nach typischen Merkmalen bzw. Merkmalswertverknüpfungen Zuordnungen von Personen zu typischen sozialen Milieus ermöglichen. Jedoch liegt meines Erachtens das Kernproblem der für die Bundesrepublik Deutschland vorliegenden Ungleichheits- und Sozialisationsforschung in der vorherrschenden Ausrichtung auf die Wohlfahrts- und Lebenslage von Individuen. Soweit die haushaltliche und / oder familiäre Einbindung von Individuen dennoch beachtet wird, geschieht dies bisher unzureichend, da nur eine begrenzte Zahl von Merkmalen der Familien / Haushalte herangezogen wird und, was schwer wiegt, die Merkmalsverteilungen (Einfach-, Zweifach- und gelegentlich Dreifachauszählungen) aus-gewertet werden. Bei personen- und

haushalts- und / oder familienbezogenen Untersuchungen fallen zudem drei erhebliche Mängel auf:

Zum einen bleibt mit der Ressourcenposition (Vermögens-, Einkommens und Ausgabenposition) der Kern einer jeweiligen Wohlfahrts- und Lebenslage in der Regel stark unterbelichtet. Im Sinne eines ressourcentheoretischen Ansatzes sozialer Ungleichheit hängen aber die Möglichkeiten einer einzelnen Person zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse hauptsächlich davon ab, welche materiellen und immateriellen Ressourcen ihr zwecks Teilhabe an den gesellschaftlich möglichen Bedürfnisbefriedigungen zur Verfügung stehen- und wie sich Ressourcenpositionen aufbauen. Die Einkommens- und die Ausgabenposition sind im wesentlichen Ausdruck der Vermögensposition. Zum anderen kommt es zu fehlerhaften Einschätzungen des Kerns der Wohlfahrts- und Lebenslage, wenn lediglich die Einkommensposition und diese auch noch doppelt verzerrt ins Blickfeld gerät. Die erste Verzerrung resultiert aus unzuverlässige Einkommensangaben in Interviews. Die zweite Verzerrung betrifft die Nichtberücksichtigung von relativen Effekten der Minderung und Erhöhung von Einkommen infolge unterschiedliche Größe und Zusammensetzung des relevanten Kreises zusammenwohnender und / oder wirtschaftender Personen. Selbst bei Berücksichtigung bliebe die reale Einkommensposition ohne Anpassung der Einkommensverwendung nur unzureichend beschrieben. In diesem Zusammenhang wäre vor allem noch zusätzlich die individuelle/haushaltliche Wohlfahrtproduktion und die individuelle/haushaltliche, ressourcenspezifische Teilhabe an materiellen und immateriellen kollektiven Gütern in Rechnung zu stellen. Weiterhin mangelt es sowohl an Möglichkeiten als auch an Versuchen, die genannten und weitere haushaltsbezogene Daten so zusammenzuführen und auszuwerten, dass ein Gesamtpanorama der sozialen Strukturierungen der Haushalte erzeugt würde und zugleich die tatsächlich Vielfalt und relative Bedeutung zahlreicher Untergruppierungen sichtbar zu machen wäre. Als Teilbaustein für dieses Gesamtpanorama bietet sich in diesem Zusammenhang die Life-Event-Forschung an. Die Forschungsmethode ist für dieser Arbeit insofern von Bedeutung, als Arbeitslosigkeit als kritisches Lebensereignis verstanden wird, d.h. da Arbeitslosigkeit für den Betroffenen und seine Familien einschließlich der Kinder ein „Kritisches

Lebensereignis“ bedeutet, möchte ich mich im Rahmen der theoretischen Grundlagen meiner Arbeit mit den historischen Aspekten, den Merkmalen und möglichen sozialen Unterstützungsformen der Life-Event-Forschung auseinandersetzen.

3.1 Historische Entwicklung der Life – Event-Forschung

Die Life-Event-Forschung kann als Teil der Stressforschung verstanden werden. Sie sucht nach belastenden Lebensereignissen, die vor dem Entstehen eines psychischen Problems aufgetreten sind. Ihr Ziel ist dabei, die objektive Belastung eines Menschen durch lebensverändernde Ereignisse in standardisierter Form zu erfassen. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema ist vergleichsweise jung.¹ Die Wurzeln der Erforschung von Lebensereignissen finden sich in der Psychiatrie, der Epidemiologie, der Medizin und der klinischen Psychologie. In der Psychiatrie gibt es schon seit Jahrzehnten kontroverse Diskussionen darüber, ob es eine Beziehung zwischen Krankheit und lebensverändernden Ereignissen gibt oder nicht: Die eine Seite, vertreten durch Foucault u. Littmann², weist dabei auf Beobachtungen hin, die man häufig im Alltag macht, dass vor Ausbruch einer psychischen Erkrankung oft bestimmte, für die Betroffenen leidvolle Ereignisse zu finden sind. Sie schließt daraus, dass lebensverändernde Ereignisse bei der Entstehung von Krankheiten eine wichtige Rolle spielen. Die andere Seite, vertreten z.B. durch Paykel³, behauptet dagegen, dass viele Krankheiten einen starken genetischen Anteil haben und dass die Ereignisse vor Ausbruch der Krankheit zufällig mit dem Krankheitsbeginn zusammentreffen und bestenfalls eine auslösende Wirkung haben könnten. Die Epidemiologie befasst sich seit dem 19. Jahrhundert mit der Verteilung, der Ausbreitungsstruktur und der Überwachung von akuten Infektionskrankheiten. Grundlage ist der Gedanke, Krankheiten nicht individuell, sondern als Gruppenphänomene zu betrachten. In bestimmten Bevölkerungsgruppen werden Daten über auftretende Krankheiten gesammelt, um dadurch auswertbare Informationen über die Entstehung und

¹ Vgl. Katschnig, Heinz, Sozialer Streß und psychische Erkrankung, München 1980, S. 16f.

² Vgl. Littmann, F. Der normale Mittelweg zum wahren Selbst, Frankfurt 1979, S. 14ff.

³ Vgl. Paykel, Eugene, S., Life events and depression, Chicago 1980, S. 752f.

den Verlauf dieser Krankheiten zu erhalten. In den fünfziger Jahren wurde die epidemiologische Forschung auch auf psychische Störungen ausgedehnt. Doch die erzielten Ergebnisse gaben nur wenig Aufschluss über die Entstehung und den Verlauf psychischer Störungen.¹ Eine weitere historische Wurzel der Life-Event-Forschung ist die Stressforschung.

Der Begriff Stress wurde zunächst in vielen verschiedenen Bedeutungen verwendet; erstmals präzise definiert wurde er von dem Mediziner Selye². Stress sind für ihn unspezifisch ausgelöste Veränderungen innerhalb eines biologischen Systems, die verursacht werden durch Reize oder deren Folgen. Die Intensität der Veränderungen bewirkt eine Störung des Gleichgewichts dieses Systems. In Tierexperimenten fand Selye als Reaktion auf langanhaltenden Stress drei typische, aufeinanderfolgende Phasen:

1. eine Alarmreaktion,
2. einen Anpassungszustand und 3. die Erschöpfung/Erkrankung des Organismus.

Diese Reaktion wurde von ihm Allgemeines Adaptionssyndrom (A.A.S.) genannt. Bei diesen physiologischen Reaktionen wirken verschiedene Komponenten zusammen: es kommt zu einer Vergrößerung der Nebennierenrinde; Thymus, Milz und Lymphknoten zeigen starke Schrumpfungen, und es treten Geschwüre im Magen und im Zwölffingerdarm auf.

„Im Gegensatz zu vielen anderen Studien und Beobachtungen zeichnet sich die Arbeit dadurch aus, daß in ihr die Veränderungen der Blutdruckwerte über den Zeitraum eines Jahres gemessen wurden, und zwar im Vergleich mit erhobenen Werten über den gesamten Untersuchungszeitraum unterschieden sich die Versuchspersonen nicht von einer für die USA repräsentativen Stichprobe, so daß konstitutionelle Unterschiede als Ursachenquelle ausschieden. Im Gegensatz zu den Blutdruckwerten der Kontrollgruppe ließen sich für die Experimentalgruppe (Arbeitslose) signifikante Veränderungen vor allem des diastolischen Blutdrucks aufzeigen. Eine Erhöhung ließ sich für die von Stilllegung bedrohten Arbeiter und Angestellten bereits vor der Entlassung nachweisen.

¹ Vgl. Katschnig (1980, S. 16f.).

² Vgl. Selye, Hans, Stress without distress, New York 1976, S. 4f.

(Veränderungen in der Pulsfrequenz zeigen die gleiche Tendenz, ohne allerdings ähnlich eindeutig zu sein.)

Um näheren Aufschluß über die relevanten Einflußgrößen zu gewinnen, wurden korrelations-statistisch Dauer der Arbeitslosigkeit als objektiver Indikator und verschiedene psychologische Variablen (Ich-Stärke, Selbsteinschätzung der Irritierbarkeit und Selbstachtung) miteinander konfrontiert."¹

Dieser Zusammenhang spricht für die Annahme, dass der subjektiven Lagebefindlichkeit ein größeres Gewicht zukommt als der zeitlichen Dauer der Arbeitslosigkeit.

"Subjective evaluation of the job lost experience clearly mediates the effects of the objective experience on the diastolic BP changes."²

Für Selye ist Stress

„die unspezifische Reaktion des Organismus auf jede Anforderung und tritt sowohl bei Tieren als auch bei Menschen und sogar bei Pflanzen auf.“³

Auf dem biologischen Gebiet, auf dem Selye seine Konzeption entwickelte, konnten neuere endokrinologische Forschungsergebnisse seine Stresstheorie bestätigen. Hormone der Nebennierenrinde sind von Bedeutung bei der Auseinandersetzung des Organismus mit Umweltreizen, jedoch reagiert der Körper auf unterschiedliche schädigende Reize nicht unspezifisch, sondern mit jeweils unterschiedlichen, also spezifischen Antworten. Auch in psychologischen und psycho-physiologischen Laboruntersuchungen stellte sich in der folgenden Zeit heraus, dass spezifische Eigenschaften eines Reizes und eines Individuums für die physiologische Reaktion entscheidend sind.⁴ Holmes und Rahe⁵ sind Vertreter

¹ Cobb, Sven, Social Support as a Moderator of Life Stress, in: Psychosomatic Medicine, 38, New York 1976, S. 300ff.

² Ebd., S. 28.

³ Selye, Hans, Stress in health and disease, Boston 1976, S. 4.

⁴ Vgl. Selye (1976, S. 6).

⁵ Vgl. Holmes, T.H. u. Rahe, R.H., The Social Readjustment Rating

dieser klinisch-psychologischen Richtung. Sie entwickelten in den sechziger Jahren eine eindimensionale Skala zur Erfassung von stressreichen Lebensereignissen. Durch die Entwicklung dieses leicht handhabbaren, ökonomischen Erhebungsinstruments trugen sie dazu bei, dass der Life-Event-Forschung großes Interesse entgegengebracht wurde. Es lässt sich in diesem Zusammenhang durchaus von einem „neuen Ansatz“ in der Erforschung psychosozialer Ursachen psychischer Störungen sprechen.¹

Holmes und Rahe untersuchten systematisch die Beziehung zwischen Lebensereignissen und Erkrankungen, wobei sie Erkrankungen mit psychiatrischer Symptomatik besondere Beachtung schenkten. In den ersten Untersuchungen, die mit dem Messinstrument „Schedule of Recent Experience“ (1967) arbeiteten, das als ein Maß für die Belastung und Wiederanpassung eines Individuums konzipiert wurde, gingen die einzelnen Items ungewichtet in die Berechnung ein. Dieses Verfahren implizierte, dass alle Ereignisse qualitativ gleiche Belastungen mit sich brächten. Da die Belastungen durch verschiedene Ereignisse offensichtlich jedoch unterschiedlich sind, modifizieren Holmes und Rahe ihr Messinstrument, indem sie die relative Anpassungsleistung an verschiedene Ereignisse durch eine Personengruppe einschätzen ließen. Hierdurch konnten sie verschiedene Lebensereignisse hinsichtlich der mit ihnen verbundenen Belastungen hierarchisieren. Bei weiteren Untersuchungen zur Validierung dieses Messinstruments blieb auch bei der Variation von Geschlecht, Alter, sozialem Status und unterschiedlicher Rasse die Hierarchie der Anpassungsscores relativ stabil; gleiches zeigte sich selbst bei kulturvergleichenden Studien. Während Katschnig konstatierte, dass ein allgemeines Theoriedefizit in diesem Ansatz deutlich wird², erhob Katschnig den Vorwurf einer zu stark punktuellen Beobachtung:

„Kennzeichnend für die Forschungsperspektive ist (...) die Beobachtung äußerst kurzer Zeiträume innerhalb einer Lebensspanne. So wird zumeist nur ein Zeitraum von einem halben bis zu einem Jahr vor Ausbruch der Erkrankung berücksichtigt und weiterhin

Scale, in: Journal of Psychosomatic Research, o. O., 1967, S. 213ff.

¹ Vgl. Selye (1976, S. 160ff).

² Vgl. Ebd., S. 160ff.

*außer acht gelassen, in welchem lebensgeschichtlichen Kontext die beobachtete Kumulation von Lebensereignissen eingetreten ist."*¹

Ein dritter Kritikpunkt wurde schließlich von Lazarus² herausgearbeitet. Er moniert, dass jede Lebensveränderung ohne Berücksichtigung ihrer Erwünschtheit und unabhängig davon, ob es sich um ein positives oder negatives Ereignis handelt, als belastend definiert wird.

Deshalb entwickelte er in den 60er Jahren einen anderen Ansatz, Lebensereignisse und Stressphänomene zu betrachten: das transaktionale Stressmodell. Er berücksichtigt bei seiner Analyse von kritischen Lebensereignisse nicht nur die Ereignisse selbst und ihre objektiven Merkmale, sondern betrachtet auch den Menschen, der mit den Ereignissen konfrontiert wird. Ausgangspunkt dafür war die Feststellung, dass nicht jeder Mensch auf ein kritisches Ereignis mit Stress im Sinne von Selye reagiert. Lazarus stellte schon in den fünfziger Jahren fest, dass Stresszustände mindestens drei unterschiedliche Effekte haben können: Entweder zeigen sich keine nachweisbaren Effekte, oder es kommt zu einer Verringerung bzw. Erhöhung der Leistungsfähigkeit.³ Lazarus entwickelte ein transaktionales Stressmodell, in dem die kognitive Bewertung einer Situation, die durch eine Person subjektiv vorgenommen wird, eine wichtige Rolle spielt. Dieses Modell beschrieb außerdem die Auseinandersetzung mit dem Ereignis und dessen Bewältigung. Für Lazarus ist das, was eine Person tut, fühlt und denkt, die Folge eines Wechselspiels zwischen Merkmalen der Person und der Situation. Person und Umwelt beeinflussen sich gegenseitig und verändern ihre Beziehung zueinander so lange, bis wieder ein Gleichgewicht hergestellt ist. Neuere Untersuchungen stellen hierzu fest,

¹ Das Theoriedefizit liegt beispielweise in der unzureichenden theoretischen Klärung des Begriffs „Wiederanpassungsleistung“ Vgl. hierzu: Katschnig (1980, S. 22).

² Vgl. Lazarus, R.S. & Launier, R. Stress-Related Transactions between Person and Environment, New York 1978, S. 110ff.

³ Vgl. Filipp (1990S. 189ff.).

„ je häufiger und je schneller sich ein Mensch an veränderte Situationen anpassen muß, desto mehr Streß erlebt er und desto gefährdeter ist er, körperlich und psychisch zu erkranken.“¹

„Denn Arbeitslosigkeit ist ein Gewaltakt, ein Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen. Sie ist Raub und Enteignung der Fähigkeiten, die in der Schule und der Lehre (vorausgesetzt, die Ausbildungsstufe wird überhaupt noch erreicht) in der Regel in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozeß erworben wurden und die jetzt, von ihren gesellschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten abgeschnitten, in Gefahr sind, zu verrotten und schwere Persönlichkeitsstörungen hervorzurufen“.²

Im Laufe seines Lebens muss sich der Mensch mit vielen stressenden Situationen auseinandersetzen. Dabei ist die Art der Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit den kritischen Lebensereignissen abhängig von verschiedenen Variablen. Die Wahrnehmung und das Coping (Verarbeiten) werden mitbestimmt von Charakteristika seiner Person (seinen Vorerfahrungen, seiner Lebenssituation), seiner Umwelt und von der Art des Ereignisses (wie stark es in sein Leben eingreift, welche kurzzeitigen und längerfristigen Folgen es hat). Ein Aspekt der Umwelt des betroffenen Individuums ist die Unterstützung, die der Mensch von seinem sozialen Umfeld bekommt. Es wird angenommen, dass die soziale Unterstützung das Bewältigungsverhalten (das Coping) des Individuums verändert und einen positiven Einfluss auf das Coping ausübt.³

3.2 Merkmale der Life-Event-Forschung

In den sechziger Jahren wurde von den amerikanischen Psychiatern Holmes, Rahe und Mitarbeitern die Life-Event-Forschung begründet. Sie nahmen an, dass unterschiedlichste kritische Lebensereignisse annähernd gleich belastend sind und auch in etwa die gleiche

¹ Nuber (1994, S. 22).

² Negt (1995, S. 50).

³ Vgl. Lazarus & Launier (1978, S. 287ff.).

Art von Wiederaanpassungsleistung erfordern. Wird ein Mensch innerhalb eines bestimmten Zeitraumes mit mehreren Lebensereignissen konfrontiert, so erhöht sich ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit einer psychischen oder physischen Erkrankung. Die Autoren gehen davon aus, dass der Mensch nur begrenzte Möglichkeiten hat, Belastungen, die sich aus kritischen Lebensereignissen ergeben, zu verarbeiten.¹ Eine hier häufig gewählte Operationalisierung von Stress bestand darin, mit Hilfe standardisierter Fragebögen nach der Zahl kritischer, also belastender Ereignisse während definierter Abschnitte der Vergangenheit zu fragen. Dafür kommen der Wechsel oder Verlust des Arbeitsplatzes oder Partners ebenso in Betracht wie Krankheiten, Umzüge etc.. Zwischen den unterschiedlichen Konzeptualisierungsansätzen in der Life-Event-Forschung besteht weitgehend Übereinstimmung dahingehend, dass es sich bei kritischen Lebensereignissen um solche im Leben einer Person auftretende Ereignisse handelt, die durch Veränderung der sozialen Lebenssituation gekennzeichnet sind und die mit entsprechenden Anpassungsleistungen beantwortet werden müssen.² Es wurde versucht, Lebensereignisse in drei Unterklassen einzuordnen. Zur ersten Gruppe zählen die sogenannten normativen Lebensereignisse, d.h. Lebensereignisse, die stark mit dem Lebensalter einer Person in Zusammenhang stehen und die auf die Mehrheit der Bevölkerung zukommen, z.B. Übergang von Ausbildung zu Berufstätigkeit, Heirat, Geburt des ersten Kindes, Eintritt in den Ruhestand. Zur zweiten Gruppe zählen Ereignisse, die nur für die einzelnen Personen von individueller Bedeutung sind (nicht-normative Leben), z.B. Scheidung, Tod des Partners oder beruflicher Auf- oder Abstieg. Zu dieser Gruppe zählt auch das Lebensereignis Arbeitslosigkeit. Zur dritten Gruppe gehören epochale Ereignisse, wie Kriege und Umweltkatastrophen.³ Auf der Ebene der Bedeutung eines Lebensereignisses für die Person legt Filipp⁴ folgende Ereignis-parameter fest:

-Erwünschtheit:

¹ Vgl. Filipp (1990, S. 16ff).

² Vgl. Ebd., S. 79f.

³ Vgl. Ebd., S. 80.

⁴ Vgl. Ebd., S. 27.

Um die Erwünschtheit eines Ereignisses für eine Person bestimmen zu können, definierte man diese als das Maß, in dem ein Ereignis das Erreichen von Handlungszielen unterschiedlicher zeitlicher Erstreckung begünstigt bzw. verhindert.

-Lokalisieren im Lebensraum:

Hierzu ist zu sagen, dass ein Ereignis für den Betroffenen von sehr unterschiedlicher Bedeutung sein kann, je nachdem, wann es eintritt (z.B. eine Schwangerschaft während der Ausbildung oder während der Berufstätigkeit).

-Kontrollierbarkeit:

In Bezug auf dieses Ereignisparameter vermutet man, dass dieses stark mit dem Personenparameter „Kontrollüberzeugung“ konfundiert ist.

-Wirkungsgrad des Ereignisses:

Hierunter ist die Anzahl der Bereiche zu verstehen, die ein Ereignis beeinflusst. Als Beispiel für ein aufgrund seiner Auswirkungen auf mehrere Lebensbereiche sehr schwer zu bewältigendes Lebensereignis wird bei Filipp „Arbeitslosigkeit“ genannt:

„So mag das Lebensereignis Verlust des Arbeitsplatzes nur vordergründig den beruflichen Bereich tangieren, weil es zugleich auch tiefgreifend mit der ökonomischen, sozialen innerfamiliären usw. Lebenssituation der betroffenen Person verknüpft ist.“¹

Es stellte sich heraus, dass Einschätzungen der Bedeutung eines kritischen Lebensereignisses für eine Person durch neutrale Beobachter relativ unzureichend sind. Erst individuelle Prozesse der Wahrnehmung und Einschätzung von Lebensereignissen durch die Betroffenen selber qualifizieren diese als kritisch, bedeutend, belastend, erfreulich, herausfordernd u.s.w.

Für Filipp sind Lebenskrisen

¹ Filipp (1990, S. 26).

„ objektiv beschreibbare Situationen, bei deren Konfrontation allgemein Streß eintritt und die eine Erfahrung (einschließen), die entweder Leid aufbürdet oder eine Rollentransformation erfordert.“¹

Die weitere Definition von Filipp² lautet:

„Kritische Lebensereignisse stellen dann nichts anderes dar als molar konzipierte 'Stressoren', die als vornehmlich in der Umwelt lokalisiert, d.h. als 'von außen auf die Person einwirkende Kräfte' verstanden werden und mit denen sich die Person in der ihr eigenen Weise auseinandersetzen muß.“

Alle diese Definitionen kreisen letztlich um die Grundfrage, wie kritische Lebensereignisse in individuelles Erleben und Verhalten transformiert werden, welche Formen der Auseinandersetzung mit und Bewältigung von kritischen Lebensereignissen von den Betroffenen gewählt werden, in welchem Ausmaß diese zwischen Menschen und über Ereignisse und Situationen hinweg variieren und welche Effekte unterschiedlicher zeitlicher Erstreckung die Konfrontation mit kritischen Lebensereignissen unter den jeweils gegebenen Bedingungen auslöst.

3.3 Psychische Störungen und kritische Lebensereignisse

Das zentrale Thema in der Life-Event-Forschung und damit auch meiner Arbeit ist die Frage, wie das Erlebnis eines kritischen Lebensereignisses mit der Ausbildung einer psychischen Störung, hier insbesondere bei Kindern, zusammenhängt. Um den Begriff „psychische Störung“ angemessen operationalisieren zu können, ist es wichtig, sich mit den unterschiedlichen Definitionsversuchen und Erklärungsmodellen auseinander zusetzen. Da es innerhalb meiner Arbeit nicht möglich ist, die historische Entwicklung der verschiedenen Krankheitsmodelle ausführlich zu beschreiben, möchte ich mich auf die

¹ Ebd., S. 74.

² Ebd., S. 4.

Darstellung der zwei wichtigsten Ansätze, dem medizinischen und dem sozialwissenschaftlichen Paradigma, beschränken:

3.3.1. Das medizinische Paradigma

Nach Keupp¹ wird das medizinische Krankheitsmodell durch folgende Thesen gekennzeichnet:

1. These: Die Ursache der Krankheit wird in dem Individuum selbst gesehen. Abnormes Verhalten wird als Krankheit gesehen, und alle Krankheiten sind auch Störungen der physiologischen Prozesse des Körpers. Als Beispiel gilt die Entdeckung, dass die progressive Paralyse durch den Erreger der Syphilis ausgelöst wird. Für Kraepelin² ist

„eine Störung in den biologischen-materiellen Bedingungen des menschlichen Lebens, deren Ausgangspunkt genetische Anlagen bilden.“

die Ursache psychischer Erkrankungen. Das von ihm entwickelte Klassifikationsschema dient noch heute der Kategorisierung psychischer Krankheiten.

2. These: Das medizinische Modell untersucht eine qualitative Differenz zwischen Krankheit und Gesundheit. Es wird versucht, Krankheit und Gesundheit als diskrete Kategorien zu bestimmen. So ist Krankheit ein Nichtsein in der Gesundheit und Gesundheit ein Nichtsein in der Krankheit. Schon Freud³ verweist auf die Relativität des Begriffs von seelischer Gesundheit:

„Der Unterschied zwischen nervöser Gesundheit und Neurose... führt wahrscheinlich auf das relative Verhältnis zwischen freigebliebenen und den durch Verdrängungen gebundenen Energiebeträgen zurück und ist von quantitativer nicht von qualitativer Art.“

¹ Vgl Keupp, Heinrich, Psychische Störungen als abweichendes Verhalten, München 1972, S. 173ff.

² Kraepelin, Emil, Einführung i. d. psychiatrische Klinik, Leipzig 1916, S. 64.

³ Freud, Sigmund, Abriß der Psychoanalyse, Wien 1938, S. 475.

3. These: Kulturelle Wertvorstellungen wie Ich-Identität und Autonomie fungieren als wesentlicher Bestandteil des Gesundheitsbegriffes. So werden z.B. Psychosen als Schwäche der Ich-Identität gesehen. Seelische Gesundheit wird gleichgesetzt mit „Sich normal verhalten“, d.h. sich in die gesellschaftlichen Funktionsmechanismen einzuordnen. Auch ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Psychopathologie zeigt, dass die Sichtweise der psychischen Erkrankung traditionell verbunden ist mit gesellschaftlichen Erwartungen und diese letztlich mit dem jeweiligen Produktionssystem.¹

„In der Psychopathologie finden wir, daß ein Mensch, der kein Interesse daran hat, sich zu betätigen, schwer krank und weit entfernt vom normalen Zustand der menschlichen Natur ist. Wir besitzen eine Menge Material darüber, daß Arbeiter in Zeiten der Arbeitslosigkeit ebenso sehr- oder noch mehr -unter der ihnen aufgezwungenen 'Ruhe' - wie unter materiellen Entbehrungen leiden.“²

Nach Littmann³ wird es dagegen um so notwendiger sein, eine stabile Ich-Identität gegen ein fassadenhaftes, flexibles Rollenverhalten auszutauschen, je mehr die Produktionsbereiche im Zuge von Rationalisierung und Technisierung in immer kleinere, isoliertere Einheiten aufgeteilt wurden.

4. These: Die jeweiligen Definitionen von „gesund“ oder „krank“ beansprucht universelle Gültigkeit. Wenn psychische Krankheiten Korrelate physiologischer Störungen sind, bedeutet es, dass sie bei allen Menschen universell ausgeprägt sein müssen. Die Ergebnisse der kulturvergleichenden Psychopathologie-Forschung widerlegen jedoch die Annahme der universellen Gültigkeit. Als Beispiel sei hier eine Studie von Erikson⁴ erwähnt: Ein Vergleich zwischen zwei Indianerstämmen mit völlig unterschiedlichen Sozialisationsformen ergab, dass ideale Charakterzüge des einen Stammes in der Gesellschaft des anderen Stammes als Zeichen von Geistesgestörtheit angesehen werden

¹ Vgl. Foucault, Michel, Psychologie u. Geisteskrankheit, Frankfurt 1968, S. 12.

² Fromm, IV, (1981, S. 203).

³ Vgl. Littmann, Franz, Der normale Mittelweg zum wahren Selbst, Stuttgart 1979, S. 95.

⁴ Vgl. Erikson, Erik, Kindheit u. Gesellschaft, Stuttgart 1965, S. 107f.

konnten. Zu einer Infragestellung der Annahme des medizinischen Paradigmas kam es durch Erkenntnisse, die nicht mit diesem Modell erklärt werden konnten. So gibt es bei Untersuchungen von abnormen Verhaltensweisen

„kein absolutes Mittel, die Existenz einer Krankheit zu verifizieren.“¹

Oft dient die Bezeichnung einer Krankheit als Ursachenklärung für deren Symptome (ein schizophrener Patient halluziniert, weil er schizophren ist); organische Korrelate sind nicht nachweisbar, und es fehlen spezifische Ätiologien und Symptomkomplexe für viele Geisteskrankheiten. Dagegen konnte der Einfluss sozialer Variablen in sozial-epidemiologischen Studien² immer wieder nachgewiesen werden. Die Kontroverse begann eigentlich mit Freud. Er lieferte

„(...) den Nachweis psychogenetischer Faktoren bei neurotischen Störungen. Damit durchbrach er die Fixierung der Suche nach somatischen Substraten“³

Wesentliche Argumente gegen das Modell der Medizin kamen von Szasz.⁴ Seine zentrale These ist die Feststellung, dass psychische Störungen durch soziale Situationen verursacht werden und „Lebensprobleme“ darstellen.

3.3.2 Das sozialwissenschaftliche Paradigma

Bevor ich auf zwei wichtige sozial-psychologische integrative Ansätze in der Sozialwissenschaft eingehe, möchte ich an dieser Stelle auf historische Aspekte der Life-Event-Forschung und soziale Schichtung eingehen.

¹ Davison, Gerald, Klinische Psychologie, München 1979, S. 38.

² Vgl. Faris, Robert, Mental Disorders in Urban Areas and Exological Study of Schizophrenia and other Psychoses, Chicago 1939, S. 64ff.

³ Keupp (1972, S. 21).

⁴ Szasz, Thomas, The Myth of Mental Illness, New York 1961, S. 2ff.

Im Jahre 1855 legte Jarvis dem Rat von Massachusetts einen Bericht über eine Studie zur „wahren“ Prävalenz psychischer Störungen im 19. Jahrhundert vor. In diesem Bericht machte Jarvis 50 Jahre vor der Kraepelinschen Ära der Psychiatrie die nosologische Unterscheidung zwischen „Geisteskrankheit“ und „Idiotie“. Sein eindeutiges Ergebnis war, dass Mitglieder der unteren sozialen Schichten im Verhältnis zur übrigen Bevölkerung sechzigmal so viele Fälle von Geisteskrankheit auswiesen. Dieses Ergebnis der höchsten Gesamtrate psychischer Störungen in der niedrigsten sozialen Schicht ist in den Prävalenzstudien, die seit der Jahrhundertwende durchgeführt wurden, relativ konstant geblieben:

-Die höchsten Gesamtraten psychischer Störungen wurden in 28 von 33 Studien (Aufschlüsselung nach Schichtindikatoren), in der niedrigsten sozialen Schicht festgestellt worden.

-Die Beziehungen gelten für die wichtigsten Subkategorien: Schizophrenie (5 von 7 Studien) und Persönlichkeitsstörungen (11 von 14 Studien).¹

Jarvis² hatte eine Erklärung, warum die Raten von „Geisteskrankheit“ in den unteren sozialen Schichten am höchsten sind:

„Menschen mit unausgewogenem Charakter und unsicherer Urteilsfähigkeit sehen die wahre Natur und die wahren Beziehungen der Dinge nicht, und das manifestiert sich in ihrer Unfähigkeit, ihr Leben entsprechend zu organisieren. Sie können die Mittel, über die sie verfügen, nicht für jene Ziele einsetzen, die sie anstreben. Daher bleiben sie im Leben ohne Erfolg; ihre Pläne zur Erhaltung ihrer Familien oder zur Erlangung von Eigentum schlagen häufig fehl; folglich bleiben sie arm, enden oft sogar im Elend... die Ursachen... ihrer geistigen Verwirrung liegen hinter (oder zeitlich vor) ihrer Armut.“

Faris und Dunham¹ fanden in Chicago der 30iger Jahre die höchsten Raten von Ersteinweisungen in psychiatrische Krankenhäuser in den zentralen Slumgebieten.

¹ Vgl. Dohrenwend, B.S., B.P. Dohrenwend, Class and race as status-related sources of stress, New York 1974, o.S.

² Jarvis, E., On the comparative liability of males and females to insanity, and their comparative curability and mortality when insane, o. O., 1850, S. 142ff.

„In diesem am stärksten desorganisierten Gegenden der Stadt (und, nebenbei bemerkt, wohl unserer ganzen Zivilisation) sind viele Leute nicht imstande, eine zufriedenstellende konventionelle Organisation ihrer Welt herzustellen. Das Ergebnis davon ist sehr leicht das Ausbleiben jeglicher Organisation überhaupt, woraus sich eine verwirrte, enttäuschte und chaotische Persönlichkeit ergibt.

Daß die soziale Lage die Ursache für Psychopathologien sei, findet sich in vielen theoretischen Erklärungen der meisten epidemiologischen Studien, die in den USA nach durchgeführt wurden. Nach Hollingshead und Redlich müssen Psychiater mit Phänomenen arbeiten, die grundsätzlich sozialen Ursprungs sind.“²

Ein Ergebnis der im Kapitel 3.3.1 genannten Krise ist eine verstärkte Beachtung von sozialwissenschaftlichen Theorien und erste Versuche von sozial-psychologisch-integrativen Ansätzen. Die zwei wichtigsten Richtungen sollen hier kurz skizziert werden.

3.3.2.1 Der strukturell-funktionale Ansatz

Mit diesem Ansatz sind die Namen Marx (Entfremdungsbegriff), Durkheim (Anomiebegriff), Parson und Merton verbunden. Allen Theorien ist der Versuch gemeinsam, die Spannungen zwischen Individuum und Gesellschaft darzustellen. Weil sich die zentrale Diskussion vor allem zu den Hypothesen von Merton³ entwickelte, soll diese Theorie hier kurz beschrieben werden. Nach Kreupp⁴ lässt sich der Ansatz von Merton folgendermaßen zusammenfassen: In einem sozialen System sind einerseits bestimmte kulturelle Zielbestimmungen gegeben, andererseits institutionalisierte Normen, die die Mittel der Zielverwirklichung festlegen.

Die Erreichbarkeit der vorgegebenen Ziele ist abhängig von der Position in der Sozialstruktur, also vom Zugang zu legitimen Mitteln der Zielverwirklichung. Die

¹ Vgl. Faris, R.E.L., H. W. Dunham, *Mental Disorders in Urban Areas*, Chicago 1939, S. 159.

² Hollingshead, A. B., F. C. Redlich, *Social Class and Mental Illness*, New York 1958, S. 11.

³ Vgl. Merton, Robert, *Social Theory and Social Structure*, New York 1957, S. 12ff.

⁴ Vgl. Keupp (1972, S. 135f.).

Dissoziation von Zielen und Mitteln und der sich daraus ergebende Druck führen zu einer Schwächung der Bindung an die kulturell festgelegten Ziele oder an die institutionell legitimierte Mittel. Das Resultat ist ein Zustand der Anomie. Die anomische Situation kann durch unterschiedliche Formen von Situationsbewältigung beantwortet werden, die als abweichendes Verhalten definiert werden. Der Ansatz von Merton sowie auch die anderen struktur-funktionalistischen Erklärungsmodelle wurden auf der Basis des normativen Paradigmas entwickelt. Danach gibt es ein gesellschaftlich weitgehend festgelegtes, gemeinsames System von Symbolen und Bedeutungen, das für jede Interaktion relevant ist, d.h. eine Norm ist immer zweifelsfrei gegeben, und ein Beobachter kann Abweichungen von dieser Norm sofort registrieren.

Dieser Ansatz ist allerdings nicht in der Lage zu erklären:

- wie soziale Normen entstehen,
- warum Individuen diese Normen übernehmen,
- wie abweichendes Verhalten konkret aussieht.

Vor allem ist die Annahme problematisch, dass Normen feststehende „Tatsachen“ sind, die sich durch gesellschaftlichen Konsens von alleine entwickeln.

3.3.2.2 Der prozessuale Ansatz

Grundlage dieses u.a. von Keupp¹ entwickelten Ansatzes ist das interpretative Paradigma des Symbolischen Interaktionismus. Danach ist die Bedeutung einer Rolle keine festgeschriebene Tatsache, sondern sie muss ständig neu interpretiert werden. Dies geschieht in einem Prozess der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit, durch sozial verbindliche Situationsinterpretationen. Abweichungen bedeuten im Rahmen des prozessualen Ansatzes,

¹ Vgl. Keupp (1972, S. 163)

„... daß auffälligem Verhalten nicht aus sich heraus eine bestimmte soziale Bedeutung zukommt, sondern daß die Bedeutung aus gesellschaftlichen Interpretationsregeln hervorgeht.“¹

Um den prozesshaften Charakter einer „Abweichungskarriere“ deutlich zu machen, entwickelte Lemert² ein Phasenmodell:

1. Die primäre Regelabweichung:

Das sind Verhaltensweisen, durch die sich ein Individuum von einem anderen unterscheidet. Sie entstehen aus unterschiedlichen Ursachen, bleiben aber im Rahmen sozial tolerierter Rollenvariationen, werden in Interaktionsbeziehungen integriert und dadurch „normalisiert“.

2. Die sekundären Regelabweichungen:

Erst wenn die Abweichung nicht mehr „normalisiert“ werden kann, reagiert die soziale Umwelt mit sozialer Kontrolle.

3. Die Stigmatisierung:

In einem Prozess der Etikettierung („labeling“) entwickelt sich die neue Rolle des Abweichenden zu einer stabilen Form.

Allen gemeinsam prozessualen Theorien ist der Versuch darzustellen,

- dass psychische Störungen keine organischen Krankheiten sind, sondern Zuschreibungen einer Rolle von Seiten der Gesellschaft,
- dass die soziale Kontrolle und die Reaktionen der Umwelt auf Regelverletzungen einen wesentlichen Einfluss auf das Entstehen psychischer Störungen haben,
- dass Normen als Beziehungspunkt für Abweichung nicht zweifelsfrei gegeben sind, sondern dem jeweiligen Situationskontext gemäß von allen Interaktionspartnern neu interpretiert und definiert werden (d.h. Normen haben kulturelle und historische Dimensionen) und,
- dass das Entstehen einer psychischen Störung eine prozesshafte Entwicklung ist.

¹ Vgl. Ebd., S. 163.

² Vgl. Lemert, E. M. Social Pathology, New York 1951, S. 14ff.

Viele Menschen haben im Laufe ihres Lebens bereits ganz persönlich erfahren, dass in Zeiten besonders starker körperlicher, geistiger oder psychischer Belastung die Anfälligkeit für Krankheiten steigt. So wurde gezielt auch der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und psychischer Gesundheit bei verschiedenen Gruppen von Betroffenen untersucht und festgestellt,

„daß diejenigen, die in ihrem Lebens häufiger arbeitslos waren, auch häufiger unter psychosomatischen Beschwerden, Neurosen oder schweren psychiatrischen Störungen litten(...)“¹

Eine besondere Gruppe von Belastungen bilden die Ereignisse, die eine Störung der bisherigen Lebensgewohnheiten und -umstände mit sich bringen. Bereits im Jahre 1827 wurde von Esquirol² eine Liste mit „moralischen“ und „physischen“ Ursachen psychischer Störungen zusammengestellt, in der „häuslicher Verdruss“ und „unglückliche Liebe“ als häufigste Krankheitsursachen genannt werden.

Fromm³ (1929) stellte in einer Arbeiter- und Angestelltenuntersuchung fest, dass

„die Arbeitslosen, die finanziell am schlechtesten gestellte Gruppe, auch am schlechtesten schlafen.“

Die Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen lebensverändernden Ereignissen und psychischen Störungen begann aber erst in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts.

Neben Forschern wie Rahe, Dohrenwand et al. möchte ich hier Paykel⁴ und seine Mitarbeiter erwähnen. Sie veröffentlichten erstmals 1969 und dann weiter in den 70er Jahren Untersuchungen über den Zusammenhang von lebensverändernden Ereignissen und Depressionen, Schizophrenien und Suizidversuchen. Die Autoren stellten fest, dass bei allen drei Gruppen vor dem Beginn der Störung eine höhere Rate an Lebensereignissen

¹ Johach (1995., S. 168f.).

² Vgl. Katschnig (1980, S. 3).

³ Fromm GA III (1981, S. 163).

⁴ Vgl. Paykel, Eugene, Life events and depression, Chicago 1980, S. 753ff.

vorlag als bei einer Kontrollgruppe aus der „Normalbevölkerung“. Eine besonders negative Bedeutung haben dabei Verluste und unerwünschte Ereignisse.

Paykal kommt zu dem Schluss, dass

„ gewissen Lebensveränderungen eine gewisse 'pathogene Potenz' innezuwohnen, die bei vielen verschiedenen Störungen wirksam ist.“¹

Wichtig sind auch die Arbeiten von Brown, Harris und Peto. Sie veröffentlichten 1973 (deutsche Übersetzung in Katschnig) einen Artikel, in dem sie die Annahme vertreten, dass bestimmte Menschen aufgrund bestimmter prädisponierender Faktoren wie genetische, konstitutionelle oder andere Bedingungen potentiell schizophren, depressiv usw. sind.²

Am Beispiel der Arbeitslosigkeit machte V.E. Frankl deutlich, wie verständlich und normal eine depressive Reaktion sein kann, wenn Menschen mit einer veränderten Situation konfrontiert werden und dieser keinen Sinn mehr abgewinnen können:

„... der Arbeitslose neigt nämlich dazu, sich zu sagen, 'ich bin arbeitslos, also bin ich nutzlos, und daher ist mein Leben sinnlos'. Halten wir fest.... daß weniger die Arbeitslosigkeit an sich zur Neurose führt als vielmehr das Gefühl der Sinnlosigkeit, und um das abzufangen, reicht auch das soziale Sicherheitsnetz des Wohlfahrtsstaates nicht aus: dazu ist es viel zu weitmaschig. 'Der Mensch lebt nicht von der Arbeitslosenunterstützung allein...' Frankl warnte bereits 1983 vor der Verkürzung der Arbeitszeit oder der Frühpensionierung als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Denn das, so war er überzeugt, wird 'das Sinnlosigkeitsgefühl des sich nutzlos Vorkommenden um das Minderwertigkeitsgefühl des zum alten Eisen Geworfenen (vermehrten)'.“³

¹ Vgl. Ebd., S. 758.

² Vgl. Katschnig (1980, S. 3ff.).

³ Nuber (1994, H.3, S. 20).

Diese prädisponierenden Faktoren und bestimmte Lebensumstände spielen bei der Erkrankung zusammen keine Rolle, und zwar dadurch, dass Personen zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich anfällig sind.

„Jedes Individuum hat zu jedem Zeitpunkt eine spezifische 'Erkrankungsrate', das ist die Wahrscheinlichkeit, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (z.B. eines Monats) einen Krankheitsausbruch zu erleben. Ein eintretendes lebensveränderndes 'Ereignis' kann die 'Erkrankungswahrscheinlichkeit' für eine bestimmte Zeit, vielleicht auch für immer verändern; ist das Ergebnis erfreulich, so kann eine Senkung, ist es belastend, so wird, wenn überhaupt eine Wirkung eintritt, 'eine Steigerung der 'Erkrankungswahrscheinlichkeit' die Folge sein".¹

Die Autoren weisen zudem darauf hin, dass lebensverändernde Ereignisse nur ein Faktor von vielen sein sollten, dessen auslösende Funktion zu untersuchen ist. Ihrer Meinung nach gibt es noch andere wichtige Bedingungen, die auslösende Wirkung haben können und deshalb bei der Forschung berücksichtigt werden sollten, wie etwa längerfristige soziale Probleme, soziale Kontakte, Zufriedenheit in der Partnerschaft usw.² Nur wenige Untersuchungen gibt es darüber, welchen Einfluss lebensverändernde Ereignisse auf die Entstehung von Angststörungen haben, die als eine der weitverbreitesten und gleichzeitig aber auch als tabuisierte Folgen der Arbeitslosigkeit betrachtet werden kann.

„Ist es verwunderlich, wenn in dieser zerrissenen Gefühlslage viele Menschen Verzweiflung und Resignation ergreift und sie in ihren Angstreaktionen, die stets Verengungen sind, eigene, häufig nicht mehr verständliche Auswege suchen?"³

Ängste entladen sich auf unterschiedlichste Weise: Indirekt durch Aggression, Apathie, Platzangst, Unsicherheit, Verlustängste u.a. und direkt durch soziale Isolation und Identi-

¹ Katschnig (1980, S. 191).

² Vgl. Ebd., S. 135.

³ Negt (1995, S. 51).

tätsverlust. Adorno beschreibt den angstausslösenden Zusammenhang von physischer und/oder materieller Existenzbedrohung und der sozialen Ausgrenzung mit Hilfe psychoanalytischer Erklärungsmuster:

„Die Angst vor dem Ausgestoßenwerden aber, die gesellschaftliche Sanktionierung des wirtschaftlichen Verhaltens, hat sich längst, mit anderen Tabus verinnerlicht, im Einzelnen niedergeschlagen. Sie ist geschichtlich zur zweiten Natur geworden; nicht umsonst bedeutet Existenz im philosophisch unverderbten Sprachgebrauch ebenso das natürliche Dasein wie die Möglichkeit der Selbsterhaltung im Wirtschaftsprozeß. Das Über-Ich, die Gewissensinstanz, stellt nicht allein dem einzelnen das gesellschaftlich Verpönte als das An-sich-Böse vor Augen, sondern verschmilzt irrational die alte Angst vor der physischen Vernichtung mit der weit späteren, dem gesellschaftlichen Verband nicht mehr anzugehören, der anstatt der Natur die Menschen umgreift.“¹

Verschiedene Autoren (Faravelli et al 1985)² fanden in ihren Studien heraus, dass besonders die Erfahrung des Verlustes oder die Trennung von nahestehenden, wichtigen Personen zu Angststörungen führen können, vor allen Dingen die Entwicklung einer Angoraphobie (Platzangst) wird nach diesen Autoren von solchen Ereignissen beeinflusst. Es erhöht sich das Risiko ein generalisiertes Angstsyndrom zu entwickeln, wenn in einem Jahr mindestens ein Ereignis eingetreten ist, das von den betroffenen Personen als unerwartet, negativ oder sehr wichtig erlebt wurde:

„Die strukturbedingte Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen verstärkt ebenfalls das Gefühl der Unsicherheit. Wenn auch die Mittel die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch psychologisch mildert, bleibt doch die

¹ Adorno, Theodor, Zum Verhältnis von Soziologie u. Psychologie (1955)
in: Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt 1972, S. 47.

² Vgl. Faravelli, C. u. a., Prevalence of Traumatic Early life events
in Agoraphobic Patients with Panic Attacks, in: The American Journal of Psychiatry, 142, 1995 o. O., S. 1493ff.

*Tatsache bestehen, daß die Arbeitslosigkeit für die allermeisten nur sehr schwer zu ertragen ist und daß die Angst vor ihr ganzes Leben überschattet."*¹

*„ Nach Befunden von Duncan, Brooks-Gunn und Klebanov neigen schon Kinder im Alter von 5 Jahren zu deutlich mehr internalisierenden Belastungssymptomen (z.B. Ängstlichkeit, Niedergeschlagenheit, Depressivität)(...), wenn die Familie mit unangemessenen niedrigem Einkommen wirtschaften muß."*²

Ein weiterer wichtiger Ansatz in der Life-Event-Forschung kommt aus der Entwicklungspsychologie. In den sechziger Jahren änderte sich in diesem Bereich die Sicht der Entwicklung des Menschen. Bis dahin hatte sich die Entwicklungspsychologie nur mit dem Zeitraum befasst, bis zu

*„dem die Person eine körperliche, soziale oder auch psychische Reife erreicht hat“*³

Der neue Ansatz begann jedoch, Entwicklung als einen Prozess zu betrachten, der sich durch das ganze Leben zieht, und kritische Lebensereignisse zur Erklärung von Entwicklungsveränderungen im Erwachsenenalter heranzuziehen, da diese nicht nur die Gefahr für psychische und physische Störungen mit sich bringen, sondern auch Chancen für die Entfaltung der Persönlichkeit und die individuelle Weiterentwicklung bieten. Man kann

zwar nicht vorhersagen, welche Effekte Lebensereignisse haben werden und in welchen Bereichen diese liegen, man kann sie jedoch benutzen, um die Erfahrungen des einzelnen Menschen im Laufe seines Lebens in unterschiedlichen Altersabschnitten zu kennzeichnen. Filipp entwickelte ein heuristisches Modell für die Analyse kritischer Lebensereignisse. Es sieht Person und Umwelt als ein System, das sich im Laufe der Zeit herausbildet. Lebensereignisse greifen in dieses System ein und machen eine Neuorganisation nötig. Für Filipp ist, wie für Lazarus, die Betrachtung der Prozesse der

¹ Fromm, GA I (1981, S. 294).

² Lepenies (1999, S. 310).

³ Filipp (1990., S. 123).

Auseinandersetzung mit und die Bewältigung von kritischen Lebensereignissen genauso grundlegend wichtig wie die Annahme des aktiven Umgangs des Menschen mit dem Ereignis. Der aktive Umgang wird von Filipp über die von Lazarus gemachten Annahmen hinaus auch darin gesehen, dass Personen häufig selbst mitbestimmen können, mit welchen Ereignissen, zu welchem Zeitpunkt und in welcher zeitlichen Folge sie konfrontiert werden. Die einzelnen Komponenten des Modells, die zur Analyse herangezogen werden, sind:

- Antezedenzmerkmale, z.B. vorherige Erfahrungen mit kritischen Lebensereignissen;
- Personenmerkmale, z.B. Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand;
- Kontextmerkmale, z.B. familiäres Umfeld, soziales Netzwerk; Lebensereignis und dessen Merkmale, z.B. Belastungsgrad, Erwünschtheit;
- Merkmale der unmittelbaren Auseinandersetzung, z.B. kognitive Aktivitäten;
- Effekte der Auseinandersetzung und Bewältigung von Lebensereignissen, die sich sowohl auf die Person als auch auf Kontext und Interaktion zwischen beiden beziehen.

Diese ganze Palette wird idealerweise entlang einer Zeitachse (physikalische, subjektive und historische Zeit) betrachtet. Das Konzept kritischer Lebensereignisse wird somit als organisierendes Erklärungsprinzip für ontogenetischen Wandel über die Lebensspanne betrachtet. Dieser Sichtweise von kritischen Lebensereignissen fügt der Forschung, in deren Mittelpunkt bislang der pathologische Aspekt stand, eine neue Dimension hinzu. Diese mikroanalytische Betrachtungsweise kritischer Lebensereignisse -Personen werden in ihren lebensgeschichtlichen Veränderungs- und Anpassungsprozessen unter entwicklungsmäßigen Voraussetzungen betrachtet- wird zudem um eine analytische erweitert. Diese richtet den Blick auf den historisch-epochalen Kontext, ggf. unter Einbeziehung anderer Forschungsdisziplinen. Epochalspezifische Merkmale des sozialen, ökonomischen und politischen Systems finden hierbei Beachtung, um individuellen Lebensereignisse auch aus ihrem historisch-epochalen Kontext heraus zu verstehen.¹ Umgekehrt können Erkenntnisse über kritische Lebensereignisse herangezogen werden zur Kennzeichnung unterschiedlicher historischer Entwicklungstendenzen. Diesem

¹ Vgl. Caplan, George, Support Systems and Community Mental, New York 1964, S. 14ff.

entwicklungspsychologischen Ansatz sieht sich Filipp verpflichtet. Sie kritisiert an dem globalen Ansatz der Life-Event-Forschung, dass die affektive Qualität, die Lokalisierung im Lebensraum und die personenspezifische Wahrnehmung und Verarbeitung von kritischen Lebensereignissen nicht berücksichtigt werden. Auf dieser Grundlage entwickelte sie ihr umfassendes Modell für die Analyse kritischer Lebensereignisse. Person und Umwelt werden als ein Beziehungssystem begriffen, das über die Zeit ein spezielles Gefüge herausbildet.¹ Ereignet sich ein kritisches Lebensereignis, wirkt es auf dieses Gebilde destabilisierend, so dass eine Reorganisation mit dem Ziel eines neuen Gleichgewichts erforderlich wird. Die Konfrontation, die Prozesse der Auseinandersetzung und die Bewältigung eines kritischen Lebensereignisses werden von Filipp als transaktionales Geschehen verstanden, welches das normale Maß von Lebensorganisation überschreitet. Person und Kontext werden als aktiv und aufeinander einwirkend begriffen. Das transaktionale Geschehen zwischen Person und Umwelt hat seinen Ausgangspunkt in der subjektiven Ereigniswahrnehmung (= Personenmerkmale). Erst durch diese Wahrnehmung lässt sich einem Ereignis eine bestimmte Bedeutung zuschreiben. Andererseits hat auch ein Ereignis unterschiedliche Merkmale (=Ereignismerkmale), die es in mehrere Dimensionen abbilden und aus denen sich Konsequenzen für das Erleben eines Ereignisses ableiten.

3.4 Therapieerfolg und kritische Lebensereignisse

In den letzten Jahren haben sozial-psychologische Variablen wachsende Aufmerksamkeit gefunden, nicht nur als Auslösebedingungen psychischer Störungen, sondern auch für den Verlauf und den Erfolg von Psychotherapie. So konnte nachgewiesen werden, dass verheiratete Personen im allgemeinen geringere Raten psychischer Störungen aufweisen, als ledige; dies gilt besonders für Männer. Depressive Störungen finden sich im erhöhten Maße bei Menschen, die geschieden, getrennt oder verwitwet sind. Ein sozial-psychologischer Faktor für die Entstehung und den Verlauf psychischer Störungen, aber

¹ Vgl. Filipp, (1990, S. 9ff.).

auch für den anhaltenden Erfolg einer psychotherapeutischen Behandlung dieser Störungen sind kritische Lebensereignisse. Die Ergebnisse der vergleichsweise weniger Untersuchungen auf diesem Gebiet sind leider nicht einheitlich. Pilkonis et al.¹ veröffentlichten 1984 einen Artikel, in dem sie die Ergebnisse einer Studie vorstellten, die den Einfluss von lebensverändernden Ereignissen auf den Psychotherapieerfolg zum Thema hatte. Die Autoren hatten 64 Personen mit affektiven Störungen, Angst-, Anpassungs- und Persönlichkeitsstörungen im Alter zwischen 14-55 Jahren untersucht. Sie fanden, dass lebensverändernde Ereignisse zwar einen signifikanten Einfluss auf die Entstehung der psychischen Störungen der untersuchten Patienten gehabt hatten, für den langfristigen Erfolg der Therapie (6 Monate nach Therapieende) fanden sie einen solchen signifikanten Zusammenhang jedoch nicht. Zu anderen Ergebnisse kommen Wittchen und Zerssen² im Jahre 1988 in der Studie „Follow-up-Studie“ mit dem Titel „Verläufe behandelter und unbehandelter Depressionen und Angststörungen“. Die Autoren untersuchten darin unter anderem auch den Zusammenhang zwischen lebensverändernden Ereignissen im Katamnesezeitraum (7 Jahre) und dem langfristigen Therapieerfolg. Sie betrachteten lebensverändernde Ereignisse und soziale Belastungen als Charakteristikum der sozialen Situation und der sozialen Integration der Klienten und orientierten sich weniger am kausal orientierten Life-Event-Modell. Sie erhoben Lebensereignisse zu drei verschiedenen Zeitpunkten: vor der Behandlung, in der ersten Hälfte und in der zweiten Hälfte des Katamnesezeitraums und stellten fest, dass PatientInnen mit Angststörungen zu allen drei Zeitpunkten signifikant mehr Lebensereignisse aufwiesen, als eine Kontrollgruppe. Im Bereich Ehe, Partnerschaft fanden sie in der Phobikergruppe mehr als doppelt so viele Nennungen wie in der Kontrollgruppe. Auch die Bereiche Beruf, Sozialkontakte, Freizeitaktivitäten wurden in der Phobikergruppe weit häufiger genannt. In der PatientInnen zeigten sich sowohl mehr belastende als auch positiv bewertete Lebensereignisse und chronische Lebensbedingungen als in den anderen Gruppen. Keine

¹ Pilkonis, P.A. u. a., Influence of life events on outcome in psychotherapie, o. O. 1984, S. 468ff.

² Vgl. Wittchen, J. u. Zerssen, D., Verläufe behandelter und unbehandelter Depressionen und Angststörungen, Berlin 1988, S. 41ff.

Unterschiede zeigten sich in den Bereich Schwangerschaft, Kinder, Gesundheit, Finanzen und Todesfälle.

Unterteilt man die AngstpatientInnen nach den Ergebnissen ihrer Therapie, so finden sich bei den gebesserten PatientInnen signifikant weniger subjektiv belastende Ereignisse, weniger chronisch belastende Bedingungen und weniger nicht-kontrollierbare Ereignisse als bei den nicht-gebesserten PatientInnen. Als beste Prädiktoren für einen günstigen Verlauf von Angststörungen nennen Wittchen und Zerssen¹ das Fehlen chronisch belastenden Lebensbedingungen, eine stabiles Elternhaus, eine stabile Partnerbeziehung, die gute Einbindung in eine soziales Stützsystem, einen guten Entlassungszustand und einen hohen Extraversionswert.

3.5 Das Konzept der sozialen Unterstützung

Bei der Betrachtung der Frage, warum einige Menschen stressreiche Erlebnisse gut überstehen und andere dagegen Stressreaktionen und Anzeichen von Krankheit zeigen, ergibt sich der Einfluss von sozialer Unterstützung als eine wichtige Erklärungskomponente. Die positiven Auswirkungen der sozialen Unterstützung auf die Gesundheit und das Wohlbefinden des Menschen werden durch viele empirische Studien gestützt.² Es gibt allerdings keine Einigkeit über eine Begriffsfestlegung der sozialen Unterstützung. Ein Klassiker der sozialen Unterstützungsforschung, Cassel³, versteht unter der sozialen Unterstützung schützende Rückmeldungen der Hauptbezugsgruppe des Individuums. Dabei ist die Anwesenheit der unterstützenden Personen während der stressenden Phase Voraussetzung dafür, dass die soziale Unterstützung wirkt. Cobb betont dagegen das subjektive Erleben sozialer Unterstützung. Soziale Unterstützung sind nach seiner Ansicht Informationen,

¹ Vgl. Ebd, S. 45.

² Vgl. Williams, A. W. u. a., A Model of Mental Health, Life Events, and Social Supports Applicable to General Populations, in: Journal of Health and Social Behavior, 22, New York, S.324ff.

³ Vgl. Cassel, John, Psychosocial processes and „stress“, a.a.O.1974, S. 471ff.

1. "leading the subject to believe that he is cared for and loved "
2. "leading the subject to believe that he is esteemed and valued "
3. "Information leading the subject to believe that he belongs to a network of communication and mutual obligation ".

Die unterschiedliche Sichtweise von sozialer Unterstützung der beiden Klassiker zeigt sich auch noch in der heutigen Forschung. Cassels Sichtweise kann als eher netzwerkorientiert, Cobbs eher als unterstützungsorientiert charakterisiert werden. Die netzwerkorientierte Sichtweise bestimmt die soziale Unterstützung durch die Integration der betroffenen Person in soziale Organisationen. Dies ist die strukturelle Variante der Unterstützungsforschung.

Die Position Cobbs entspricht der handlungsorientierten Variante. Diese betont den Interaktionsaspekt. Die Unterstützung wird hier durch die konkreten Unterstützungsleistungen erfasst. Caplan ¹, der dritte Klassiker in der Erforschung der sozialen Unterstützung, verbindet einige Aspekte beider Positionen miteinander. Die soziale Unterstützung wird das Individuum als einzigartig betrachten und Interesse an ihm zeigen. Er definiert die Unterstützungssysteme als:

„continuing social aggregates (namely continuing interactions with another individual, a network, a group or an organisation) that provide individuals with opportunities for feedback about themselves and for validation of their expectations about others, which may offset deficiencies in this communication within the larger community context.“

Soziale Unterstützung beeinflusst die Problembewältigung in Belastungssituationen und dient der Gesunderhaltung des Individuums. Caplan fasst soziale Unterstützung als mehrdimensionales Konzept auf und unterscheidet drei Möglichkeiten der sozialen Unterstützung:

¹ Caplan (1964, S. 19)

- „a) the significant others help the individual mobilize his psychological resources and master his emotional burdens,
b) they share his tasks,
c) they provide him with extra supplies of money, materials, tools, skills, and cognitive guidance to improve his handling of his situations“¹*

Der Autor berücksichtigt zusätzlich zu den emotionalen Aspekten der sozialen Unterstützung die konkrete materielle Hilfe, das Beraten und Informieren. Ein weiterer Vertreter des Konzepts der Mehrdimensionalität der sozialen Unterstützung, House (1981), unterscheidet verschiedene potentielle Bestandteile von sozialer Unterstützung:

- a) die emotionale Anteilnahme
- b) instrumentelle Hilfe
- c) Information
- d) Einschätzung (Informationen, die die Selbstbewertung betreffen)

Er versteht den Prozess der sozialen Unterstützung nicht als „Einbahnstraße“ mit einer unterstützenden Person und dem Empfänger von sozialer Unterstützung, sondern als Interaktionsfeld, durch das das Individuum im Austausch mit anderen Personen steht und wechselseitig beide Rollen einnehmen kann.²

Thoits³ fasst soziale Unterstützung als ein Konstrukt, das durch Dimensionen gekennzeichnet ist:

- a) Umfang bzw. Ausmaß der Unterstützung
- b) Art oder Typ der Unterstützung (emotional, materiell)
- c) Quelle der sozialen Unterstützung
- d) Struktur des Netzwerkes

Die soziale Unterstützung als ein Kontextmerkmal im Modell von S.-H. Filipp¹ stellt sich als eine wichtige Einflussgröße auf das Bewältigungsverhalten heraus. Individuen, die

¹ Ebd., S. 20

² Vgl. House, John, S. Work Stress and Social Support, o. O., 1981, S. 24f.

³ Vgl. Thoits, Paul, A. Conceptuel, Methodological, and Theoretical Problems in Studying Social Support as a Buffer against Life Stress, o. O., 1982, S. 145f.

sozial unterstützt werden, sind eher in der Lage, angemessenes, der spezifischen Situation angepasstes Bewältigungsverhalten zu zeigen. Sie erhalten durch das Eingebundensein in ihr soziales Umfeld Rückmeldung über ihr Verhalten. Durch die Unterstützung nehmen sie die stressenden Reize anders wahr und sehen ihnen teilweise gelassener entgegen, da sie auf die Hilfe ihres sozialen Umfeldes zurückgreifen können. Sie sind weniger anfällig für die negativen Effekte der Belastungen und können das Lebensereignis eher als Chance sehen, ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln.

3.5.1 Die Wirkung sozialer Unterstützung

Die Wirkung sozialer Unterstützung wird in der Literatur unterschiedlich gesehen. Streitpunkt ist die Frage, ob die soziale Unterstützung ein grundlegendes menschliches Bedürfnis ist oder ob die soziale Unterstützung nur in stressender Situation wirksam ist. Die meisten Autoren sind sich allerdings über eine positive Wirkung der sozialen Unterstützung einig. Einige Autoren berichten auch von negativen Effekten der sozialen Unterstützung. Auch Lazarus und Folkman weisen auf negative Auswirkungen der sozialen Unterstützung hin. Die Unterstützung kann problematische Folgen im Bereich der Prävention (Unsicherheit wecken, neue Probleme kreieren), der Erholung (Abhängigkeitsbedürfnisse stärken) und der Bewältigung (falsch informieren, irritieren) haben. Dieser Aspekt der sozialen Unterstützung kann im Rahmen der Arbeit nicht weiter vertieft werden, sollte aber bei der Betrachtung und der Bewertung sozialer Unterstützung und bei auf diesen theoretischen Überlegungen basierenden Interventionen stets mitbedacht werden. Die verschiedenen Positionen der Wirkung von sozialer Unterstützung werden als Haupt-Effekt-Unterstützung und als Puffer-Effekt-Unterstützung bezeichnet. Die Haupt-Effekt-Unterstützung (HE) wirkt als eine von mehreren Umweltmerkmalen konstant auf das Wahrnehmen und Erleben der Person ein. Die Puffer-Effekt-Unterstützung (PE) setzt jeweils dann ein, wenn ein kritisches Lebensereignis eintritt.

¹ Vgl. Filipp, (1990, S. 164ff.).

3.5.2 Die Haupt-Effekt-Unterstützung

Die Haupt-Effekt-Unterstützung wird z.B. der Person im sozialen Netzwerk der Familie unabhängig von Krisen und Stressoren entgegengebracht. Sie steht dem Individuum bei Bedarf zur Verfügung. Dadurch fühlt sich dieses geschützt. Die Haupt-Effekt-Unterstützung hat auch einen Einfluss auf die Selbstbewertung und das Selbstbewusstsein der Person. Sie wird nämlich nicht aufgrund des Betroffenseins von einem Lebensereignis angeboten, sondern weil die Person als Mensch geschätzt wird. Die Haupt-Effekt-Unterstützung ist ein Rückhalt, der bei der Bewertung und der Herangehensweise an ein kritisches Lebensereignis von der Person automatisch mitberücksichtigt wird. Das Individuum nimmt also das Leben, die Krisen und die Chancen der Bewältigung schon sofort mit dem Wissen über die ihm zur Verfügung stehende Haupt-Effekt-Unterstützung wahr.

Die Haupt-Effekt-Unterstützung ist eine dauerhaft bestehende Form der sozialen Unterstützung. Die Vertreter des Modells gehen davon aus, dass die soziale Unterstützung des Modells einen Einfluss auf das Wohlbefinden und die Gesundheit des Menschen hat, unabhängig von stressenden Situationen.¹ Henderson² sieht soziale Unterstützung als ein grundlegendes menschliches Bedürfnis an, das befriedigt werden muss. Daraus liegt die Folgerung nahe, dass Menschen, die sozial isoliert leben, anfällig für Stress und Krankheiten sind.³ Holahan und Moos untersuchten das Modell der Haupt-Effekt-Unterstützung an einer Längsschnittstudie, bei der das Auftreten von psychosomatischen und depressiven Symptomen mit und ohne familiärer Unterstützung und Unterstützung am Arbeitsplatz betrachtet wurde. Weitere Studien zur Haupt-Effekt-Unterstützung wurden von Henderson durchgeführt. Die Haupt-Effekt-Unterstützung kann auch dazu führen, dass gesundheitserhaltende Verhaltensweisen gefördert werden und der Wunsch nach dem Aufsuchen professioneller Hilfe gestützt wird. Cohen und Wills⁴ verstehen unter der

¹ Vgl. Kobasa, S. C.O. u. a. Personality and Social Resources in Stress resistance, in: Journal of Personality and Social Psychology, 45, o. O., S. 839ff.

² Vgl. Henderson, S. The Social Network, Social Support and Neurosis, in: British Journal of Psychiatry, 132, London 1977, S. 185ff.

³ Vgl. Gottlieb, B.H., Social Support Strategies, London 1983, S. 14ff.

⁴ Vgl. Cohen, S. & Wills, T. A. Stress, Social Support, and the Buffering.

Haupt-Effekt-Unterstützung die soziale Unterstützung, die dem Individuum als integrierter Teil von verschiedenen sozialen Netzwerken zukommt. Die Netzwerke bilden die Basis für die Rollen, die das Individuum einnimmt und die mit sozialer Unterstützung verbunden sind. Durch ein Gefühl der Sicherheit, der Stabilität, werden das Wohlbefinden, das Selbstwertgefühl und die Gesundheit des Individuums positiv beeinflusst. Die Unterstützung kann auch dazu beitragen, negative Erfahrungen und materielle Mängel zu mildern oder gar nicht erst aufkommen zu lassen. Problematisch ist an der Netzwerkperspektive, dass Netzwerke an sich noch kein Zeichen von sozialer Unterstützung sind. Die möglichen negativen Aspekte von Netzwerkeinflüssen werden oft übersehen. Gottlieb weist darauf hin, dass soziale Netzwerke auch stressende Effekte haben können. U.U. ist die gegebene soziale Unterstützung nicht auf den Empfänger oder das Problem abgestellt und wirkt von daher stressend, d. h. die innerhalb von Netzwerken vorhandenen sozialen Erwartungen können zusätzlichen psychischen Druck ausüben.¹

3.5.3 Die Puffer-Effekt-Unterstützung

Die Puffer-Effekt-Unterstützung folgt jeweils auf die kritische Situation. Sie ist definiert als eine Unterstützung, die sich auf einen Stressor oder eine Krise bezieht und auch endet, wenn die Krise bewältigt und vorbei ist. Diese „Notfallfunktion“ der Puffer-Effekt-Unterstützung ist zwar im Augenblick wichtig und hilft dem Individuum, hat aber überdauernd keine starken Auswirkungen. Sie hilft dem Betroffenen in einer für ihn belastenden Situation, die nicht der Regelfall ist. Endet die Situation, hat die Unterstützung keine Wirkung mehr. Dadurch kann die Person sich aber auf die Puffer-Effekt-Unterstützung nicht verlassen, sie kann bei dem nächsten kritischen Lebensereignis ganz anders aussehen. So z.B. wenn Personen, die eine Unterstützung im Sinne des Puffer-Effekts geleistet haben, sich bei einem anderen kritischen Lebensereignis als nicht so unterstützungskompetent erleben und keine Unterstützung geben. Die von einer Krise

Hypothesis, in: Psychological Bulletin, 98, 2, o. O.1985, S. 310ff.

¹ Vgl. Gottlieb (1983, S. 25ff.).

betroffene Person kann sich daher bei der Puffer-Effekt-Unterstützung nicht so sicher sein, dass ihr Unterstützung zuteil wird.

„Kontrovers ist, ob dieser Einfluß generell gilt oder speziell in Belastungssituationen als ‘Puffer’ zum Tragen kommt. Immerhin legen entsprechende Befunde zu Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Befindlichkeit der Betroffenen nahe, daß eine solche differenzierte Puffer-Effekt-Unterstützung soziale Unterstützung gibt, die sich vor allem bei ökonomischer Deprivation und Arbeitslosigkeit bemerkbar macht.“¹

Dominierend wird in der Literatur das Modell der Puffer-Effekt Unterstützung vertreten. Dessen Vertreter (Sandler & Lakey)² gehen davon aus, dass soziale Unterstützung erst dann wirksam ist, wenn sich das Individuum in einer stressenden Situation befindet. Das Puffer-Effekt-Modell geht von einem Interaktionseffekt der sozialen Unterstützung aus. Die Unterstützung beeinflusst die Auswirkungen des Stressors. Cohen und Mc Kay³ gehen ebenfalls von dieser Vorstellung aus. Die soziale Unterstützung setzt bei dem Modell nach Erscheinen des Stressors ein und beeinflusst entweder das Coping oder die Auswirkungen des Copings auf die Gesundheit, das Wohlbefinden und das Selbstwertgefühl der betroffenen Person.

Lazarus und Folkman definieren

*" Coping as constantly changing cognitive and behavioural efforts to manage specific external and/or internal demands that are appraised as taxing or exceeding the resources of the person "*⁴

Dabei wird im Gegensatz zu anderen Begriffsfestlegungen, die Bewältigung ähnlich wie Anpassung auffassen, hier stärker der prozesshafte Charakter des Copings betont. Weitere

¹ Lepenies (1999, S. 334).

² Vgl. Sandler, I. N. & Lakey, B. Locus of Control as a Stress Moderator, in: American Journal of Community Psychology, 10, o. O. 1982, S. 65ff.

³ Vgl. Cohen, S. & Mc Kay, Social Support, Stress and the Buffering

Hypothesis, in: Handbook of Psychology and Health, New York 1984, S. 253ff.

⁴ Lazarus, R. S. & Folkman, S., Stress, Appraisal and Coping, New York 1984, S. 64

Elemente, die durch diese Definition hervorgehoben werden, sind die kognitiven Aspekte und die Verhaltensebene, die Intentionalität von Coping und die Ressourcen in Bewertungsprozessen. Die Autoren¹ unterscheiden zwischen sozialer Unterstützung in Form von appraisal support, emotional support und tangible support. Der appraisal support beeinflusst die Bewertung des Stressors. Der emotional support beinhaltet die gefühlsmäßige Unterstützung, und der tangible support bezieht sich auf die materielle Hilfe. Die puffernde Wirkung der sozialen Unterstützung ist aber nach Meinung der Autoren nur gewährleistet, wenn die Unterstützung den Bewältigungsanforderungen der Situation und den Unterstützungsbedürfnissen der betroffenen Person entspricht. Nach diesem Modell reagieren Personen mit geringer sozialer Unterstützung empfindsamer auf kritische Lebensereignisse, bewerten diese als bedrohlicher und haben mehr Probleme bei der Bewältigung.

3.5.4 Der Ausschließlichkeitsanspruch, der Haupt-Effekt und der Puffer-Effekt Unterstützung

Viele Vertreter eines Unterstützungsmodells sind von der Ausschließlichkeit ihrer Vorstellungen überzeugt. So ist Cobb der Ansicht, dass das Leben voller Umstellungen und Krisen sei und dass man nicht von Haupt-Effekt-Unterstützung sprechen sollte. In einigen Untersuchungen wurden aber auch beide Unterstützungsarten gefunden. Gottlieb² unterscheidet zwischen stress-abpuffernden Effekten und der direkten Wirkung von sozialer Unterstützung. Die direkten Effekte der sozialen Unterstützung wirken:

- auf die Stressoren ein, diese beeinflussen dann nicht so bedrohend das Individuum, und
- sie wirken positiv auf das Wohlbefinden und den Gesundheitszustand des Individuums.

Die stress-abpuffernden Effekte der sozialen Unterstützung wirken:

- zwischen Auftauchen des Stresses und der Reaktion des Individuums als Puffer, indem sie das Individuum in seinem Glauben, das Problem bewältigen zu können, stärken, und

¹ Vgl. Cohen (1984, S. 253).

² Vgl. Gottlieb (1983., S. 125ff.).

-zwischen der Stressreaktion und dem Gesundheitszustand, indem sie depressive Verstimmungen mildern.

Die direkten Effekte wirken unmittelbar gegen den Stress und positiv im Hinblick auf die Gesundheit. Gottlieb geht davon aus, dass beide Unterstützungsarten existieren. Weitere Untersuchungen, die Belege für Haupt- und Puffer-Effekt-Unterstützung fanden, sind von Sandler/Barrera und Apenburg/Kuhn¹ durchgeführt worden.

Turner² wiederum untersuchte den Zusammenhang zwischen sozialer Unterstützung und dem psychologischen Wohlbefinden. Er behauptet auf der Basis von vier Studien bei der Frage über existierende Haupt- oder Puffer-Effekt-Unterstützung:

„The answer to the question of main versus interaction effects appears to be that social support has significant main effects and that it is most important in stressful circumstances“³

Cohen und Wills kommen auf der Basis ihrer Literaturrezension auch zu dem Schluss, dass sowohl Haupt-Effekt-Unterstützung als auch Puffer-Effekt-Unterstützung in den von ihnen betrachteten Studien vorkommen.⁴

3.6 Life-Event-Forschung: Zwischen sozialen Erwartungen und individuellen Fähigkeiten

Kritische Lebensereignisse gelten als feste Bestandteile des menschlichen Lebens. Sie treten mehr oder weniger unvorhergesehen ein, sind unterschiedlich dramatisch und verlangen jedes Mal von den Betroffenen

¹ Vgl. Apenburg, Eckehard u. Kuhn, Kerstin, Belastungen, soziale Unterstützung und Gesundheit, in: Wuppertaler Psychologische Berichte, Wuppertal 1985, o. S.

² Vgl. Turner, Robert J., Social Support as a Contingency in Psychological Well-Being, in: Journal of Health and Social Behavior, 22, New York 1981, S. 357ff.

³ Ebd., S. 364.

⁴ Vgl. Cohen & Wills (1984., S. 311ff.).

„eine Umorientierung im Handeln und Denken,(sowie) in ihren Überzeugungen und Verpflichtungen“¹

Mit den zentralen Fragen:

- Was sind kritische Lebensereignisse?
- Wie werden sie bewältigt?
- Welche Faktoren beeinflussen eine effektive Neuanpassung?

Gemessen an der Menge der Untersuchungen, die dazu schon vorliegen, handelt es sich nach Katschnig ² schon fast um eine Modeerscheinung. Die Ergebnisse sind allerdings unbefriedigend. Es ist vor allem zu kritisieren, dass immer nur kleine Teilbereiche aus dem komplex zusammenhängenden Gefüge der Faktoren herausgegriffen und so aus ihrem Kontext genommen werden. Der große Einfluss, den die Interaktion zwischen betroffenen Individuen und sozialer Umwelt auf den gesamten Prozess der Verarbeitung eines kritischen Lebensereignisses hat, wird zwar betont, aber mit dem Hinweis auf die Komplexität der Wechselwirkung wird jeweils ein Bereich in der empirischen Untersuchung ausgeklammert. So besteht zur Zeit lediglich ein Nebeneinander von soziologischen und psychologischen Erklärungsansätzen. Der Versuch, beide Seiten, so wie sie ja auch in der Realität vorhanden sind, interaktiv zu vereinigen, wurde bisher noch nicht unternommen. Ich gehe von der Annahme aus, dass die Gesellschaft, in der ein Mensch lebt, einen aktiven, verhaltens-steuernden Einfluss auf den gesamten Bewältigungsprozess hat. Die betroffene Person kann nicht, wie es in den Life-Event-Studien vorausgesetzt wird, die Copingstrategie frei wählen. Sie muss eine Alternative zwischen normativ-erwartetem Verhalten einerseits und den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten andererseits finden. Die Umwelt wird versuchen, die normativen Erwartungen mit Sanktionen durchzusetzen, und wenn dies nicht gelingt, beginnt der Prozess der Etikettierung als psychische Störung. Arbeitslosigkeit ist zur Zeit ein aktuelles sozialpolitisches Problem großen Ausmaßes, so dass erwartet werden kann, dass viele Menschen über die wichtigsten Aspekte informiert sind. Als Stichprobe werde ich deshalb

¹ Filipp (1990, S. 3).

² Vgl. Katschnig (1980., S. 85ff.).

Kinder von Arbeitslosen und Personen aus dem sozialen Umfeld wählen. Am Beispiel „Arbeitslosigkeit“ möchte ich zeigen, wie der soziale Regelmechanismus im einzelnen abläuft. In dieser Untersuchung geht es um die Frage, wie sich die Arbeitslosigkeit der Eltern auf die psycho-soziale bzw. sozialpädagogische Entwicklung der Kinder auswirkt. Von großer Wichtigkeit ist, wie das Ereignis „Arbeitslosigkeit“ von den betroffenen Kindern wahrgenommen wird (als Bedrohung, Verlust oder Herausforderung) und welche Handlungsmöglichkeiten sich anbieten.

3.7 Life-Event-Forschung aus der Sicht von Kindern arbeitsloser Eltern

Die Entwicklungspsychologie unter dem Aspekt der gesamten Lebensspanne fasst kritische Lebensereignisse als Erklärungsprinzip des ontogenetischen Wandels auf. Dieses beinhaltet, dass kritischen Lebensereignisse nicht per se eine pathogene Wirkung zugeschrieben werden kann, sondern dass diese Chancen zur Weiterentwicklung enthalten. In ihren theoretischen Grundlagen unterscheidet die Entwicklungspsychologie zwischen einem effekt- und einem ereigniszentrierten Vorgehen. Im Zentrum einer effektzentrierten Forschung stehen Personenvariablen, welche als Entwicklungsdimensionen angesehen werden und anhand derer Veränderungen als Folge kritischer Lebensereignisse untersucht werden, z.B. Kontrollüberzeugungen einer Person oder Selbstkonzeptänderung und Lebensereignis. Durch den ereigniszentrierten Zugang wird überprüft, ob Lebensereignisse mit einem historischen Zeitpunkt verknüpft sind oder stärker aufgrund ihrer sozialen oder biologischen Normierung an einen Alterszeitpunkt gebunden sind. Hierdurch gelangte man zu einer Differenzierung in normative und non-normative Ereignisse. Letztere sind nicht an einen historischen oder biologischen Kontext gebunden, d.h., dass deutlich weniger Menschen Erfahrung mit einer solchen Situation besitzen. Bei altersnormierten Ereignismerkmalen ist der Nichteintritt eines Ereignisses ebenso bedeutsam wie der Eintritt, oder die Frage, wann (vorverlegt oder verzögert) ein Ereignis eintritt. Da mit der Altersnormierung die Vorhersagbarkeit von Ereignissen besonders stark verbunden ist,

eröffnen sich dadurch Zugänge zur Präventionsforschung.¹ Im Lebenslauf jedes Einzelnen gibt es zum Teil kulturell und zum Teil biologisch determinierte kritische Übergänge. Sexuelle Reife oder Menopause sind biologisch determiniert, Eintritt in die Schule und Berufsleben, Übernahme gesellschaftlicher Verantwortlichkeiten, kritische Lebensereignisse in der Familie, Ende der familiären Lebensgemeinschaft mit den Kindern, Ruhestand etc. sind eher kulturell bestimmte Lebensereignisse. Wissen über diese Übergänge und Probleme, die damit verbunden sein können, sollen den Betroffenen die Bewältigung erleichtern, sollen das soziale Umfeld sensibilisieren und informieren, um schließlich eine angemessene Stützung zu leisten. In vielen Bereichen wird auf der Basis wissenschaftlicher Untersuchungen für eine systematische Vorbereitung auf Lebensereignisse plädiert, etwa für die Vorbereitung auf Krankenhausaufenthalte von Kindern oder auf schwerwiegende medizinische Eingriffe, in anderen Bereichen hingegen, z.B. mögliche langfristige Auswirkungen von elterlicher Armut und Arbeitslosigkeit auf die betroffenen Kinder, stehen wissenschaftliche Bemühungen sowie sozialpolitische Plädoyers erst am Beginn. Bei der nachfolgenden Untersuchung der Folgen von Arbeitslosigkeit auf die Eltern-Kind-Beziehungen werde ich zum Beginn dieses Kapitels die Kinderrechte, die Rollenverteilung in der Familie und schließlich die Behandlung von Kindern in der Armuts- und Arbeitslosenforschung behandeln.

3.7.1 Kinderrechte

Im Jahre 1989 verabschiedete die UNO das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“. Hierin werden von allen ratifizierenden Staaten regelmäßig Berichte über die Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in dieser Konvention anerkannten Rechte getroffen haben

(§ 44) verlangt. Die Vereinten Nationen als übernationales Beschlussorgan, welches sich mit den Rechten des Kindes befasst, haben bereits 1959 eine „Erklärung der Rechte des

¹ Vgl. Mummendey, H.D., Selbstkonzept-Änderungen nach kritischen Lebensereignissen, in: Filipp (1990, S. 252ff.).

Kindes“ verabschiedet. Es handelt sich hierbei allerdings nur um Empfehlungen, die keinen verbindlichen Charakter für die Mitgliedsstaaten hatten. Im Jahre 1986 erklärte die UNO das „Recht auf Entwicklung“ zum unveräußerlichen Menschenrecht, bevor sie am 20.11.1989 das „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ beschloss, in dem die Kinderrechte zum ersten Mal umfassend verankert wurden. Als Anstoß hierzu ist das „Internationale Jahr des Kindes 1979“ zu nennen, in dem die konkreten Planungen ihren Anfang genommen hatten.

Im Gegensatz zu der dreißig Jahre zuvor verfassten Erklärung verpflichtet dieses Übereinkommen alle ratifizierenden Staaten, entsprechende Gesetze zu verabschieden und Maßnahmen zu ergreifen, welche die 54 Artikel wirksam umsetzen.

„Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder von privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist (Art.3,1) (...). Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der zu diesem Übereinkommen anerkannten Rechte (...) (Art.4).“¹

Alle dem Übereinkommen beigetretenen Staaten verpflichten sich, dem Generalsekretariat der Vereinten Nationen regelmäßig

„Berichte über Maßnahmen vorzulegen, die zur Verwirklichung, der in dem Übereinkommen festgelegten Rechte getroffen worden sind (Art.44,1).“

Neben Diskriminierungsverboten sind besonders hervorzuheben die Rechte auf Leben, Überleben und Entwicklung des Kindes, sowie auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, die Rechte auf Bildung, freie Meinungsäußerung nebst Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Versammlungsfreiheit. Die Vertragsstaaten verpflichten sich,

¹ Eichholz, Reinald, Die Rechte des Kindes, Recklinghausen 1991, S. 71.

das Kind vor körperlicher und geistiger Gewalt zu schützen und die Betreuung zu gewährleisten. Ruhe, Freizeit, Spiel und altersgemäße aktive Erholung werden ebenso zu den Rechten des Kindes gezählt wie ein seiner seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessener Lebensstandard.

Für die Bundesrepublik Deutschland stimmte am 14.11.1991 der Deutsche Bundestag dem „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes“ zu. Ab dem 05.04.1992 besitzt es daher auch in der BRD Gültigkeit. Alle im Grundgesetz formulierten Grundrechte gelten auch für Kinder. Ein Recht auf Erziehung und Pflege wird dagegen in Art. 6 GG lediglich den Eltern, nicht aber den Kindern direkt zugesprochen. Am 12.06.1992 beschloss die Konferenz der Jugendminister der gemeinsamen Verfassungskommission des Bundestages und -rates folgenden Ergänzungsvorschlag zu Art.6, Abs. 2 des Grundgesetzes vorzulegen.

„Jedes Kind hat ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung. Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über die Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft. Sie schützt und fördert die Rechte des Kindes und trägt für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge.“¹

Das für die Rechte des Kindes entscheidende Bundesgesetz ist das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), das am 01.01.1991 (in den neuen Bundesländern am 03.10.1990) in Kraft trat und das veraltete Jugendwohlfahrtsgesetz aus dem Jahre 1922 ablöste.

Jugendhilfeplanung wird gemäß dem neuen Gesetz zur Pflichtaufgabe der Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendämter) nach § 80 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Nr. 4; § 71, Abs. 2 Nr. 2; §§ 79 und 81.

Für das Land Nordrhein-Westfalen betreffen neben der Landesverfassung eine Reihe von Gesetzen die Belange von Kindern. Einige davon, welche besonders auf die Kommunen

¹ MAGS 1991, 92, Politik für Kinder, Düsseldorf 1993, S. 18.

Auswirkungen haben, werden für meinen Untersuchungsbereich (also die Stadt Bochum) noch an anderer Stelle eingehend behandelt.

Bereits im „Internationalen Jahr des Kindes 1979“ entstand in NRW die Idee, Kinderbeauftragte zu berufen, welche sich auf kommunaler und auf Landesebene für die Belange von Kindern einsetzen sollten. Ein Jahr danach wurde der erste Kinderbericht, der „Bericht zur Situation des Kindes in Nordrhein-Westfalen“ vorgelegt. Neun Jahre später nahm der erste Kinderbeauftragte der Landes R. Eichholz, am 20.09.1989 seine Arbeit auf. Zu seinen Aufgaben gehört es, jährlich einen Erfahrungsbericht vorzulegen, und mit Partnern im Hinblick auf konkrete Projekte zusammenzuarbeiten, zusammen mit Vertretern von Gemeinden und freien Trägern Konzepte zur Partizipation und zu kindergerechten Lebensbedingungen zu entwickeln, um dem Kinder- und Jugendhilfegesetz gerecht zu werden. Zum Zwecke des regelmäßigen Austausches zwischen Interessenvertretungen auf kommunaler Ebene und dem Kinderbeauftragten des Landtages findet seit 1991 ca. alle zwei Monate die „Konferenz der Kinderbeauftragten in NRW“ statt. Zu den Zielen, die sich die Konferenz gesteckt hat, gehört es, Maßstäbe für eine kinderfreundliche Gestaltung der Lebensumwelt zu entwickeln, hierzu kinderpolitische Grundlinien für Land und Gemeinden zu erarbeiten, Überlegungen anzustellen, wie Kinder in Interessenvertretungen eingebunden werden können (Kinderparlamente, Kindersprechstunden) und Kinderberichte auf Landes- und kommunaler Ebene zu erstellen, die vergleichbar sein sollen.

Für die Stadt Bochum (hier wurden die empirischen Daten für meine Dissertation ermittelt) lässt sich folgendes über den Stand und die Struktur der Kinderinteressenvertretung ausführen: Das im Rahmen der von der Vertretungskörperschaft bereitgestellten Mittel beschlussberechtigte Organ der Jugendhilfe ist der Jugendhilfeausschuss (JHA). Er setzt sich aus Ratsmitgliedern, Vertretern des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe zusammen. Der JHA befasst sich gem. § 71, Abs. 2 KJHG mit:

- der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe

-der Jugendhilfeplanung und

-der Förderung der freien Jugendhilfe.

Ebenfalls durch das KJHG wird das Jugendamt verpflichtet:

-dazu beizutragen, (...) eine Kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen (§ 1, Abs.3, Zif.4),

-Kinder an Jugendhilfe-Entscheidungen zu beteiligen (§ 8 Abs. 1), Abs. 2 und § 36, Abs. 1 u. 2).

-sich als Ansprechpartner für Kinder zur Verfügung zu stellen (§ 8, Abs. 2)

-Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen, die an die Interessen junger Menschen-auch von Kindern-anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden und sie zur Selbstbestimmung zu befähigen (§ 12, Abs. 2 u. § 74, Abs.4)

-junge Menschen zu befähigen, sich vor gefährdeten Einflüssen zu schützen und sie zur Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortlichkeit sowie zur Verantwortung gegenüber ihren Mitmenschen zu führen. (§ 14, Abs. 2, Zif. 1).

-im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen, also auch der Kinder, zu ermitteln § 80,Abs. 1 u. 4.

-Bei der Wahrnehmung des aktiven, offensiven kinderpolitischen Mandats sind die **unterschiedlichen Lebenslagen** von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen.

3.7.2 Die Rollenverteilung in der Familie

Die Familiensoziologie bietet hierzu Modelle an, die ich an dieser Stelle im historischen Kontext vorstellen möchte. Familie und Verwandtschaft stellen die bedeutsamste Gruppenform der Menschheit dar, deren Ursprung wahrscheinlich älter ist als jener der Gruppen auf lokaler Basis. Allerdings ist zu sagen, dass sich schon die antike Philosophie sowie die Staats- und Gesellschaftslehre mit der Familie beschäftigt haben, wenn auch überwiegend in spekulativer Absicht und im Zusammenhang mit weiteren

gesellschaftlichen Ordnungen wie z.B. den Staat, so dass die Familien nicht zentraler Gegenstand der Untersuchungen war, sondern einzig ihr Verhältnis zu diesen Ordnungen (etwa: Familie als „Keimzelle“ des Staates oder der Gesellschaft).

Hinzu kam sehr früh das Interesse am „Ursprung“ der Familie und insbesondere der Ehe.¹

Das Jahr 1850 kann als Basisjahr für den Beginn der Familiensoziologie betrachtet werden, wobei hinzuzufügen ist, dass sie weitgehend unter den gleichen äußeren Bedingungen entstanden ist wie die Gemeindesozio­logie, nämlich unter dem Eindruck der krisenhaften Folgen der Industrialisierung in den westlichen Gesellschaften.

Nach einer alten chinesischen Legende soll der Kaiser Fuhü die Ehe und der Kaiser Yao die fünf Kardinalspflichten in der Familie „eingerichtet“ haben. Ähnliches wird aus der Antike berichtet. In Wahrheit sind aber die Ehe und Familie niemals „eingerichtet“ worden, sondern haben wohl von jeher bestanden. Allgemeine biosoziologische und unilineare entwicklungsgeschichtliche Hypothesen über den Ursprung der Familie sind zwischenzeitlich aufgegeben worden, wobei doch der Entwicklungsgedanke als solcher allgemein erhalten geblieben ist, nur, dass er grundsätzlich multilinear gesehen werden muss. Weiterhin ist die Absicht restlos aufgegeben worden, dass Entwicklung immer von einfachen zu komplexeren Formen fortschreiten müsse. Diese Einsicht wurde insbesondere durch die von der Ethnologie beigebrachten konkreten und lebensgerechten Felduntersuchungen heute lebender „primitiver“ Gesellschaften vermittelt, während die ältere Entwicklungsgeschichte der Familie zumeist durch „feldunerfahrene“ Theoretiker behandelt wurde.² An dieser Stelle müssen einige begriffliche Unterscheidungen vorausgeschickt werden. Oft werden nämlich mit dem gleichen Wort Familie sehr verschiedene Tatbestände bezeichnet.

Die Familiensoziologie gibt uns folgende Differenzierung vor:

1. Unter Kernfamilie (nuclear family) oder Kleinfamilie wird das elterliche Zusammenleben von Mann und Frau mit ihren Nachkommen (Großeltern werden mitberücksichtigt) verstanden.

¹ Vgl. Weber-Kellermann, Ingeborg, Ehe und Familie im gesellschaftlichen Wandel, in: Sozialpsychologie, Weinheim 1984, S. 491ff.

² Vgl. Ebd., S. 497f.

2. Die ploygame Familie in ihren verschiedenen Differenzierungen als Polygamie (Mann und mehrere Frauen) und Polyandrie (Frau und mehrere Männer) besteht aus mehreren Kernfamilien.
3. Die erweiterte Familie (extended family) besteht aus zwei oder mehreren Kernfamilien, die durch eine Erweiterung der Eltern-Kind-Beziehung und nicht nur der Gattenbeziehung gebildet werden. Der Begriff der „Kleinfamilie“ des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts nun könnte gegenüber dem Begriff der „großen Haushaltsfamilie“ zu dem Missverständnis führen, es handele sich vorwiegend um quantitative Unterschiede; um die zahlreichen Mitglieder des „ganzen Hauses“ im Gegensatz zu der kleinen Eltern-Kind-Familie. Hier liegt aber m.E. nicht die Hauptveränderung; sie besteht vielmehr in den gewandelten Funktionsbereichen des Familienganzen. Solange sich die Produktionsmittel im Haus selbst befanden, vereinten sich „Arbeit“ und „Wohnen“ unter einem Dach. Nicht Werkstatt, Kontor oder Laden befanden sich im Hause, sondern auch alle Arten von Lagerräumen sowohl für die Materialien wie für die Endprodukte.¹ Mit der Ausgliederung des Arbeitsbereiches aus dem Wohntrakt, die sich im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts mit Ausnahme des agrarischen Sektors vollzog, änderte sich nun diese Struktur total. Für die bürgerliche Familie erhielt die Funktion des Wohnens eine wachsende Bedeutung. Mehr und mehr trennte sich das öffentliche vom privaten Leben; das eine vertrat der Vater in Kontor, Laden, Verwaltung, Unternehmens- und Dienstleistungsberufen -das andere wurde ganz zum Ressort der Hausfrau und Mutter. Die Türen zur Straße schlossen sich, und das Innere des Hauses, der Etage, der Wohnung wurde zum „Gehäuse“ des Lebens, so dass man diese Form der bürgerlichen Familie fast als „Wohnfamilie“ bezeichnen könnte gegenüber der „Arbeits- und Wohnfamilie“ der vorausgegangenen Zeit; der Begriff „Kleinfamilie“ für die neue Form, für die die Ausgliederung der Arbeit aus dem Hause bezeichnend war, sagt eigentlich wenig aus, und „Kernfamilie“ kann schon fast ideologisch missverstanden werden. Wohn-, Freizeit- und Konsumfamilie würde zumindest ihre Funktion besser beschreiben, wobei in der Kaiserzeit der Repräsentationswert des Wohnens bedeutend zunahm (die Möbelstile der Gründerzeit

¹ Vgl. Filser, Franz, Einf. i. d. Familiensoziologie, Paderborn 1978, S. 64f.

mit Altdeutsch-Renaissance für das Speisezimmer, Neu-Barock und Rokoko-Belle-Epoque für den Salon sind ein deutliches Zeichen für das damalige Repräsentationsbedürfnis). Die gleichen Vorstellungen bestimmten schließlich die Strukturen des zwanzigsten Jahrhunderts, wenn auch Jugendbewegung und neue Sachlichkeit kräftige Gegenströmungen bildeten.

„In Deutschland wie in fast allen europäischen Ländern vollzog sich seit etwa der Jahrhundertwende ein Prozeß, der in den fünfziger Jahren abgeschlossen war: die gesamtgesellschaftliche Durchsetzung der modernen Kleinfamilie. Mit der Festigung der familialen Binnenstrukturen und der geschlechtsspezifischen häuslichen und außerhäuslichen Arbeitsteilung zu Lasten der Frauen war eine Intensivierung und Rationalisierung der Hausarbeit verbunden: steigende Anforderungen an die Hygiene von Wohnung, Wäsche und Kleidung, ‘neuzeitliche’ Ernährung, geplante Geburtenfolgen, ‘richtige’ Säuglings- und Kleinkinderpflege und Kindererziehung sowie die psychohygienische Betreuung des Ehemannes.“¹

Der Nationalsozialismus brachte eine Aufwertung der alten patriarchalisch-autoritären Mechanismen. Die NS-Führung misstraute gründlich der bürgerlichen Familie und ihren Formen der Sozialisation.

„Entgegen der landläufigen Meinung über das ‘Frauenbild’ des Faschismus war nicht das ‘Heimchen am Herd’ das angestrebte Ziel nationalsozialistischer Politik, sondern Ehe und Familie als Leistungsgemeinschaft. Für das Verhältnis der Geschlechter zueinander und ihre Beurteilung galt der ‘Grundsatz’: ‘gleichwertig, nicht gleichartig’. Daraus leitete sich die ‘artgemäße’ häusliche und außerhäusliche Arbeitsteilung ab. Die Ehegatten hatten folglich ihren spezifischen Anteil in die Familie einzubringen: der Mann das Geld durch regelmäßige Lohnarbeit bzw. Berufstätigkeit, die Frau durch unbezahlte Hausarbeit, mehrfache Mutterschaft (...) und, sofern der Lohn des

¹ Czarnowski (1989) S. 130

*Familienernährers nicht ausreichte, Geld aus zusätzlicher Erwerbsarbeit (...). Die einseitige innerfamiliäre Arbeitsteilung war nun nichts Neues: 'zuständig' für Hausarbeit und Kindererziehung waren Frauen vor 1933 und nach 1945, sie sind es weitgehend noch heute, ob erwerbstätig oder nicht. "*¹

Diese deutlich sichtbare Tendenz wirkte mit bei dem Versuch einer Rehabilitierung traditioneller Familienstrukturen nach Kriegsende, als die scheinbar vorgegebene Form der Familie wieder in ihre alten Rechte eingesetzt werden sollte.² Zudem ließen die Erschütterungen des 2. Weltkrieges die eigene Familie als den einzigen Ort wärmender Geborgenheit und sozialer Sicherheit erscheinen. Nur in ihrem Schutz konnte man die enormen Schwierigkeiten des täglichen Existenzkampfes, des entbehrungsreichen und oft trostlosen Alltags bewältigen. Aus dieser Not entstand oft spontan ein demokratisches Handeln. In der Nachkriegszeit wurde die Familie für viele eine Art „Ersatzheimat“. Der Nachholbedarf der Deutschen setzte enorme Kräfte frei. Mit dem gemeinsamen Streben nach neuen materiellen Werten entwickelte die Familie ein partnerschaftlich verteiltes Rollensystem. Die berufstätige Ehefrau und Mutter gehörte ebenso dazu wie der sicherverdienende Vater und Ehemann. Die Kinder fügten sich in diese Ordnung, die ihnen mehr Freiraum gewährte, aber auch weniger Geborgenheit. Dies war aber gerade verbunden mit dem Wunsch, dass „unsere Kinder es mal besser haben sollten“. Mit dem „Wirtschaftswunder“ schwanden die Entbehrungen der Nachkriegszeit. Eine große Anzahl berufstätig gewesener Ehefrauen und Mütter kehrten nun an den häuslichen Herd zurück. Der Vater und Ehemann übernahm wieder die alleinige wirtschaftliche und soziale Sicherung der Familie. Es bedeutete seinerzeit einen Prestigezuwachs, sagen zu können: „Meine Frau braucht nicht zu arbeiten“. Die Entscheidung darüber hatte in der Regel der Vater bzw. der Ehemann. In der neuen wirtschaftlich gefestigten Nachkriegsfamilie wurden oft Erziehungsziele und Methoden angewandt, die eigentlich von der gesellschaftlichen Entwicklung längst überholt waren. Die Eltern, gebunden an die Wertorientierungen ihrer eigenen Kindheit, erzogen wiederum zu Gehorsam und Artigkeit

¹ Ebd., S. 131

² Vgl. Weber-Kellermann (1984, S. 499).

statt zu Selbstständigkeit und partnerschaftlicher Verantwortung. Wenn es richtig ist, dass oft in der herkömmlichen Kleinfamilie bereits das Kind an die Realität autoritärer Hierarchien gewöhnt wird, so kann die unveränderte Wiederbelebung des alten Familienmodells nicht wünschenswert sein. Neue Formen der Familiengestaltung drücken sich heute in vielen jungen Familien vor allem in der Abkehr von der alten Verteilung der Machtpositionen nach dem patriarchalisch-autoritären Familienmodell aus. Hier spielt für den Bereich der familiären Erziehung die Ablehnung der Prügelstrafe eine entscheidende Rolle; sie wurde 1971 erst an westdeutschen Schulen endgültig verboten.¹ Die autoritär-patriachalen Familienzwänge sollten end-gültig Geschichte sein, denn vieles hat sich bereits zum Positiven verändert. Das trifft besonders auf freiere Lebensgestaltung der Frau zu. Frau und moderne Familie brauchen den Beruf, in dem sich die Frau wohl fühlen und Bestätigung für ihre Fähigkeiten finden kann. Es gibt auch Ansätze zu neuen Entwicklungen, bei denen die Ehemänner in einer modernen Aufgabenteilung mit ihren Frauen partnerschaftlich kooperieren. Es gibt das Tagesmüttermodell. Überall entschließen sich Eltern-Kinder-Gruppen, Initiativkreise und Wohngemeinschaften, in dieser Richtung zu experimentieren. Es geht dabei um die Einübung von neuen Formen des Zusammenlebens, die allerdings sämtlich zunächst noch den Charakter des Vorläufigen haben. Wie gerade ausgeführt, unterliegen die Rollen innerhalb der Familie sozialen und kulturellen Wandlungsprozessen. Vielfach gilt aber noch folgendes Muster: Der Vater hat in der Familie vor allem eine instrumentelle Funktion, d.h., er ist für die finanzielle Versorgung und die Außenkontakte zuständig, während die Mutter eine expressive Funktion in der Familie innehat. Das Modell ist weitgehend auf eine Familienstruktur bezogen, in der der Vater erwerbstätig, die Mutter Hausfrau ist.² In dieser Konstellation ist zu erwarten, dass die Arbeitslosigkeit die instrumentelle Funktion des Vaters in der Familie beeinträchtigt.

„ Er ist der Herr im Haus, weil er das Geld verdient oder wenigstens besitzt.“³

¹ Vgl. Rosenbaum, Heide, Formen der Familie, Frankfurt 1982, S. 485ff.

² Vgl. Weber-Kellermann (1984, S. 500f.).

³ Horkheimer, Max, Theoretische Entwürfe über Autorität und Familie, in: Wacker, (1977, S. 77)

„ Wenn er aufhört, Geld zu verdienen oder zu besitzen, wenn er seine soziale Position verliert, kommt auch sein Prestige in der Familie in Gefahr. Das Gesetz der bürgerlichen Welt übt dann seine Wirkungen an ihm aus. Nicht bloß, weil Achtung und Liebe sich überhaupt nach dem Erfolg zu richten pflegt, sondern weil die Familie dann in Verzweiflung und Verfall gerät und zu jenen positiven Gefühlen unfähig wird.“¹

Er wird zumindest dann, wenn er diesen Funktionsverlust nicht durch verstärkte Aktivitäten in anderen Bereichen der Familie (z. B. Kindererziehung) kompensiert, einem Autoritätsverlust gegenüber den Kindern ausgesetzt sein. Schindler² konnte für seine Untersuchungsgruppe nachweisen, dass sich das Erziehungsverhalten der Väter unter den Bedingungen der Arbeitslosigkeit verändert.

„Eine deutliche Verstärkung autoritären, eine weniger deutliche Abnahme demokratischen Verhaltens konnte registriert werden. Auch bei den Müttern in den Familien von Arbeitslosen zeigten sich leichte Tendenzen zu einer Zunahme autoritären Verhaltens, in bezug auf demokratische Verhaltensweisen konnten keine Änderungen beobachtet werden“.³

Schindler stellt ferner eine deutliche Korrelation zwischen Autoritätsverteilung und Erziehungsverhalten fest: Scheint unter normalen Bedingungen das Erziehungsverhalten der Eltern weitgehend unabhängig von der Autoritätsverteilung zu sein, so entsteht unter den Bedingungen der Arbeitslosigkeit eine Veränderung. Es lässt sich eine Tendenz erkennen, dass bei Vätern Autorität mit strafendem und aggressiven Erziehungsverhalten verbunden ist, während sich bei Müttern eher demokratisches Verhalten ausprägt, bei dem sie das Erziehungsbild von Vorbildern und Vertrauenspersonen anstreben. Schindler weist jedoch darauf hin, dass die Daten keine Aussage darüber zulassen, ob die veränderte Autoritätsverteilung ein verändertes Erziehungsverhalten bedingt oder umgekehrt.⁴

¹ Ebd. S. 77.

² Vgl. Schindler (1977, S. 5ff.).

³ Breuer (1984S. 271).

⁴ Vgl. Ebd. S. 271ff.

„In vielen Fällen wird darüber geklagt, daß der Vater durch Nervosität und Reizbarkeit die Kinder in ihren Arbeiten stört. Er kümmert sich um die Schularbeiten der Kinder nur, weil er nichts anders zu tun hat. Schimpfen, Schläge und Tränen sind vielfach die Folgen. (...)

In vielen arbeitslosen Familien ist die Autorität des Vaters gesunken, um so mehr, wenn die Frau dem Mann die Arbeitslosigkeit in Gegenwart der Kinder zum Vorwurf macht.(...)“¹

Wird die Mutter arbeitslos, so ist zu fragen, ob und wie sie sich auf eine Verstärkung ihrer Funktion im expressiven Bereich der Familie einlässt.² Kinder spüren die Hilflosigkeit der Eltern, ihre Nachdenklichkeit, ihr Unglücklichsein. Sie erleben den apathischen Vater, die Mutter, Eltern und Geschwister. Kinder bekommen Angst, sind oft „im Wege“, werden beschimpft, herumgeschubst, auf die Straße gejagt, zur Unzeit ins Bett geschickt, geschlagen und gequält.

3.7.3 Kinder in der Armuts- und Arbeitslosenforschung

Kinder werden selten in der Armuts- und Arbeitslosendiskussion als eigenständige Gruppe thematisiert.

„ Ähnlich wie auch schon Otto/Bolay (...) beklagt Joos das Fehlen einer eigenständigen Kindersozialberichterstattung in der Bundesrepublik (...) und meldet ihrerseits an, daß derartige Berichte regelmäßig erscheinen sollten, damit die sich ändernde Lebensqualität und Lebenssituation der Kinder gemessen werden könne. Damit würde eine wesentliche Voraussetzung für eine verteilungsgerechte Sozialpolitik gegeben sein.“³

¹ Flemming, Jens u. a., Familienleben im Schatten der Krise, Düsseldorf 1988, S. 180.

² Vgl. Breuer (1984., S. 263).

³ Ortlepp (1998, S. 40).

In Statistiken und auch in der wissenschaftlichen Diskussion werden Kinder in der Regel als Teil der Familie versteckt mitthematisiert, wenn es um „Alleinerziehende“, „Mehrpersonenhaushalte“, oder „Familien“ geht. Wenn heute von Armut in einer Gesellschaft die Rede ist, so wird sie meistens anhand sozial und materiell eingeschränkten und ausgegrenzten Familien problematisiert. Unter dem Stichwort „Infantilisierung der Armut“ wird oft auf die zunehmende Armutsbetroffenheit von Kindern aufmerksam gemacht, die jeweilige Lebenslage von in Armut lebenden Kindern wird allenfalls am Rande gestreift. Im Gegensatz zu den bisherigen Forschungsmethoden zu diesem Thema werden von mir die betroffenen Kinder direkt mittels eines Fragebogens interviewt.

„Wie schon (...) erwähnt, hat die Armut von Kindern und Jugendlichen bislang in Deutschland noch erstaunlich wenig Beachtung gefunden. Dies gilt, obwohl die Armutsforschung in den letzten Jahren generell einigen Aufschwung erlebt hat, denn das Problem sozialer Ungleichheit hat sich seit der Vereinigung von alter BRD und DDR deutlich zugespitzt (...). Kinder kamen hierbei jedoch meist am Rande vor.

Hierzu trägt bei, daß Kinder und Jugendlichen in der Sozialberichterstattung für Deutschland lange übersehen bzw. nur als 'Merkmal' von Haushalten oder befragten Erwachsenen ausgewiesen wurden. Immerhin beginnt sich allmählich eine eigenständige Sozialberichterstattung für Kinder zu etablieren, die die Lebensbedingungen von Kindern selbst zum Gegenstand der Forschung macht (...). Bislang verfügen wir allerdings nur über sehr begrenzte Informationen zu Armutslagen im Leben von Kindern und Jugendlichen. Auch hinsichtlich der Auswirkungen von Armut auf die betroffenen Kinder ist unsere Wissensbasis äußerst schmal, wenngleich in manchen Publikationen der Anschein erweckt wird, als gehörten gängige Klischees zur Sozialisation von Kindern unter Armutsbedingungen zum sozialwissenschaftlich abgesicherten Wissen. Anders als in den USA und in Großbritannien fehlen jedoch in der Bundesrepublik großangelegte Surveys, die über die materielle und psycho-soziale Lage über Kinder informieren würden.“¹

¹ Lepenies (1999, S. 302f.).

Armut stigmatisiert; das erfahren vor allem Kinder in den Schulen und Kindergärten. Sie können häufig mit den Bildungszielen nicht mithalten, sind bei Klassenausflügen immer weniger dabei; werden nicht integriert, sondern erfahren Desintegration. Sie wirken oft belastet. Dies macht auch nicht vor den Sozialämtern halt. Häufig werden notwendige Ratschläge reduziert und restriktiv gegeben; persönliche Nöte finden keine Berücksichtigung. Wer kennt nicht die Situation auf den Fluren der Sozialämter?

An dieser Stelle möchte ich einen Exkurs über die gegenwärtige Situation von Familien und Kindern in der Bundesrepublik Deutschland vornehmen:

Beruhet das soziale System auf dem Generationsvertrag zwischen Erwerbstätigen und Nicht-(mehr)-Erwerbstätigen, ist die Versorgung der zukünftigen alten Menschen, gleichgültig ob mit oder ohne Nachkommenschaft von der Existenz und der späteren Erwerbstätigkeit der Kinder von heute abhängig, so verwundert es, dass die Kosten für die Versorgung und Erziehung der Kinder weitgehend den Familien aufgebürdet werden, d.h. ein gesamtgesellschaftlicher Nutzen wird auf der Grundlage der einseitigen Verteilung von Kosten erzielt.

Die Entscheidung für ein Kind oder mehrere Kinder bedeutet für die Eltern eine deutliche finanzielle Mehrbelastung. Neben der Entscheidung von Kosten für Anschaffungen, die ein Kind für sich selbst benötigt, wie Kleidung, Nahrung, Taschengeld, Spielzeug etc. fällt auch die Zunahme solcher Ausgaben ins Gewicht, welche kindliche Bedürfnisse mit sich bringen. So muss die Wohnung in der Regel größer und damit zumeist teurer sein, der Urlaub muss ab einem bestimmten Alter des Kindes in der Hauptsaison genommen werden, die Betreuung in Kindertageseinrichtungen muss mitfinanziert werden, für die Sicherheit des Kindes im Straßenverkehr (Helme, Sitze, Maßnahmen) muss sehr viel Geld ausgegeben werden. Der Lebensbedarf und damit die Lebensqualität sowie die Entwicklungsbedingungen von Kindern hängen entscheidend von dem der Familie zur Verfügung stehenden Einkommen ab. Welche Wohngegend gewählt wird, wie groß und wie beschaffen die Wohnung ist, wie die Ernährung gestaltet wird, ob in Urlaub gefahren werden kann und vieles mehr, hängt immer von der Einkommenshöhe ab. Hinsichtlich der

Kosten für Kinder gibt es keine aktuellen und differenzierten Studien darüber, was Familien unterschiedlicher sozialer Schichten und Einkommensgruppen für Kinder tatsächlich aufwenden. Auch über den „Bedarf“, den ein Kind hat, lässt sich wenig aussagen. Weder stichprobenartig ermittelte Ausgaben für Kinder, noch am Existenzminimum orientierte Mindestbedarfsberechnungen geben Auskunft darüber.

Lediglich über die den Kindern zugestandenen finanziellen Mittel lässt sich etwas aussagen. Zahlen hierzu entnehmen wir der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988, der sogen. Düsseldorfer Tabelle für die Unterhaltssätze, den Sozialhilfesätzen und den Pflegefamilien zustehenden Pflegegeldern. Den Auswertungen der Verbraucherstichprobe aus dem Jahre 1988 (!) des statistischen Bundesamtes zufolge beliefen sich die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten für ein Kind, unterschieden nach Ehepaaren mit einem, mit zwei und Alleinerziehenden, wie folgt:

Übersicht 19

-Durchschnittliche Lebenshaltungskosten für ein Kind nach Verbraucherstichprobe

1988-

Ehepaare mit zwei Kindern

-unter 6 Jahren	462,-DM
-6 bis unter 12 Jahren	537,-DM
-12 bis unter 18 Jahren	-

Ehepaare mit einem Kind

-unter 6 Jahren	640,-DM
-6 bis unter 12 Jahren	680,-DM
-12 bis unter 18 Jahren	764,-DM

Alleinerziehende mit einem Kind

-unter 6 Jahren	482,-DM
-----------------	---------

-6 bis unter 12 Jahren	534,-DM
-12 bis unter 18 Jahren	579,-DM ¹

Ehepaare mit zwei Kindern unter 18 Jahren gaben beispielsweise bei einem monatlichem Einkommen von unter 2.500,-DM einen Verbrauch von DM 611,-für ihre Kinder an, während Familien mit einem Einkommen von 10 000-25 000,-DM für den privaten Verbrauch ihrer Kinder durchschnittlich 1.645,-DM ansetzten. Das durchschnittliche steuerfrei zu stellende Existenzminimum für ein Kind, das sich am Sozialhilfesatz orientiert, beläuft sich 1996 auf 524,-DM (533,-in Bayern, 551 in Hessen im Jahre 2000) monatlich. Für eine (n) Erwachsene (n) mit einem Kind werden 1.513,50 DM angesetzt. Das Existenzminimum für eine vollständige Familie mit einem Kind liegt bei 2.200,-DM im Monat. Die Regelsätze der Sozialhilfe (HzL) für Kinder, d.h. der Bedarf ohne einmalige Leistungen und die freizustellenden Anteile für Miete und Heizkosten sind wie folgt gestaffelt: Für Kinder von 0 bis 6 Jahren wird für eine intakte Familie ein Bedarfsatz von 275,-DM monatlich (+ Mehrbedarf nach § 23 BSHG f. Kinder bis zum 7. Lebensjahr) zugrundegelegt, bei Alleinerziehenden sind dies 296,-DM. Für Kinder von 7 bis 13 Jahren bzw. 14 bis 17 Jahren DM 358,-bzw. 495,-DM) zu. Hier kommt deutlich zum Ausdruck, welchen Wert der Gesetzgeber Kindern in unserer Gesellschaft beimisst, zumal von den beispielsweise gezahlten 275,-DM monatlich auch für solche Ereignisse wie die Einschulung (Schulbedarf), Kommunion oder Kindergeburtstage gespart werden muss. Es handelt sich gemäß der geltenden Rechtsprechung nicht um Anlässe, die einmalige Beihilfen rechtfertigen.² In Bochum beträgt die Zahl der Kinder und Jugendlichen die Sozialhilfe beziehen ca. **22.000**. Bei näherer Betrachtung wird deutlich, dass in Bochum Kinder aller Altersgruppierungen etwa doppelt so häufig Sozialhilfe beziehen wie Erwachsene. Während Personen, die 15 Jahre und älter sind, „nur“ zu 4,73 % zu den Sozialhilfeempfängern gehören, trifft dies auf Kinder unter 15 Jahren zu 9,36% zu. Das

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Verbraucherstichprobe 1988.

² Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 13/381.

höchste Armutsrisiko weisen Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren auf, also Kinder im Kindergartenalter.²

Auf Nordrhein-Westfalen bezogen hier einige Stellungnahmen von Strohmeier:

*„Das Armutsrisiko fällt mit den Altersklasse sehr unterschiedlich aus. Kinder (22,4%), Jugendliche und junge Erwachsene (18,6 %) haben doppelt so hohe Armutsquoten wie Erwachsene im mittleren Alter und ein fast vierfach höheres Risiko als ältere Menschen. Hierin dokumentieren sich die unterschiedlichen Risikostrukturen der Haushalten und Familien, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Niedrige Erwerbslöhne, Arbeitslosigkeit oder wegen Kinderbetreuung bedingte Erwerbslosigkeit führen dazu, daß in den Familien mit der Anzahl der Kinder das Armutsrisiko überproportional steigt. (...) Die meisten Sozialhilfebezieher fanden sich in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen (...). So waren von allen Sozialhilfebeziehenden 262.000 bzw. 38%, noch keine 18 Jahre alt! (...). Die Hälfte der gesamten Armutspopulation in NRW ist unter 25 Jahre alt. Das hohe Armutsrisiko und die hohe Anzahl der jungen Menschen in Armut (**995.000 Personen**) erfordern eine ausführliche Analyse der Risikostrukturen: Es stellt sich die Frage, welche unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Lagen von Familien, in denen die Kinder und Jugendlichen leben, sich hinter den Zahlen verbergen.“¹*

Anhand diese Zahlenmaterials lässt sich eindeutig feststellen, dass zahlreiche Kinder und Jugendliche in Familien mit knappen finanziellen Ressourcen leben müssen. Steigende Arbeitslosen- und Sozialhilfezahlen deuten auf eine zunehmende Verarmung von Teilen der Gesellschaft hin. Die Armutsrisiken können von ganz unterschiedlichen Faktoren abhängen; so spielen das Geschlecht, das Alter, die Nationalität, Behinderung oder Krankheit genauso eine Rolle, wie der nicht mehr den Anforderungen des Arbeitsmarktes entsprechenden Schul- und Ausbildungsabschluss. Die Region, in der man lebt, kann dem Armutsrisiko ebenso förderlich sein wie der Familienstand oder einfach der Umstand, dass man Kinder hat oder obdachlos geworden ist. Oft korrelieren mehrere Faktoren oder

¹ Strohmeier (1999, S. 37ff.).

bedingen sich. Armut äußert sich zudem nicht nur im niedrigen Einkommen, sondern in einer Reihe einander bedingender Faktoren, wie Wohnen, Gesundheit, Ernährung, Bildung, soziale Kontakte, Partizipation an Kultur und am gesellschaftlichem Leben. Im Armutsbericht des DGB und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV) wird von „kumulativen Unterversorgungslagen“ gesprochen.¹ Auf die Region bezogen wachsen im Ruhrgebiet häufiger Kinder in Armut auf als in anderen Regionen.

„Ende 1997 lebte ein Drittel aller SozialhilfeempfängerInnen in NRW im Ruhrgebiet, darunter 100 000 Jugendliche und Kinder. Dabei gilt: Das Sozialhilferisiko ist um so höher, je jünger ein Kind ist. In Dortmund bezog Ende 1997 jedes siebte Kind unter sieben Jahren Sozialhilfe.“²

In Gelsenkirchen ist jedes neunte Kind durch die Eltern oder sich selbst auf Sozialhilfe angewiesen, in Oberhausen jedes zehnte, in Essen gar jedes sechste.

„In den neuen Ländern liegt der Schwerpunkt der Bedürftigkeit in weit stärkerem Maße bei den Menschen im jüngeren und mittleren Lebensalter. 1996 waren hier 54% alle Empfänger laufender Hilfen zum Lebensunterhalt jünger als 25 Jahre (...). Am höchsten ist das Sozialhilferisiko für Kinder unter 7 Jahren. 7,9% von ihnen sind bundesweit von Sozialhilfe betroffen. (...). Insgesamt zählt die Sozialhilfestatistik rd. 1 Million Kinder unter 18 Jahren. Diese Zahl entspricht der Einwohnerzahl Kölns. Knapp die Hälfte aller von Sozialhilfe betroffenen Kinder sind jünger als 7 Jahre.“³

Der Rückzug aus dem üblichen Leben zählt zu den auffälligsten psycho-sozialen Folgen der Armut. Soziale Kontakte sind immer mit Kosten verbunden, wenn persönliche Einladungen ausgesprochen werden. Diese Tendenz zur Selbstisolierung lässt sich bei fast

¹ Vgl. Hanesch u. a., Armut in Deutschland, Reinbeck bei Hamburg 1994, S. 117ff.

² Büttner, Ulrike, in: Neue deutsche Schule, 52, März 2000, S. 12.

³ Adamy u. Steffen (1998., S. 79f.).

allen Arbeitslosen -bzw. Sozialhilfefamilien feststellen. Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein der Kinder leiden entsprechend. Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Renate Schmidt¹ nimmt im einem Spiegel-Streitgespräch wie folgt Stellung zur Situation von armen Kindern:

„Natürlich geht es den Kindern hier besser als in Indien. Sie hungern nicht und haben etwas zum Anziehen. Aber das reicht in einem Land wie unserem nicht. Da gibt es Kinder, die vor Klassenfahrten oder Wandertagen regelmäßig krank werden, weil ihre Eltern das Geld nicht haben. Es gibt Kinder, die nie Freunde nach Hause einladen können. Wenn bei uns Ende 1997 von 2,9 Millionen Sozialhilfeempfängern 1,2 Millionen Kinder und Jugendliche sind, dann sind das 1,2 Millionen zuviel.“

Da aber das Elternhaus neben Schule und Beruf ein Hauptfeld sozialen Lernens ist, sind die Eindrücke, die Kindern im Elternhaus vermittelt werden, prägend. Nach Zenke benötigen Kinder und Jugendliche für den Prozess der Ausbildung personaler und sozialer Identität Persönlichkeitsmuster, Bezugspersonen oder schlicht Vorbilder, an denen sie in spannungsreicher Annäherungs- und Distanzierungsarbeit, in Bindung und Ablösung ihr Selbstbild und ihre gesellschaftliche Gestalt gewinnen können. Erleben Kinder hilflose, apathische Eltern, so wird sich vermutlich auch ihre eigene Bereitschaft und Fähigkeit zur Gestaltung der eigenen Lebensumstände nur eingeschränkt entwickeln. Erleben Kinder streitende, schlagende, trinkende Eltern, werden sie solche Verhaltensmuster zur Lösung ihrer eigenen Probleme übernehmen.²

Da neuere Untersuchungen zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Situation der Kinder nicht vorliegen, lohnt sich ein Blick auf die Ergebnisse älterer Studien: Generell lässt sich bei den Studien aus den 30er Jahren eine Verschlechterung des körperlichen Allgemeinzustandes infolge geringerer Ernährung und schlechter Körperpflege sowie die zunehmende Anfälligkeit für Krankheiten beobachten. Durch die Minderung der Wohnqualität sind die Prozesse noch verstärkt worden:

¹ Schmidt, Renate, "Nicken und brav sein", in: DER SPIEGEL 38/1998, S. 99.

² Vgl. Zenke u. Ludwig (1984, S. 104f.).

„Immer häufiger leiden die Kinder die Erregung ihrer engeren und weiteren Umwelt mit -Not und Mangel mit allen gemeinschaftszerstörenden Folgen, Verzweiflungs- und Empörungsausbrüche leidender Menschen, Exmissionen, Selbstmorde, politische Unruhen-. Die Selbstmorde betrugen im Monat Oktober 1932 in Berlin 193 d.h. 18 mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres... Manche Kinder retten sich aus dieser Wirklichkeit, der sie mit ihren Erfahrungskräften nicht gewachsen sind, in eine Scheinwelt, in Phantasie und Träumerei. Sie werden apathisch, kriechen in sich selbst zurück, werden schweigsam und unproduktiv im Gemeinschaftsleben. Sie werden verbittert und neidisch auf die Kameraden, denen es noch leidlich geht.“¹

Schindler² legte in einer Untersuchung zu den Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Familie Kindern arbeitsloser und erwerbstätiger Väter Statements und Fragen zur Erwartungshaltung hinsichtlich ihrer beruflichen Zukunft und zu Berufswünschen vor. Bei den Fragen „Werde ich einmal in meinem Beruf genügend Geld verdienen?“, „Wann sollte man sich endgültig für einen Beruf entscheiden?“, „Kann ich das, was ich in der Schule gelernt habe, überhaupt im Beruf gebrauchen?“, „Gibt es Berufe, die sicher sind vor Arbeitslosigkeit?“, zeigten Kinder von Arbeitslosen ein höheres Problembewusstsein als Kinder erwerbstätiger Väter. Insgesamt kann festgestellt werden, dass nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auch mittelbar betroffene Familienangehörige (u.a. auch Kinder) durch die Arbeitslosigkeit belastet werden, dass aufgrund der derzeitigen Datenlage jedoch keine Aussagen zu dem Ausmaß und der Art der psychischen und physischen Belastungen von Kindern getroffen werden können. Ältere Studien weisen darauf hin, dass Kinder aus Arbeitslosenfamilien häufiger psychosomatische Störungen entwickelten, pessimistisch in die Zukunft sahen und in ihren Schulleistungen deutlich abfielen: Kinder von Arbeitslosen entwickelten häufiger psycho-somatische Symptome wie:

- Kopfschmerzen,
- Bauchschmerzen,

¹ Weiland (1933, S. 37).

² Vgl. Schindler (1977., S. 5ff.).

-Schlafstörungen,

-Bettnässen,

ohne dass organische Ursachen feststellbar waren.

Sie entwickelten häufiger Minderwertigkeitskomplexe und Beeinträchtigungen des Selbstwertgefühls ¹ In der präpubertären Phase fielen Zukunftserwartungen meist pessimistischer aus. Jugendliche, die selbst arbeitslos waren, entwickelten dagegen häufiger resignative und fatalistische Grundhaltungen. Delinquentes und kriminelles Verhalten bildet vielfach den Endpunkt einer langen Kette von Belastungen durch ungünstige Sozialisationsbedingungen in der Familie, durch geringen Schulerfolg, fehlenden Schulabschluss, mangelhafte oder fehlende Berufsausbildung und Arbeitslosigkeit (Vgl. auch Shell-Studie von 1996) ; ein Befund, der die Bedeutung der Jugendphase als vielfach erschwerte, komplikationsbeladene und auch blockierte Passage im Rahmen der Bildungs- und Berufskarriere unterstreicht. Kinder von Arbeitslosen bleiben von Gemeinschaftsveranstaltungen Gleichaltriger -man kann dies das soziale kulturelle Umfeld von Kindern nennen-vielfach ausgeschlossen, z. B. von Kinderfesten, Kindergeburtstagen, Schulfesten, Klassenfahrten, Ausflügen. Ihnen sind Erlebniswelten verwehrt, die mit Eintrittskarten verbunden sind, wie Kino, Zoo, Abenteuerparks etc..

„ Mit ihrem neuen Mann zieht sie nach (Bochum) Langendreer, ein zweites Kind wird geboren. Dann wird auch er arbeitslos, sein Rücken macht nicht mehr mit. Jetzt lebt die vierköpfige Familie von 2400 Mark. Alles in allem. Nach Berechnungen der Sozialhilfegruppe Bochum fehlen rund 400 Mark, um am gesellschaftlichen Leben wenigstens ein wenig teilzuhaben. Denn Kino, Theater oder gar Urlaub sind tabu. Auch die Kinder merken, daß für mehr als das Nötigste kein Geld da ist. ‘ Manchmal sei ihr zum Heulen zumute’, sagt Barbara L. Aber sie muß mit jedem Pfennig rechnen.“²

¹ Vgl. Hurrelmann (1991, S. 59ff.).

² WAZ vom 01.07.1995, S. 21.

Wenn heute einem Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger nach dem Warenkorb nur ein Achtel Kinokarte zugestanden wird, muss man sich fragen, wie viel dann noch für die Kinder bleibt.

„ Auch Kinder und Jugendliche reden nicht gern über die Arbeitslosigkeit der Eltern und die Lage zu Hause. Es ist ihnen unangenehm, wenn sie zum Kindergeburtstag etwas mitbringen möchten und nichts haben oder wenn sie in der Schule offenbaren müssen, daß sie kein Geld für die Klassenfahrt bekommen werden. Und wenn es doch noch klappt, ist das unterschiedliche Taschengeld die nächste Klippe für das Selbstbewußtsein des Kindes oder Jugendlichen. Eine Umfrage bei den Hertener Schulen bestätigt, daß Eltern und Schüler kaum von Arbeitslosigkeit sprechen und auch nicht angesprochen werden wollen.“¹

In diesem Zusammenhang möchte ich aus einem Brief (anonym) zitieren, der von einer alleinerziehenden Mutter am 02.09.1998 an die Klassenlehrerin ihrer Tochter einer Essener Realschule gerichtet wurde:

„Sehr geehrte Frau K.

heute bringt Denise 10,-DM Halbjahresbeitrag Klassenkasse (für das 'gesunde' Frühstück) und 10,-DM Kopiergeld mit (20,-DM).

(60,-DM insgesamt waren für jede SchülerIn mit der Klassenlehrerin vereinbart!).

Es ist mir weder möglich Schlittschuhgeld (3,--) noch Frühstücksgeld (2,--) oder Lederhandschuhe (Schlittschuhlaufen), Schulbücher oder was sonst noch anliegt zu finanzieren.

Als alleinerziehende Mutter von 3 schulpflichtigen Kinder fällt es mir sehr schwer, mich außerhalb der Gewohnheiten von DM 1,--zu trennen.

Ich bitte um Ihr Verständnis.

¹ Jugendamt Herten, (1986., S. 22).

Das Sozialamt der Stadt Essen ist bereit, mir die Lücke zwischen meinem Einkommen und unserem tatsächlichen Aufwand zu schließen, jedoch sind dort keine Leistungen vorgesehen, die außergewöhnliche Aufwendungen, wie sie in der (...) Schule vorkommen, übernehmen.

Ich bitte Sie daher entweder die außerordentlichen Kosten für uns zu übernehmen (nicht Sie, sondern die Schule) oder meine Tochter Denise von den betreffenden außerschulischen Veranstaltungen zu befreien.

Mit freundlichem Gruß (Unterschrift)“¹

Da das Modell der Interaktion zwischen Umwelt und Individuum bei der Bewältigung kritischer Lebensereignisse von Kindern, deren Eltern arbeitslos sind, untersucht werden soll, wird die Stichprobe aus betroffenen Kindern bestehen. Die Verarmung arbeitsloser Eltern führt (wie bereits ansatzweise erwähnt) in den wichtigsten Lebensbereichen der Kinder wie Schule, Elternhaus und Freizeit, zu Konsumverzicht, innerfamiliären Konflikten, Isolation und Wohnungsnot.

„Auch die Wohnsituation erweist sich hierbei als relevant: Je geringer die Wohnfläche pro Person ist und je mehr Personen im Kinderzimmer leben, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Kinder eine oder mehrere Klassen wiederholen müssen und desto geringer ist die durch die weiterführende Schule erreichte Qualifikation.“²

„Der Frust bleibt unter dem Tisch“-auch bei der hier beispielhaft angeführten Kölner Familie Gerlach. Aber zumindest der ältere, schulpflichtige Sohn hat das Versteckspiel seiner Mutter längst durchschaut. Marko fragt immer, warum Papa wieder zu Hause ist, die Eltern seiner Klassenkameraden sind halt auf der Arbeit, erzählt Sabine Gerlach. Ich greife dann zu Ausreden, sage, dass mein Mann krank ist, aber so richtig zufrieden gibt er sich damit nicht mehr. Frau Gerlach gibt sich noch immer der Illusion hin, ihre Söhne wüssten

¹ Brief vom 02.09.1998 an eine Essener Realschule.

² Lepenies (1999, S. 316).

nicht Bescheid. Doch für den achtjährigen Marko bedeutet die Arbeitslosigkeit der Eltern Verzicht-in einer Gesellschaft, in der sich schon Kinder über teure Statussymbole profilieren. Da die Familie nur 1193,-Mark Sozialhilfe plus 241,-Mark Kindergeld monatlich erhält, spart sie an allem: am Essen, an der Kleidung- und an den Kindern.¹

„Wenn ich mit meinem Jungen einkaufen gehe, und er will einen Markenpullover oder Adidas-Turnschuhe wie seine Klassenkameraden, dann kann ich das einfach nicht bezahlen“²,

sagt Sabine Gerlach

„Drei Streifen: Adidas, ein Streifen: Caritas“, dieser Spruch macht deutlich, wie sehr die Kinder von Arbeitslosen heutzutage unter Konkurrenzdruck stehen. Marko Gerlach hat sich längst daran gewöhnt, mit No-Name-Produkten zufrieden zu sein. Auf das Besondere zu verzichten hat er in den langen Jahren der Arbeitslosigkeit seines Vaters tief verinnerlicht. Bescheidenheit hat er gelernt, wenn auch nicht aus freien Stücken. Wenn er fünf Wünsche frei hätte, was würde er sich kaufen? Ein Eis möchte er haben, antwortet er nach langem Schweigen. Und was noch? Noch ein Eis für seinen Bruder, kommt nach weiterem Zögern. Danach fällt ihm schon nichts mehr ein.³

„Entsprechend erweisen sich finanzielle Mängellagen von Familien auch als entscheidend für geringere Schulleistungen von Kindern (...)und für den Besuch der Hauptschule als weniger qualifiziertem Schulzweig (...).Interessanterweise finden Entwisle und Alexander (1995), dass sich die finanzielle Situation der Familie vor allem über den Sommer hinweg auf die Mathematikleistung der Kinder auswirkt, nicht im Verlauf des Winters: Während sich vom Herbst bis zum folgenden Frühjahr die Leistungen der Kinder als sowohl besser wie auch schlechter gestellten Familien verbessert, läuft zwischen Frühjahr und Herbst die Entwicklung beider Gruppen

¹ Gesterkamp, Thomas, Kinder der Krise, in: Erziehung u. Wissenschaft, 2/88, Frankfurt/M.1988, S. 14.

² Ebd. S. 14.

³ Vgl. Ebd., S. 14.

auseinander. Nur Kinder aus Familien ohne finanzielle Knappheit verbessern bzw. halten ihre Leistungen über die Zeit der Sommerferien hinweg, während sich bei Kindern aus Familien mit geringem Einkommen die Leistungen im gleichen Zeitraum verschlechtern. Als Erklärung verweisen die Autoren darauf, dass Kinder aus deprivierten Familien im Sommer deutlich weniger anregende Aktivitäten unternehmen als Gleichaltrige aus besser gestellten Familien: Sie gehen seltener in den Zoo und Bildungszentren, treiben weniger Sport, unternehmen weniger Reisen und erhalten weniger Musik- und Tanzunterricht.“¹

Bei Kindern sind Symptome der Resignation, Zukunftsangst, der Rückgang von Schulleistungen und Anstieg psychosomatischer Erkrankungen zu beobachten. Die Identitätsbildung der Kinder wird auf der Basis von Ohnmachtserfahrungen und einer allmählichen Auflösung von Normen- und Regelsystemen innerhalb der Familie eingeschränkt. Jedes Lebensereignis hat eine mehr oder weniger ausgeprägte spezifische Problematik; wenn man die Auswirkung von kritischen Ereignissen effektiv untersuchen will, muß man die besonderen Hintergründe mit erfassen. Ergebnisse der IAB-Verlaufsuntersuchungen 1981/83 zeigen, dass Arbeitslosigkeit auch in der gegenwärtigen Situation Belastungen für die Familienangehörigen zur Folge hatte. Bei einem Drittel der Arbeitslosen aus Mehrpersonen-Haushalten sind nach Auskunft der Arbeitslosen auch weitere Haushaltsmitglieder durch die Arbeitslosigkeit stark betroffen; bei langfristig Arbeitslosen berichten dies 47% der Befragten, gegenüber 23% bei beruflich wieder eingegliederten ehemaligen Arbeitslosen. Genannt werden erwartungsgemäß an erster Stelle die Ehepartner der Arbeitslosen, aber auch ihre Kinder; 42% der arbeitslos Verbliebenen mit Kindern unter 14 Jahren meinen, dass auch die Kinder unter ihrer Arbeitslosigkeit zu leiden haben.²

In den nachfolgenden Kapiteln wird in diesem Zusammenhang eingehend auf kritische Lebensereignisse hinsichtlich der Themenschwerpunkte Schule, Kinderarbeit, Gesundheitslage und Kindesmisshandlung eingegangen.

¹ Lepenies (1999, S. 315).

² Vgl. Breuer (1984., S. 151f.).

3.7.3.1 Situation in der Schule

„Schulische Leistungs- und Konzentrationsschwierigkeiten im Jugendalter sind eng mit psychischen und sozialen Störungen der normalen Persönlichkeitsentwicklung verbunden. Solche Störungen können der Hintergrund für die schulischen Schwierigkeiten sein, sie können aber auch Folgeerscheinungen von schulischen Leistungsproblemen sein. In der Regel ist im Kindes- und Jugendalter schulisches Leistungsveragen assoziiert mit einem breiten Spektrum von Symptomen der Auffälligkeit des abweichenden und delinquenten Verhaltens und der Gesundheitsbeeinträchtigung. Hierin spiegelt sich die zentrale Bedeutung, die dem schulischen Leistungsstand im Selbstbild Jugendlicher zukommt“.¹

Bei der Erforschung der Folgeprobleme massenhafter Dauerarbeitslosigkeit in den 30er Jahren haben u.a. auch die Schulprobleme der Kinder eine vergleichsweise intensive Beachtung gefunden. In mehreren empirischen Untersuchungen von Busemann/Bahr und Weiland ist nach dem Zusammenhang von väterlicher Arbeitslosigkeit, Armut und Schulleistungen gefragt worden.

„Die ungeheure Arbeitslosigkeit der letzten Jahre wirkt sich in der Volksschule durch Beeinträchtigung der Schulleistungen aus, die sich aus den Schulzensuren der Kinder deutlich ablesen läßt. Im folgenden wird über eine Erhebung berichtet, die sich gelegentlich milieukundlicher Nachforschungen beiläufig ergab.

Es handelt sich um Schülerinnen mehrerer Volksschulen in Breslau, sämtlich in ärmeren Bezirken gelegen. Uns stehen die Gesamtzensuren zur Verfügung, die am Ende jedes Schuljahrs auf den Schüler-Personalbogen vom Klassenlehrer eingetragen werden. Als beste Zensur gilt 1, als Genügend 3, als schlechteste Zensur 5. Da es sich um ein zahlenmäßig beschränktes Material handelt, teilen wir die Ergebnisse unserer

¹ Hurrelmann (1991., S. 71).

statistischen Vergleichung sowohl für die Gesamtgruppen als auch in verschiedenen Fraktionierungen mit.

Zunächst vergleichen wir 656 Kinder, deren Vater nicht arbeitslos ist, allgemein mit 77 solchen, deren Vater seit kürzerer oder längerer Zeit arbeitslos ist. Als Gesamtdurchschnittszensur ergibt sich für die ersten 2,80, also etwas über Genügend, als Gesamtzensur der, kurz gesagt, 'Arbeitslosen' dagegen 3,15, also etwas unter Genügend.¹

Als Gesamtergebnis hält ein Untersuchungsbericht fest, dass Erwerbslosigkeit der Väter die Schulleistungen senkt. Einen erneuten Abstieg der Schultüchtigkeit scheint die Erwerbslosigkeit nach drei bis vier Jahren zu bewirken. Bei den älteren Kindern, die vor der Schulentlassung stehen, verstärkt sich die resignative Grundlage.

„Insgesamt kommen wir demnach zu dem Ergebnis, das die Arbeitslosigkeit des Vaters die Leistungen der Schulkinder unabhängig von dem Lebensalter und auch fast unabhängig von der Dauer der Arbeitslosigkeit durchschnittlich um 0,3-0,5 Zensureinheiten der fünfteiligen Skala herabdrückt, und zwar mehr bei Kindern mit vorher guten Zensuren (0,7) als bei Kindern des Durchschnitts und der Minderleistung(...). Sie läßt sich nur milieutheoretisch erklären und beweist, das Leistungs differenzen des angegebenen Maßes ohne weiteres als Wirkungen des wirtschaftlichen Milieus ausgelegt werden dürfen, wenn die verglichenen Schülergruppen wirtschaftlich verschieden günstig situiert sind.“²

Die deprimierende Erfahrung, so berichtet Weiland, die wir an vielen Kindern heute machen, ist ihre Gleichgültigkeit gegenüber der eigenen Zukunft. Berufswahl beschäftigt sie kaum. Die Resignation greift nicht erst Platz, wenn tatsächliche Anstrengungen um Erlangung einer Lehr- und Arbeitsstelle sich als vergeblich erwiesen haben, sondern schon bei den zur Schulentlassung kommenden Kindern. Bestimmte Wünsche über die

¹ Busemann u. Bahr, in: Zeitschrift f. pädagogische Psychologie 1931, S. 417f.

² Ebd., S. 421.

Gestaltung der Zukunft werden von den 13- und 14-jährigen gar nicht mehr geäußert, nur von den Kleineren, die die wirtschaftliche Lage noch nicht so kennen.¹ Selbstverständlich lassen sich diese Ergebnisse nicht einfach auf unsere heutige Situation übertragen. Doch leider liegen in der Bundesrepublik noch keine vergleichbaren Untersuchungen vor, deren Einsichten uns den gegenwärtigen Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Schulerfolg erhellen könnten. Deshalb muss an dieser Stelle noch einmal auf Busemann/Bahr² hingewiesen werden: In Deutschland ist Busemann mit verschiedenen Mitarbeitern in mehreren Arbeiten der Frage nachgegangen, wie sich die Arbeitslosigkeit des Vaters auf die Schulleistungen der Kinder auswirkt. In einer dieser Arbeiten wurden die Zensuren in den Fächern Deutsch und Mathematik von mehr als 1500 Kindern im Alter zwischen 8 und 15 Jahren erhoben und einem gruppenspezifischen Vergleich unterzogen. Um störende Einflussquellen auszuschalten, berücksichtigte Busemann nur eingeschwistige Kinder aus vollständigen Familien und schied diejenigen aus, die eine Schulkasse hatten wiederholen müssen. Für diese bereinigte Gruppe schnitten die Erwerbslosenkinder in allen Altersgruppen schlechter ab. Auch die sozialschichtspezifische Aufschlüsselung der Daten bestätigt diesen Trend. Die Verschlechterung der Schulleistungen machte sich um so deutlicher bemerkbar, je besser die Schulleistungen vor der Arbeitslosigkeit des Vaters und je jünger die Kinder waren. Diese Wirkung der Erwerbslosigkeit stellte sich bereits nach kurzer Dauer der Arbeitslosigkeit ein; eine weitere Verschlechterung ergab sich dann erst wieder bei Kindern, deren Väter drei und mehr Jahre ohne Arbeit waren.

In von Weiland zusammengestellten Schulaufsätzen älterer Kinder fällt das große Einfühlungsvermögen dieser Kinder in die Situation ihrer Eltern auf. Sie stellen einen engen Bezug zwischen sich selbst und der Arbeitslosigkeit her, haben intensive Wünsche, hilfreich zu sein. In einzelnen Aufsätzen gleicht dies nahezu einer Umkehr elterlicher und kindlicher Funktionen. Den Gegenpol zu diesen fürsorglichen und teilnehmenden Einstellungen bilden aggressive Gefühle und innere Loslösung vom Vater, dem Schwäche und Undiszipliniertheit vorgeworfen werden. Die Einstellungen der Kinder zu Geld und der Erfüllung eigener Wünsche verändern sich. Wünsche orientieren sich nicht an eigenen,

¹ Vgl. Weiland (1933, S. 48).

² Vgl. Busemann u. Bahr (1931, S. 481f.).

kindgemäßen Bedürfnissen, sondern an Notwendigkeiten. Die Kinder werden frühzeitig zu nüchternen und materiell denkenden kleinen Menschen.¹ In einer weiteren Studie, die aus den 60er Jahren stammt, prüfte Douglas in England den Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit des Vaters und den Schulleistungen der Kinder. Ein Vergleich der Schulleistungen von Kindern, deren Väter arbeitslos waren, und Kindern, deren Väter erwerbstätig waren, ergab, dass die Leistungen der Kinder aus arbeitslosen Familien im Durchschnitt deutlich schlechter waren. Kinder von Arbeitslosen gingen auch seltener auf weiterführende Schulen (Grammar School). Nach Berichten der Lehrer waren die Kinder Arbeitsloser „faul und unaufmerksam“ in der Schule, und die Eltern zeigten geringeres Interesse für die schulischen Probleme ihrer Kinder. Auf die Schulproblematik wird an anderer Stelle noch einmal intensiv eingegangen.

„Eine Reihe von Studien, die allerdings überwiegend aus den USA stammen, belegt, daß sozioökonomische Deprivation und speziell Armut Nachteile für die Sprach- und Intelligenzentwicklung und kognitive Leistungsfähigkeit der Kinder mit sich bringt,(...) Nach Befunden von Duncan, Brooks-Gunn und Klebanov (1994) ist schon im Alter von 5 Jahren die Intelligenzentwicklung von der finanziellen Situation der Familie geprägt, und zwar unabhängig vom Bildungsniveau der Eltern (...) Anders als bei internalisierenden Belastungssymptomen besteht bei der Intelligenzentwicklung ein linearer Effekt des Einkommens, d.h. Nachteile ökonomischer Deprivation sind ebenso relevant wie die Vorteile vom finanziellen Wohlstand.“²

Wir wissen jedoch aus einzelnen Erfahrungsberichten von Lehrern und Mitarbeitern sozialer Dienste, dass Kinder auch beim Lernen von der Arbeitslosigkeit belastet werden können. In Einzelfällen sollen negative Auswirkungen zweifelsfrei festgestellt worden sein.

¹ Weiland (1933., S. 49).

² Lepenies (1999, S. 314).

„Auch die häuslichen Schulaufgaben werden bei vielen Kindern aus arbeitslosen Familien fortschreitend schlechter. Den Kindern fehlt unter beengten Wohnverhältnissen ein Arbeitsplatz, wo sie in Ruhe ihre Aufgaben erledigen können.(...)Vielerorts haben die Lehrer darum längst darauf verzichten müssen, Hausaufgaben zu stellen.“¹

„ In einer (...) Untersuchung von Matthias Grundmann zum Thema ‘Milieuspezifische Einflüsse familialer Sozialisation’ wird der Zusammenhang von ‘relativer deprivierter sozialer Lage’ und von schulischer Leistungsentwicklung und Bildungsverlauf analysiert. Das Ergebnis: Kinder aus dem Armutsmilieu sind gegenüber Gleichaltrigen aus anderen sozialen Lagen in ihrer kognitiven, ihrer schulischen Leistungsentwicklung und ihrem Bildungsverlauf benachteiligt. Als besonders gravierend für Heranwachsende aus dem Armutsmilieu stellt sich der frühzeitige Abbruch des Bildungsverlaufs heraus.“²

Exemplarisch möchte ich in diesem Zusammenhang auf ein in Bochum im Jahre 1969 eingerichtetes Obdachlosenasyll an der Brelohstr. 84 eingehen. Bereits Wallraff³ skizzierte die Lebensbedingungen von Kindern und Eltern in seinen „unerwünschten Reportagen“ in diesem Asyl. Dieses Obdachlosenasyll stand in der Hierarchie der städtischen Unterkünfte auf der untersten Stufe; es war gelegen in der Nähe des Hauptfriedhofes zwischen Bahndamm, Zechenruinen und einem Schrottplatz-ein hoher Stacheldrahtzaun umgrenzte das Lager. 1.200 Menschen, viele erste durch Arbeitslosigkeit hier gelandet, überwiegend mit vielen Kindern, lebten auf engstem Raum und warteten dort auf die erhoffte „Eintrittskarte“ in ein halbwegs normales Leben.

„Ich treffe Familie G. im Lager Bochum, Brelohstr.,an.(...)Die G.’s glauben nicht daran, daß sie hier noch einmal rauskommen. Mit der Wohnung scheitert’s hauptsächlich an den vielen Kindern. ‘ Wenn ich noch mal von vorn anfangen könnte’, sagt G.,‘würde ich meine Frau sterilisieren lassen, mit dem Attest ginge ich dann auf Wohnungssuche.’ Frau

¹ Flemming, Jens u. a., Familienleben im Schatten der Krise, Düsseldorf 1988, S. 179

² Kozicki, Norbert, Soziale Herkunft bestimmt die Bildungswege, in: Neue deutsche Schule, August 2000, S. 11

³ Wallraff, Günter, 13 unerwünschte Reportagen, Hamburg 1975, S. 42.

G. schämt sich, hier wohnen zu müssen.(...) ' In der Schule dürfen andere Kinder nicht mit unseren Kindern spielen. Es gibt viele Ärzte, die sich selbst in Notfällen weigern, hierher zu kommen. Und der Stacheldrahtzaun... '.

Unter den beengten Wohnverhältnissen litten die Kinder besonders stark. Der Besuch der Schule entwickelte sich zu einer wahren Zwangsanstalt. Ungenügend vorbereitet, unzureichend ernährt und gekleidet, konnten sie nicht der Erwartungshaltungen der Lehrerinnen und Lehrer nachkommen. Sie fielen immer aus dem Rahmen."

Für die Kinder der arbeitslosen Armen sind die Stationen ihres eigenen sozialen Misserfolgs in vielen Fällen schon vorgezeichnet: Versagen in der Grundschule, weil die emotionalen, materiellen und äußerlichen Voraussetzungen für ordentliche Schularbeit mangelhaft sind. Aussonderung in die Lernbehindertenschule, mit allen Konsequenzen der sozialen Diskriminierung und des persönlichen Verlustes an Selbstwert. Eintritt in Berufsausbildung oder Arbeit ohne Hauptschulabschluss. Äußerst schlechte Arbeitsmarktchancen, in vielen Fällen Arbeitslosigkeit. Etwa im 16. Lebensjahr also leben viele dieser Kinder in Lebensbedingungen, die denen der Eltern weitgehend ähneln, folglich auch deren Belastungen und Nöte für die jungen Menschen mit sich bringen.

„Arbeitslosigkeit -das soll ein Familiengeheimnis bleiben. Lehrer erfahren eher zufällig, daß die Eltern ihrer Schüler keine Stelle haben und auf Sozialhilfe angewiesen sind - zum Beispiel, wenn die Schulmilch abbestellt wird oder wenn die Kinder das Geld für Ausflüge und Klassenfahrten nicht mitbringen"¹.

3.7.3.2 Kinderarbeit

„Schon die alten Römer ließen kleine Kinder körperliche Schwerstarbeit leisten. Das belegen medizinische Untersuchungen an versteinerten Kinderskeletten, die in der

¹ Gesterkamp, Thomas, (1988., S. 14)

italienischen Stadt Herculaneum ausgegraben wurden.(...) Die Ergebnisse der Forschungen stellte der italienische Anthropologe Luigi Capasso vom Nationalen Archäologischen Museum in Chieti im britischen Medizinjournal 'The Lancet' vor. Danach fanden die Forscher schwere Schäden an den Knochen, die auf regelmäßige körperliche Arbeit vor allem mit den Muskeln der Kopf- und Schulterregion schließen lassen. Die stärksten Verformungen entdeckten sie bei den Kindern im Alter von acht und neun Jahren.“¹

Ausgehend von der Annahme, dass aufgrund der Arbeitslosigkeit der Eltern materielle Einschränkungen im Haushalt notwendig sind, möchte ich mich in Anlehnung an das nachfolgende Zitat in diesem Zusammenhang eingehend mit der Problematik der Kinderarbeit auseinandersetzen.

"Kinder schuften bereits um 5 Uhr früh

(...) Verbotene Kinderarbeit gibt es nach Darstellung des deutschen Kinderschutzbunds auch in Deutschland. Der Präsident der Organisation, Heinz Hilgers, sagte, daß mehr als 500.000 Kinder verbotene Arbeit leisteten. So arbeiten viele morgens um 5 Uhr auf dem Großmarkt und trügen um 6 Uhr früh Zeitungen aus. Diese Kinder säßen erschöpft in der Schule und können dem Unterricht nicht folgen. (...)“²

Bereits 1988 legte der Ausschuss für Jugendarbeitsschutz beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Münster eine interessante Untersuchung zu diesem Themenbereich vor, auf die ich in diesem Kapitel noch einmal zurückkommen werde.

Zum historischen Aspekt der Problematik „Kinderarbeit“ möchte ich hier folgende Ausführungen machen: Für die frühe Neuzeit (Mitte 15. bis Ende 17. Jahrhundert) berichtet Münch folgendes: Kinderarbeit war in fast allen Ständen und Berufen üblich, außer im Adel und höheren Bürgertum; die Kinder aus diesen Schichten der Gesellschaft nutzten den Tag zur umfangreichen Bildung.

¹ Süddeutsche Zeitung vom 14.11.1998, S. 12.

² WAZ v. 17.09.1994

Bauern-, Handwerker- und Kaufmannskinder wurden von klein auf nicht weniger zu Arbeiten und Diensten herangezogen als Kinder in den Heimarbeiterfamilien, den Waisenanstalten, Zuchthäusern und Industrieschulen. Dagegen erfolgte die Ausbildung adliger Söhne, aber auch von Kaufmanns- und Handwerkersöhnen teilweise in befreundeten Häusern, bei Geschäftspartnern oder fremden Meistern. Mit der Teilhabe an der Arbeitswelt der Erwachsenen öffnete sich den Kleinen die Chance zu einer frühen gesellschaftlichen Integration. Andererseits nahm sie den meisten Kindern das Recht auf jene ungestörte Phase des Wachsens und Reifens, die von den Aufklärern des pädagogischen Jahrhunderts fast wie ein Grundrecht eingefordert wurde. Allerdings scheint es im Gegensatz zur planmäßigen Ausbeutung von Kindern während der Industrialisierungsphase des 19. Jahrhunderts nur in wenigen Wirtschaftszweigen zur organisierten Kinderbeschäftigung gekommen zu sein. Dies geschah in den Waisen-, Zucht- und Korrektionshäusern mit geregelten Arbeitszeiten, wenn sie mit dem Manufakturwesen verbunden waren. Disziplinierung der Kinder und Erziehung zur Arbeit waren die Absichten solcher Häuser. Viele von ihnen verfolgten darüber hinaus sozialfürsorgliche Ziele. Zur Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft im großen Stil kam es häufiger in der Landwirtschaft. Die Kinder landarmer Lohnarbeiter auf den großen ostelbischen Gütern mussten schon früh ihren Unterhalt mit Arbeiten im Haus und Stall verdienen.¹

„ Die Beschäftigung von Kindern in Fabriken hat ihre Vorläufer in der Landwirtschaft und der Heimindustrie. Es war selbstverständlich, daß der Bauer seine Kinder zur Arbeit mit aufs Feld nahm, daß der heimgewerbetreibende Handwerker seine Söhne in der Werkstatt beschäftigte und Mütter ihre Töchter zu Tätigkeiten in Haus und Hof heranzogen. Je früher ein Kind mitarbeiten konnte, um so besser für die Familie. Kinder waren billige Hilfskräfte, sie waren häufig der einzige 'Reichtum' der armen Bevölkerung, und so früh als möglich mußten sie sich ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten. Fand ein Kind keine Arbeit im

¹ Vgl. Münch, Paul, Lebensformen in der frühen Neuzeit, 1500-1800, Berlin 1992, S. 355ff.

elterlichen Haus, mußte es beim Nachbarn aushelfen oder wurde auf die Straße geschickt, um zu betteln und sonst wie sein Auskommen zu finden."¹

Um nicht zu verhungern, schickten die Familien ihre Kinder zum Arbeiten. Im März 1839 schrieb Friedrich Engels² in seinen Briefen aus Wuppertal:

„In Elberfeld allein werden von 2500 schulpflichtigen Kindern 1200 dem Unterricht entzogen und wachsen in den Fabriken auf, bloß damit der Fabrikherr nicht einem Erwachsenen, dessen Stelle sie vertreten, das doppelte des Lohnes zu geben nötig hat, das er dem Kinde gab.

Selbst Kinder unter 9 Jahren mußten tägliche Schwerarbeit bis zu 14 Stunden leisten.“

Damit die Kinder, die in den Fabriken arbeiteten, nicht völlig ohne Schulbildung blieben, wurden in manchen Fabriken „Fabrikschulen“ eingerichtet.

Aus der Schulordnung einer Fabrikschule in Sachsen:

„ Ordnung einer Fabrikschule in Sachsen

1 8 3 4

Der Schulunterricht wird täglich zwei Stunden erteilt, von Nachmittag ein Viertel auf Vier bis ein Viertel auf Sechs Uhr.

Lehrgegenstände sind:

I. Religion

II. Biblische Geschichte

III. Lesen in der Bibel

IV. Lesen im Gesangbuche

V. Unterricht in den in § 29 der Hohen Verordnung zum Schulgesetz bezeichneten

¹ Engels, Friedrich, in: Der Oberbürgermeister, Historisches Zentrum Wuppertal, Historisches Museum Wuppertal, o. J., o. S.

² Engels, Friedrich, Briefe aus dem Wuppertal, in: Ogger, Günter, Die Gründerjahre, München 1995, S. 41.

Lehrgegenstände

VI. Schönschreiben

VII. Rechtschreiben

VIII. Kopf- und Tafelrechnen

Da täglich nur zwei Stunden Unterricht ertheilt werden kann, so können Schulferien nicht stattfinden.“¹

Es lässt sich beispielsweise bis ins 16. Jahrhundert rekonstruieren, dass im Bergbau frühzeitig einer unter dem Schleier des Lehrlingstums verborgenen Kinderarbeit zu begegnen war. Die Fiktion der Lehrverhältnisse wurde bis ins 18. Jahrhundert aufrechterhalten.² Neben dem Bedarf der familiären Unterstützung ist ein weiterer Hauptgrund der Kinderbeschäftigung, dass es sich bei den jungen Menschen um billige Arbeitskräfte handelte.

*„Viele Kinder sind ein Reichtum einer Fabrikantenfamilie (=Arbeiterfamilie). Vom 6.ten an, können sie schon ihr Brod mit Spuhlen, Spinnen, Sortiren, Abzählen, Aufwicklen u.s.w. verdienen. Nur ist zu bedauern, daß sie dadurch zu sehr im Unterrichte vernachlässigt werden. Unter denjenigen Kindern, welche jährlich konfirmirt werden, finden sich viele, die kaum buchstabiren, geschweige denn lesen können. Man findet erwachsene Leute, die gar nicht unterrichtet und konfirmirt sind. Es wäre deswegen zu wünschen, daß auch in den hiesigen Fabrikgegenden die englischen Sonntagsschulen nachgeahmt würden.(...) In den Kreisen Düsseldorf, Elberfeld, Lennep, Solingen und Kempen findet Unterricht für die Fabrikkinder höchstens des Abends statt, im Kreise Solingen nur, wenn die Arbeit nicht dringend ist. Im Kreise Gladbach wird im Fabrikgebäude täglich 2 Stunden Unterricht erteilt, in den übrigen Kreisen des Regierungsbezirks nur des Sonntags oder des Abends.“*³

¹ Aus dem Reisebericht des Geheimen Regierungsrates Keller, in: Kuczynski, Jürgen, Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland 1750-1939 Berlin(Ost) S. 44ff.

² Vgl. Sombart (1987, S. 839f.).

³ Der Oberstadtdirektor der Stadt Wuppertal, Historisches Zentrum (o. J., o. S.).

Die beherrschende Geistesrichtung der frühen Industrialisierungsphase des 19. Jahrhunderts war der Liberalismus, der die freie Entfaltung des einzelnen Menschen verlangte.

„Durch die Verallgemeinerung des Zusammenhangs der Menschen durch ihre Bedürfnisse, und der Weisen, die Mittel für diese zu bereiten und herbeizubringen, vermehrt sich die Anhäufung der Reichtümer, denn aus dieser gedoppelten Allgemeinheit wird der größte Gewinn gezogen -auf der einen Seite, wie auf der anderen Seite die Vereinzelung und Beschränktheit der besonderen Arbeit damit die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse, womit die Unfähigkeit der Empfindung und des Genusses der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vorteile der bürgerlichen Gesellschaft zusammenhängt.“

Weiterhin resümiert Hegel:

„Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“¹

Von hier war der Schritt zu Karl Marx und Friedrich Engels nicht groß, die in der bürgerlichen Gesellschaft „Armut und Reichtum zu einem Ganzen“ zusammengefasst sahen, das in sich gegensätzlich sei.² Die Wirtschaft sollte sich frei entfalten, frei vor allem von staatlichen Eingriffen. Im hemmungslosen Wettbewerb unterlag jedoch der Schwache. Dies galt auch für die Arbeiter, die zu vielen Tausenden vom Lande in die Städte strömten.

„Wer in einer bereits in Besitz genommenen Welt geboren ist, hat, falls er von seinen Verwandten, an die er Forderungsrechte hat, keine Existenzmittel erlangen kann und

¹ Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, Rechtsphilosophie, §§ 243 u.245, In: Hegel Werke, Frankfurt/M. Bd. 7, S. 389f.

² Vgl. Marx, Karl u. Engels, Friedrich, (1968., Berlin, S. 36f.).

falls die Gesellschaft seine Arbeit nicht braucht, kein Anrecht auf die geringste Menge Nahrungsmittel, und er hat tatsächlich auf dieser Welt nichts zu schaffen. An dem großen Bankett der Natur ist für ihn kein Tisch gedeckt."¹

Das Überangebot an Arbeitskräften und der fortschreitende Ersatz von Arbeit durch Maschinen ließen die Löhne unter den Betrag sinken, den eine Familie für ihre Existenz benötigte (Existenzminimum). Die Folge war, dass Frauen und Kinder zum Unterhalt der Familie beitragen mussten und als billigste Arbeitskräfte in der Fabrikarbeit eingesetzt wurden. Schon 1795 sollen in England von den 340.000 Arbeitern, die in Baumwollspinnereien tätig waren, allein 10.000 Kinder gewesen sein. In den Bergwerken Großbritanniens wurden Anfang des 19. Jahrhunderts Vierjährige unter Tage eingesetzt. Die einzelnen Handgriffe waren der Größe und den Körperkräften der Kinder angemessen. Die Maschinen wurden teilweise sogar so konstruiert, dass nur Kinder sie bedienen konnten.²

Friedrich Engels³ gehört zu denjenigen Sozialkritikern, die anschaulich und erschreckend realistisch über die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ berichteten:

„ In den Kohlen- und Eisenbergwerken arbeiten Kinder von 4,5,7 Jahren; die meisten Kinder waren über 8 Jahre alt. Sie werden gebraucht, um das losgebrochene Material von der Bruchstelle nach dem Pferdeweg oder dem Hauptschacht zu transportieren und um die Zugtüren, welche die verschiedenen Abteilungen des Bergwerks trennen, bei der Passage von Arbeitern und Material zu öffnen und zu schließen. Zur Beaufsichtigung dieser Türen werden meist die kleinsten Kinder gebraucht, die auf diese Weise 12 Stunden täglich im Dunkeln einsam in einem engen, meist feuchten Gänge sitzen mußten.

¹ Luxemburg, Rosa, Gesammelte Werke, Bd.5, Berlin 1985, S. 574.

² So ist z. B. bei der Mule Jenny genannten Spinnmaschine der Wagen mit den Spindeln so niedrig, daß Neunjährigen sich über ihn beugen können, um die zerrissenen Fäden zusammenzudrehen. Jedes Kind war für mehrere hundert Fäden verantwortlich. Zum Anknüpfen der Fäden wurde die Maschine nicht abgestellt, vielmehr fuhr der Wagen mit den Spindeln 2-3mal pro Minute nach vorne und zurück. Die Kinder mußten also die ganze Zeit vor bzw. hinter ihm herlaufen. Dabei sollen sie pro Tag eine Strecke von ca.30 km zurückgelegt haben.

Vgl. Der Oberstadtdirektor Historisches Zentrum Wuppertal, (o. J., o. S.).

³ Engels, Friedrich, in: Minister f. Arbeit und Soziales des Landes NW, Düsseldorf 1977, S. 21.

Der Transport der Kohlen war dagegen eine sehr harte Arbeit, da dies Material in ziemlich großen Kufen ohne Räder über den holprigen Boden der Stollen fortgeschleift werden mußte und durch Gänge, die zuweilen so eng sind, daß die Arbeiter auf Händen und Füßen kriechen mußten. Zu dieser Arbeit wurden daher ältere Kinder und heranwachsende Mädchen genommen. Das Loshauen, das von erwachsenen Männern oder starken Burschen von 16 Jahren und darüber geschieht, war ebenfalls eine harte und ermüdende Arbeit.

Die gewöhnliche Arbeitszeit betrug 11-12 Stunden, oft länger, und sehr häufig wurde die doppelte Zeit gearbeitet, so daß sämtliche Arbeiter 24 und nicht selten 36 Stunden hintereinander unter der Erde und in Tätigkeit waren. Feste Mahlzeiten sind meist unbekannt, so daß die Leute aßen, wenn sie Hunger und Zeit hatten.“

Anfang des 19. Jahrhunderts sah es in Deutschland ganz ähnlich aus.¹ Der Bericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen über die Arbeitssituation von Kindern in zwei Spinnereien soll dies veranschaulichen:

1

Arbeitszeiten für Kinder in verschiedenen deutschen Bezirken um 1825

Iserlohn	gewöhnlich	14Std.
Dortmund		10-15Std.
Hagen		10-12Std.
Bochum	bis zu	14 1/2Std
Düsseldorf		6 1/2Std
Aachen		8-1Std.
Koblenz		11-14Std
Eslohe		11-13Std.
Köln	11 1/2	-14Std.
Trier		8-14Std.
Breslau		10-14Std.
Frankfurt a.d.O.		7-16 Std.
Liegnitz	bis zu	15Std.
Erfurt		10-14Std.
Merseburg		6-12Std.
Magdeburg		9-10Std.
Potsdam		13-14Std.
Berlin		7-12Std.

Vgl. Stark-von-der Haar, Elke, Arbeiterjugend-heute, Jugend ohne Zukunft, Neuwied 1977, S. 126f.

„Der... Fabrikant besaß zwei Spinnereien, in denen sowohl zur Tages- wie zur Nachtzeit Kinder vom sechsten Jahre an ausgebeutet wurden. In der einen arbeiteten am Tage 96, bei Nacht 65, in der anderen bei Tage 95, bei Nacht 80 Kinder.

Die Arbeitszeit währte am Tage dreizehn, bei Nacht elf Stunden. Dazu kam häufig Sonntagsarbeit. In allen Zweigen der Textilindustrie, dann aber auch in Nadel-, Bronze-, Schnallen-, Panzer-, Tapeten-, Papier-, Porzellan- und anderen Fabriken wurden viele Tausende von Kindern im zartesten Alter, schon vom vierten Lebensjahr, massenhaft abgerackert und nach unmäßiger zehn-, zwölf-, selbst vierzehnstündiger Arbeitszeit gegen einen Tageslohn von ein paar Groschen... einer kurzen Erholung... zugeschleudert“¹.

Wie weit verbreitet und öffentlich bekannt Kinderarbeit war, belegt auch die Tatsache, dass die Figur des arbeitenden Kindes in die Belletristik einging – zum Teil realistisch und drastisch geschildert, zum Teil romantisierend. Der 1863 erschienene Kinderbuchklassiker von Charles Kingsley „Wasserkinder“ beginnt folgendermaßen:

„Es war einmal ein kleiner Schornsteinfeger, der hieß Tom [...] Er weinte, wenn er in die dunklen Schlote steigen mußte und sich die Knie und Ellenbogen wundscheuerte, wenn er Ruß in die Augen bekam, was an jedem Tag der Woche geschah, und wenn er nicht genug zu essen hatte, was ebenfalls täglich der Fall war (...)“².

Der Held des Buches, Tom, ist ein sogenannter „Kletterjunge“, wie die englische Oberschicht damals beschönigend formulierte. Er brauchte für seinen Beruf weder besondere Fähigkeiten noch eine lange Ausbildung. Er und seine Leidensgenossen nahmen die Arbeit zumeist im zarten Alter zwischen vier und zehn Jahren auf. Was diese Form der Arbeit für die Gesundheit der Kinder bedeutete, untersuchte Parcivall Pott (1714-1788), der bedeutendste Londoner Chirurg seiner Zeit, der die erbärmliche Lebenssituation englischer Schornsteinfeger bestens kannte.³ Was Pott beschrieb, war nichts anderes als

¹ Minister f. Arbeit u. Soziales (1977, S. 22).

² Nuland, Sherwin, Wie wir sterben, München 1994, S. 303.

³ „Das Los dieser Menschen“, klagte er, „scheint besonders hart: In der frühen Kindheit werden sie meistens brutal behandelt, sie hungern und erfrieren fast. Man jagt sie in enge und zumeist heiße Kamine hinaus, in

die gefährliche Krebserkrankung, die heute als „Schornsteinfegerkrebs“ oder Carcinoma asbolicum bei den Medizinern bekannt ist. Er wusste nur zu gut, dass dieser Krebs des Hodensacks stets tödlich verlief, von den seltenen Fällen abgesehen, in denen die Wucherung früh erkannt und chirurgisch beseitigt werden konnte. In England, das mit seinen industriellen Ballungszentren bereits an der Wende zum 19. Jahrhundert die wesentlichen Charakterzüge der industriekapitalistischen Entwicklung in den anderen europäischen Nationen vorwegnahm, wurden auch am frühesten gesetzliche Regelungen zur Reduzierung wenigstens der übelsten Auswüchse der neuen Ausbeutungsformen menschlicher Arbeitskraft verabschiedet. Markante Daten dieser Entwicklung waren die gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit im Jahre 1802, das Verbot der bargeldlosen Arbeiterentlohnung mit Firmenprodukten (Trucksystem) im Jahre 1831 und die mit einer gesetzlichen Regelung der Kinderarbeit verbundene Aufhebung der Arbeitssklaverei im Jahre 1833. Im Rahmen dieser Regelung wurde die maximale Wochenarbeitszeit für Kinder unter 13 Jahren auf 48 Stunden, die der Jugendlichen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres auf 69 Wochenstunden festgelegt. Im Jahre 1847 schließlich bildete die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Frauen und Kinder den Höhepunkt und vorläufigen Abschluss des gesetzlichen Ausbeutungsschutzes für Kinder, Jugendliche und Frauen. Obwohl allgemein erkannt wurde, dass Kinderarbeit schädliche Auswirkungen auf die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen hatte, ging sie nur langsam zurück. Einen wichtigen Ausgangspunkt der Sozialpolitik für Kinder bildete Maßnahmen zum Schutze der Kinder, die in der Industrie arbeiten mussten. Sie bezogen sich unter anderem auf die Dauer der Arbeitszeit. Der Protest gegen die Kinderarbeit, den vorab in England-philanthropische Organisationen erhoben, beruhte indessen auch auf moralischen Erwägungen; man wies auf den Zerfall der Sitten hin, den die industriellen Lebensbedingungen für Jungen und Mädchen bewirkten. Darum wurde verlangt, dass die Kinder die Kirche besuchten; daraus entwickelte sich die Forderung nach Schulunterricht.

denen sie sich blaue Flecken holen, sich verbrennen und fast ersticken. Wenn sie in die Pubertät kommen, werden sie seltsam anfällig für eine ekelerregende, schmerzhaft tödliche Krankheit. Auf den Hodensäcken seiner jungen Patienten zeigte sich“ eine oberflächliche, schmerzhaft und ausgefranste böse Entzündung mit harten und erhöhten Rändern; von der Zunft auch Rußwarze genannt. Sie wandert den Samenleiter hinauf in den Unterleib. Dort befällt sie einige Bauchorgane und entfaltet sehr rasch ihre schmerzhaft und zerstörerische Wirkung.“ Ebd., S. 305f.

Sie knüpften an weiter zurückliegende Traditionen der „industrial schools“ und der „workhouses“ angegliederten Unterrichtsanstalten an. Die Ausweitung der Schulpflicht durch Dekrete und schließlich die Erklärung einer allgemeinen Schulpflicht erweist sich im Rückblick als eine der wichtigsten Maßnahmen gegen Kinderarbeit. Die Hauptgegner der Kinderarbeit stammen aber aus dem gebildeten Bürgertum. Es sind in erster Linie Lehrer, Theologen, Mediziner und Beamte. Ihrer Meinung nach haben auch Arbeiterkinder ein Recht auf Schulbildung, Gesundheit und kindgemäße Beschäftigung. Bevor sie ins Arbeitsleben entlassen werden, sollen sie erst in der Schule zu Christen und Untertanen erzogen werden, sie sollten gesund heranwachsen und sich selbstständig entscheiden, in den Fabriken zu arbeiten. Wie solchermaßen der Unterricht allmählich die Arbeit zurückdrängte, lässt sich beispielsweise aus der Entwicklung der englischen Gesetzgebung ersehen. „The Act“ von 1802 verlangte Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen, diejenige von 1834 fixierte ihn auf zwei Stunden täglich. Oft geschah er in fabrikeigenen Schulen, diente allerdings oft lediglich als Alibi und wurde schlecht durchgeführt. Im gleichen Jahr wurde ein System der hälftigen Teilung begonnen („half time“). 1878 wurde dieses für Kinder unter zehn Jahren, 1891 unter elf und 1899 unter zwölf verboten. 1908/1909 gab es große Bemühungen, die fabrikeigenen Schulen für Kinder bis zu vierzehn Jahren zu verbieten. Die allgemeine Schulpflicht war in England 1878 eingeführt worden, in anderen Ländern teilweise früher. Begründet wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Beschränkung der Fabrikarbeit von Kindern mit folgenden Gründen:

1. Die physische Reproduktion der Arbeiterklasse war gefährdet. Sowohl die Arbeiterklasse selbst als auch die Unternehmer hatten ein Interesse an der fortwährenden Reproduktion der Arbeiterklasse.
2. Es gab ein Interesse führender Kreise des Bürgertums und des Staates, der Arbeiterklasse gewisse Elementarkenntnisse zu vermitteln.
3. Ein militärisches Interesse an tauglichen Rekruten manifestierte sich.

„In dem Maße, in dem das Kapital mit der Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit eine Intensivierung der Arbeit durchführte, ging die Fabrikarbeit von Kindern zurück.“

Durch den Einsatz entwickelter und komplizierterer Maschinen änderten sich die Anforderungen an die Arbeitskräfte. Die Handhabung dieser Maschinen machte ein gewisses Maß an schulischer Bildung erforderlich. Zunehmend kämpften auch die Arbeiter vereint für ein grundsätzliches Verbot der Kinderarbeit, was auch seinen Niederschlag in der Gesetzgebung fand."¹

Wenn auch die Kinderarbeit in den Fabriken und Bergwerken nach 1870 auffallend zurückgeht, verringert sie sich in anderen Bereichen der Produktion und im Bereich der Dienstleistungen nur sehr langsam. Das zeigt sich auch anhand der offiziellen Daten nach den Volkszählungen.² Die verheerenden Folgen der Kinderarbeit waren Krankheiten und Frühinvalidität.

Nach der Beschädigung der Kinder im frühen Alter begann der Alterungsprozess von Grubenarbeitern in ihren 20ern und ihre Vergreisung bereits ab den 40er Jahren. Bei vielen Kindern waren Deformierungen ihres Körpers auszumachen. Durch verbesserte Bandagietechniken, orthopädische Apparate, Prothesen, Schienen sowie Bruchbänder wurde dieser Problematik entgegengewirkt. Um die Jahrhundertwende gab es im Deutschen Reich mehr als 100.000 jugendliche „Krüppel“, von denen 50.000 heimbedürftig waren. Ihnen standen aber nur 4.000 Heimplätze zur Verfügung. Heute ist bekannt, warum sich diese Folgen zwangsläufig einstellen mussten und auch heute würden sie sich wohl noch einstellen, gäbe es keinen Jugendarbeitsschutz.

Das 1960 in Kraft getretene Jugendarbeitsschutzgesetz hat sich folgende Ziele gesetzt:

„Der Zweck des JASchG (Jugendarbeitsschutzgesetzes) ist, Kinderarbeit möglichst ganz auszuschalten, jede übermäßige Beanspruchung Jugendlicher zu verhindern, Gesundheit

¹ Stark-von-der Haar (1976, S. 126).

² Kinderarbeit im Deutschen Reich 1882-1933

	männlich	weiblich	zusammen
1882	320.270	203.888	524.158
1895	130.289	84.669	214.958
1907	157.472	121.666	279.138
1925	123.464	93.444	216.908
1933	67.591	53.742	121.333

Vgl. Hubbard, William, Familiengeschichte, München 1983, S. 162.

*und Arbeitskraft der Beschäftigten zu erhalten und zu fördern, die erforderliche Freizeit und Ausbildung zu gewährleisten und eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung der beschäftigten Jugend sicherzustellen."*¹

Jugendliche sind keine „kleinen Erwachsenen“. Das äußere Erscheinungsbild verleitet gern zu der trügerischen Annahme, der Jugendliche sei ebenso leistungsfähig wie der Erwachsene. Aber der Eindruck, vor allem hervorgehoben durch das früher einsetzende Größenwachstum, täuscht:

- Gerade das beschleunigte Größenwachstum ist begleitet von unzureichender Festigkeit des Skeletts sowie zurückbleibender Entwicklung des Bandapparates und der Muskulatur.
 - Männer erreichen erst mit etwa 25 Jahren ihre volle Muskelkraft. 15-jährige Jungen erzielen erst 60% des Optimums, 18-jährige 85%.
 - Jugendliche haben gegenüber Erwachsenen eine geringere Handgeschicklichkeit. Deren volle Ausprägung erreichen Jungen erst im Alter von 21 Jahren, Mädchen etwas später. Bei kleinerer Körpergröße ist auch das Greiffeld eingeschränkt.
 - Jugendliche ermüden schneller als Erwachsene. Die Grenze für Dauerbelastungen ist also niedriger. Gleichzeitig erholt sich der Jugendliche langsamer. Dies äußert sich in einem größeren Schlafbedarf.
 - Die im Wachstum befindliche Muskulatur benötigt mehr Sauerstoff. Der größere Bewegungsdrang von Kindern und Jugendlichen ist äußerer Ausdruck dieser Tatsache.
 - Der Jugendliche hat ein kleineres Herz als der Erwachsene. Bei Belastungen muss sein Herz die Schlagfrequenz und damit auch den eigenen Sauerstoffbedarf erhöhen. So vergrößert sich die Gefahr einer Unterversorgung des Herzmuskels mit Sauerstoff.
- Bevor diese Erkenntnisse jedoch von allen anerkannt wurden und sich in Gesetzen niederschlugen, musste noch ein langer, beschwerlicher Weg zurückgelegt werden. Nur allmählich wurden Bestimmungen zum Schutze der Kinder und Jugendlichen erlassen. Was heute beim Jugendarbeitsschutz als selbstverständlich gilt, ist nur sehr mühsam nach und nach zustande gekommen. Erstmals wandte sich 1818 der preußische Kultusminister

¹ Model, Otto, Staatsbürger 1976, S. 633.

gegen die völlige Freiheit der Wirtschaft bei der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen. Er forderte unter Einschaltung des Handelsministers einige rheinische Regierungspräsidenten zur Berichterstattung auf, zog jedoch aus den erschreckenden Informationen keine Konsequenzen.

Erst ein Bericht des Generalleutnants von Horn aus dem Jahre 1828 an den preußischen König über den miserablen Gesundheitszustand der jungen Rekruten in den Industriegebieten kann als erster ernsthafter Anstoß für staatliches Eingreifen angesehen werden. Bemerkenswert an diesem Bericht des Generalleutnants ist, dass nicht medizinisch-biologische oder sozialpolitische Betrachtungen im Vordergrund stehen, sondern rein militär-politische Gesichtspunkte der Grund für die Intervention darstellen.

„Den Militärs fällt auf, daß in fabrikreichen Gegenden die jungen Männer häufiger verkrüppelt sind und weniger zum Wehrdienst taugen als aus anderen Gebieten. Sie führten das auf die in jungen Jahren beginnende Arbeit in Fabriken zurück.“¹

Immerhin aber bewirkten dieser Bericht und weitere Schreckensmeldungen über die Kinder- und Jugendarbeit in den Fabriken, dass 1839 die erste gesetzliche Maßnahme gegen die Kinderarbeit erlassen wurde:

„Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken“: (Auszug)
‘... Die Stände-Versammlung, in welcher das Interesse der Industrie vollständig vertreten war, hat daher erkannt, daß es notwendig sei, die ohne Zweifel schon stattgehabten Bestrebungen der Regierung dadurch zu unterstützen, daß von dem Königs Majestät die Erlassung eines Gesetzes erbeten wurde:
1. daß kein Kind vor dem vollendeten neunten Jahre zur Arbeit in den Fabriken bestimmt werden solle;

¹ Der Oberstadtdirektor Historisches Zentrum Wuppertal, (o. J., o. S.)

2. daß die Kinder vor ihrem Eintritt in eine Fabrik einen dreijährigen Schulbesuch nachweisen sollen, insofern nicht örtliche Verhältnisse, welche von der Ortsobrigkeit untersucht und festgestellt werden sollen, eine Abweichung hiervon nötig machen;
3. daß die Kinder höchstens 10 Stunden zur Arbeit in den Fabriken angehalten und
4. ihnen zwischen diesen 10 Arbeitsstunden zwei Freistunden, von welchen die eine um die Mittagszeit mit Bewegung in freier Luft gewährt werden sollen."¹

Die folgende Übersicht gibt die wichtigsten Entwicklungsstufen des Jugendarbeitsschutzes in Deutschland wieder:

-1839 Preußisches Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken

Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren in Fabriken und Bergwerken;
Höchst Arbeitszeit Jugendlicher unter 16 Jahren 10 Stunden täglich; teilweise Verbot von Nacht- und Sonntagsarbeit

-1853 Fabrikgesetz (Preußen)

Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in der Fabrik, Höchst Arbeitszeit Jugendlicher unter 14 Jahren 6 Stunden, unter 16 Jahren 10 Stunden täglich²

-1891 Arbeitsschutzgesetz

Beschäftigungsverbot für Kinder unter 13 Jahren

-1903 Gesetz betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben

Erstes besonderes Arbeitsschutzgesetz für Kinder

-1938 Jugendschutzgesetz

Zusammenfassung verstreuter Arbeitsschutzbestimmungen für Kinder und Jugendliche in einem einheitlichen Gesetz, Erweiterung des Geltungsbereichs der Arbeitsschutzvorschriften auf noch nicht erfasste Wirtschaftszweige, erste gesetzliche Urlaubsregelung für Jugendliche; Haus-, Land-, Forstwirtschaft und Schifffahrt blieben ausgeklammert.

-1960 Jugendarbeitsschutzgesetz

-1976 Jugendarbeitsschutzgesetz, Neufassung

¹ Der 5.Rheinische Landtag, Übersicht über Verhandlungen und Anträge, Koblenz 1836, S. 23f.

² Vgl. Wochenschau Nr. 1, Kinderarbeit, Frankfurt/M. 2000, S. 20.

Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976 berücksichtigt im wesentlichen die notwendige Anpassung des Jugendarbeitschutzes an die sozial- und bildungspolitischen Veränderungen seit 1960, also z.B.

- 40-Stunden- und Fünf-Tage-Woche
- Urlaubserhöhung für erwachsene Arbeitnehmer
- Einführung des 9. Pflichtschuljahres
- Anerkennung des Berufsschulunterrichts (Blockunterricht)

Das Gesetz wurde in der Regierungserklärung vom 18.01.1973 angekündigt. Regierung und CDU/CSU-Opposition brachten getrennte Gesetzesentwürfe ein. Das jetzt gültige Gesetz ist ein Kompromiss, der entsprechend dem Antrag des Vermittlungsausschusses vom 18.03.1976 zustande kam und einmütig verabschiedet wurde. Nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz dürfen Kinder unter 13 Jahren nicht jobben. Ausnahme: Mit besonderer Erlaubnis dürfen sie bei Theatervorstellungen oder bei Foto-Film-, Fernseh- und Hörfunkaufnahmen beschäftigt werden. Kinder, die älter als 13 aber noch nicht 15 Jahre alt sind, dürfen bis zu zwei Stunden am Tag arbeiten. Bedingung ist, die Eltern sind einverstanden, und es muss eine leichte, für die Kinder geeignete Tätigkeit sein. Dazu zählen Babysitting, Nachhilfeunterricht, Austragen von Zeitungen und Werbeprospekten, etc.. Allerdings: Nach den Buchstaben des Gesetzes dürfen Kinder vor dem Schulunterricht und nach 18 Uhr auch diese Jobs nicht mehr machen. Schulpflichtige Jugendliche im Alter von 15 bis unter 18 Jahren können während der Schulferien bis zu einem Monat im Jahr an fünf Tagen in der Woche ganztags arbeiten. Außerdem dürfen sie ab 6 Uhr morgens bis 20 Uhr arbeiten, insgesamt jedoch nur maximal 40 Stunden in der Woche. Alle gefährlichen Tätigkeiten und auch Akkordarbeit sind für Kinder und Jugendlichen grundsätzlich verboten. Zur Situation der Kinderarbeit in der Arbeiter- und Landbevölkerung in den 60 er und 70 er Jahren dieses Jahrhunderts in Deutschland stellt Roth in diesem Zusammenhang folgendes fest:

„Die Verelendung der Arbeiterklasse und die 'soziale Vererbung des sozialen Schicksals' auf die künftigen Arbeitergenerationen läßt sich an vielen Beispielen dokumentieren,

Kinderarbeit zählt dazu. Gerade bei kinderreichen Arbeiterfamilien, aber auch bei Familien auf dem Lande führt die Verelendung dazu, daß die Kinder mitarbeiten müssen, 'um über die Runden zu kommen'. Dem stehen formal staatliche Gesetze entgegen. Um die künftige Verwertbarkeit der Arbeitskraft nicht schon früh zu verbrauchen, so daß die erforderliche spezifische Berufsqualifikation nicht erreicht und die Verwendung im Produktionsprozeß gefährdet werden könnte, wurde in der BRD Kinderarbeit verboten."¹

Doch gerade Kinderarbeit hilft Familien, die in ökonomischer Verelendung leben, Familien, in denen der Vater entlassen wurde oder krank ist, aus der ständigen aktuellen Notsituation des Elends kurzfristig zu entweichen. Das heißt: Neben der Verwendung des staatlichen Kindergeldes sind viele Familien auf die Mitarbeit ihrer Kinder angewiesen. Darüber hinaus sind viele Kinder als billige Arbeitskräfte in Kleingewerbebetrieben, wie Handwerker-betrieben, Lebensmittelgeschäften, Schuhmachereien, Bäckereien oder Gastwirtschaften bzw. in landwirtschaftlichen Betrieben ein willkommener Faktor, um die Lohnkosten drücken zu können.²

„In der BRD müssen nach Angaben des Deutschen Kinderschutzbundes 700.000 Kinder unter 15 Jahren arbeiten. Nur zum Teil handelt es sich dabei um Jobs für eigene Wünsche, um bei sonst unerschwinglichen Konsumgegenständen noch mithalten zu können. In Kneipen, Länden, Bauernhöfen, Gärtnereien, auf Märkten usw. wird unter dem zunehmenden Konkurrenzdruck verstärkt kindliche Arbeitskraft im Familienverband eingesetzt. Am häufigsten aber müssen Kinder von Sozialhilfeempfängern, besonders von Alleinerziehenden, illegale Beschäftigungsverhältnisse eingehen. So erklärte ein Mitarbeiter des Duisburger Jugendamts: ‘ Es besteht die Gefahr, daß Kinder im Zuge der Verarmung ganz bestimmter gesellschaftlicher Schichten konkret zum Lebensunterhalt der Familien beitragen müssen ‘ (...)“³

¹ Roth, Jürgen, Armut in der Bundesrepublik, Frankfurt 1974, S. 150.

² Ebd., S. 150

³ Kurz (1999, S. 702).

Das Problem der Kinderarbeit kann in der heutigen Gesellschaft nicht länger verdrängt werden. Viele regionale und überregionale Untersuchungen aus jüngerer Zeit decken eine Vielzahl von Kinderarbeitsformen auf. Die Ergebnisse zeigen, dass viel Alltägliches zutage tritt, das wir nur nicht als Kinderarbeit erkannt oder an dem wir vielleicht sogar bewusst und verschämt vorbeigesehen haben. Illegale Kinderarbeit hat dramatisch zugenommen. Nach Schätzungen des Deutschen Kinderschutzbundes leisteten Ende der 80er Jahre mindestens 400.000 Kinder im Alter von 12 bis 15 Jahren verbotene Arbeit. Der Kinderschutzbund stützt sich auf Untersuchungen, die seit 1987 in Nordrhein-Westfalen durchgeführt worden sind. Eine erste Untersuchung der Universität Münster und des Gewerbeaufsichtsamtes der Stadt im Münsterland brachte Ergebnisse zutage, die Walter Bärsch, Präsident des Kinderschutzbundes zu Recht als „Skandal“ bezeichnet. Die Münsteraner Soziologen hatten Fragebögen an 173 Schulen (76 Hauptschulen, 37 Realschulen, 39 Gymnasien und 21 Sonderschulen f. Lernbehinderte) in Münster sowie den Kreisen Warendorf und Steinfurt verteilt. Knapp 3000 Schüler antworteten: 54,6 Prozent von ihnen hatten bereits Erfahrungen mit regelmäßiger Arbeit, bei etwa 27 Prozent handelte es sich um eindeutig verbotene Arbeit.

Schlimmer noch: Etwa ein Zehntel der betroffenen Kinder war erst zwischen 8 und 14 Jahren alt.

„Die Folgen offenbaren sich in der Schule. (...) Es schlägt bei vielen auf die Konzentration. Oder sie ließen den Unterricht gleich ausfallen. Ein Teufelskreis: Mangelnde Bildung führt zu schlechten Chancen im Beruf -die Sozialhilfe droht.“¹

Und: Nicht nur Kleinbetriebe nutzen Minderjährige als Hilfsarbeiter. Auch Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten scheuen nicht davor zurück.²

Ähnliche Tendenzen stellte auch eine zweite Studie fest, die das Hessische Arbeits- und Sozialministerium im selben Jahr vorlegte. In Marburg gingen 24 Prozent aller befragten

¹ WAZ vom 01. Juli 2000.

² Vgl. Ausschuß f. Jugendarbeitsschutz, Untersuchung zur verbotenen Kinderarbeit im Aufsichtsbereich des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Münster, Münster 1988, S. 12ff.

Schüler, in Wiesbaden sogar fast 30 Prozent einer verbotenen Arbeit nach. Auch in Berlin und Brandenburg, wo im Laufe des Jahres Fragebögen an Schüler verteilt wurden, sind die Sozialbehörden nach dem ersten Durchgang der Ergebnisse überrascht: Verbotene Kinderarbeit gehört zum Alltag vieler Schüler. Besonders hoch im Kurs sind Dienstleistungen wie Kistentragen in kleineren Geschäften und Reinigungsarbeiten. Bei den meisten Erwachsenen hält sich hartnäckig die Einstellung, dass Arbeit noch keinem geschadet habe. Überdies drängen die Kinder oft selbst auf einen Hilfsjob. Nicht nur um etwas Geld zu verdienen, auch um aus dem Alltag rauszukommen. Aber die Arbeit, der Deutschlands Kinder nachgehen, ist meist weder eine Herausforderung noch ein pädagogischer Gewinn, sondern vor allem Monotonie. So stellt die Hessen-Studie fest:

„Kinderarbeit ist in den meisten Fällen unqualifizierte Hand- und Beinarbeit, bei der teils auch mit gesundheitsgefährdenden Stoffen umgegangen wird. Was durch sie eingeübt wird, ist eine Erwerbsorientierung, die gegenüber den Arbeitsinhalten weitgehend gleichgültig ist.“¹

Seit Jahr und Tag decken die Gewerbeaufsichtsämter bei regelmäßigen Betriebskontrollen oder Sonderaktionen Verstöße gegen das Verbot der Kinderarbeit auf. Dabei muss es sich nicht immer gleich um so spektakuläre Fälle handeln wie bei dem 14-jährigen Jungen, der vom Gewerbeaufsichtsamt Duisburg aufgegriffen wurde und an unselige Zeiten des Manchester-Kapitalismus erinnert: Das ausländische Kind (Italiener) war polizeilich nicht gemeldet, besuchte keine Schule, arbeitete jedoch täglich zehn Stunden ohne Versicherungsschutz in einem Reinigungsunternehmen für Fleischverarbeitungsbetriebe. Die Feststellungen der Gewerbeaufsichtsämter lauten normalerweise lapidar: In einer Videothek, die auch pornographische und gewaltdarstellende Filme anbietet, wurde ein Kind mit dem Verkauf und dem Verleih von Videokassetten beschäftigt. Der Besitzer einer Gaststätte ließ eine 14-jährige Schülerin während der Schulferien mindestens zwei Wochen lang in der Zeit von 11.00 bis 22.00 Uhr als Aushilfskellnerin arbeiten. In einer

¹ DIE ZEIT vom 11.1.1984, Hamburg 1984, S. 22.

Papiersackfabrik arbeitete ein vollzeit-schulpflichtiger Schüler als Aushilfskraft.¹ Wer kennt sie nicht, die Kinder und Jugendlichen, die im Supermarkt die Einkaufswagen zusammenschieben, die am Sonntagmorgen die Werbezeitung verteilen und die für Betriebe oder Haushalte Botengänge erledigen. Wenn dies ab und zu zur Aufbesserung des Taschengeldes stattfindet, hat niemand etwas dagegen. Bei mehr als 4 Mio. Arbeitslosen in der Bundesrepublik und mehr als 3 Mio. Sozialhilfeempfängern gibt es jedoch offenbar immer häufiger unter dem Vorzeichen der Familienarmut den Druck auf Kinder, zum Familieneinkommen regelmäßig beizutragen.

Wenn aber die Arbeitslosigkeit von Vater oder Mutter dazu führt, dass Kinder sich gezwungen sehen, durch ihre Arbeit das schmale Familienbudget aufzubessern, dann können aus Kinderarbeit sehr schnell ernste Belastungen erwachsen, weil für Erholung, Spiel und Schularbeit nicht die erforderliche Zeit bleibt.

„Damals ging's mit der Schule ziemlich bergab.[...] Mit etwa 30 Stunden Unterricht plus Hausaufgaben kommen Kinder leicht auf eine 40 Stunden-Woche. 'Wer dann noch arbeitet, hat keine Zeit zur Erholung oder muß die Schule vernachlässigen', weiß die Expertin vom Kinderschutzbund.“²

Gerade die Regelmäßigkeit, mit der Kinder das Familieneinkommen „aufzubessern“ versuchen, ist es, die zunimmt, und die dann die Einstufung unter den Faktor „Kinderarbeit“ erforderlich macht. Natürlich ist die Dunkelziffer groß und wahrscheinlich nur schwer erfassbar -dennoch dürften es aus den angeführten Untersuchungen mehrere zehntausend Kinder sein, die auf diese Weise belastet sind. Viele Lehrer, so stellten z.B. die Forscher der Universität Münster fest, waren vollkommen überrascht. Mit einem Mal konnten sie sich erklären, warum Schüler im Unterricht schliefen und abwesend waren. Gustav Eichelmeyer, Lehrer aus dem westfälischen Lengerich, war 'sprachlos', als er vor einigen Jahren erstmals mit seinen Schülern das Thema Kinderarbeit im Unterricht besprach:

¹ Vgl. Ausschuß für Jugendarbeitsschutz (1988, S. 22ff.).

² terre des hommes, Schuftan statt spielen, Osnabrück 1993, S. 36.

„Es hat mich fast vom Stuhl gehauen, als ich hörte, daß der größte Teil meiner Schüler in einem Umfang arbeitet, der mich schauern ließ. Ich erfuhr von vier Stunden Zeitungen austragen, Tag für Tag vor der Schule, von regelmäßiger Arbeit in einer Wäscherei, von Aufsichtstätigkeiten in einem Vergnügungspark und vom Arbeiten als Abräumer in (...) der Gastronomie.“¹

Erschreckend ist, dass Arbeitgeber keine Angst vor Bestrafung zu haben brauchen. Den Gewerbeaufsichtsämtern fehlt es an Personal, um nach illegaler Kinderarbeit zu fahnden. Zwischen 1984 und 1988 wurden in Hessen gerade 27 Verstöße registriert, 415 waren es in NRW. Und wenn ein

„ ‘ schwarzes Schaf ‘ erwischt wird, kommt es mit einem Bußgeld zwischen 100,-bis 800,- DM davon (nach Angaben der Bundesregierung).’Das zahlen die Firmen aus der Portokasse.’“²

Kinderarbeit -nimmt man diesen Begriff wahr, denkt man an Indien und Pakistan, dort wo unsere Teppiche für unsere Zimmer geknüpft und gefärbt werden, oder aber Südamerika, wo die Kinder die Schuhe der Touristen blank putzen. Kinderarbeit -hört man diesen Begriff, so denkt man unwillkürlich an Länder südlich der Alpen (Italien, Spanien etc.), dort, wo die Jungen und Mädchen unsere „Gäste“, die hier in der BRD arbeiten, leben. Dort ist nach der gängigen Vorstellung vieler Bundesbürger die Kinderarbeit an der Tagesordnung. Der soziale Missstand der Kinderarbeit wird evtl. in den alten Industriesiedlungen (Slums) in Großbritannien vermutet.³ Kinderarbeit in der BRD-dies wird schlicht geleugnet. Fachleute, die versuchen das Gegenteil zu beweisen, werden als „Nestbeschmutzer“ hingestellt.

¹ DIE ZEIT v.11.1.1994, S. 22.

² Terre des hommes (1993., S. 35).

³ DIE ZEIT vom 10.06.1988, S. 41.

Obwohl diese Kinderarbeit in der Bundesrepublik verboten ist, wird ständig in bundesdeutschen Zeitungen darüber berichtet.¹ Selbst Kommunen bedienen sich der Kinder, z. B. bei Verkehrszählungen.²

Zusammenfassend lässt sich für meine Arbeit feststellen, dass bei einer weiter anhaltenden bzw. steigenden Arbeitslosigkeit damit zu rechnen ist, dass die Anzahl der Kinder (momentan vermutet man über 500.000 Kinder, die einer illegalen Arbeit nachgehen), die zur Aufbesserung des Haushaltetats beitragen müssen, in Zukunft weiter ansteigen wird.

3.7.3.3 Die Versorgungs- und Gesundheitslage - Theoretische Grundlagen sozialepidemiologischer Forschung-

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts befasste sich die Epidemiologie mit dem akuten Ausbruch infektiöser Krankheiten, den sogenannten Epidemien. Heute ist Epidemiologie ein Wissenschaftszweig innerhalb der Medizin, der weit über die Seuchenbekämpfung hinausgeht. Gegenstand epidemiologischer Forschung bildet einerseits die Häufigkeit des Auftretens von Krankheit und Gesundheitsstörungen (d.h. auch chronische und psychische Krankheiten) und andererseits die Ermittlungen der Ursachen von Krankheiten, Unfällen und Sterbefällen. Es geht also um die Erforschung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten der Krankheitsentstehung innerhalb der Bevölkerung.³ Eine umfassende Definition gibt Manfred Pflanz. Er versteht unter Epidemiologie einen

*„Wissenschaftszweig, der sich mit der Verteilung von psychologischen Variablen sowie von Krankheiten und deren physikalischen, chemischen, psychischen und sozialen Determinanten und Folgen in der Bevölkerung befaßt“.*⁴

¹ Ebd.v.11.1.1994 u. WAZ vom 17.09.1994.

² Vgl. Ausschuß f. Jugendarbeitsschutz, (1988, S. 10).

³ Vgl. Schär, Meinhard, Epidemiologische Studien: in: Blomke, Maria, Ferber, Christian u. a., Handbuch der Sozialmedizin, Stuttgart 1975, S. 438.

⁴ Ebd., S. 438

Die Daten epidemiologischer Studien sollen wichtige Entscheidungshilfen für die Planung im Bereich des Gesundheitswesens liefern.¹ Thoma fasst in diesem Zusammenhang drei wesentliche Aufgaben der Epidemiologie zusammen:

- Erweiterung der medizinischen Kenntnisse
- Erkennung gefährdeter Personengruppen
- Kontrolle medizinischer Maßnahmen

Bezüglich der Zielsetzung epidemiologischer Untersuchungen lässt sich folgende Einteilung treffen:²

-die deskriptive Epidemiologie beschränkt sich auf das zahlenmäßige Erfassen von Daten über die Morbidität und die Mortalität innerhalb ausgewählter Populationen anhand von Morbiditäts- und Mortalitätsstatistiken.

-die analytische Epidemiologie befasst sich mit der Ermittlung der Ursachen von Gesundheitsstörungen. Hierbei wird zwischen prospektiven und retrospektiven Verfahren unterschieden. Bei einer retrospektiven Studie geht man von einer gegebenen Gruppe bereits erkrankter Personen aus und versucht rückblickend mögliche Bedingungen der Entstehung oder des Verlaufs von Krankheiten durch Anamnese, Krankenblätter, Gutachten usw. festzustellen.³ Zwei Methoden der Retrospektivstudien sind Fall-Kontroll-Studien und Querschnittsstudien bzw. Feldstudien. Ausgangspunkt von Prospektivstudien bilden gesunde Probanden, die vermuteten Krankheitsursachen ausgesetzt sind. Durch Beobachtung über längere Zeit wird das Auftreten der Krankheit, die den Gegenstand der Erhebung bildet, bei exponierten und nicht exponierten Personen erfasst.⁴ Wegen ihrer zeitlichen Ausdehnung wird diese Untersuchung auch als Longitudinal- oder Langzeitstudie bezeichnet. Andere in der Literatur verwendete Begriffe sind auch Kohorten- oder Panelstudie.

¹ Vgl. Pflanz, Manfred, Allgemeine Epidemiologie, Stuttgart 1973, S. 1.

² Ebd., S. 72.

³ Schär (1975, S. 445).

⁴ Ebd., S. 445.

-die experimentelle Epidemiologie ermittelt die Effizienz gezielter Maßnahmen der Prävention und Intervention. Der Bereich innerhalb der Epidemiologie, der sich mit der Häufigkeitsverteilung von Krankheiten befasst, wird als Sozialepidemiologie bezeichnet.¹

3.7.3.4 Sozialepidemiologische Untersuchungen in der Geschichte

Eine unterschiedliche Mortalität und Morbidität in Abhängigkeit von der sozialen Lage ist in der Geschichte schon sehr lange bekannt. Bereits aus dem Altertum und der Antike sind Hinweise dazu überliefert, d.h. dass besonders belastende Arbeitsbedingungen und ungesunde Lebensverhältnisse (z.B. mangelhafte Ernährung der Landbevölkerung) zu vorzeitigem Gesundheitsverschleiß und schließlich zu einem frühen Tod führen können.² An dieser Stelle sei auf die historische Studie von Friedrich Engels über die „Lage der arbeitenden Klasse in England“ hingewiesen, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Sterblichkeit in den Fabrikdistrikten, wo die arbeitende Bevölkerung konzentriert war, wesentlich höher lag als in anderen Gebieten (an anderer Stelle gehe ich auf diese Problematik näher ein). Insgesamt lag die Sterblichkeit der arbeitenden Bevölkerung um ein Drittel bis drei Viertel über dem allgemeinen Durchschnitt.³ Eine ganz Reihe von Untersuchungen, die um die Jahrhundertwende durchgeführt wurden, fassten Mosse und Tugendreich in ihrem 1913 erschienenen Werk „Krankheit und soziale Lage“ zusammen.⁴ Die dort aufgeführte Tabelle einer damaligen Untersuchung aus Bremen gibt ganz deutlich den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und Sterblichkeit in allen Altersstufen wieder.⁵ Am größten waren zu der Zeit die Differenzen bei den Säuglingen und Kleinkindern. Von den Kindern ärmerer Leute starben zehnmal so viele im Alter von 1-5 Jahren als von den Kindern Wohlhabender. Soziale Unterschiede in Mortalität und Morbidität sind jedoch keineswegs bloß eine Erscheinung des vorigen Jahrhundert gewesen, vielmehr belegen auch heute zahlreiche Studien, dass es trotz des starken

¹ Vgl. Oppolzer, Alfred, Wenn Du arm bist, muß Du früher sterben, Hamburg 1986, S.,15.

² Vgl. Ebd., S. 16.

³ Vgl. Engels, Friedrich, Die Lage der arbeitenden Klasse in England, in: Ebd. S. 20f.

⁴ Vgl. Mosse, Max u. Tugendreich, Gustav, Krankheit und soziale Lage, Göttingen 1977, S. 2ff.

⁵ Ebd., S. 17.

Rückgangs der Sterblichkeit insgesamt und der erheblichen Verbesserung des sozialen Systems einen Zusammenhang zwischen Sterblichkeitsrisiko und Sozialstatus gibt. In diesem Zusammenhang möchte ich kurz auf eine schichtenspezifische sozialmedizinische Untersuchung des Mediziners Keil ¹ (Ruhr-Universität Bochum) aus dem Jahre 1991 hinweisen:

Keil teilte in einer durchgeführten Untersuchung zur Mortalität in Bochum

„[...] zunächst die Stadtbezirke nach bestimmten Kriterien in solche mit 'sehr hohem', 'mittlerem' und 'niedrigem' sozialen Status ein. Statistisch sterben in Bezirken mit 'sehr hohem' Sozialstatus von 100.000 Männern zwischen 20 und 74 Jahren 271 an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. In Gebieten mit 'niedrigem' Status sind es hingegen 455. Bei den Frauen sind es 78 gegenüber 187. Ähnliches gilt für Herzinfarkte. Auch hier ist die Sterblichkeitsrate in Bezirken mit niedrigem Sozialstatus beinahe doppelt so hoch.“

3.7.3.5 Soziale Ungleichheit in der Mortalität

In einigen Ländern (z.B. in Großbritannien, den USA und Frankreich) ist die Auswertung der Sterbefälle und die Analyse der Sterblichkeit in Verbindung mit sozioökonomischen Variablen seit vielen Jahrzehnten Bestandteil der amtlichen Statistiken.² Ähnliche Ergebnisse ergeben sich auch für die Bundesrepublik Deutschland aus der Betrachtung der Lebenserwartung. Auch hier schneiden die alten industriellen Ballungsräume und die strukturschwachen Regionen am ungünstigsten ab. Am längsten lebt man im Süden, v.a. um die Städte München und Stuttgart.³ Das räumliche Muster der Sterblichkeit und der Lebenserwartung (vor allem an Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen) zeigt eine recht deutliche Übereinstimmung mit der geographischen Verteilung sozial schwacher, durch

¹ Vgl. Keil, Ulrich, Untersuchungen zur Mortalität, Gesundheitsausschuß der Stadt Bochum, in: WAZ v.7.11.1991

² Vgl. Linke, Wilfried, Sozioökonomische Unterschiede der Sterblichkeit, in: Putz, Friedrich, Schwarz, Karl, Neuere Aspekte der Sterblichkeitsentwicklung, Wiesbaden 1984, S. 145ff.

³ Vgl. Koch, Egmond u. Klopffleisch, Reinhard, Die Gesundheit der Nation, Köln 1986, S. 64f.

Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen und geringe Schul- und Berufsbildung gekennzeichneten Gebiete.¹ Somit wird auch bei einer regionalen Betrachtung deutlich, dass das Sterblichkeitsrisiko in den unteren sozialen Gruppen tendenziell höher ist als in den oberen.

„1 Prozent mehr Arbeitslose (Heft 10, 1980) bedeutet eine Zunahme der Gesamtsterblichkeit, sowie der Todesfälle durch (:)

<i>Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Leberzirrhose</i>	<i>um 1,9 Prozent</i>
<i>Aufnahme in psychiatrische Kliniken</i>	<i>um 3,4 Prozent</i>
<i>Gefängnisaufnahmen</i>	<i>um 4,0 Prozent</i>
<i>Selbstmorde</i>	<i>um 4,1 Prozent</i>
<i>Mord</i>	<i>um 5,7 Prozent</i> “ ²

*„Ein schockierender Anblick bot sich am Sonntagmittag kurz nach zwölf dem Fahrer eines Milchwagens, als er über die Dörfer des Landkreises Karvinà fuhr. Direkt auf seinen Wagen rannte eine brennende Gestalt zu. ‘Es war furchtbar. Er hatte sich an einer Gärfuttergrube mit Benzin übergossen. Und dann lief er nackt, brennend zum früheren Staatsgut. Dort an der abgeblätternen Mauer fiel er um, sein ganzer Körper war braun, er schrie entsetzlich.’... Der unglückliche 39-jährige Mann sagte den herbeigerufenen Polizisten noch, dass er durch seine Arbeitslosigkeit psychisch am Boden zerstört gewesen sein...”*³

¹ Koch, Edmond u. Kopfleisch, Reinhard, a, a, O., S. 41 ff.

² Kuczynski, Jürger, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Bd.5, Köln, o. J., S. 102.

³ DIE ZEIT vom 27. Juni 2000, S. 7.

3.7.3.6 Soziale Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit

Die bisher konstatierten sozialen Unterschiede im Sterblichkeitsrisiko beginnen bereits mit der Geburt und erstrecken sich auf das Säuglings- und Kindesalter ebenso wie auf die Erwachsenen. Je niedriger die Schicht, aus der die Mutter stammt, um so höher ist die Häufigkeit, dass Kinder unmittelbar vor, während oder nach der Geburt sterben.¹

„Die Chancen, in der Bundesrepublik Deutschland gesund zur Welt zu kommen, sind je nach Schichtzugehörigkeit der Eltern ungleich verteilt. Die perinatale Mortalität, also die Kindersterblichkeit in einer definierten Zeitspanne kurz vor, während oder nach der Geburt, zeigt bei voll berufstätigen Frauen einen Zusammenhang mit der Stellung im Beruf(...). Für nicht berufstätige Frauen zeigt sich in der gleichen Studie, daß eine schlechte Schulbildung das perinatale Mortalitätsrisiko deutlich erhöht. Zudem ist offenbar die Anzahl von Risikofaktoren, die im ärztlichen Gespräch mit den Schwangeren ermittelt werden, bei Zugehörigkeit zu einer niedrigen sozialen Schicht erhöht. Eine hohe Anzahl solcher Risikofaktoren steht in deutlicher Beziehung zur perinatalen Sterblichkeit. Diese Zusammenhänge erwiesen sich als statistisch als hochsignifikant.“²

Über die Kindersterblichkeit berichtet bereits Engels³ in diesem Zusammenhang :

„Die Sterblichkeitslisten werden hauptsächlich durch die vielen Todesfälle unter den kleinen Kindern der Arbeiterklasse so hoch gesteigert. Der zarte Körper eines Kindes widersteht den ungünstigen Einflüssen einer niedrigen Lebenslage am wenigsten; die Vernachlässigung, der es oft ausgesetzt ist, wenn beide Eltern arbeiten oder einer von beiden tot ist, rächt sich sehr bald, und so darf man sich nicht wundern, wenn z.B. in Manchester, laut dem letzterwähnten Bericht, über 57 Prozent der Arbeiterkinder vor

¹ Vgl. Townsend Peter u. Davidson, Nick, *Inequalities in Health*, Harmondsworth (Middlesex) 1982, S. 52.

² Geißler, Rainer, *Soziale Schichtung und Lebenschancen in Deutschland*, Stuttgart 1994, S. 201f.

³ Engels (1968, S. 267f.).

dem fünften Jahre sterben, während von den Kindern der höheren Klassen nur 20 Prozent und im Durchschnitt aller Klassen in Landdistrikten von allen Kindern unter dem fünften Jahre nicht volle 32 Prozent sterben.“

Eine deutliche Hierarchisierung der Sterberaten während des ersten Lebensjahres für die Zeit von 1877 und 1888 in Preußen zeigt folgende Tabelle:

	KNABEN	MÄDCHEN

Almosenempfänger	44,04	40,21
Dienstboten	35,07	31,20
Tagelöhner	26,83	23,29
Rentner	25,80	22,65
Gehilfen	24,54	21,04
Selbständige	23,28	19,89
Privatbeamte	22,82	19,28
Öffentliche Beamte	21,28	18,73
Heer	20,88	17,74 ¹

Auf diese medizinisch-soziologische Kausalität weist Kuczynski während der Zeit der Weimarer Republik am Beispiel der Allgemeinen städtischen Krankenanstalten, Klinik für Kinderheilkunde, in Berlin hin:

„Zunächst ist es auffallend, daß wir unserer Klinik weniger Säuglinge zur Aufnahme bekommen als in den vorhergehenden Jahren, daß diese im allgemeinen viel schwerer krank sind und daß sogar eine recht erhebliche Anzahl dieser Kinder so sehr krank ist, daß sie schon in den ersten Stunden des Klinikaufenthaltes stirbt.(...) Die

¹ Vgl. Reif, Heinz, Die Familie in der Geschichte, Göttingen 1982, S. 129.

augenblicklichen schlechten sozialen Verhältnisse der Berliner Bevölkerung finden ihren Ausdruck: 1. In der hohen Zahl der Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit der Eltern der Patienten der Inneren Kinderstationen des Krankenhauses am Friedrichshain, die den Durchschnitt der Erwerbslosigkeit der allgemeinen Berliner Arbeiterbevölkerung weit übersteigt. Diese Tatsache erklärt sich dadurch, daß die erwerbslosen Eltern vielfach nicht in der Lage sind, ihren Kindern, besonders den Säuglingen, die nicht gestillt werden, ausreichend Nahrung und Kleidung zu verschaffen.“¹

Noch größer sind (im Zeitraum 1970-72 in England und Wales) die Unterschiede in der Mortalität der Säuglinge während des ersten Lebensjahres. Für dieses Alter war die Säuglingssterblichkeit in der untersten Schicht dreimal so hoch wie in der obersten.² Für die überdurchschnittliche Säuglingssterblichkeit in den unteren sozialen Gruppen sind insbesondere solche Todesursachen verantwortlich, die in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Lebensbedingungen der Betroffenen stehen: Unfälle und Erkrankungen der Atmungsorgane.

Bei den angeborenen Missbildungen und den Ursachen, die unmittelbar mit der Geburt zusammenhängen, sind die schichtenspezifischen Unterschiede nicht zu auffallend.³ Im Laufe dieses Jahrhunderts ging die Säuglingssterblichkeit in Deutschland drastisch zurück. Starben 1901 noch 20% der Säuglinge im 1. Lebensjahr, so waren es 1982 nur noch 1%. Ungeachtet dieser rückläufigen Tendenz haben jedoch die geschlechtsspezifischen und die sozialen Unterschiede in der Mortalität überdauert. Wie schon am Anfang des Jahrhunderts war auch 1982 die Sterblichkeit von Jungen höher als die von Mädchen, und die Mortalität von nichtehelichen Kindern lag weit über denen von ehelichen.⁴ Ein überdurchschnittliches Sterblichkeitsrisiko weisen zudem auch Kinder von Ausländern auf. Diesen Sachverhalt bestätigt auch Krasemann in einem Bericht über Einzelfallanalysen der Säuglings-sterblichkeit in Hamburg. Die Studien ergaben, dass die

¹ Kuczynski (o. J., S. 121).

² Townsend u. Davidson (1982, S. 51ff.).

³ Vgl. Ebd., S. 52f.

⁴ Proebsting, Helmut, Entwicklung der Sterblichkeit, in: Wirtschaft und Statistik, H.1, o. O., 1984, S. 22.

erhöhte Ausländersterblichkeit vor allem bei Kindern türkischer Mütter auftritt.¹ Die Ergebnisse der Einzelfallanalysen fasst Krasemann folgendermaßen zusammen:

„Bei der Säuglingssterblichkeit ist der hohe Anteil bei ledigen und der schwächeren Sozialschicht angehörigen Müttern feststellbar. [...] Bei den Totgeburten fand sich ein häufiges Vorkommen bei jungen und alten Müttern und wiederum bei ledigen und sozial schwächeren Müttern.“²

Bemerkenswert ist bei der Säuglingssterblichkeit auch die regionale Verteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Es lässt sich ausmachen, dass die strukturschwachen Gebieten (Ruhrgebiet, Saarland, Westpfalz, Nord-Ost-Bayern) mehr betroffenen sind als das restliche Bundesgebiet.³

3.7.3.7 Soziale Ungleichheit in der Morbidität

In Anlehnung zu den Ausführungen -Merkmale der Life-Event-Forschung- sei in diesem Zusammenhang noch einmal an Katschnig erinnert, dass

„ jedes Individuum zu jedem Zeitpunkt eine spezifische 'Erkrankungsrate' (hat), das ist die Wahrscheinlichkeit, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (z.B. eines Monats) einen Krankheitsausbruch zu erleben. Ein eintretendes lebensveränderndes 'Ereignis' kann die 'Erkrankungswahrscheinlichkeit' für eine bestimmte Zeit, vielleicht auch für immer verändern; ist das Ergebnis erfreulich, so kann eine Senkung, ist es belastend, so wird, wenn überhaupt eine Wirkung eintritt, 'eine Steigerung der 'Erkrankungswahrscheinlichkeit' die Folge sein".⁴

¹ Ebd., S. 191

² Krasemann, E.O., Einzelfallanalyse der Mütter- und Säuglingssterblichkeit in Hamburg, in: Bundesgesundheitsblatt, 26 Jg., 1983, S. 32-35.

³ Vgl. Heins, Frank, Zur Beobachtung regionaler Unterschiede der Morbidität in der Bundesrepublik Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, 1985, S. 221ff.

⁴ Katschnig (1980, S. 191).

Gravierende soziale Unterschiede gibt es nicht nur in der Lebenserwartung und der Sterblichkeit, sondern auch in der Krankheitsanfälligkeit und -häufigkeit. Aufschluss über den Zusammenhang zwischen sozioökonomischer Lage und Morbidität geben ebenso wie beim Gesundheitszustand im Allgemeinen die Daten der Krankenkassen und der Rentenversicherungsträger über Arbeitsunfähigkeit und Frühinvalidität, in diesem Fall aufgegliedert nach einzelnen Berufen, beruflicher Stellung bzw. Versicherungsart (Rentenversicherung der Angestellten, Rentenversicherung der Arbeiter). Ferner liegen auch einige Ergebnisse von Befragungen in der Bevölkerung und Zahlen über die Häufigkeit von Arztbesuchen vor.

Jedoch ist insgesamt auch bezogen auf die Morbidität die Anzahl der Forschungsergebnisse in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern relativ gering. Für ein breites Spektrum von psychischen Auffälligkeiten und körperlichen Beeinträchtigungen bei Kindern von Arbeitslosenfamilien konnte der Zusammenhang mit Lebensbelastungen nachgewiesen werden.

„Mit einem Blick auf das Gebiß können Zahnärzte inzwischen die soziale Herkunft eines Kindes erschließen: Neunjährigen aus armen Familien faulen oder fehlen im Durchschnitt schon fünf Zähne. Die Verteilung von löcherigen Zähnen und schwindendem Zahnfleisch richtet sich nach dem sozialen Status (...) Jedem zehnten Menschen aus der deutschen Unterschicht fehlen im Alter von 54 Jahren sämtliche Zähne; in der Oberschicht dagegen ist nur einer unter hundert zahnlos (...) Gesundheit ist ungleich verteilt-im gesamten Bundesgebiet, in allen Altersgruppen und bei fast allen Leiden (...). Die Chance, gesund zu sein, sinkt mit dem Einkommen.“¹

Life-Events einerseits, die von den Kindern als belastend empfunden werden, und akute Krankheiten andererseits hängen miteinander zusammen.

¹ Kurz (1999, S. 708).

„Arbeitslosigkeit macht krank-(...) Die Kinder arbeitsloser Eltern neigen häufiger zu gesundheitlicher Beeinträchtigungen als andere Kinder.(...), bilanziert Josef Kuhn, Referent im Brandenburger Landesgesundheitsamt, die Ergebnisse einer Fragebogenerhebung anlässlich der Schuleingangsuntersuchungen des Jahres 1994 im Land Brandenburg. Befragt wurden die Eltern von 32 000 Kindern, immerhin drei Viertel der Eltern haben die Fragen beantwortet. Erhebliche Unterschiede zwischen Kindern arbeitsloser Eltern und anderen zeichneten sich vor allem im sozial-psychiatrischen, weniger im körperlichen Bereich ab. Unter Sprach-, Sprech- und Stimmstörungen litten rund 15 Prozent der Kinder arbeitsloser Eltern (...); die Kinder arbeitsloser Eltern zeigten mit 11,1 Prozent häufiger geistige Leistungsschwächen(...), Teilleistungsstörungen (3,6 Prozent), häufige emotionale und soziale Störungen (2,4 Prozent). Sie neigten eher zu Übergewicht und näßten doppelt so häufig ein wie Kinder erwerbstätiger Eltern. Als Folge wurden die Kinder arbeitsloser Eltern häufiger von der Einschulung zurückgestellt (...), und es wurde ein deutlich höherer Förderbedarf festgestellt.“¹

Weitere Forschungen liegen hierzu vor:

*„Bei der Depression (...) `atmet die Seele durch den Körper.`
(...)Die bislang eindrucksvollsten Bilder der depressiven Seele lieferten Forschungen des amerikanischen Psychiaters und Neurobiologen Wayne Drevet von der Universität Pittsburgh. Diese Bilder zeigen, daß die Nervenzellen eines klar definierten Bereichs der linken präfrontalen Großhirnhälfte bei allen untersuchten Depressionen auf Sparflamme arbeiten. Mehr noch: Genau jene Region ist bei den Patienten fast um die Hälfte kleiner als bei psychisch gesunden Menschen (...).*

Hierzu J. Aldenhoff, Professor für Psychiatrie der Uni Kiel:

¹ Unverzagt, Gerlinde, in: Psychologie heute 1998, a.a.O., S. 63.

„‘Alles ist möglich’. Beide, psychosoziale wie körperliche Faktoren, verändern in gleicher Weise wichtige Hirnsysteme schon in der frühen Kindheit. Die derart entstehenden ‘biologischen Narben’ lassen Menschen anfällig werden für eine Depression. Ein psychosozial bedingter overdrive kippt die schon angestoßenen Systeme im Erwachsenenalter endgültig um.“¹

Die Zahl der belastenden Ereignisse in der zurückliegenden Zeit konnte in verschiedenen Studien z. B. mit psycho-somatischen Beschwerden und Krebskrankheiten in Verbindung gebracht werden. Das physiologische Immunsystem von Kindern wird offensichtlich durch die Lebensumstände beeinflusst. Die Entwicklung von Antikörpern ist unter weniger belastenden Lebensbedingungen eher möglich als in aktuellen Krisensituationen. Das gilt für solche Krankheiten wie Grippe, Mandelentzündung, Lungenentzündung und Bronchitis. Schwere Belastungen durch Tod eines Elternteils, Unfälle oder Arbeitslosigkeit in der Familie reduzieren die Abwehrmechanismen des Körpers auch im physiologischen Bereich.²

In einer Untersuchung der Gesundheitsverläufe von Kindern arbeitsloser Eltern im Vergleich zu einer Kontrollgruppe wurde herausgefunden, dass bei ihnen Krankheiten allgemein häufiger auftraten, insbesondere Infektions- und länger dauernde Krankheiten.³ Das Erkrankungsrisiko war kurz nach Eintritt der Arbeitslosigkeit am höchsten. Die Autoren leiten daraus die Forderung ab, dass Mitarbeiter in der Gesundheitsversorgung von Kindern besonders auf die ökonomische Situation der Familie und wichtige Veränderungen derselben achten sollen, um den Kindern Arbeitsloser besser bei der Bewältigung dieses spezifischen Stresses und damit zusammenhängender psychosozialer Probleme zu helfen.

In einer epidemiologischen Studie aus dem Jahre 1991 wurde bei der Aktenanalyse der Krankenhauseinweisungen von Kindern innerhalb eines Zeitraumes von sechs Wochen und einer nachträglichen Befragung der Eltern in 113 dieser Fälle festgestellt, dass der

¹ Wilhelm, Klaus, Das depressive Gehirn, in: Psychologie heute, 3/1999, S. 28.

² Vgl. Hurrelmann (1991), S. 59.

³ Vgl. Kuczynski (o. J., S. 121ff.).

Anteil arbeitsloser Väter doppelt so hoch war wie die Arbeitslosenrate eigentlich erwarten ließ. Die Einweisungsrate der Kinder arbeitsloser Väter war mit 2,6 Promille ebenfalls doppelt so hoch wie die aus der Gruppe Erwerbstätiger. Ein großer Teil dieser Kinder wurde wegen Infektionskrankheiten ins Krankenhaus eingeliefert und ein weiterer Teil mit Krankheiten, die ebenfalls durch Infektionen verursacht sein konnten. Die Autoren wiesen darauf hin, dass in einer Reihe von Fällen schlechte Wohnverhältnisse und mangelhafte Ernährung mitverantwortlich für die Erkrankung dieser Kinder gewesen sein dürfen. Weiterhin fanden sie heraus, dass in drei von 22 Familien Kinder nach dem Eintritt der Arbeitslosigkeit des Vaters gesundheitliche Probleme zeigten. Diese traten auf in Form von Verhaltensstörungen, Magen-Darm-Erkrankungen, Störungen im Essverhalten und erhöhter Häufigkeit ernsthafter Unfälle.¹ Dass die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen von langfristiger Arbeitslosigkeit in Familien verheerend sein können, ist durch einige Untersuchungen belegt. In vielen Familien haben Kinder nicht nur nicht genug zu essen, auch zur kindgerechten Ernährung reichen die finanziellen Mittel der betroffenen Familien nicht. Bereits 1933 berichtete Jahoda² folgendes über den Gesundheitszustand der Kinder unter 14 Jahren in Marienthal:

Klassifizierung des ärztlichen Allgemeinbefundes der Kinder:

I (gut)	II (mittel)	III (schlecht)
16%	51%	33%

Zu dieser Tabelle ist zu bemerken, dass die tatsächlichen Gesundheitsverhältnisse in Marienthal wahrscheinlich noch schlechter sein dürften, da die ärztliche Ordination von den ganz Verwahrlosten gar nicht aufgesucht wurde.

Nach dem Befund der Zahnärzte hatten von 100 Kindern:

Gesundes	1-3 Zähne	mehr als 3 Zähne	Insgesamt
Gebiss	kariös	kariös	
%	%	%	%
8	63	29	100

¹ Vgl. Schindler (1977, S40).

² Vgl. Jahoda, Marie u. a.(1975., S. 54f.)

Kuczynski¹ zitiert aus dieser Zeit aus ärztlichen Aufzeichnungen folgendes:

„Nach fortlaufenden Aufzeichnungen, die ich in meiner Praxis über jeden einzelnen Patienten führe, ist besonders in kinderreichen Familien bei eintretender Erwerbslosigkeit des Vaters der Kinder, die früher gut gediehen sind, häufig eine auffallende Verlangsamung der Gewichtszunahme zu verzeichnen. Die Mütter geben auch an, daß die Kinder oft mehr Essen verlangen, als sie in der Lage sind, ihnen zu verabfolgen. Selbst an trockenem Brot muß in solchen Familien gespart werden. Oft aber sind diese Kinder trotz Unterernährung appetitlos, das hängt mit der einförmigen Kost in solchen Familien zusammen. Außer geringen Milchmengen, die sie durch die Fürsorge erhalten, nähren sich diese Kinder hauptsächlich von Kartoffeln, Brot, Suppen und Margarine...(“)

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß das ganze geringe Unterstützungseinkommen der Arbeitslosen unzureichend ist, den Kindern das nötige nahrhafte Essen zu geben. Die Kinder befinden sich in schlechtem Ernährungszustand. Da auch die Reinlichkeit Kosten macht, sind die Kinder bei länger dauernder Arbeitslosigkeit auch nicht mehr sauber. Sehr oft ergibt sich die Notwendigkeit, in einer gänzlich sonnenlosen, dunklen Wohnung auch dann zu bleiben, wenn eine gesunde Wohnung vom Wohnungsamt der Kränklichkeit der Kinder wegen beschafft worden ist. Der Preis für die Neubauwohnung kann nicht bezahlt werden. Bei beginnender Krankheit wird ärztliche Hilfe nicht in Anspruch genommen, weil allein das Geld für den Krankenschein schon soviel kostet wie ein Brot. Die verordneten Heil- und Stärkungsmittel, deren die Kinder dringend bedürfen, können nicht gekauft werden, weil das Geld nicht da ist, den Kostenanteil an den Arzneien aufzubringen-geschieht es aber trotzdem, so geht das auf Kosten der Ernährung, deren Mangelhaftigkeit den Nutzen der Medikamente aufhebt.“

¹ Kuczynski (o. J., S. 123f.).

An dieser Stelle sei auf ein weiteres Beispiel aus den dreißiger Jahren erwähnt: Im August

1931 musste das preußische Wohlfahrtsministerium beschämende Zustände der medizinischen Versorgung und der Ernährungslage bei Kindern eingestehen:

„Die Arbeitslosigkeit der Eltern verursacht bei den jungen Kindern Unterernährung, Häufung von Krankheiten, Gleichgültigkeit gegenüber hygienischen Anforderungen (...) Die Kinderkrankheiten und Erkältungskrankheiten häufen sich, da der Arzt sehr oft zu spät oder gar nicht aufgesucht wird, weil für Arztschein und Medizin die notwendigen Gebühren nicht aufzubringen sind oder kein Fahrgeld vorhanden ist (...) Sehr deutlich sind die häufigen Erkrankungen der Kinder in den Schulen infolge Blutarmut und Hunger. Schwindel- und Ohnmachtsanfälle treten stark auf, auch bei älteren Kindern. Bei Nachforschungen in den Haushalten hat sich herausgestellt, daß die Ernährung völlig unzureichend ist, Vitamine (Obst, Gemüse) ganz fehlen, weil die Mittel nicht vorhanden sind. Skorbutanzeichen (!) machen sich schon bemerkbar in gewissen Elendsquartieren der Großstädte.“¹

Da das Einkommen nicht ausreicht, um die Lebenshaltung zu finanzieren, werden Einsparungen im Bereich der Ernährung vorgenommen, da die Ernährung für die Betroffenen in den meisten Fällen ein absolut untergeordnetes Problem darstellt.

Nicht nur in den 30er Jahren sondern auch heute stellt sich dieses Problem:

„Von den regulären Sozialhilfesätzen kann sich eine Familie nur 20 Tage im Monat gesund ernähren. Das ergab eine Studie der Uni Gießen. Sozialhilfeempfänger griffen aus Kostengründen vorrangig zu Brot, Kartoffeln und Teigwaren; Obst und Gemüse würden nur selten verzehrt. Die Folgen seien gerade für Kinder gravierend. Sie ernähren sich nicht nur ungesünder, sondern seien oft auch körperlich inaktiv.“²

¹ Kurz (1999, S. 437)

² WAZ vom 02.03.2000, S. 1

In der Neuhauptstadt Berlin betteln auch im Jahre 2000 massenhaft Armutskinder ihre Mitschüler um das Pausenbrot an. Hamburg, die Stadt mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen in der Bundesrepublik, weist auch eine wachsende Hungerpopulation auf:

„In manchen Kinderläden wird montags mehr gekocht, weil Kinder am Wochenende zu Hause nicht genug bekommen haben. Carola Thomas, Lehrerin an einer Hamburger Grundschule, hat schon seit Jahren einen Kühlschrank im Klassenzimmer stehen. Darin werden Lebensmittel für das Frühstück in der Klasse aufbewahrt (...) Es sind immer Kinder da, die sagen, Mutti hat mir nichts mitgegeben, Mutti hat kein Geld oder der Kühlschrank zu Hause sei leer (...) Heute ist das gemeinsame Klassenfrühstück fester Bestandteil des Stundenplans, ‘ weil sich die Kinder vor Hunger sonst nicht konzentrieren können‘. Im Bürgerladen-Container von Hamburg-Lurup, der vom Kinderschutzbund und der Diakonie getragen wird, kommt montags, wenn gekocht wird, auch ein ganzer Schwung Schulkinder zum Mittagessen (...) ‘ Wenn wir hier was hinstellen’, sagt Verena Behrmann, die für die Kinder zuständig ist, ‘ ist das ruck, zuck weg ‘. Sie staune immer wieder, ‘ was die Kinder alles nicht kennen: Nüsse, Rosinen, Obst und Gemüse, das haben manche vorher noch nie gegessen‘. “¹

Ein weiteres Beispiel aus der Stadt Köln sei in diesem Zusammenhang angeführt:

„Armut

‘ Tafeln’ verteile täglich 300 Tonnen Nahrungsmittel

(...) Mit einem über 100 Meter langen Tisch vor dem Kölner Dom haben die mehr als 300 deutschen ‘Tafel’-Initiativen auf ihre Arbeit aufmerksam gemacht. Wie der Vorsitzende des Bundesverbandes ‘ Deutsche Tafel’, Jürger Gessner, am Wochenende in Köln erläutere, versorgen die Initiativen täglich mehr als 140 000 Bedürftige mit Nahrung. Dabei seine über 15 000 ehrenamtliche Helfer im Einsatz. Den Wert der ausgeteilten

¹ Kurz (1999., S. 707)

Lebensmittel bezifferte Gessner auf eine Million Mark täglich. Die Helfer holten in Bäckereien, im Einzelhandel wie in Supermärkten, Restaurants oder Kantinen täglich 300 Tonnen Lebensmittel ab, die nicht mehr verkauft würden.“¹

(Die Bundesrepublik Deutschland ist die viertgrösste Industrienation der Welt!!)

Neben der mangelnden Ernährung leiden Kinder zunehmend unter psychosomatischen Erkrankungen, Depressionen, Bettnässen. In den Familien ist verstärkte Aggressivität und Gewalt zu verzeichnen. Sachverhalte, die auch der Deutsche Kinderschutzbund bestätigt. Schlafstörungen, Zunahme von Kopfschmerzen und Konzentrationsstörungen, rasche Ermüdbarkeit, Überempfindlichkeit im Wahrnehmungsbereich werden beobachtet und unmittelbar auf die häusliche materielle Not der Kinder zurückgeführt. Immer wieder werden Fehl- und Mangelernährung erwähnt, die verantwortlich für psychosomatische und physische Erkrankungen sind. Diese wird mitunter dadurch begünstigt, dass die Kaufkraft des wenig vorhandenen Einkommens nicht voll ausgenutzt wird. „Arme zahlen mehr“, d. h. die Arbeitslosen kaufen häufig in Armenmilieus, vorzugsweise in der Nachbarschaft und oft zu teureren Preisen, haben eine geringere Marktübersicht und können aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel günstige Sonderangebote im Sinne von Vorratshaltung weniger nutzen.²

Erhebungen zum Ernährungsverhalten bestimmter Einkommensgruppen, die in den USA und in Großbritannien durchgeführt wurden, ergaben, dass die Gesamtkalorienzufuhr in der Regel in allen sozialen Schichten ausreichend ist, dass die Struktur der Ernährung, insbesondere bei den ärmeren Bevölkerungsschichten, problematisch ist.³ Wenn also quantitative Unterernährung in den Industrienationen so gut wie keine Rolle spielt, so kann man doch bei weiten Bevölkerungskreisen von einer qualitativen Unterernährung sprechen, einer Unterversorgung mit einer Reihe hochwertiger, ernährungsphysiologisch besonders wichtiger Stoffe.

¹ Frankfurter Rundschau vom 10.Juli 2000, S. 22.

² Vgl. Jahoda (1975, S. 42).

³ Vgl. Stiefel, Marie-Luise, Anforderungen an die Ernährungsberatung von Sozialhilfeempfängern, in: Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten e.V., Bonn 1985, S. 31f.

„Ernährungsprobleme gehören mit Sicherheit (...) zu den unbedeutenderen der vielen schwerwiegenden und komplexen Probleme dieser Menschen“¹

Zwar gibt es keine Daten darüber,

„inwieweit Fehl- und Mangelernährung unter diesen Menschen verbreitet sind“, doch kann man vermuten, ‘daß in dieser Gruppe überproportional viele Menschen unter einer solchen Fehl- und Mangelernährung leiden.“²

Da es keine differenzierten Untersuchungen über das Ernährungsverhalten von Arbeitslosenfamilien gibt, kann man über mögliche Folgen einer unzureichenden Ernährungssituation nur vorsichtige Schlüsse ziehen. Es gilt als sicher, dass ein Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Lage und der individuellen Gesundheit besteht, dass Angehörige der unteren Einkommensschichten sehr viel häufiger von Krankheit betroffen sind und eine geringere Lebenserwartung aufweisen als andere Bevölkerungsgruppen. Die Ursachen hierfür liegen neben anderen Faktoren (Unterschiede in den Arbeitsbedingungen, Wohnsituation, Wohnumfeld, Gesundheitsverhalten u.a.) sicher auch bei der jeweiligen qualitativen Ernährungslage. Aufgrund nicht ausreichender Verfügbarkeit der finanziellen Mittel und aufgrund vorhandener Defizite im Ernährungswissen scheint eine Versorgung mit ernährungsphysiologisch höherwertigen Lebensmitteln nicht oder nicht immer gewährleistet zu sein.

„Armut birgt -aufgrund der erforderlichen Einsparungen im Bereich der Nahrungsmittel- ein erhöhtes Risiko für Fehlernährung.(...) Nach amerikanischen und britischen Befunden sind jedoch auch bei Kindern ähnliche Beeinträchtigungen zu finden, insbesondere häufigere Verletzungen, Erkrankungen der Atmungsorgane und des Magens sowie immunologische Störungen wie Asthma und Ekzeme.(...) Dies bestätigen auch neuere

¹ Ebd., S. 12.

² Ebd., S. 10.

Daten des Gesundheitssurveys bei Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 11 und 16 Jahren in Nordrhein-Westfalen (...).Jene 5% der Kinder und Jugendlichen, die zur untersten Gruppe der nach sozioökonomischer Position der Eltern und Haushaltausstattung bestimmten Ressourcenverteilung gehören, klagen häufiger über Kopfschmerzen, fühlen sich öfters schlecht, können häufiger schlecht einschlafen und schätzen ihren Gesundheitszustand insgesamt als schlechter ein als die übrigen Gruppen, insbesondere im Vergleich zu den Kindern und Jugendlichen der privilegierten oberen 6 % (...).¹

Intensivere Forschungen auf diesem Gebiet wären notwendig, nicht zuletzt weil Kosten, die durch Krankheit verursacht werden, von der Solidargemeinschaft aufgebracht werden müssen. Durch die Abhängigkeit von sozialer Schicht und Gesundheitsbelastung ist mit um so höheren Mortalitäts- und Morbiditätsraten zu rechnen, je niedriger der soziale Status ist. Allein der hygienischen Situation des Lebensraumes kommt hier eine prägnante Bedeutung zu – früher noch mehr als heute. Schmutz und Unrat beherrschten noch Mitte des 19. Jahrhunderts das Straßenbild der Städte und Dörfer. Eine Kanalisation existierte kaum; die Frischwasserversorgung unterlag ebenso wenig einer konsequenten und permanenten Kontrolle wie die Lebensmittelproduktion. Hinzu kam, dass die Industrialisierung und die Entwicklung frühkapitalistischer Produktionsweisen zur Entstehung neuer städtischer Ballungsräume geführt hatte, die sich bald als Brennpunkte sozialer Not und gesundheitlicher Gefahren entpuppten. Kinderarbeit, Hungerlöhne, Arbeitslosigkeit, sozialer Abstieg, Trunksucht und schließlich Verelendung bildeten zusammen mit Ernährungsdefiziten und hygienischen Missständen einen Nährboden, der die Entstehung von Seuchen und ihre schnelle Ausbreitung gewährleistete. War die Pest die im Mittelalter am meisten gefürchtete Seuche, so galt dies im 19.Jahrhundert und noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die Cholera. Sie zog in verschiedenen Wellen seit den dreißiger Jahren des 19.Jahrhunderts als neue Krankheit aus dem Osten, als asiatische Cholera, mit verheerender Gewalt durch die europäischen Städte. Weite Gebiete wurden von immer

¹ Lepenies (1999, S. 308).

wiederkehrenden Pandemien heimgesucht, und noch 1892 starben in Hamburg innerhalb kurzer Zeit mehr als 8.000 Menschen an dieser Infektionskrankheit. Insbesondere das entkräftete und wenig widerstandsfähige Stadt- und Landproletariat fiel der Krankheit schnell zum Opfer. Aber nicht nur die Cholera, sondern auch andere Krankheiten forderten vorwiegend unter der mittellosen Bevölkerung dauernd ihren hohen Tribut: Diphtherie, Fleckfieber, Tuberkulose, Grippe, Ruhr und Typhus. Wie verbesserungsbedürftig diese Existenzbedingungen insbesondere der ärmeren Klassen zum Beispiel in den angelsächsischen Industriegebieten waren, belegt der Bericht von Engels¹ in einer englischen Monatsschrift aus dem Jahre 1843 über die Zustände in Edinburgh: Die Straßen der Stadt

„sind oft so eng, daß man aus dem Fenster des einen Hauses in das des gegenüber stehenden steigen kann, und dabei sind die Häuser so hoch Stock auf Stock getürmt, daß das Licht kaum in den Hof oder die Gasse, die dazwischen liegt, hineinzudringen vermag. In diesem Teil der Stadt sind weder Kloaken noch sonstige zu den Häusern gehörende Abzüge oder Abtritte; und daher wird aller Unrat, Abfall und Exkremente von wenigstens 50.000 Personen jede Nacht in die Rinnsteine geworfen, so daß trotz allen Straßenkehrens eine Masse ausgetrockneten Kots und ein stinkender Dunst entsteht und dadurch nicht nur Auge und Geruch beleidigt, sondern auch die Gesundheit der Bewohner aufs Höchste gefährdet wird. Ist es zu verwundern, daß in solchen Lokalitäten alle Rücksichten auf Gesundheit, Sitten und selbst den gewöhnlichsten Anstand gänzlich vernachlässigt werden? Im Gegenteil, alle, die den Zustand der Bewohner näher kennen, werden Zeugnis geben, welchen hohen Grad Krankheit, Elend und Demoralisation hier erreicht haben. Die Gesellschaft ist in diesen Gegenden zu einer unbeschreiblich niedrigen und elenden Stufe herabgesunken.“

Auch heute wird die erhöhte Krankheitsanfälligkeit in den unteren sozialen Klassen auf einen erhöhten Anteil von Stressoren, wie beispielsweise einem chronisch höheren Arbeitsloskeitsrisiko, zurückgeführt; aber auch darauf, dass dort im allgemeinen weniger

¹ Engels, Friedrich, Lage der arbeitenden Klasse in England, 1845, in: Eckart, Wolfgang, Geschichte der Medizin, Berlin 1990, S. 221f.

persönliche (z. B. Selbstwertgefühl) oder soziale bzw. materielle Ressourcen zur Verfügung stehen, um Belastungen zu bewältigen. Mangelnde soziale Unterstützung, schlechter Informationsstand über mögliche Risiken, aber auch eingeschränkte finanzielle Ressourcen kommen hinzu. Wie in anderen Industrieländern nimmt in der Bundesrepublik die Häufigkeit chronisch verlaufender Krankheiten immer mehr zu. In besonderem Maße sind davon nach der Auswertung der Literatur Angehörige der unteren sozialen Schichten betroffen. Im Sinne einer wirksamen Gesundheitsförderung muss das Problem der sozialen Ungleichheit bei den verantwortlichen Politikern Beachtung finden. Die Bundesrepublik Deutschland gehört zwar zu den reichsten Ländern der Welt, doch nach dem neuesten „Armutsbericht“ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) ist jeder 10. Bundesbürger (also 6 Mio. Einwohner) arm. Der Bericht definiert Armut nicht nur als geringes Einkommen, sondern bezieht auch Arbeit, Wohnung, Gesundheit, Bildung und soziale Einbindung mit ein. Hier gilt die Kritik den Politikern, die das Problem Armut schlicht leugnen.

Als Grundlage zur Bekämpfung der Not und der sozialen Unterschiede in Morbidität und Mortalität ist deshalb zunächst eine umfassende Berichterstattung in Form von Armutsberichten (wie dem des DPWV) und die Einbeziehung der Sozialstruktur in die Gesundheitsberichterstattung, wie das auch in anderen Ländern üblich ist, gefordert.

„Armut in Deutschland nimmt zu (!) Unter Bezugnahme auf die amtliche Statistik der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 1997 mußte das Bundesministerium unfreiwillig einräumen-, daß die Zahl der Armutsfälle in Deutschland zugenommen hat. Nach einer Mitteilung vom 4. September 1998 waren im Jahr 1997 24 Millionen Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung wegen ihres geringen Einkommens von Zuzahlungen ganz oder teilweise ausgenommen. 9.9 Millionen Versicherte waren aufgrund der Sozialklausel von allen Zuzahlungen befreit. Dies bedeutet gegenüber dem Jahr 1996 einen Anstieg von 17 Prozent.

Bei der Befreiung wegen der Überforderungsklausel l-wegen Überschreitens der Belastungsgrenze von 2 v.H. des jährlichen Familieneinkommens -ist sogar eine Zu-

nahme von rund 78 Prozent zu verzeichnen. Diese Zahlen sprechen für sich und bedürfen keines Kommentars (...).“¹

Das Auftreten von Krankheiten ist jedoch auch in starker Abhängigkeit von den Lebensgewohnheiten, Arbeits- und Umweltbedingungen zu sehen. Die Strategien zur Gesundheitsförderung dürfen sich daher nicht auf den Gesundheitssektor alleine beschränken, sondern müssen auch diese Bereiche voll einbeziehen.

3.7.3.8 Kindesmisshandlung

Als letzten Bereich möchte ich in diesem Zusammenhang die Problematik der Kindesmisshandlung behandeln.

Hinsichtlich der Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit möchte ich in diesem Zusammenhang auf einige Forschungsergebnisse hinweisen: In einigen Untersuchungen, deren Ziel in der Mehrzahl nicht die Analyse der Folgewirkungen von Arbeitslosigkeit war, „stolperten“ die Forscher geradezu über die elterliche Arbeitslosigkeit als einen entscheidenden Risikofaktor. Cater analysierte 1980 80 Fälle von Kindesmisshandlungen in Dundee. 31% der Kinder stammten aus Familien Arbeitsloser bei einer örtlichen Arbeitslosenrate von 9.6%.²

Creighton³ kam zu ähnlichen Ergebnissen: Er ermittelte bei der statistischen Auswertung der Daten gemeldeter Kindesmisshandlungen in Großbritannien aus dem Jahre 1976, dass die Wahrscheinlichkeit väterlicher Arbeitslosigkeit in Familien misshandelter Kinder sechsmal höher war, als die allgemeine Arbeitslosenrate erwarten ließ. Engfer gibt dafür zwei Zahlen an, die diese These unterstützen: So waren 1980 35,7 % der misshandelnden Väter arbeitslos, wohingegen 1982 schon 53,1% arbeitslos waren. Gil untersuchte 1967 5.993 und 1968 6.617 Fälle gemeldeter Kindesmisshandlungen in einer repräsentativen Untersuchung in den USA und fand heraus, dass 50% der Väter während des letzten Jahres

¹ Neue deutsche Schule, 10, Essen 1998, S. 37.

² Vgl. Amelang, M. u. Krüher, Cl., Misshandlung von Kindern, Darmstadt 1995, S. 58ff.

³ Creighton, S. J., An epidemiological study of abused children and their families in the United Kingdom between 1977 and 1982, Child Abuse & Neglect, 9, S. 441ff.

und 12% zum Zeitpunkt der Misshandlungen arbeitslos waren, bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 4%.¹

„Die Korrelation zwischen den Raten von Arbeitslosigkeit und Mißhandlung (alle Formen) wie sie aus der Ähnlichkeit der Verläufe bereits deutlich wird, beträgt numerisch $r=66$. Die Autoren, die auf Arbeiten mit ähnlichen Resultaten verweisen, halten gleichwohl ausdrücklich fest, Arbeitslosigkeit sei keine Ursache (wohl aber ein signifikanter Faktor) für Mißhandlung, denn man könne nicht erwarten, daß Mißhandlungen verschwinden, wenn etwa Vollbeschäftigung einträte. Nur die Hälfte der mißhandelten Personen war denn auch ohne Arbeit, eine Zahl, die bereits Gil (1970) für den Arbeitsstand von Vätern während der 12 Monate gefunden hatte, die der Mißhandlung vorausgegangen waren.“²

Für die Stadt Bochum läßt sich zum Problembereich

***„Gewalt gegen Kinder / Kindesmißhandlung folgendes statistisch anführen:
(...) in Bochum (werden) jährlich 800 Kinder psychisch oder physisch vernachlässigt und / oder mißhandelt.“³***

(nach Schätzungen des Caritasverband Bochum e.V. sind ca. 14% der betroffenen Kinder aus Arbeitslosenfamilien)⁴

„Bereits frühere Beobachtungen sprechen beispielsweise für eine deutliche Abhängigkeit der Kindesmißhandlung von Arbeitslosigkeit. Deren Wirkung kann vielfältig sein und von der bloß längeren Anwesenheit eines Elternteils und der sich daraus ergebenden größeren Kontakt- und Reibungsfläche über frustrierende Begleitumstände wie das

¹ Vgl. Gil, David G., Violence against children, London o. J., S. 18ff.

² Ebd., in: Amelang, Manfred, Krüger, Claudie, (1995, S. 77)

³ Henke, Ursula, Sozialstruktur im Wandel, unveröffl. Manuskript, Bochum 1991, o. S.

⁴ Vgl. Caritasverband für Bochum e.V., „Neue Wege“-Kinderschutzambulanz-Brief vom 07.05.1998.

Fehlen monetärer Ressourcen bis zum dem Gefühl von Machtlosigkeit infolge der Entthronung als Familienoberhaupt reichen." ¹

In diesem Zusammenhang ein weiteres Zitat von Lepenies:

„Armut und finanzielle Verknappung bringen also nicht nur individuelle Belastungen für die Eltern mit sich, sondern erhöhen auf diesem Wege auch das Risiko für Konflikte in der Familie, tragen dazu bei, daß die Kinder weniger Zuneigung und Unterstützung durch ihre Eltern erfahren, lenken die Eltern von der Supervision ihrer Kinder ab und führen zu mehr willkürlicher, hart strafender Erziehung (z.B. Conger/Mc Carthy, Yang, Lahey,Kropp 1984; Conger/ Conger/ Elder/ Lorenz/ Simons/ Whitbeck 1993; Conger u.a. 1994; Flanagan 1990; Sampson / Laub 1994; Walper 1988). Im Extremfall kann es zu Kindesmißhandlungen kommen, ein Problem, dem besondere Aufmerksamkeit gilt (vgl. Engfer 1987; Gelles 1989; Hashima / Amato 1994; Steinberg / Catalano/Dooley 1981)“²

Um das Thema der Kindesmisshandlung zu vertiefen, ist es sinnvoll, zunächst die zahlreichen Definitionen gegenüberzustellen; außerdem möchte ich mich aufgrund der Übersichtlichkeit der weiteren Ausführungen auf eine bestimmte Definition beschränken. Viele Autoren³ verwenden zur Erklärung der Kindesmisshandlung eng und weit gefasste Definitionen. Engfer ⁴ geht davon aus, dass unter der eng gefassten Definition der Kindesmisshandlung nur Fälle zusammengezogen werden, bei denen Verletzungen der Kinder diagnostiziert werden. Diese Art der Bestimmung birgt diverse Problematiken, da zum einen die psychischen und inneren Verletzungen mangels Sichtbarkeit nicht berücksichtigt werden, zum anderen die Ärzte zuerst alle anderen Ursachen der Verletzung ausschließen müssen, um Kindesmisshandlung diagnostizieren zu können. Weiterhin versucht Engfer den Begriff der Kindesmisshandlung mit der weit gefassten Definition

¹ Amelang u. Krüger (1995, S. 59).

² Lepenies (1999., S. 327).

³ Vgl. Olbing, Hermann, u. a., Kindesmißhandlungen, Köln 1989, S. 19ff.

⁴ Vgl. Engfer, Anette, Kindesmißhandlung, Stuttgart 1986, S. 12ff.

einzugrenzen. Darunter fasst sie sowohl alle gewaltförmigen elterlichen Erziehungsmaßnahmen als auch gesellschaftliche Bedingungen, die das Leben und die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder einschränken. Sie benutzt eine sehr umfassende Definition des Kinderschutz-Zentrums Berlin, welche vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit 1980 abgedruckt wurde.

„Kindesmißhandlung ist nicht allein die isolierte gewaltsame Beeinträchtigung des Kindes. Die Behandlung von Kindern umfaßt vielmehr die Gesamtheit der Lebensbedingungen, der Handlungen und Unterlassungen, die dazu führen, das das Recht der Kinder auf Leben, Erziehung und wirkliche Förderung beschnitten wird. Das Defizit zwischen diesen ihren Rechten und ihrer tatsächlichen Lebenssituation macht die Gesamtheit der Kindesmißhandlung aus.“¹

Claaßen betrachtet die Kindesmisshandlung aus sozial-pädagogischer Sicht, wobei er sich besonders für die Definition des Kinderschutz-Zentrums Berlin ausspricht, da er es als sinnvoll empfindet, Kindesmisshandlung als ein umfassendes soziales Problem zu beschreiben, welches nicht unbedingt unterschichtgebunden ist. Amelang² hingegen beschreibt Kindesmisshandlung als „Viktimisierung mittlerer Sichtbarkeit“. Damit will er die soziale Billigung der Misshandlung und die Ignoranz der Gesellschaft in den Vordergrund stellen. Erstens werden die Opfer selten als schützenswert erachtet, und zweitens gilt es als wenig erstrebenswert, gegen die Misshandlung anzukämpfen, da der legale Status der Kinder sowieso niedriger nivelliert ist als derjenige der Erwachsenen. Hinzu kommt, dass ein grundlegendes Wissen über die Auswirkungen der Kindesmisshandlung fehlt. Eine weitere Definition entstammt dem US-Child Abuse Prevention and Treatment Act 1973:

„Kindesmißhandlung und-vernachlässigung heißt körperliche und seelische Verletzung, sexueller Mißbrauch, vernachlässigende Behandlung eines Kindes unter 18 Jahren von

¹ Engfer (1986, S. 2).

² Amelang u. Krüger (1995, S. 10ff.).

*einer Person, die für das Wohl des Kindes verantwortlich ist, unter Umständen, die anzeigen, das die Gesundheit und das Wohl des Kindes verletzt oder bedroht werden."*¹

Diese Definition weist auf die konkrete Interaktion innerhalb der Familie hin, wobei die gesellschaftlichen Bedingungen unberücksichtigt bleiben. Thomas W. Stumpf² greift folgende Definition von Wolff auf:

„Kindesmißhandlung stellt eine nicht zufällige gewaltsame physische und/oder psychische Beeinträchtigung oder Vernachlässigung des Kindes durch die Eltern oder Erziehungsberechtigten dar, die das Kind schädigt, verletzt, in seiner Entwicklung hemmt und gegebenenfalls zu Tode bringt.“

Stumpf stellt innerhalb seiner Definition auf die Entwicklungsfaktoren ab. Als weiterer Autor verwendet Ben Rensen³ drei sehr unterschiedliche Definitionen, die verdeutlichen, dass die alleinige Bestimmung der Kindesmisshandlung das Ausmaß des Problems darstellt. Die erste Definition wurde von den niederländischen Büros der Vertrauensärzte (BVA) abgedruckt:

„Kindesmißhandlung ist jede Form, körperlicher oder emotionaler Gewaltanwendung bei Kindern, die nicht durch Unfall geschieht, sondern durch Zutun/Unterlassen von Eltern/ Pflegern, wobei es zu Veränderungen beim Kind kommt oder damit zu rechnen ist, dass es dazu kommen wird.“

Die nachfolgende Definition der Kindesmisshandlung, die vom Jugendschutzrat in den Niederlanden verfasst wurde, ist etwas enger gefasst:

¹ Büttner, Christian, Wenn Liebe zuschlägt, München, 1984, S. 19.

² Stumpf, Thomas, Opferschutz bei Kindesmißhandlung, Neuwied 1995, S. 20.

³ Rensen, Ben, Für das Leben geschädigt, Stuttgart 1992, S. 26.

„Kindesmißhandlung ist jede Form einer das Kind bedrohenden und gewalttätigen Maßnahme körperlicher, psychischer oder sexueller Art, die die Erzieher dem Kind im Abhängigkeitsverhältnis-aktiv/passiv -aufzwingen und wodurch das Kind ernsthaft in Form von körperlicher Verletzungen und / oder psychischer Störungen Schaden nimmt.“¹

Diese Definition unterscheidet sich von der ersten, indem sie auch den sexuellen Missbrauch mit hineinbringt und von einem Abhängigkeitsverhältnis spricht.

Bei der dritten Definition zitiert Rensen den Autor Koers (1985), der eine sehr weit gefasste Definition formuliert hat:

„Mißhandlung ist jede gewalttätige Maßnahme in einem gesellschaftlichen Verband, durch die ein Mensch (im Falle von Kindesmißhandlung also ein Kind) unterdrückt und gekränkt wird.“²

Koers macht die gesamte Gesellschaft für das Ausmaß der Kindesmisshandlung verantwortlich, indem er auch die politische und institutionelle Gewalt gegen Kinder in seiner Definition zum Ausdruck bringt. Claaßen beschreibt Kindesmisshandlung ferner aus der medizinischen und der rechtlichen Sicht. Um es aus rechtlicher Sicht zu klären, zieht er den § 223 b StGB heran.

„ § 223 b Mißhandlung von Schutzbefohlenen.(1) Wer Personen unter achtzehn Jahren oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit Wehrlose, die seiner Fürsorge oder Obhut unterstehen oder seinem Hausstand angehören oder die von dem Fürsorgeberechtigten seiner Gewalt überlassen worden oder durch ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis von ihm abhängig sind, quält oder roh mißhandelt, oder wer durch böswillige Vernachlässigung seiner Pflicht, für sie zu sorgen, sie an der Gesundheit schädigt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“³

¹ Ebd., S. 26f.

² Ebd., S. 27.

³ § 223 b StGB.

Hier ist anzumerken, dass rechtliche Instanzen Misshandlungsaktionen als tatbestandliche Merkmale unter das Strafgesetz subsumieren, wobei auf detailbezogene Definitionen, die zumeist von Strafrechtlern aufgestellt werden, zurückgegriffen wird. Als zweite Fachrichtung zieht Schulte¹ die medizinische hinzu. Dabei zählt er jene Verletzungen auf, die durch Misshandlungen entstehen können, z.B. Pflegeschäden, Narben, Striemen, Brand- und Bissverletzungen sowie Hämatome. Auffällig sind die nicht erklärbaren Frakturen kombiniert mit akuten und subduralen Blutungen, welche man als eine Blutung unter der harten Hirnhaut bezeichnet. Genaue Beachtung sollten ebenfalls multiple und unterschiedlich alte Frakturen finden, die auf Misshandlungen in unterschiedlichen Heilungsstadien schließen lassen. Diese verschiedenen Definitionen haben große Bedeutung, da alle Aussagen über Häufigkeit, Ursachen und Auswirkungen von Kindesmisshandlung davon abhängen, wie diese definiert wird. So ist auch zu erklären, warum es so viele Unklarheiten und Widersprüche in Bezug auf Misshandlungen gibt. Es ist ebenfalls sehr schwierig, die Kindesmisshandlung anhand von Daten festzumachen, da es ein unbestimmt großes Dunkelfeld gibt. Engfer versucht dieses Phänomen dahingehend zu erklären, dass nicht jede Misshandlung sichtbare Verletzungen hervorruft, und nicht jedem Kind ärztliche Behandlung zuteil wird.

Weiterhin ist sie der Überzeugung, dass das ärztliche Einschreiten schichtgebunden ist, da bei Mittel- bzw. Oberschicht-Eltern der Gedanke an körperliche Misshandlung oft verworfen wird. Durch ein „geschicktes“ Wechseln der Ärzte ist kaum eine Wiederholung der Tat zu verfolgen. Außerdem ist die ärztliche Meldepflichtbereitschaft von einer hohen Hemmschwelle geprägt, so dass Ärzte häufig davor zurückschrecken, Misshandlungsfälle den Jugendämtern zu melden. Prägend kommt hinzu, dass bedingt durch eine mangelhafte Ausbildung und durch Unterbesetzung bei den sozialen Stellen keine intensive und fachlich kompetente Betreuung möglich ist. Trube-Becker² beschreibt ähnliche Punkte, jedoch bezieht sie sich allein auf das Dunkelfeld des sexuellen Missbrauchs. Sie führt aus, dass ein Opfer gewordenes Kleinkind nicht in der Lage sei, eine Aussage zu machen;

¹ Vgl. Schulte, Franz-Josef, Lehrbuch der Kinderheilkunde, Stuttgart 1988, S. 715.

² Vgl. Trube-Becker, Elisabeth, Gewalt gegen das Kind, Heidelberg 1987, S. 4ff.

größere Kinder hingegen schämten sich und würden als Lügner bezeichnet, gerade in diesen Fällen, in denen der eigene Vater der Täter sei. Die Angst vor Untersuchungen, Vernehmungen und Ermittlungsverfahren sei für die betroffenen Familien sehr peinlich und werde daher meist vermieden. Zu beachten sei hierbei, dass bei einer „väterlichen“ Täterschaft Konsequenzen entstehen könnten, die u.a. zu einem sozialen Abstieg der gesamten Familie führen könnten.

Fazit: Im weiteren Verlauf meiner Arbeit werde ich mich auf die Definition des Kinderschutz-Zentrums Berlin stützen, da sie alle bedeutenden Punkte der Kindesmisshandlung -von politischen, medizinischen, rechtlichen, gesellschaftlichen über sozial-pädagogischen Aspekten- enthält. Außerdem werden in dieser Definition auch die kindlichen Rechte besonders berücksichtigt, die einzuhalten Pflicht der Erwachsenen ist. bedeutet Kindesmisshandlung bedeutet danach nicht nur die reine körperliche Gewalt, sondern ebenfalls die emotionalen, gesellschaftlichen und sozialen Bedingungen, die auf das Kind einwirken und zu einer Schädigung führen können. Daher bevorzuge ich diese weit gefasste Definition, um alle Aspekte der Gewalt, von körperlicher und seelischer bis hin zum sexuellen Missbrauch zu berücksichtigen und alle Kinder, die irgendeiner Form von Gewalt ausgesetzt sind, erfassbar zu machen. Meines Erachtens liegen in den enger gefassten Definitionen Schwächen, indem sie lediglich auf bestimmte Teilbereiche abstellen. Dies erscheint mir einer klaren Definition, deren Intention sich vor allem auf eine eindeutige Abgrenzung der Problematik hin erstrecken muss, abträglich, da nicht alle Lebenssachverhalte, die meiner Ansicht zufolge klare Züge einer Misshandlung aufweisen, durch enge Auslegung des Misshandlungsbegriffs erfasst werden. Gleiches gilt für Definitionen, die sich strikt an einer einzigen Betrachtungsweise orientieren, s.o. rechtliche und medizinische Bestimmungen.

Fazit: Meines Erachtens ist es eminent wichtig, die misshandelten Kinder anhand speziell festgelegter Merkmale in bestimmte Gruppen einzuteilen, so gefühllos das auch klingen mag. Nur so ergeben sich Ansatzpunkte für eingreifende Präventions- und auch Sofortmaßnahmen, die einen effektiven Schutz leisten könnten. Jedoch möchte ich auf die Gefahr hinweisen, diese Merkmale als Schulselemente einzusetzen und somit eine

Teilverantwortlichkeit des Kindes aufgrund seiner Persönlichkeit zu bejahen. Die Teilnahme des Kindes an der Misshandlungssituation beschränkt sich meiner Meinung nach auf die bloße Einsetzung des Kindes als Objekt, ausdrücklich nicht als handelndes Subjekt. Dies schließt Verantwortlichkeit in jedem Sinne aus, da das Kind als „Werkzeug“ missbraucht wird. Eine weitere Gruppe der Beteiligten, also diejenige der Misshandler, erfordert ebenso eine nähere Betrachtung, um zum späteren Zeitpunkt die Kindesmisshandlung erklären zu können. Kempe und Kempe¹ sagen aus, dass weder die Schicht, die Rasse, noch die Religionsgemeinschaft einzugrenzen sind, in denen sich die Täter befinden. Ihrer Meinung nach sollten die Eltern versuchen, die kindlichen Bedürfnisse zu erkennen und auch zu befriedigen. Darunter fällt sowohl die physische Betreuung und der Schutz des Kindes als auch die Ernährung. Die Eltern sollten den Kindern ihre Liebe schenken, ihnen ermöglichen, zu anderen Menschen in Kontakt treten zu können und durch das Verarbeiten von Erfahrungen Hilfen beim Aufbau von Beziehungen geben. Alle diese Aspekte beschreiben die gewünschte elterliche Betreuung, die den Kindern widerfahren sollte. Schwierigkeiten treten jedoch auf, wenn die Bedürfnisse der Eltern und die der Kinder miteinander kollidieren. Dann ist es von großer Bedeutung, dass ein Weg gefunden wird, bei dem beide Seiten gleichermaßen zu befriedigen versucht wird.

In Anlehnung an Anette Engfer² liste ich jedoch folgende Punkte auf, um die täterbezogene Situation zu erläutern: Zu den Familienverhältnissen ist anzumerken, dass es sich in Deutschland bei den Misshandelnden größtenteils um verheiratete Paare handelt, bei denen das Zusammenleben disharmonisch und konfliktreich abläuft. Aber es wird auch auf Alleinerziehende und Stieffamilien hingewiesen, bei denen Misshandlung beobachtet wurde. So kann überall dort Misshandlung auftreten, wo die Familie bzw. ein Elternteil sich überlastet und unwohl fühlt. Als zweites Merkmal wurde der Ausbildungsstand und die Schichtzugehörigkeit untersucht. Nach Engfer sind die unteren Sozialschichten bei den Misshandlern überrepräsentiert. Armut (z.B. durch Arbeitslosigkeit) wird als ein bedeutender Faktor genannt. In englischen, amerikanischen und kanadischen Studien wird

¹ Vgl. Kempe u. Kempe (1980, S. 19ff.).

² Engfer (1986, S. 38ff.).

der Faktor der Arbeitslosigkeit sehr häufig mit Kindesmisshandlung in Zusammenhang gebracht bracht, wodurch materielle Einbußen entstehen, die Angst, Apathie, Resignation und ein beeinträchtigtes Selbstbewusstsein zur Folge haben. Der dritte Faktor bezieht sich auf die Familiengröße. In allen Untersuchungen, die Engfer verwendet, handelt es sich um kinderreiche Familien. Zu bemerken ist hier, dass es zu der Zeit, in der die Untersuchungen stattfanden, noch nicht so eine große Zahl von Einzelkindern gab wie heute. Als nächstes werden die Vorstrafen der Misshandler genauer betrachtet. Dabei ist zu erkennen, dass die Misshandler häufig wegen Armutsdelikten vorbestraft sind. Weiterhin ist zwischen den Delikten von Vätern und Müttern deutlich zu unterscheiden. Während bei den Vätern eine erhöhte gewaltsame Kriminalität zu verzeichnen ist, tauchen bei den Müttern eher Delikte auf, die mit Misshandlung oder Vernachlässigung zusammenhängen. Meiner Meinung zufolge könnte diesem Ergebnis eine je nach Geschlecht differente Hemmschwelligengrenze zugrunde liegen. Bei Gewalttaten wird aktives Tun gefordert, bei Vernachlässigungstaten hingegen liegt meistens Unterlassung vor. Erwiesenermaßen ist bei aktivem Tun die zurückhaltende Hemmschwelle höher anzusiedeln als bei den Unterlassungstaten. Der kriminologischen Forschung zufolge liegt bei Männern diese Grenze niedriger als bei Frauen. Bemerken möchte ich dabei, dass meine Einschätzung keine Wertung beinhaltet, sondern lediglich als möglicher Erklärungsansatz zu verstehen ist. Engfer untersucht die Täterschaft als fünften Aspekt, der besagt, dass allgemein mehr Mütter als Väter ihre Kinder misshandeln, weil sie mehr Zeit mit den Kindern verbringen. Jedoch hat Creighton in seiner Studie herausgefunden, dass in vollständigen Familien des öfteren die Väter Gewalt anwenden. Der Anstieg der väterlichen Gewalt ist u.a. darauf zurückzuführen, dass immer mehr Väter arbeitslos werden und nun den ganzen Tag mit ihren Kindern verbringen. Als nächstes versucht Engfer das Alter der misshandelnden Eltern in Beziehung zur Kindesmisshandlung zu setzen. Hierbei ist auffällig, dass, zumindest in angloamerikanischen Studien, die Mütter meist unter 20 Jahre alt sind. Hinsichtlich der sozialen Isolation führt sie aus, dass junge Familien zuerst aufgrund des Zuwachses eine größere und anschließend, z.B. nach auftretender Arbeitslosigkeit, wieder eine kleine Wohnung suchen, wodurch sie fast nie die Möglichkeit haben, Freunde zu finden. So

fühlen diese Familien sich dann an jedem Ort als Fremde. Der achte Punkt beschreibt die elterliche Vorerfahrung mit Misshandlung und körperlicher Züchtigung, wobei erkennbar ist, dass 11-25 % der misshandelnden Eltern früher selbst misshandelt worden sind. Weiterhin ist zu beobachten, dass 12-20 % dieser Eltern bei Fremden oder in Heimen aufwuchsen, oder dass die Ehen ihrer Eltern von Streit und Zerrüttung geprägt waren. Steele und Pollock¹ weisen ebenfalls daraufhin, dass die misshandelnden Eltern die Rolle ihrer Eltern später wiederholten.

„ Die Lebensgeschichten der Patienten unserer Gruppe zeigen, daß sie ohne Ausnahme im selben Stil erzogen wurden, und daß sie diesen insofern neu belebt haben, als sie ihre eigenen Kinder in der selben Art und Weise erzogen. Einige hatten schwere Mißhandlungen erduldet, und zwar waren sie von der Mutter oder vom Vater geschlagen worden.“

Misshandelte und geschlagene Kinder leiden häufig unter Ängstlichkeit, Schuldgefühlen, Minderwertigkeitskomplexen, Kontakt- und Schulschwierigkeiten, Depressionen, Isolation, psychosomatischen Erkrankungen und an Misstrauen gegenüber anderen. Psycho-therapeutische Ergebnisse lassen außerdem die Verbindung zwischen Gewalterlebnissen in der Kindheit und aggressiven Verhaltensweisen im Jugendlichen- und Erwachsenenalter zu.² Meiner Ansicht nach ist es von großer Bedeutung, die Opfer und Täterkreise genau zu beschreiben, da bei ihrer Analyse Ansätze für die Präventionsarbeit erkennbar werden. Bei der Darlegung der speziellen Merkmale der misshandelten Kinder wird deutlich, bei welchen Gruppen von Kindern und Eltern anzusetzen ist. So sollte auf Frühgeburten, hyperaktive Kinder sowie auf sehr junge Eltern und ungewollte Schwangerschaften das Hauptaugenmerk gelegt werden, um Misshandlungen frühzeitig vorbeugen zu können. Nur durch die Untersuchung der misshandelten Kinder und der misshandelnden Eltern besteht die Möglichkeit, effektive Präventionsprogramme zu entwickeln.

¹ Steele, B.F. u. Pollock, C.B., Eine psychiatrische Untersuchung von Eltern, die Säuglinge und Kleinkinder mißhandelt haben, in: Helfer, R. E. u. Kempe, C.H.: Das geschlagene Kind, Frankfurt/M. S. 161ff.

² Vgl. Nave-Herz, Rosemarie, Familie heute, Darmstadt 1994, S. 79f.

4. Empirische Untersuchung

4.1 Untersuchungsmethode

Die Erhebung wurde an verschiedenen Schultypen, Jugendfreizeithäusern und Sozialämtern im Bereich Bochum (vgl. entsprechende Korrespondenzen im Anhang) durchgeführt. Es wurden insgesamt 700 Fragebögen ausgegeben. Als Stichprobe der Untersuchung wurden Kinder im Alter von 12-16 Jahren ausgewählt. Die demographischen Daten wurden mit Hilfe eines Fragebogens ermittelt. In Anlehnung an Wellenreuther¹ wurde der Fragebogen vor dem eigentlichen Einsatz als Forschungsinstrument erprobt. Hierzu wurde eine Stichprobe von 20 Personen (SchülerInnen einer Schule der Sek. I) vorgenommen. Mit diesem Vortest wurde folgendes überprüft:

1. Sind die Fragen eindeutig und verständlich formuliert?
2. Sind die Fragen so ausbalanciert gestellt, dass mehrere Antworten gegeben werden können?

Nach diesem Vortest wurden alle Schwierigkeiten notiert, die bei der Beantwortung auftreten könnten. Die Befragten wurden darüber informiert, dass der Fragebogen noch nicht in seiner endgültigen Form vorliegt und ich für alle Hinweise zur Verbesserung der Fragen dankbar sei. Der korrigierte Fragebogen kam schließlich zum Einsatz. Neben dieser quantitativen Methode wird sich im Rahmen meiner Arbeit für den qualitativen Bereich die Auswertung von Expertenberichten anschließen. Als Alternative zum Einsatz von Fragebögen hätten sich zur Erfassung meiner Fragestellungen Einzelinterviews und Gruppenbefragungen angeboten; auf diese Instrumentarien habe ich wegen der Zeitintensität und der möglichen Verletzung der Privatsphäre verzichtet.

¹ Vgl. Wellenreuther, Martin, Empirische Forschungsmethoden, Königstein/TS. 1988, S. 159ff.

4.1.1 Statistische Angaben zum Untersuchungsfeld

Die Anzahl der von Arbeitslosigkeit mit betroffenen Familienangehörigen und speziell der Kinder war und ist aus der laufenden Arbeitslosenstatistik nicht zu entnehmen. Erstmals (und bisher leider auch einmalig) führte die Bundesanstalt für Arbeit im September 1983 eine Strukturanalyse bei Arbeitslosen durch¹, die u. a. nach Familienstand sowie Anzahl und Alter der Kinder der Arbeitslosen fragte. Aus dieser Strukturanalyse folgen einige Daten:

- 35% aller zum Zeitpunkt der Erhebung gemeldeten Arbeitslosen hatten Kinder in ihrem Haushalt,
- 15% davon hatten Kinder unter sechs Jahren,
- 25% bis unter 15 Jahren.

In absoluten Zahlen ausgedrückt hatten 747.000 Arbeitslose Kinder zu versorgen; 53% ein Kind, 30% zwei Kinder und 17% drei Kinder und mehr. Insgesamt waren damit 1.296.026 Kinder von Arbeitslosen gezählt worden. Von ihnen waren unter sechs Jahren 380.998, sechs bis unter 15 Jahre 421.836 und älter 493.192.

4.1.1.1 Statistische Ausgangssituation im Arbeitsamtsbezirk Bochum

Bezogen auf den Arbeitsamtsbezirk Bochum (umfasst die Städte Bochum, Herne I und II) lässt sich für die 90 er Jahre zur Arbeitslosigkeit folgendes feststellen..

Für 1998 betrug die Zahl der Arbeitslosen **32.974**.²

„Als weitere Ursache für die sich wandelnde Sozialstruktur Bochums müssen veränderte Arbeitsmarktbedingungen genannt werden. Rückläufigen Beschäftigtenzahlen stehen steigende Arbeitslosenzahlen gegenüber. (...). Als Folge für diese verschlechterten Arbeitsmarktbedingungen in Bochum sind einerseits die rückläufigen Beschäftigtenzahlen im primären (Bergbau) und im sekundären (Eisen- und Stahlindustrie) Sektor zu nennen. Gleichzeitig ist aber in Bochum der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) nicht

¹ Vgl. Zenke.u. Ludwig (1984, S. 104f.).

² Vgl. Arbeitsamt Bochum 03.04.2000.

*hinreichend ausgebaut worden, um z.B. in produktionsnahen Dienstleistungsbereichen, z. B. Planungs- und Beratungsbüros, neue hinreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen."*¹

Die Eltern beziehen entweder Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Eingliederungsgeld.

„30% der Arbeitslosen, die Leistungen vom Arbeitsamt erhalten, haben mindestens ein Kind auf der Lohnsteuerkarte eingetragen. Rechnet man diesen Anteil hoch auf alle gemeldeten Arbeitslosen Bochums und geht von einer durchschnittlichen Kinderzahl von 1,58 Kinder pro Haushalt aus, so erhält man einen Schätzwert von

11.000

*betroffenen Kindern.“*²

Aus der Gesamtpopulation der Sozialhilfefamilien ergibt sich folgendes statistisches Bild für die Gruppe der betroffenen Kinder und Jugendliche:

– Betroffene Kinder für den Amtsbezirk Bochum und Herne:

unter 3 Jahren	1.752
4-bis 6 Jahre	1.290
7-bis 10 Jahre	1.892
11 bis 16 Jahre	2.481

Nach Angaben des Sozialamtes der Stadt Bochum bezogen im Januar 2000

7.415³

Kinder zwischen dem ersten und 16 Lebensjahr Sozialhilfe in Bochum.

Insgesamt lebten 1998 in Bochum/Herne also nahezu ca. **19.000** Kinder in einkommensschwachen Familien. Davon lebten allein ca. **2.100** Kinder zwischen unter sieben Jahren in Arbeitslosenhaushalten und ca. **3.000** dieser Altersgruppe in

¹ Ebd., o.S.

² Momotow, (1996, S. 54).

³ Sozialamt der Stadt Bochum vom 29.03.2000.

Sozialhilfehaushalten. Es ist nach meinen Ausführungen zu vermuten, dass diese Kinder in Armut aufwachsen.

Als noch stärker sozial benachteiligt muss eine weitere Gruppe von Kindern und Jugendlichen angesehen werden: Insgesamt sind es **2.095** Kinder und Jugendliche, die in Obdachlosenunterkünften, Aussiedlerheimen und Asylantenheimen in Bochum lebten. Hierunter sind **1.746** Kinder unter 15 Jahren, überwiegend sind es ausländische Kinder (insgesamt 1.014). Im Alter zwischen 14 und 18 Jahren lebten in diesen Notunterkünften insgesamt **349** Jugendliche, hiervon waren 50% ausländische Jugendliche.¹

„Doch auch unter jungen Menschen wächst die Armut: Von den 17.900 (22.659 im Jahre 2000) Hilfeempfängern sind rund 4.400 (11.356 f.1999) jünger als 27 Jahre. Die Altersgruppe der 18-bis 27Jährigen ist die drittgrößte der Statistik.“²

4.1.1.2 Hypothesen dieser Untersuchung

Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen psycho-sozialen Folgen für die betroffenen Kinder wird in der Untersuchung als kritisches Lebensereignis verstanden. Zu den psychosozialen Folgen für die Kinder zählen das veränderte Erziehungsverhalten der Eltern, Konsum- und Freizeitverhalten, Vernachlässigung der Schule, negative Auswirkungen auf das „Lehrer-Schüler-Verhalten“, psychosomatische Störungen etc. Meine Untersuchung beschäftigt sich mit den Fragen,

- a) inwieweit sich die Vermutungen über die Betroffenheit von Kindern arbeitsloser Eltern durch Arbeitslosigkeit präzisieren lassen und
- b) wie die Folgen von Arbeitslosigkeit kompensiert werden können.

Im einzelnen geht es um die Überprüfung folgender Hypothesen:

Hypothese 1:

¹ Vgl. Henke (1991, S. 4ff.).

² WAZ vom 1.07.1995.

Wenn die Familie von Arbeitslosigkeit betroffen ist, dann treten Spannungen zwischen Eltern und Kindern auf.

Hypothese 2:

Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, desto rigider werden die Erziehungspraktiken der Eltern.

Hypothese 3:

Wenn sich die monatlichen Einkünfte verringern, dann müssen Kinder von Arbeitslosen neben ihrem Schulbesuch arbeiten.

Hypothese 4:

Je schlechter das familiäre Klima im Elternhaus ist, desto negativer wirkt sich dies auf den Schulbesuch und das Lehrer-Schüler-Verhalten aus.

Hypothese 5:

Wenn das Lehrer-Schüler-Verhalten erheblich gestört ist, dann verschlechtern sich die Schulleistungen und somit die Berufsaussichten der betroffenen Kinder.

Hypothese 6:

Wenn kritische Lebensereignisse eintreten, dann wirkt sich dies auf die Psychosomatik der Kinder aus.

Hypothese 7:

Wenn die anstehende Problematik bewusst gemacht wird, dann ist bei den speziellen Anspruchsgruppen eine Problemlösung realistisch.

Für die empirische Untersuchung lassen sich diese Hypothesen in folgende Fragestellungen transformieren:

1. Wie stellt sich das familiäre Verhältnis zwischen Eltern und Kindern bei den betroffenen Arbeitslosenfamilien dar?
2. Verändern sich die Erziehungspraktiken?
3. Wirkt sich die Arbeitslosigkeit der Eltern auf das Konsum- und Freizeitverhalten der Kinder aus?

4. Wird der Schulbesuch durch die Arbeitslosigkeit der Eltern bzw. der Elternteile vernachlässigt?
5. Sind Veränderungen im „Lehrer-Schüler-Verhalten“ auszumachen und gibt es möglicherweise zukünftige Auswirkungen auf die Berufsperspektiven?
6. Wirkt sich die belastende Elternhaussituation auf das psychische Wohlbefinden der Kinder aus?
7. Können Pädagogen, Lehrer, Sozial- und Jugendämter Hilfestellungen anbieten?

4.1.1.3 Allgemeine Angaben zur Untersuchungsmethode

In meiner empirischen Untersuchung kommt die beschreibende Statistik zur Anwendung mit dem Ziel, die Untersuchungsergebnisse darzustellen. Die Befunde werden zusammengefasst, um das Wesentliche klar und verständlich in gedrängter Form zum Ausdruck zu bringen. Die statistische Beschreibung erfolgt in zwei Formen:

- in Tabellen;
- als graphische Darstellungen.

Um sich einen guten Überblick zu schaffen, wird das gesammelte Zahlenmaterial so strukturiert, dass man gleiche Messwerte mit der Zahl ihres Auftretens versieht (Häufigkeitszahl). Dadurch entsteht eine Häufigkeitsverteilung. Sie ist die verbreitetste Darstellungsform von Untersuchungsergebnissen.

Die Häufigkeitstabellen haben folgende Vorzüge:

- gute Übersicht
- ökonomisch im Hinblick auf Schreibaarbeit und Platzbedarf
- geeignet, bei Art der Verteilung beurteilen zu lassen
- nicht mit einem Informationsverlust verbunden, wie das bei klassifizierten Daten der Fall ist.¹

¹ Vgl. Clauß, G., Ebner, H., Grundlagen der Statistik, Frankfurt/M.1977, S. 45ff.

4.1.1.3.1 Gütekriterien der empirischen Untersuchungsinstrumente

Der Wert eines Messinstrumentes wird im allgemeinen nach der Zuverlässigkeit (Reliabilität), der Gültigkeit (Validität) und der Objektivität der Messung¹ beurteilt. Ein weiterer wichtiger Faktor ist die Ökonomie des Messverfahrens. Das hier verwendete Messinstrument, der Fragebogen, lässt sich hinsichtlich der Ökonomie im Vergleich zur aufwendigen Interviewtechnik positiv bewerten. Weiterhin kann man mit einem Fragebogen mit Auswahlantworten auf eine hohe Auswertungsobjektivität schließen, weil sich Hinweise über die Reliabilität eines Fragebogens zur Messung von Eigenschaften u. a. so gewinnen lassen, dass die Gesamtstichprobe in Untergruppen aufgeteilt und die Übereinstimmung der Ergebnisse der Untergruppen ermittelt wird. Kriterien für die Validität des Fragebogens sind dahingehend auszumachen, dass die hier gefundenen Beziehungen zwischen den einzelnen Variablen eine theoretische und möglichst auch eine praktische Relevanz haben; d. h., die festgestellten Beziehungen sollen über eine bloße „Quantifizierung von Selbstverständlichkeiten“ hinausgehen. Theoretische Relevanz hat ein Ergebnis dann, wenn mit seiner Hilfe bisher unbekannte Zusammenhänge erhoben oder nur vermutete erhellt werden können; für den speziellen Fall der hier untersuchten Stichprobe wird man einem Ergebnis dann praktische Relevanz zusprechen können, wenn sich entsprechende prophylaktische bzw. therapeutische Lösungsmöglichkeiten formulieren lassen.

4.1.1.3.2 Fragebogen

Der Fragebogen (vgl. Anlage) beinhaltete 37 Fragen und wurde in drei Blöcke aufgeteilt: Der Fragebogenteil soll zum einen Daten über die familiäre wie schulische Lebenssituation der befragten Jugendlichen gewinnen, zum anderen Aussagen über schulische Selbsteinschätzung und Berufsperspektiven liefern.

-Teil A-

¹ Vgl. Lienert, Georg A., Testaufbau und Testanalyse, Weinheim 1967, S. 12f.

„Zunächst einige Fragen zu Deiner Person“:

1. Wie alt bist Du?
2. Welches Geschlecht hast Du?
3. Wohnst Du bei Deinen Eltern?
4. Hast Du noch Geschwister?
5. Welche Schule besucht Du im Augenblick?
6. Welchen Schulabschluss strebst Du an?
7. In welcher Klasse befindest Du Dich im Augenblick?
8. Wie würdest Du persönlich Deine Schulleistungen einstufen?
9. In welchem Berufszweig möchtest Du gerne später arbeiten?

Teil „B“ befasst sich mit der Berufs- und Arbeitslosensituation der Eltern sowie mit den jeweiligen Einkommensquellen (Arbeitslosengeld/-hilfe bzw. Sozialhilfe o. Ersparnisse).

„Nun einige Fragen zur Situation Deiner Eltern“:

10. Wer von Deinen Eltern ist arbeitslos?
11. Seit wann ist Dein Vater arbeitslos?
12. Seit wann ist Deine Mutter arbeitslos?
13. Beruf des Vaters?
14. Beruf der Mutter?
15. Schulabschluss des Vaters?
16. Schulabschluss der Mutter?
17. Mein Vater erhält
18. Meine Mutter erhält
19. Meine Eltern haben Ersparnisse

Im Teil „C“ wurden die Beziehungen zwischen der Familie und dem betroffenen Kind untersucht. Die Kinder sollten sich in diesem Zusammenhang über mögliche Bestrafungen seitens der Eltern äußern; weiterhin nimmt die mögliche „Kinderarbeit“ einen gewissen Schwerpunkt in diesem Teil ein. Am Ende dieses Blockes sollen die SchülerInnen über ihre schulische Situation, das Freizeitverhalten und mögliche gesundheitliche Folgeerscheinungen Angaben machen:

„Die nächsten Fragen beziehen sich auf die Situation Deiner Familie“:

20. Musstet Ihr nach der eingetretenen Arbeitslosigkeit in eine preisgünstigere Wohnung umziehen?
21. Was hat sich zwischen Dir und Deinen Eltern geändert, seit Du über ihre Arbeitslosigkeit informiert bist?
22. Wurden Dir vor der Arbeitslosigkeit alle persönlichen Wünsche erfüllt?
23. Seit dieser Zeit bekomme ich von ihnen keine persönlichen Wünsche erfüllt wie:
24. Wie viel Taschengeld bekommst Du in der Woche?
25. Hast Du vor der Arbeitslosigkeit Deiner Eltern schon einmal gearbeitet?
26. Verdienst Du während der Arbeitslosigkeit Deines Vaters/Deiner Mutter etwas dazu?
27. Wie viele Stunden musst Du in der Woche für diese Tätigkeit aufbringen?
28. Wofür gibst Du Dein Geld aus?
29. Seit der Arbeitslosigkeit meines Vaters/ meiner Mutter fühle ich mich alleingelassen
30. Ich bin sehr unglücklich in der jetzigen Situation zu Hause
31. Hattest Du vor der Arbeitslosigkeit Probleme in der Schule?
32. Hat sich die Situation jetzt auch auf die Leistungen in der Schule ausgewirkt?
33. Wie hast Du vor der Arbeitslosigkeit Deine Freizeit verbracht?
34. Hat sich seit der Arbeitslosigkeit Dein Arbeitsverhalten verändert?
35. Warst Du schon einmal beim Arbeitsamt, um Dir Informationen einzuholen?
36. Waren Dein Vater/Deine Mutter in dieser Zeit schon einmal mit Dir beim Jugendamt?
37. Fühlst Du Dich seit dieser Zeit in irgendeiner Form körperlich unwohl (krank)?

4.1.1.3.3 Durchführung der schriftlichen Befragung

Die Fragebögen wurden in 31 verschiedenen pädagogischen Einrichtungen (Schulen, Jugendfreizeithäuser etc.) in Bochum und Herne (s. anliegende Korrespondenz) von den betroffenen Kindern ohne Mitwirkung der Eltern ausgefüllt, um jegliche subjektiven häuslichen Einflüsse auszuschließen. Im Nachhinein muss festgestellt werden, dass die

Fragebögen in der Regel nur mit Hilfestellung von Lehrern und anderen Ansprechpartnern ausgefüllt werden konnten. In der Regel verblieben die Fragebögen ca. 6 Wochen in den jeweiligen Einrichtungen. Beim Ausfüllen der Fragebögen gaben die einzelnen Lehrer, Mitarbeiter der Jugendfreizeithäuser und Sachbearbeiter des Sozialamtes Hilfestellung. Um Datenmaterial über Kinder arbeitsloser Eltern zu bekommen, habe ich 700 Fragebögen wie folgt verteilt (Angaben mit den entsprechenden Rücklaufquoten):

Anzahl	Ausgabe	Rücklaufquote
8 Hauptschulen	2 04	106
2 Realschulen	98	66
3 Sonderschulen	112	50
1 Gesamtschule	82	4
2 Gymnasien	42	9
9 Jugendfreizeit-		
häuser	124	72
Sozialamt	38	15
	700	322
		46 %

Auf der Basis des Erlasses des KM vom 17.02.1977 III (1.36-75/0 Nr. 426/77 habe ich vom Regierungspräsidenten Arnsberg mit Schreiben vom 12.01.1990 unter Beachtung verschiedener Auflagen (Anhörung von Schul- und Lehrerkonferenzen, Anonymität, Datenschutzvorschriften etc.) die Genehmigung für meine Befragung bekommen.¹ Ohne Schwierigkeiten verliefen die Befragungen in Jugendfreizeithäusern (Stadt Bochum 10.03.1991) und im Sozialamt (Stadt Bochum vom 28.02.1991). Im Haupt- und Sonderschulbereich erklärten sich die Lehrer/innen oft spontan bereit, meine Aktion zu unterstützen. Dagegen gab es auf der Ebene der Real- und Gesamtschulen sowie der Gymnasien zum Teil massive Widerstände. Neben einem kommentarlosen „NEIN“ wurden Datenschutz- oder Zeitgründe als Ablehnungsmotive erwähnt. Besonders in Erinnerung blieb mir eine empörte Bemerkung eines Rektors einer Realschule in Bochum-

¹ Vgl. RP Arnsberg, Schreiben vom 12.01.1990

Linden: „Mir ist es völlig schleierhaft, wie der RP eine derartige Untersuchung überhaupt zulassen kann.“ Die geringen Rücklaufquoten seitens der Gymnasien und Gesamtschulen sind damit zu erklären, dass die Schulkonferenzen die Befragungen oft aus Gründen des Datenschutzes abgelehnt haben.

Mein Eindruck war, dass von der Realschulebene aufwärts die Tatsache der „Arbeitslosigkeit“ überhaupt negiert und daher auch eine Beschäftigung mit dieser gesellschaftlichen Problematik vermieden wird.

4.1.2 Datenauswertung

4.1.2.1 Sozio-demographische Daten

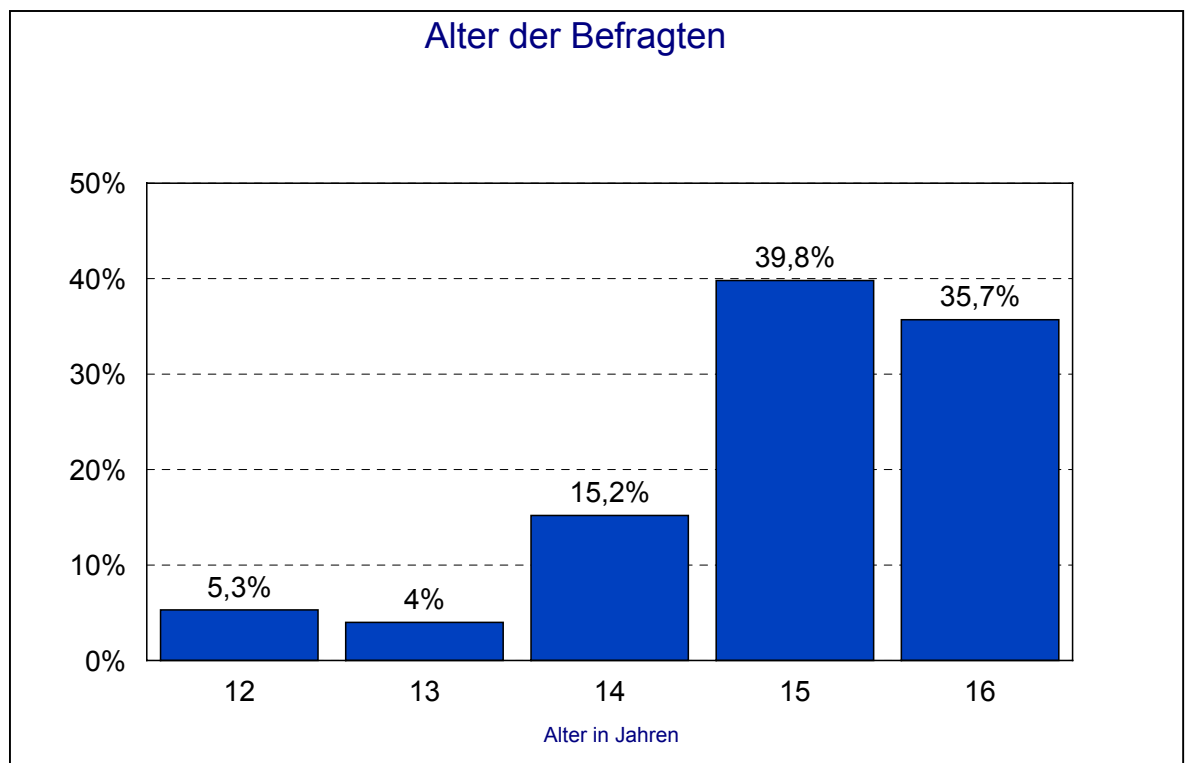
Die Ergebnisse meiner Untersuchung werden mittels Tabellen sowie Säulen- und Kreisdiagrammen vorgestellt.

4.1.2.2 Alter

Fragestellung:

– Wie alt bist Du?

Die 322 befragten Heranwachsenden verteilen sich auf fünf Jahrgangsstufen (12-16 Jahre). Drei Viertel der Befragten (75%=N) sind 15 oder 16 Jahre alt; ältere Jugendliche wurden nicht erfasst, da die Fragebögen nur im Sek. I-Bereich verteilt wurden und ältere Schüler dort in der Minderzahl sind.

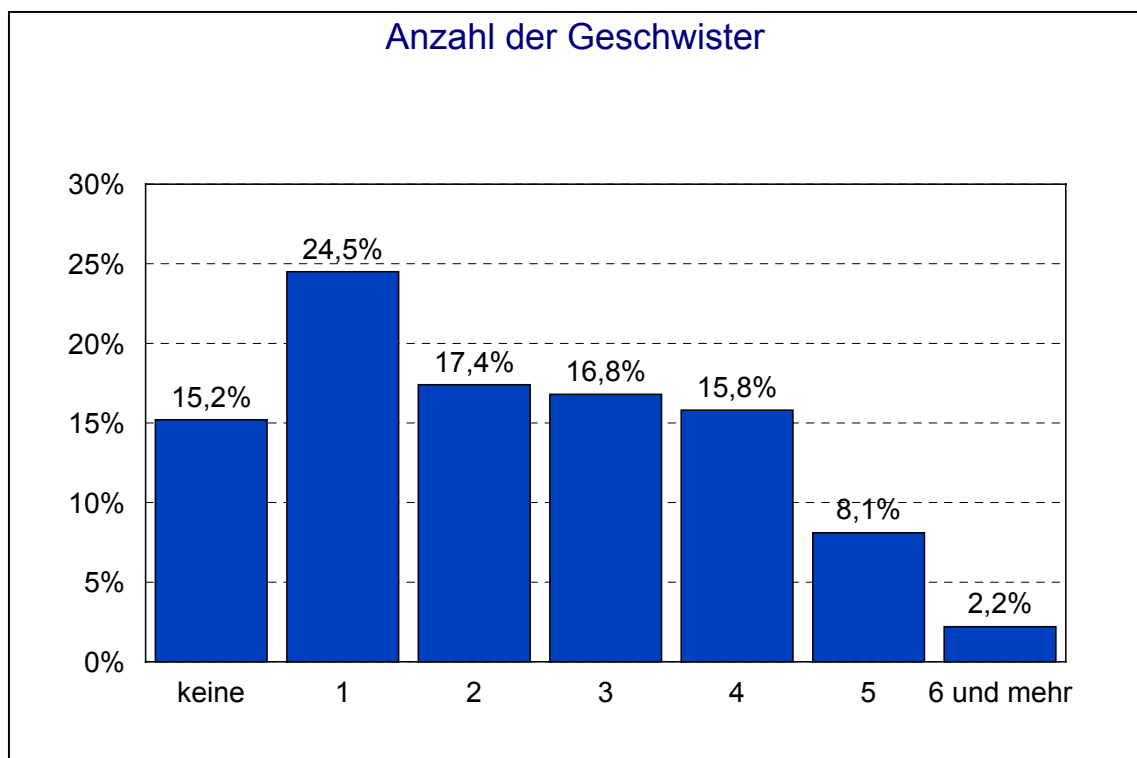


4.1.2.3 Geschwister

– Hast Du noch Geschwister?

In Bezug auf die Geschwisterzahl ergibt sich eine relativ große Bandbreite: („keine „ bis „8“ Geschwister). Die Hauptgruppe hat nur ein Geschwisterteil (79=24,5%). Auffallend ist, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Geschwisterteil (49=15,2%), mit zwei Geschwistern (56=17,4%) drei (54=16,8%) oder vier (51=15,8%) in etwa gleich stark ist. In Anlehnung an den IAB-Kurzbericht vom 15.04.19985 wird auch in meiner Untersuchung bestätigt, dass Arbeitslosenfamilien eher überdurchschnittlich viele Kinder haben (drei Geschwister und mehr = 42,3%).

Anzahl der Geschwister:

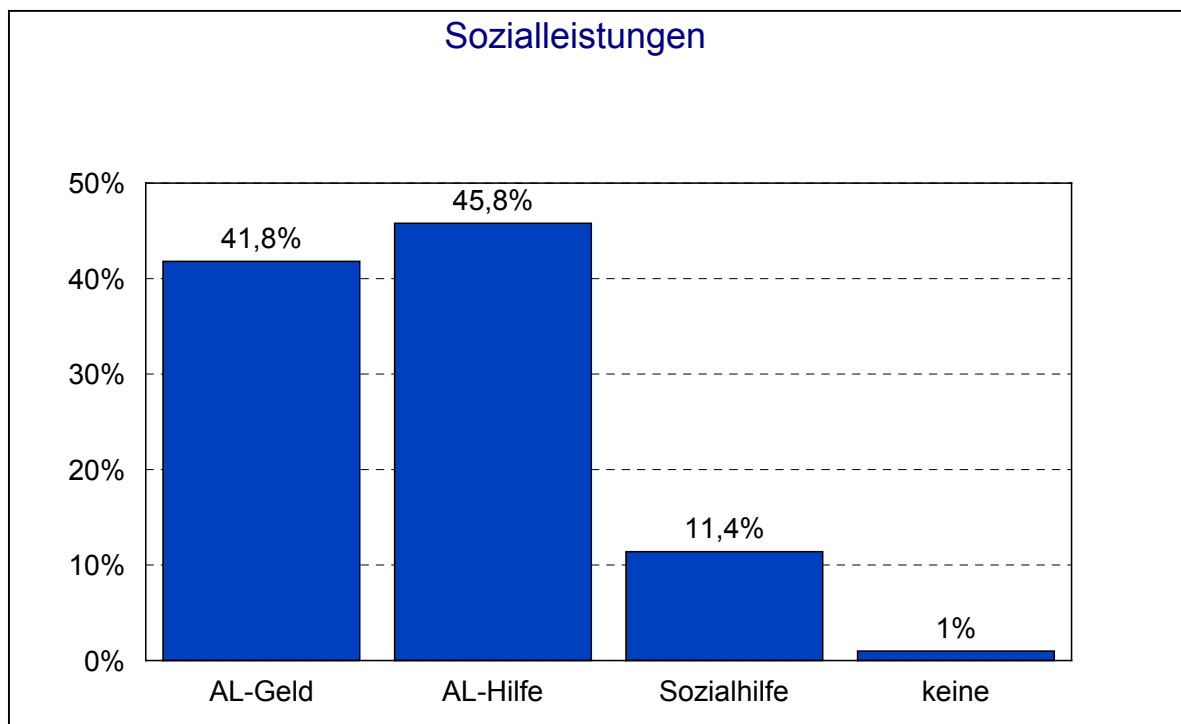


4.1.2.4 Transfereinkommen der Eltern

– Mein Vater/meine Mutter erhält...

Bei 74,5% war der Vater, bei 25,5% die Mutter arbeitslos (Alleinerziehende wurden nicht berücksichtigt), die bei ihrer Arbeitslosigkeit folgende Transfereinkommen angaben:

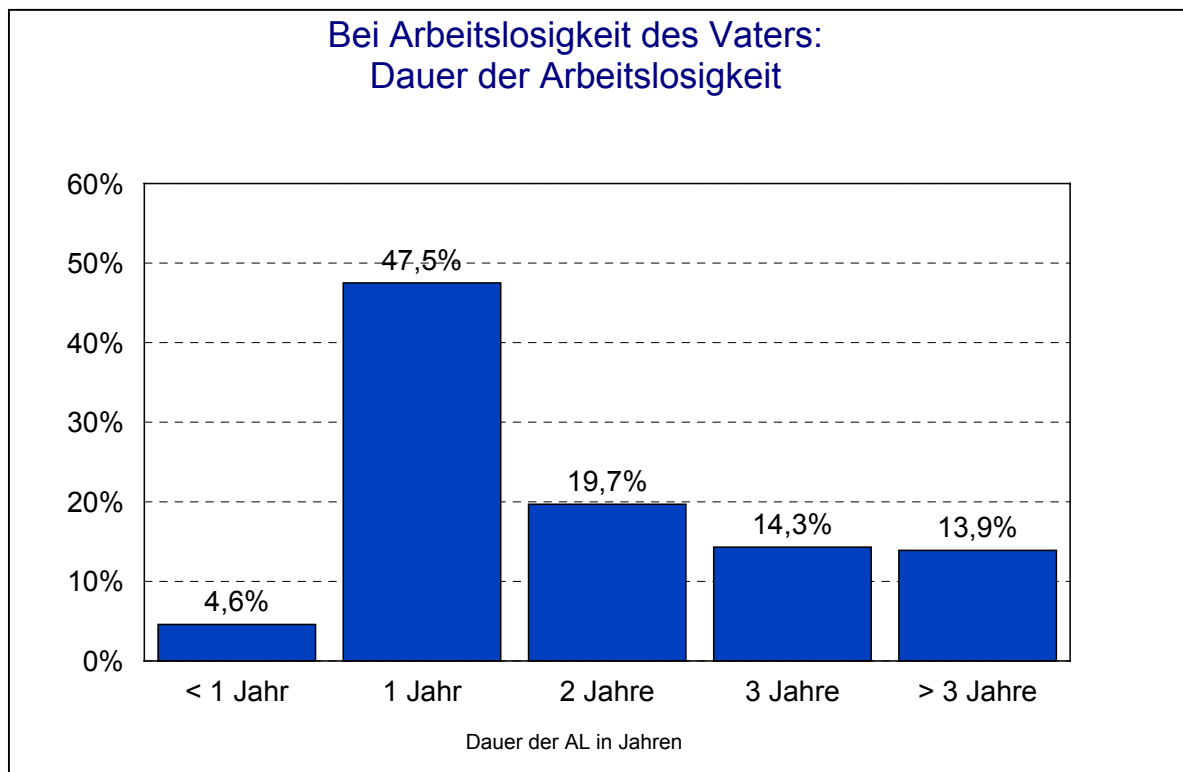
87,6% der Befragten beziehen Leistungen vom Arbeitsamt im Gegensatz zu 11,4% Sozialhilfeempfängern. Auffällig bei diesen Angaben ist der verschwindend geringe Prozentsatz der sog. „Stillen Reserve“.

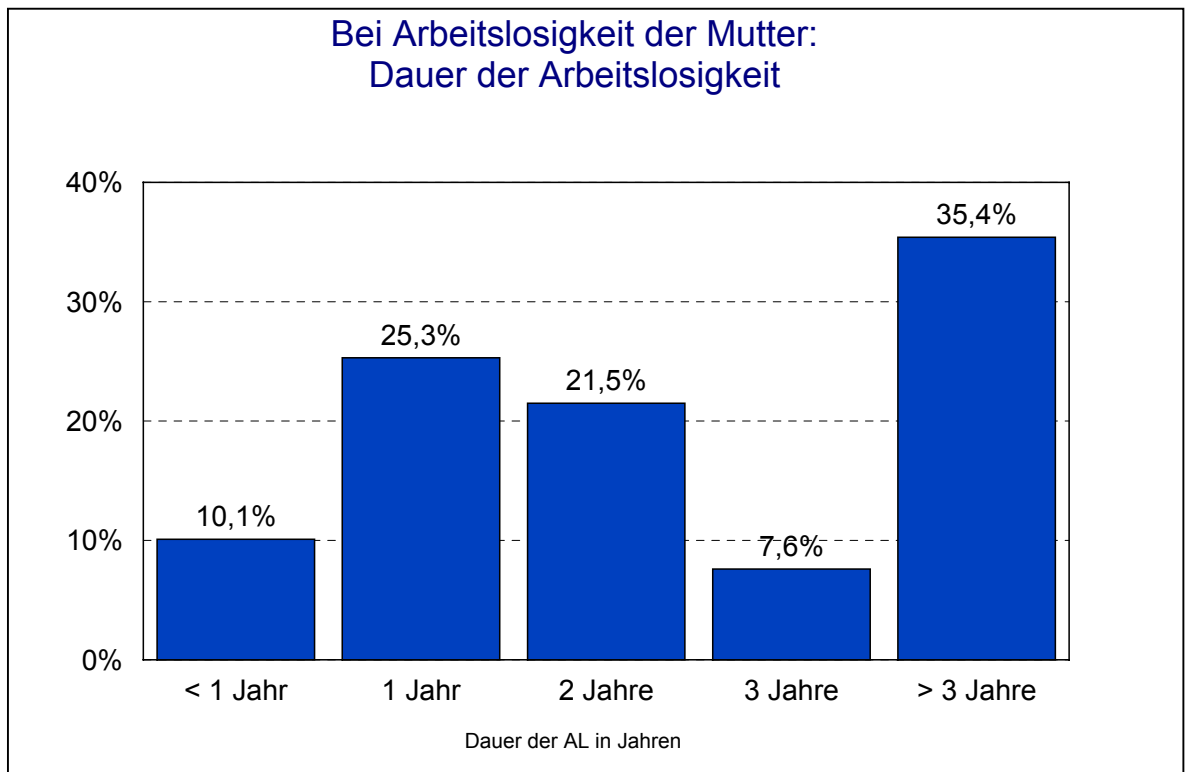


4.1.2.5 Dauer der Arbeitslosigkeit

– Seit wann ist Dein Vater/Deine Mutter arbeitslos?

Die Kurzzeitarbeitslosigkeit (bis zu einem Jahr) betrug bei den Vätern 4,6 %, im Gegensatz hierzu sind 10,1% der Mütter ein Jahr oder kürzer arbeitslos; dagegen sind 89,9% der Mütter im Vergleich zu 95,4% der Väter (mehr als ein Jahre arbeitslos) als Langzeitarbeitslose zu betrachten.



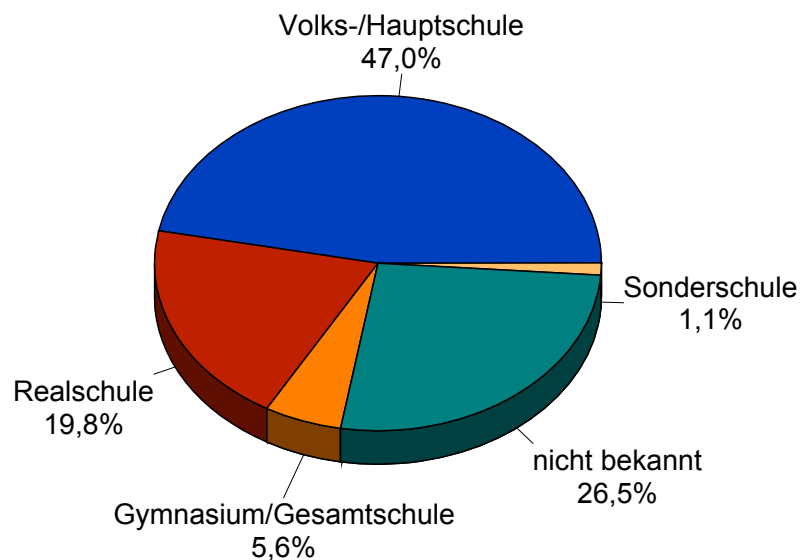


4.1.2.6 Schulabschluss und ausgeübter Beruf vor der Arbeitslosigkeit

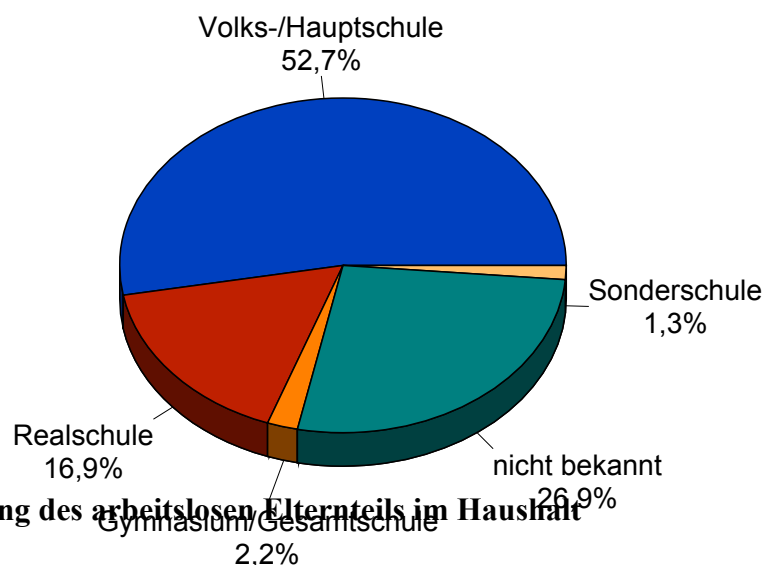
-Schulabschluss und Beruf des Vaters/ der Mutter?

47,0% der Väter und 52,8% der Mütter waren Volks-bzw. Hauptschulabsolventen,
60,4% der Männer und 42,9% der Frauen waren vor der Arbeitslosigkeit als ArbeiterInnen
beschäftigt.

Schulabschluss des Vaters

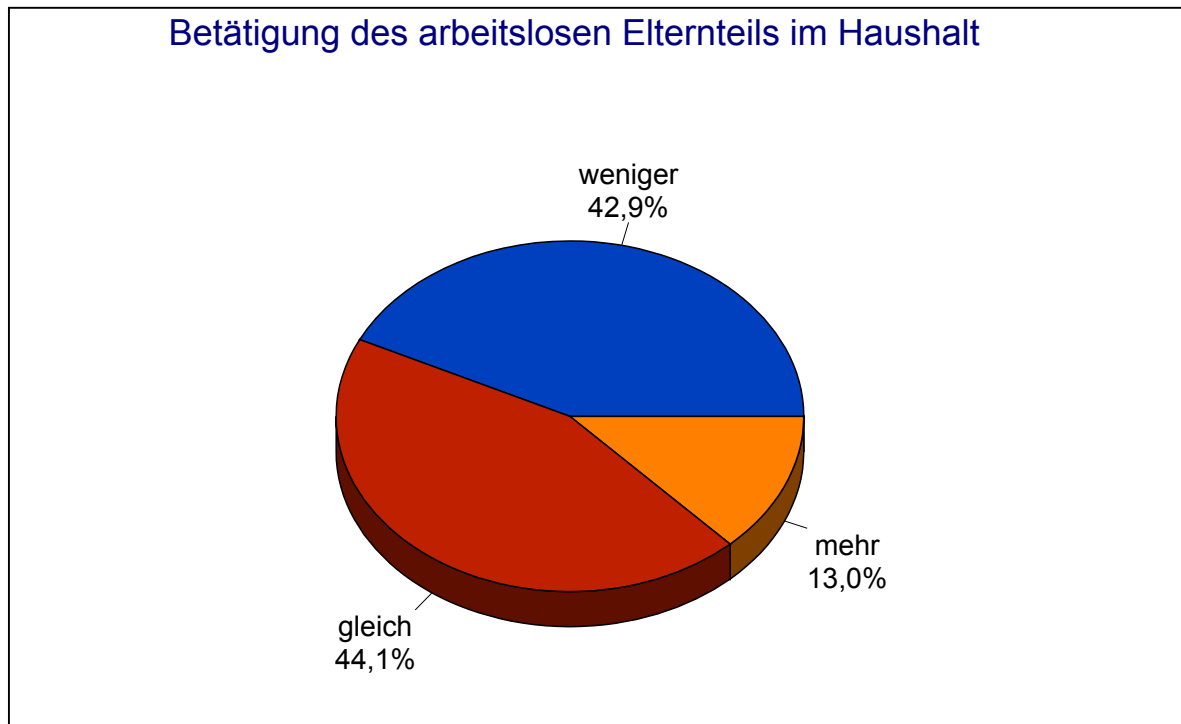


Schulabschluss der Mutter



4.1.2.7 Betätigung des arbeitslosen Elternteils im Haushalt

Dagegen ist eine intensive Betätigung des arbeitslosen Elternteils im Haushalt trotz größerer Freizeit nicht auszumachen, wobei noch festzustellen ist, dass 42,9% nach ihrer Arbeitslosigkeit sogar weniger im Haushalt helfen : z.B. wäre von Seiten des arbeitslosen Vaters der Rollenkonflikt als mögliche Ursache hier anzuführen.



„Sein Nachwuchs-vier der Kinder leben noch in der elterlichen Wohnung, das Kleinste ist dreierleibt einen überwiegend untätigen Vater, der den größten Teil des Tages auf dem Sofa sitzend verbringt, antriebsarm, von kleineren Arbeiten leicht überfordert, nicht mehr motiviert, gemeinsame Aktivitäten zu initiieren.“¹

¹ Lompe, Klaus, Die Realität der neuen Armut, Regensburg 1987, S. 12

4.1.2.8 Soziale Beziehungen zwischen Eltern und Kindern vor und nach der Arbeitslosigkeit

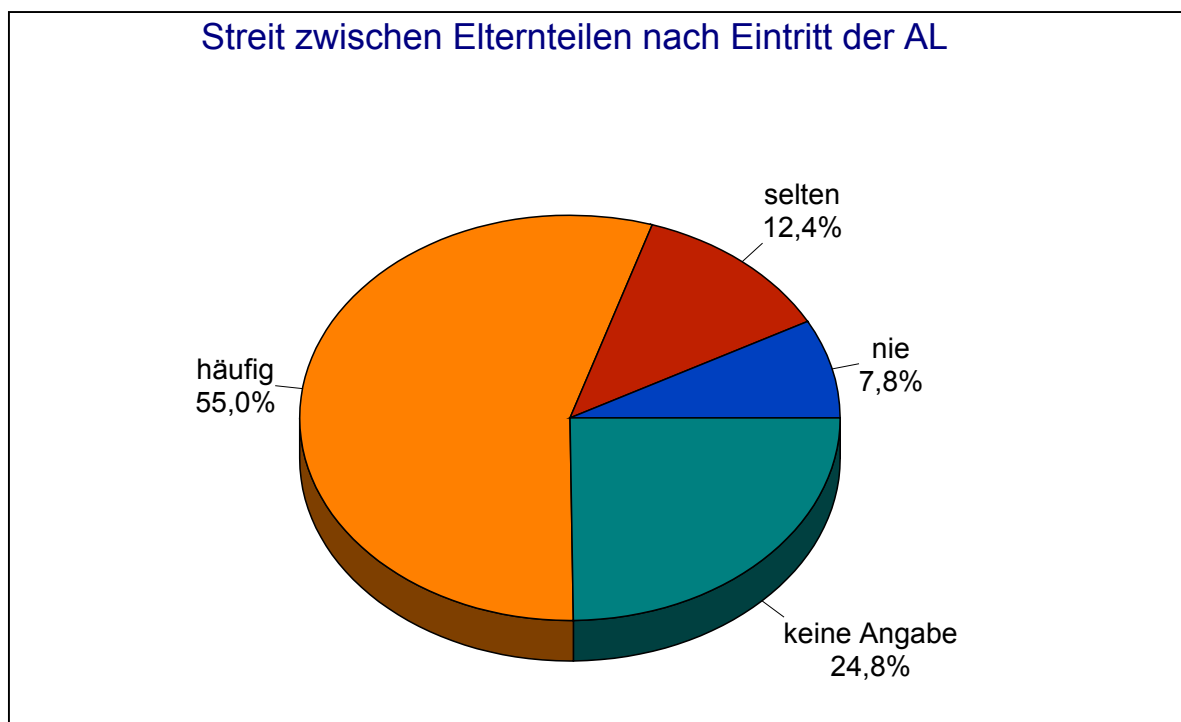
-Was hat sich zwischen Dir und Deinen Eltern geändert, seit Du über ihre Arbeitslosigkeit informiert bist?

Auf die Fragestellung „Was hat sich zwischen Dir und Deinen Eltern geändert, seit Du über ihre Arbeitslosigkeit informiert bist?“, gaben 67,7% an, dass sich seit der Arbeitslosigkeit der Elternteile Veränderungen in den familialen Beziehungen ergeben haben.

Die in der Literatur häufig angeführte Streitbereitschaft der Eltern nach Eintritt der Arbeitslosigkeit konnte in meiner Untersuchung mit 55% (streiten sich häufiger) bestätigt werden.

Auf die Fragestellung, ob sich die Eltern nach der eingetroffenen Arbeitslosigkeit untereinander mehr stritten, ergab sich eine eindeutige Bejahung.

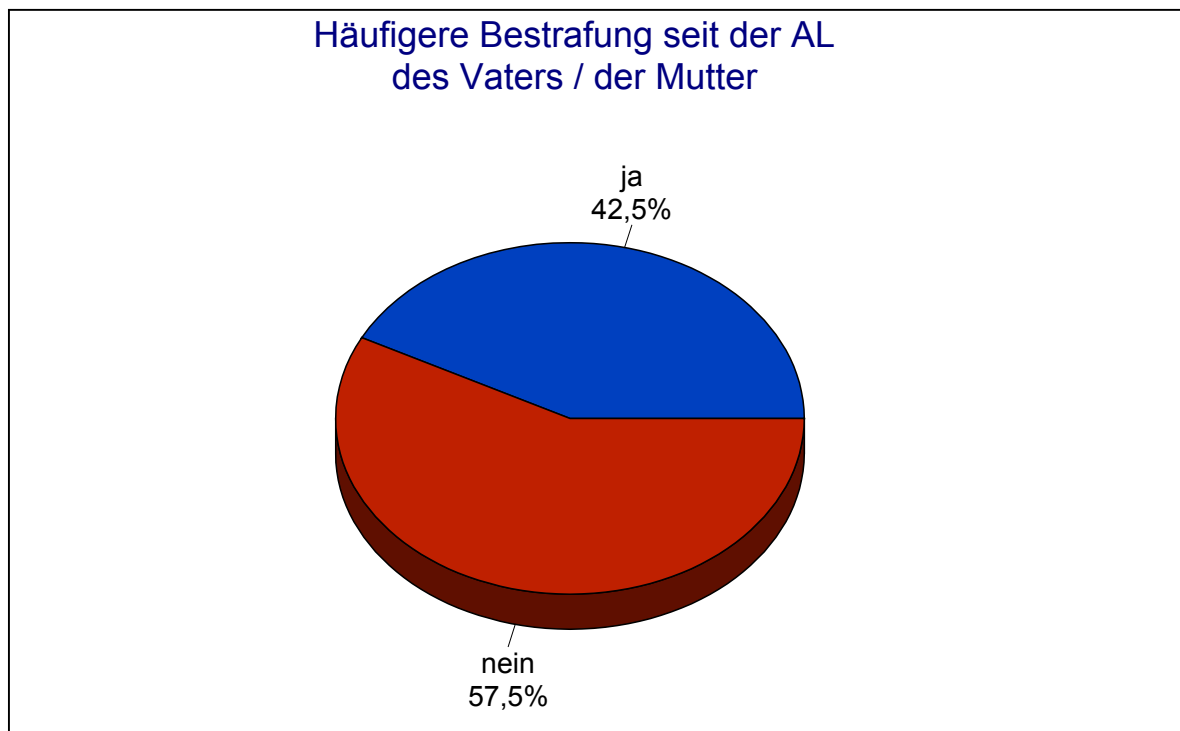
Über die Hälfte der Betroffenen streiten häufig:



4.1.2.9 Bestrafungen der Kinder durch ihre Eltern

42,5% der befragten Kinder gaben an, dass sie von ihren Eltern seit deren Arbeitslosigkeit häufiger beschimpft und bestraft werden.

Im Zusammenhang mit der erhöhten Streitbereitschaft der Eltern untereinander und der angespannten häuslichen Atmosphäre lässt sich auf ein raues familiär-häusliches Klima rückschließen.



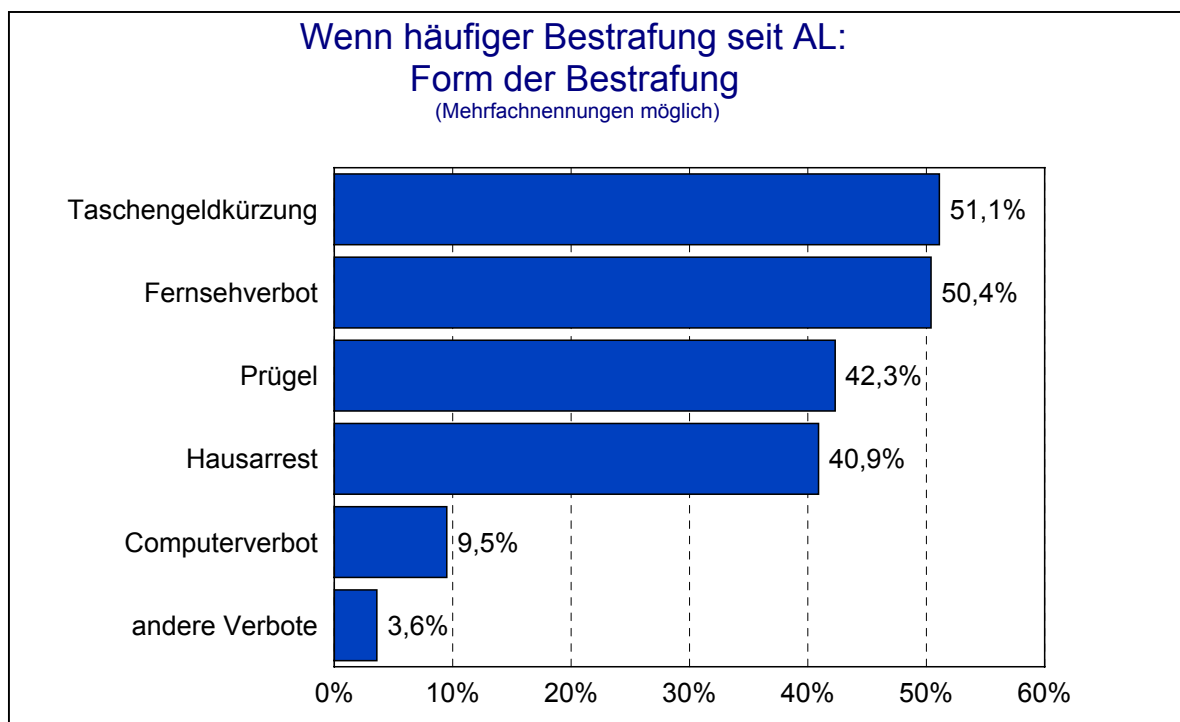
4.1.2.10 Bestrafungsformen

Im einzelnen wurden folgende Bestrafungsformen angeführt:

Mit 51,1% steht die „Taschengeldkürzung“ bei den Bestrafungsformen an der Spitze. Dieser hohe Prozentsatz lässt auf einen bewussten Rückfluss zum Haushaltsgeld schließen.

50,4% nannten das auch bei nicht arbeitslosen Eltern weitverbreitetes „Fernsehverbot“ als Strafe. Noch vor dem Hausarrest (40,9%) wurde die „Prügelstrafe“ (42,3) als Form der Bestrafung genannt-eine äußerst erschreckende Auslebung der latenten Aggressivität arbeitsloser Eltern gegenüber ihren Kindern.

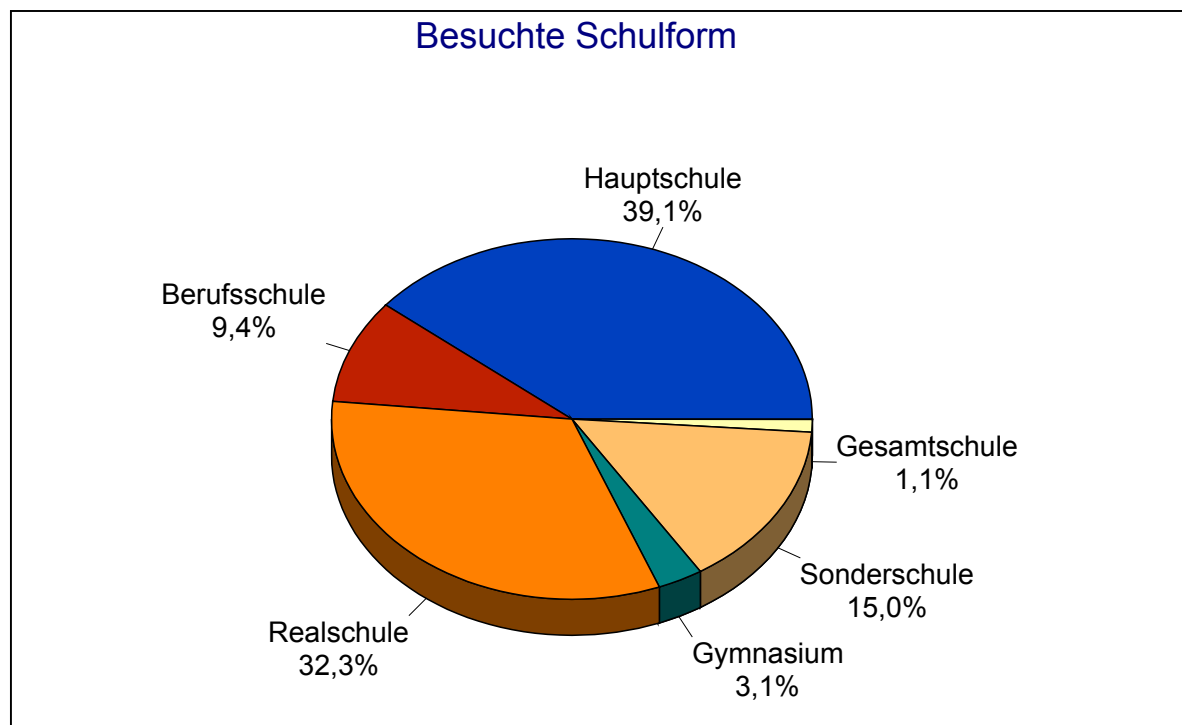
-9,5% „Computerverbot“ und schließlich 3,6% „andere“.



4.1.2.11 Besuchte Schulformen

-Welche Schulform besuchst Du im Augenblick?

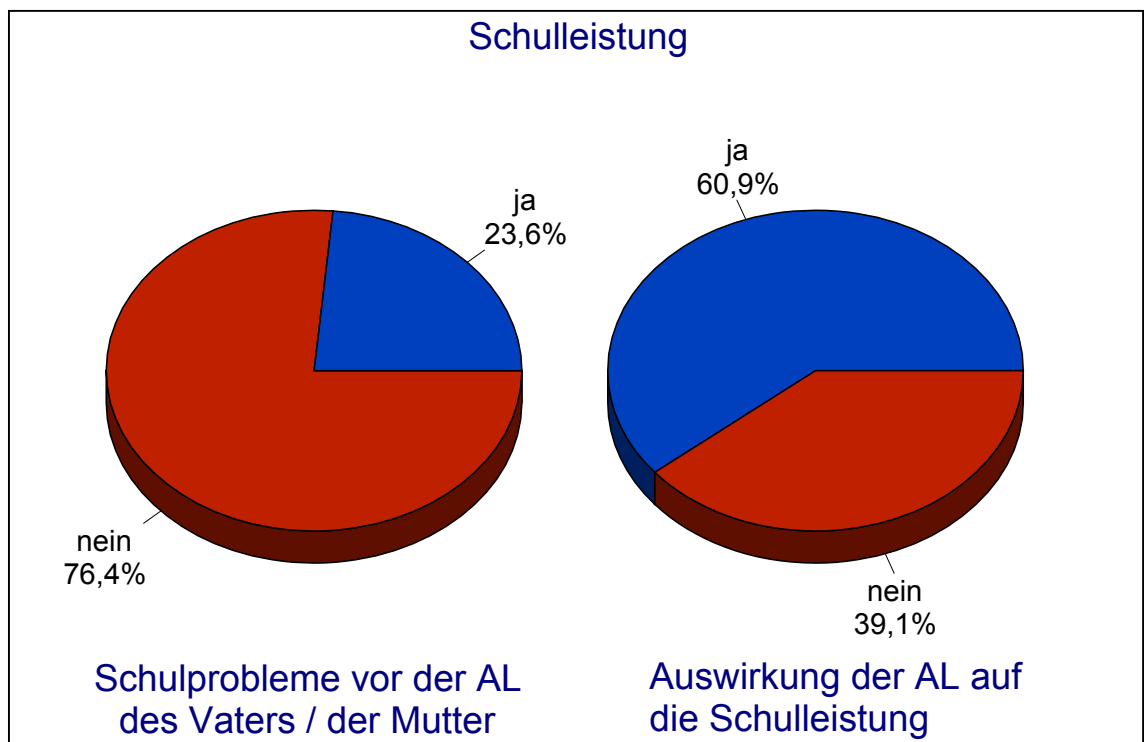
Der Großteil der befragten Kinder besuchte die Haupt- oder Realschule (78,5%). Dies hängt, wie eingangs erwähnt, mit der Resonanz auf die Breitenbefragung zusammen, ist also wohl nicht repräsentativ.



4.1.2.12 Schulleistung

-Wie würdest Du persönlich Deine Schulleistung einstufen?

Während 76,4% der Kinder angaben, vor der Arbeitslosigkeit der Eltern keine nennenswerten Probleme bei ihren schulischen Leistungen gehabt zu haben, bejahen 60,9% der befragten SchülerInnen die Frage nach den negativen Auswirkungen der elterlichen Arbeitslosigkeit auf ihre schulischen Leistungen.

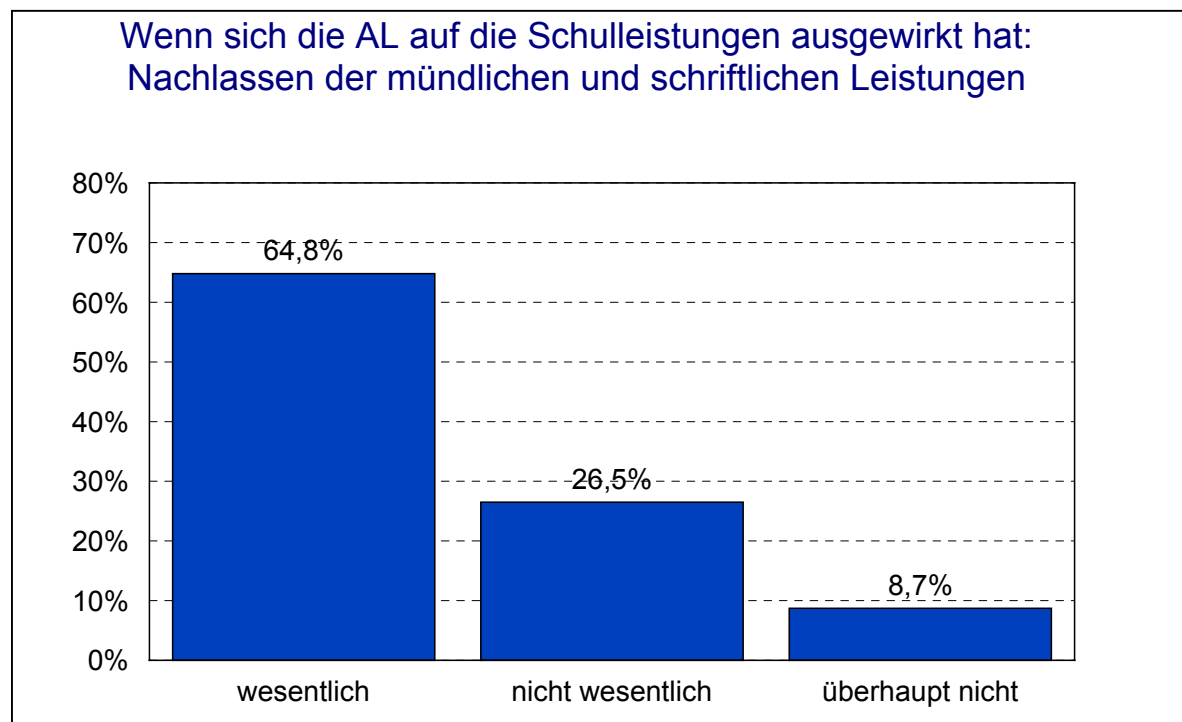


4.1.2.13 Nachlassen der mündlichen und schriftlichen Leistungen

64,8% gaben an, wesentlich im mündlichen bzw. schriftlichen schulischen Bereich nachgelassen zu haben.

26,5% = nicht wesentlich

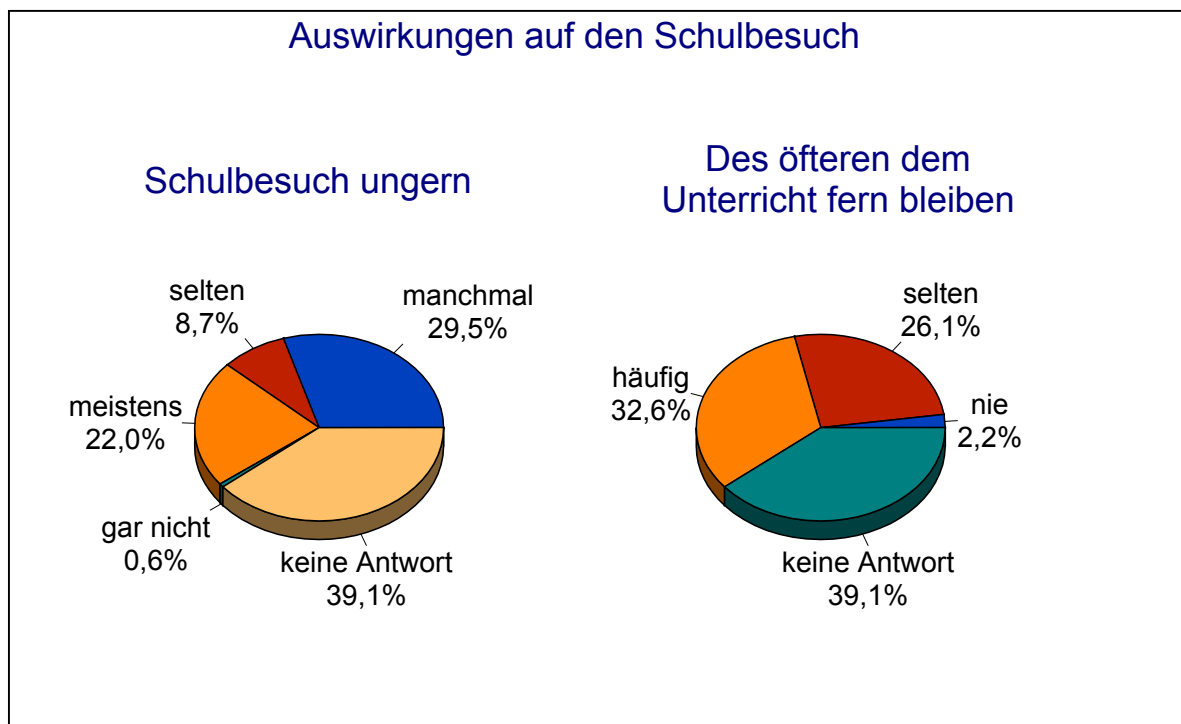
8,7% = überhaupt nicht



4.1.2.14 Schulbesuch und-versäumnisse bei der Arbeitslosigkeit

-Hat sich die Situation jetzt auch auf den Schulbesuch ausgewirkt?

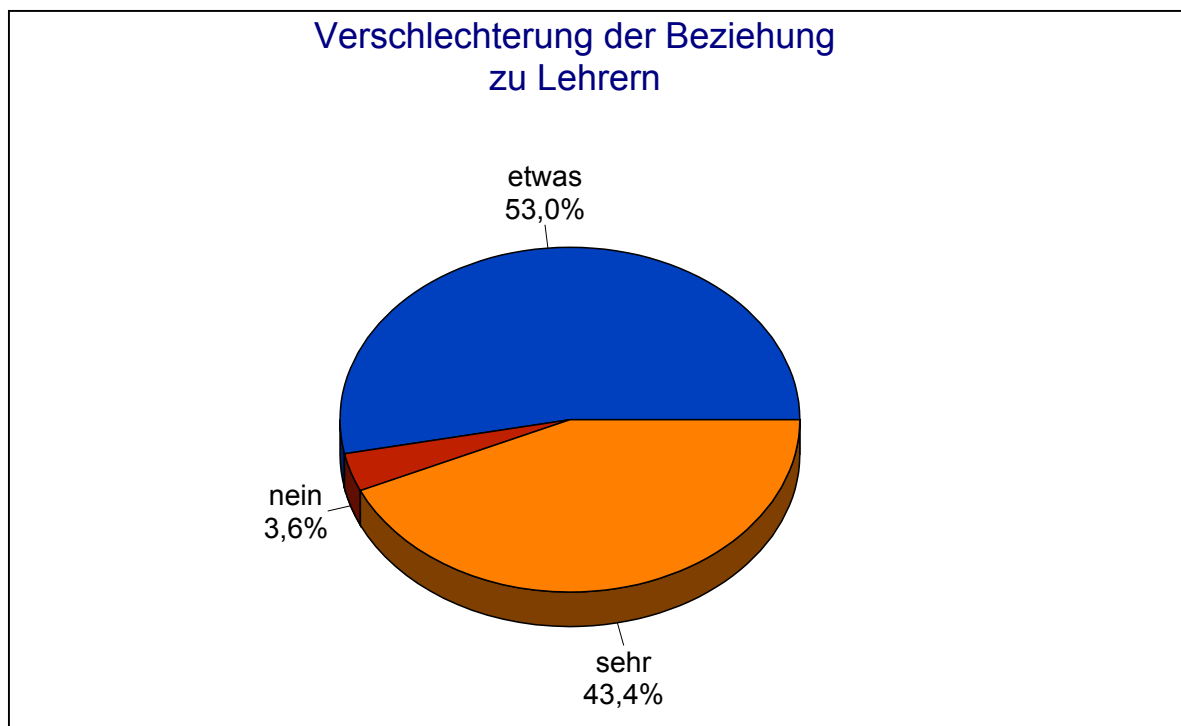
Durch die negativen Auswirkungen der familialen Situation lässt sich auch verstehen, dass etwa die Hälfte der SchülerInnen häufig (22%) oder zumindest manchmal (29,5%) nicht gerne zur Schule gehen und dass von daher fast ein Drittel (32,6%) „häufig“ und über ein Viertel (26,1%) „ab und zu“ den Unterricht schwänzen:



4.1.2.15 Beziehung zu den Lehrern

Parallel zu den wachsenden schulischen Schwierigkeiten entwickelte sich die Beziehung der SchülerInnen zu ihren Lehrern negativ.

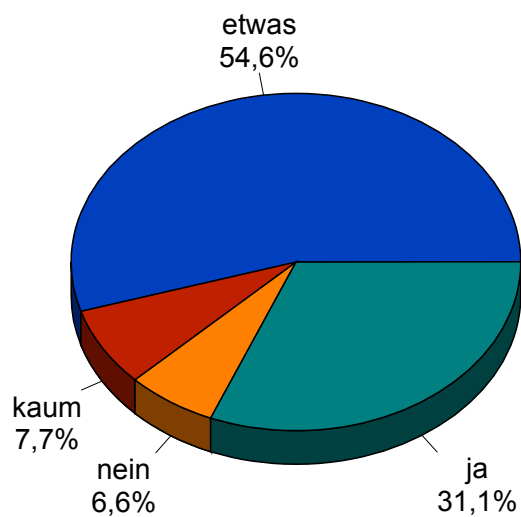
Über die Hälfte (53,1%) sprach von einer spürbaren, 43,4% sogar von einer starken Verschlechterung. Da die LehrerInnen häufig die Ursachen dieser Entwicklung entweder nicht kennen oder negieren, scheint es unabdingbar, diese Berufsgruppen bereits während des Studiums und der anschließenden beruflichen Vorbereitung (Referendariat) eingehend auf die Problematik der Arbeitslosigkeit vorzubereiten, um auf ihre SchülerInnen sensibler eingehen und sie vor einem anfangs noch zu überbrückenden Leistungsabfall bewahren zu können.



4.1.2.16. Berufsaussichten

Auf die Frage nach der Verschlechterung der persönlichen Berufsaussichten seit der Arbeitslosigkeit und der schulischen Situation gaben 54,6% an, dass sich ihre Situation etwas verschlechtert hat, und immerhin noch 31,1% gaben eine eindeutige Verschlechterung an.

Ich glaube, dass sich meine Berufsaussichten verschlechtert haben

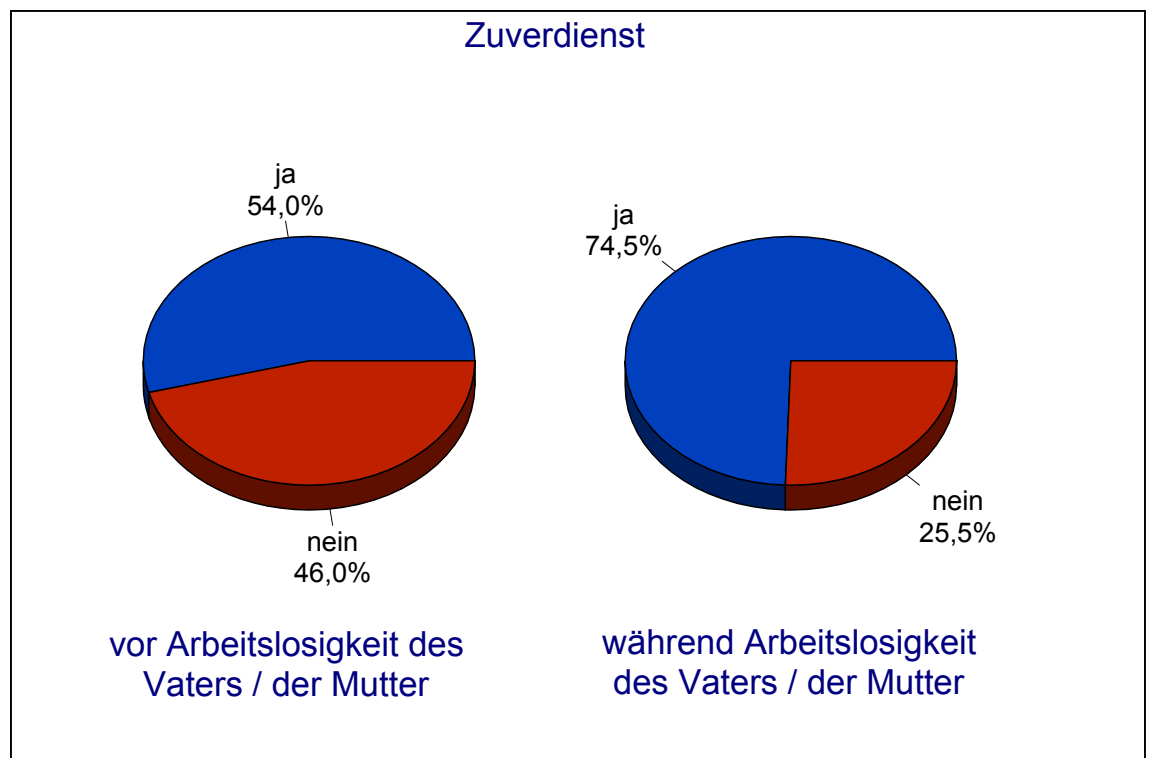


4.1.2.17 Kinderarbeit

-Hast Du vor der Arbeitslosigkeit Deiner Eltern schon einmal gearbeitet?

-Verdienst Du während der Arbeitslosigkeit Deines Vaters / Deiner Mutter etwas dazu?

Bei der Analyse der Daten über den Zuverdienst der Jugendlichen neben ihrem Schulbesuch gab über die Hälfte (54%) an, bereits vor der Arbeitslosigkeit der Eltern dazuverdient zu haben. Ein Sprung um 20,5%, also fast zwei Drittel aller Befragten, lässt erkennen, wie dringlich die Elternarbeitslosigkeit ein Hinzuverdienen für den Haushalt macht.

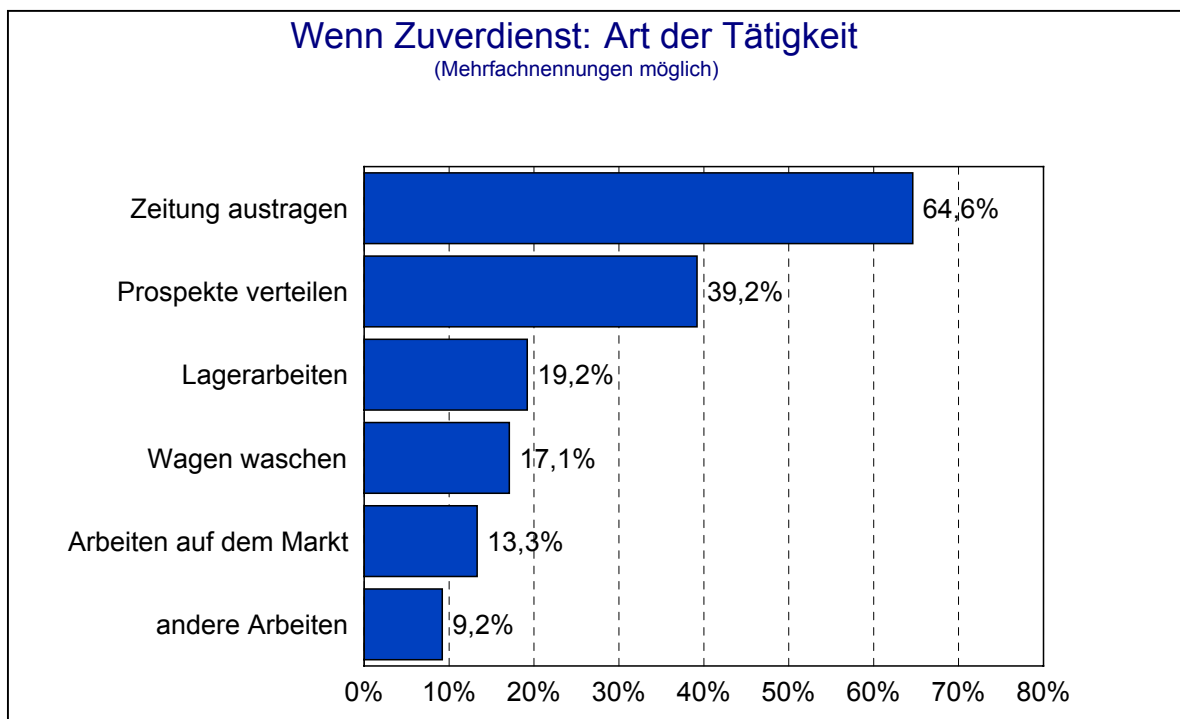


-Art der Tätigkeit zum Zuverdienst-

Im einzelnen werden folgende Tätigkeiten ausgeübt:

Am weitesten verbreitet unter den Jobs ist „Zeitung“ austragen (64,6%) und „Prospekte verteilen“. In diesen Bereichen gibt es für Kinder und Jugendliche das größte Angebot, das sich auch mit den Schulzeiten vereinbaren lässt: Zeitungen müssen vor der Schule ausgetragen werden; Prospekte können innerhalb eines gewissen zeitlichen Rahmens verteilt werden, wenn Schulaufgaben und evtl. sportliche Freizeitaktivitäten erledigt worden sind. Diese Tätigkeiten sind überdies reizvoll für Kinder und Jugendliche, weil sie eine Kontinuität im Finanziellen garantieren, was von saisonalen oder gelegentlichen Jobs wie Lagerarbeiten oder Wagen waschen nicht zu behaupten ist.

Die Arbeitgeber, die unter 15 Jahre alte Kinder und Jugendliche beschäftigen, verstoßen allerdings gegen §§ 2/7 Jugendarbeitsschutzgesetz:



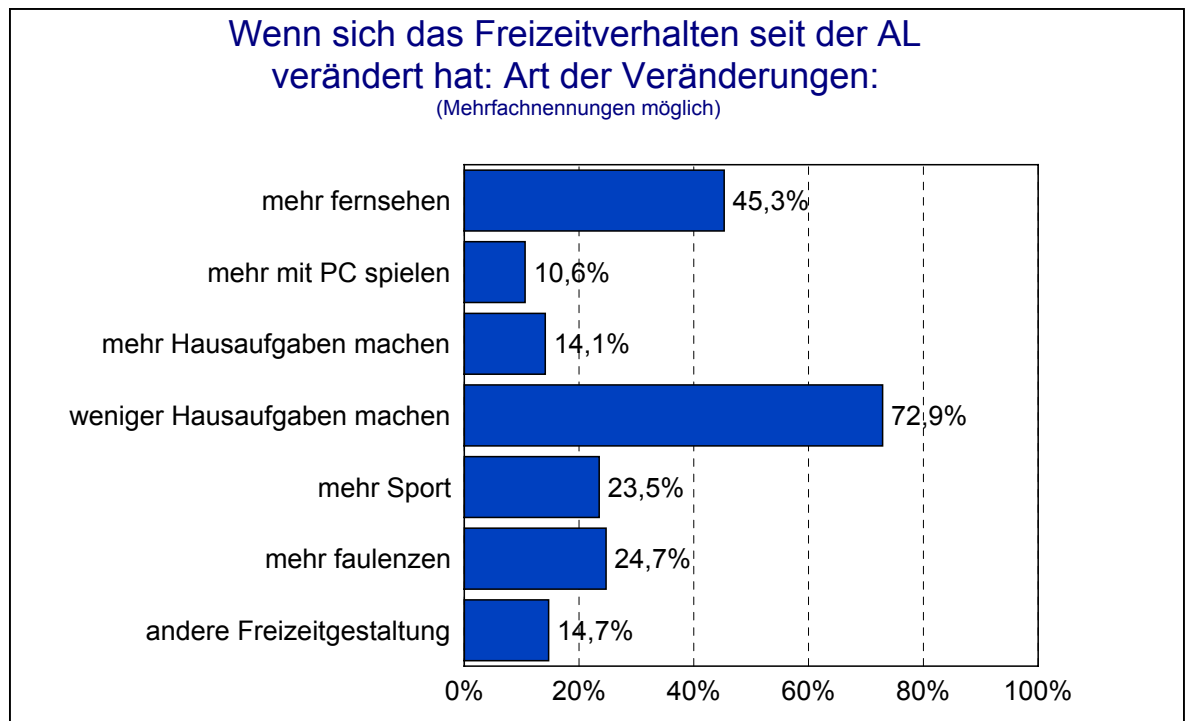
„Die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes sind Schutzvorschriften im Sinne von § 823 BGB, d.h.: ‘Bei Zuwiderhandlung können Schadensersatzansprüche darauf gestützt

werden. Außerdem sind Zuwiderhandlungen mit Strafen oder nach den §§ 58 u. 59 als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bedroht.“

4.1.2.18 Freizeitverhalten

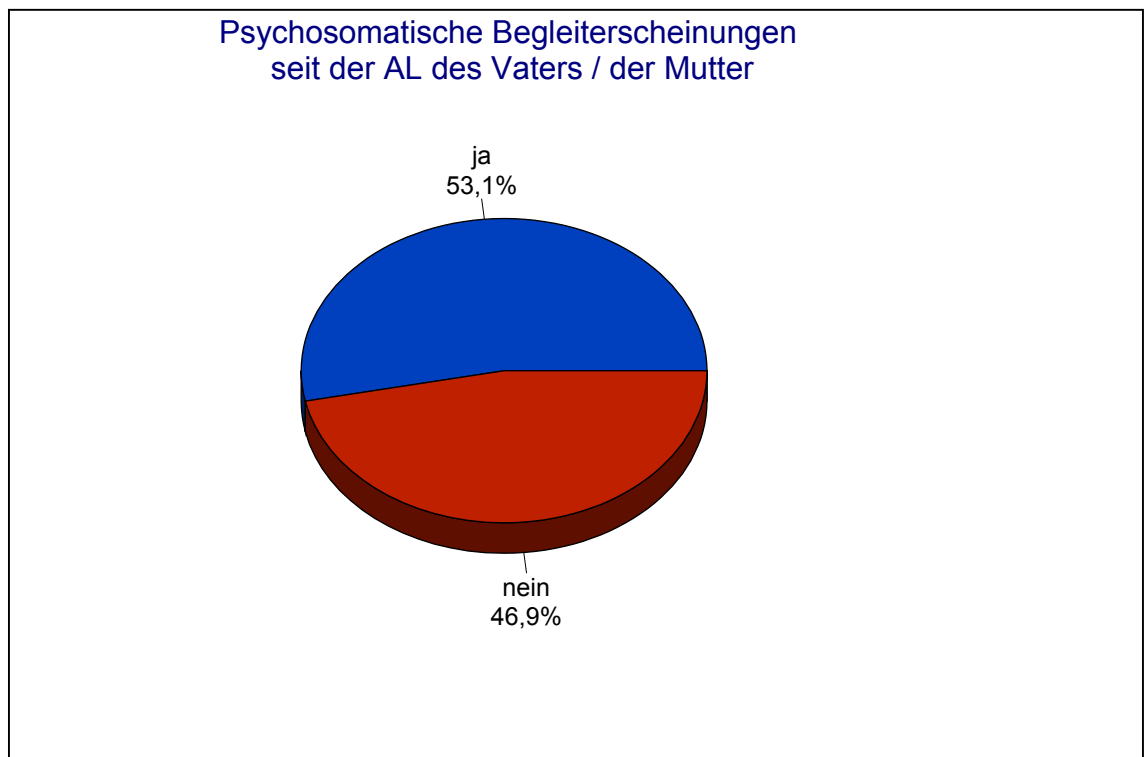
Beim Vergleich der erhaltenen Daten über das Freizeitverhalten vor und nach der Arbeitslosigkeit der Eltern ist ein signifikanter Anstieg der Vernachlässigung der Hausaufgaben nach Eintritt der Arbeitslosigkeit auszumachen (72,9%).

Dies wird allem Anschein nach kompensiert mit „mehr fernsehen“ (45,3%), mehr „faulenzen“ (24,7%) und mehr „Sport“ (23,5%). Bis auf die sportliche Betätigung sind die meisten Freizeitaktivitäten im passiven, unkreativen und dadurch auch kostenfreien Bereich zu finden



4.1.2.19 Psychosomatische Begleiterscheinungen

Über die Hälfte der SchülerInnen (53,1%) gaben an, dass sie sich seit der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern/teile unwohler oder krank fühlen. Dabei handelt es sich häufig um psychosomatische Begleiterscheinungen, wobei Unlustgefühl (40,4%) und Niedergeschlagenheit (33,9%) eindeutig dominieren. Etwa ein Viertel der Befragten klagte über Kopfschmerzen, Schlafstörungen und/oder Magenschmerzen.



5. Expertenberichte

-Beobachtungen-

Neben der quantitativen Stichprobe möchte ich an dieser Stelle für den qualitativen Methodenbereich diverse Expertenberichte vorstellen (vgl. Anlage). Bei den vorliegenden Expertenberichten handelt es sich im Rahmen der sozialwissenschaftlichen Methodenlehre um Beobachtungen. Die Beobachtung ist zwar in ihrer informellen Form das wohl älteste Verfahren der Sozialforschung, aber die Methodologie der Beobachtung ist relativ jung.¹ Man versteht unter Beobachtung im wissenschaftlichen Sinne die planmäßige Erfassung sinnlich wahrnehmbarer Tatbestände, wobei der Forscher dem Untersuchungsobjekt gegenüber eine rezeptive Haltung einnimmt. Durch diese rezeptive Haltung unterscheidet sich die Beobachtung sowohl vom Interview wie auch vom Experiment, indem nämlich darauf verzichtet wird, durch verbale und andere Reize die erwünschten Reaktionen hervorzurufen. Die verschiedenen Arten der Beobachtung unterscheiden sich hauptsächlich nach dem Ausmaß dieser Kontrolle und den Beziehungen des Beobachters zum Objekt der Beobachtung. Bei der unkontrollierten Beobachtung hat der Beobachter im Rahmen des allgemeinen Forschungsplans die Freiheit, über die Beobachtungsschwerpunkte jeweils während der Beobachtung zu entscheiden.

Die teilnehmende Beobachtung, ein besonderer Typ der unkontrollierten Beobachtung, ist dadurch gekennzeichnet, dass der Beobachter mit den Untersuchungspersonen in einem dauernden sozialen Kontakt steht. Besonders in der Ethnologie und zur Erforschung des alltäglichen Verhaltens geschlossener sozialer Gruppen wird diese Technik verwandt, für die noch als Vorteil angeführt wird, dass sie das Verstehen der beobachteten Handlungen (im Sinne Max Webers) durch die Übereinstimmung der Erlebnisse erleichtert.

Unter kontrollierter Beobachtung versteht man alle Vorgehensweisen, bei denen dem Beobachter ein Beobachtungsschema vorgeschrieben ist. Dieses Schema erfüllt besonders weitgehend die Forderung nach Kontrolle der Vorgehensweisen, indem es die Selektion zu beobachtender Tatbestände genau festlegt und standardisiert. Die Aufstellung eines solchen Schemas setzt allerdings sehr präzise Annahmen über den Gegenstand der Forschung voraus, so dass seiner Anwendung meist unkontrollierte Beobachtungen

¹ Vgl. König (1967, S. 5ff.).

vorausgehen. Selbstverständlich müssen bei allen Formen der Beobachtung genaue Beobachtungsprotokolle geführt werden. Neben der Zweckmäßigkeit des Kategoriensystems ist die Wahl der Beobachtungseinheit von entscheidender Bedeutung. In der frühen experimentellen Sozialpsychologie wurde diese Einheit oft zeitlich definiert, indem etwa der Beobachter alle 15 Minuten einen fünfminütigen Beobachtungsablauf festhielt. Grundschwierigkeit einer zeitlichen Festlegung ist es, dass einerseits die Aufnahmefähigkeit des Beobachters kürzeste Zeitabschnitte nahe legt, andererseits dadurch sachlich zusammengehörige Verhaltenskomplexe aufgespalten werden. Heute ist die sachliche Festlegung des Beobachtungsaktes vorherrschend, indem vom Forschungsziel her sinnhaft zueinander gehörige Akte als Einheit bestimmt werden. Die Zuverlässigkeit der Beobachtungen hängt eng mit den Beziehungen zwischen Beobachteten und Beobachter zusammen. Wichtig ist die Art der Einführung, in welcher der Beobachter den Untersuchungspersonen eine plausible und im Hinblick auf die von ihm durchzuführenden Operationen zweckmäßige Erklärung seiner Anwesenheit gibt. Statt der „offenen“ wird oft die „verdeckte“ Beobachtung (vgl. die nachfolgende Expertenberichte) gewählt, bei der ein Beobachter seine Identität als Forscher nicht zu erkennen gibt. Anmerken muss man natürlich in diesem Zusammenhang, dass die Beobachtungen oft fehlerhaft sind. Diese Fehler bestehen meist darin, dass aus der Fülle der Vorgänge eine falsche Auswahl vorgenommen oder den beobachteten Tatbeständen ein falscher Sinn untergeschoben wird. Solche Fehler sind besonders häufig, wenn die Zielsetzung des Beobachters von der Alltagspraxis abweicht und/oder wenn die beobachteten Tatbestände außerhalb seiner gewöhnlichen Lebenserfahrungen liegen. Allgemein entstehen Beobachtungsfehler oft daraus, dass die soziale Umwelt des Beobachters die Auswahl der Wahrnehmungen wie auch die aus diesen Wahrnehmungen gezogenen Schlüsse prägt und standardisiert.¹ Für die Thematik meiner Arbeit liegen mir drei Expertenberichte vor (vgl. Anhang), die aus psychologischer, sozial- und sonderpädagogischer Sicht Stellung beziehen.

Die Expertenberichte wurden von folgenden Personen konzipiert:

¹ Vgl. Mayring (1990, S. 56ff.).

1. Schmidt-Kessler, Rainer, Dipl.-Psychologe, (Gesamtschule Dortmund).
2. Heuer, Franz, Dipl.-Psychologe (Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder der Stadt Bochum-früher: Schulpsychologe an einer Gesamtschule).
3. Mester, Dieter, Sonderschullehrer (Sonderschule für Lernbehinderte Bochum-Langendreer)

Im Einzelnen lassen sich folgende Aspekte zu den jeweiligen Berichten anführen:

5.1 Bericht „Schmidt-Kessler“ vom 28.06.1993

Schmidt-Kessler arbeitet seit ca. 20 Jahren als Psychologe an der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst. Er ist mir persönlich bekannt. Für die Konzeption meiner Arbeit konnte er mir gute Hinweise geben. Im Einzugsgebiet dieser Gesamtschule liegt die Arbeitslosenquote bei ca. 20%. Diese Arbeitslosigkeit der Eltern bedeutet für die Kinder eine große Belastung, die sich anhand schulischer Leistungen aufzeigen lässt. Darüber hinaus spielen weitere Faktoren in der Erlebniswelt der Kinder eine für den Schulalltag nicht zu unterschätzende Rolle; anzuführen sind in diesem Zusammenhang Alkoholismus, Verschuldung, Gewalttätigkeit und Trennung der Eltern. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung berichtet Schmidt-Kessler über mangelnde Schulumotivation seitens der betroffenen Kinder, verursacht i.d.R. durch mäßige Qualifikation und mangelnde Flexibilität im Elternhaus.

Beeinträchtigungen wie Unpünktlichkeit, Unzuverlässigkeit und unregelmäßiger Schulbesuch sind an der Tagesordnung. Ihre Ursachen liegen nicht zuletzt in außerschulischen Belastungen in Form von Kinderarbeit. Einen besonderen Schwerpunkt nimmt in diesem Zusammenhang das Schulschwänzen ein. Als Gründe führt er Angst bei Leistungsversagen, depressive Störungen, Alkoholismus etc. an. Des weiteren berichtet er über psychosomatische Störungen.

5.2 Bericht „Heuer“ vom 17.08.1993

Heuer ist heute als Psychologe in der Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder bei der Stadt Bochum tätig und hat mehrjährige Erfahrung als Schulpsychologe an einer Bochumer Gesamtschule. Auch er berichtet von Belastungen, die ihren Ursprung in Arbeitslosigkeit und familialen Erziehungspraktiken haben und negative Einstellungen bei den Kindern erzeugen. Die durch Arbeitslosigkeit bedingte notwendige „Neuorganisation“ im familialen Bereich (Anwesenheitsdauer, Aufgabenverteilung etc.) lässt sich nach seinen Beobachtungen im Nachlassen der schulischen Leistungen ausmachen, so verursacht z.B. durch den arbeitslosen Vater, der die Aufgabe der „Bildungsförderung“ nach dem Prinzip „Das Kind soll es später einmal besser haben“ übernommen hat. Durch seine rigide Überwachung reagieren die Kinder zeitweise mit erheblichem Schulversagen. Durch das veränderte „Freizeitverhalten“ der Eltern kommt es nach Heuers Auswertung auch häufig zu höherem Fernsehkonsum seitens der Kinder.

5.3 Bericht „Mester“ vom 14.03.1993

Mester ist Lehrer an einer Sonderschule für Lernbehinderte im Ortsteil Langendreer; er ist mir persönlich bekannt und hat mich bei der Fragebogenaktion tatkräftig unterstützt.

Ähnlich wie Schmidt-Kessler konnte Mester unregelmäßigen Schulbesuch sowie unvollständige oder nicht gemachte Hausaufgaben beobachten, deren Ursache in mangelnder elterlicher Unterstützung zu suchen sind. In diesem Zusammenhang macht er die Arbeit (Kinderarbeit), die die Kinder neben dem Schulbesuch verrichten, als weiteren Verursacher für die schulischen Probleme aus. Hinsichtlich meiner Hypothesen und Fragestellungen stimmen die drei Gutachter mit mir überein, dass die Arbeitslosigkeit der Eltern für die betroffenen Kinder ein kritisches Lebensereignis bedeutet. Schmidt-Kessler und Heuer nennen neben der Arbeitslosigkeit der Eltern weitere Belastungskriterien wie

Trennung der Eltern, Alkoholismus, Verschuldung etc. als bedrohlich für die betroffenen Kinder.

5.4 Schulischer Bereich

Zusammenfassend möchte ich zum schulischen und privaten Bereich sowie über Beobachtungen über Kinderarbeit die Schwerpunkte der drei Expertenberichte vorstellen: Auf den schulischen Bereich bezogen, werden die Erhebungen meiner Stichprobe eindeutig paradigmatisch bestätigt. Hier einige Zitate:

„Der Schulbesuch wird eher locker gehandhabt, da von den Eltern meist nicht der nötige Druck ausgeübt wird. Dasselbe gilt für das Anfertigen von Hausaufgaben, wo in der Regel jegliche häusliche Unterstützung fehlt. Da diese Eltern nie zur Schule kommen, wird bei Hausbesuchen immer wieder auf die mangelnde Elternunterstützung bei den Schulproblemen des Kindes hingewiesen. Dabei erkennt man immer die Einsicht der Eltern, es werden immer wieder Versprechungen gemacht, aber dabei bleibt es auch“.¹

„Fernbleiben von der Schule nimmt zu. Immer jüngere Schüler fehlen immer häufiger. (...) Konnte sich die Schule früher mehr darauf verlassen, daß die Beziehung zur Arbeitswelt und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit vom Elternhaus durch Vorbild, Motivation, Hilfe, Druck und Kontrolle vor allem in der Zeit der Pubertät übernommen wurde, sind Jugendliche heute oft von der normativen Kraft der Arbeitswelt abgekoppelt. Qualifikation als Selbstwert funktioniert nur bei hoch motivierten Kindern. In vielen Fällen liefert die Familie die nötige externe Motivation nicht mehr, im Gegenteil, sie bietet Identifikationsmuster des Versagens an und überläßt alles den heimlichen Erziehungsinstanzen wie Medien und peer group. Die Sinnfrage der Schule wird weder gestellt noch beantwortet“.²

¹ Mester, Dieter, Bericht vom 14.03.1993, Bochum 1993, S. 1.

² Schmidt-Kessler, Rainer, Bericht vom 28.06.1993, Dortmund 1993, S. 2.

„In den beobachteten Fällen war das Verhältnis zwischen arbeitslosen Eltern und Kindern nicht nachhaltig gestört, sondern es trat bei den Kindern meist nur eine vorübergehende Verunsicherung aufgrund der Neuorganisation der familialen Beziehungsstruktur (Anwesenheitsdauer, Aufgabenverteilung, Verantwortlichkeit etc.) auf, die oft eine Verschlechterung der Schulleistungen nach sich zog“.¹

5.5 Privater Bereich

Im privaten Bereich lassen sich folgende Erkenntnisse ausmachen, die an dieser Stelle zitiert werden sollen:

„Schwänzen kann auftreten als eine Form von Angst bei Leistungsversagen, bei mangelnder sozialer Integration, bei fehlender Kontrolle, bei brisanten familiären Entwicklungen, depressiven Störungen, Alkoholismus, Mißbrauch, Einbindung in jugendliche Gangs, Drogenkonsum, durch das Lehrerverhalten oder bei Benutzung durch die Eltern als Haushaltshilfe. Arbeitslosigkeit der Eltern ist nur ein Faktor unter vielen möglichen. Daß in vielen belasteten Familien mehrere Faktoren gemeinsam auftreten, macht Ursache-Wirkungs-Aussagen schwer“.²

„Bei der Neuverteilung der Aufgaben in der Familie übernahmen die Väter, die vorher wenig in die familialen Erziehungspraktiken integriert waren, die Aufgabe der ‘Bildungsförderung’ in Form von rigider Überwachung der Schulleistungen. [Die] Arbeitslosigkeit wirkte sich bei den Kindern des öfteren nicht unmittelbar, sondern mittelbar über eine Kette von Veränderungen bei den Eltern aus. So führte das ‘Ohne-Aufgabe-Sein’ zum ‘In den Tag Hineinleben’, zu einem geänderten Freizeitverhalten, das häufig negative Formen bei den betroffenen Elternteilen annahm; als Beispiel sei hier der

¹ Heuer, Franz, Bericht vom 17.08.1993, Bochum 1993, S. 1.

² Schmidt-Kessler (1993, S. 2).

deutlich erhöhte Fernsehkonsum angeführt, der im Sinne des Modelllerns von den Kindern übernommen wurde".¹

5.6 Kinderarbeit

Zur „Kinderarbeit“ hier noch zwei Zitate:

„Ab dem Alter von 15 Jahren 'jobben' diese Kinder sehr gerne, obwohl sie einen großen Teil des verdienten Geldes zu Hause abgeben müssen. Dadurch wird der Schulbesuch meist noch unregelmäßiger, und der Wille, in der Schule weiterzukommen, erlischt fast völlig." ²

„Kinderarbeit empfinde ich als marginales Problem. So organisieren sich viele Schüler, die familiär unbelastet und schulisch motiviert sind, einen Nebenverdienst. Bei den in ihrer Entwicklung belasteten Schülern ergibt sich eine Arbeit eher als Folge ihres Blaumachens oder ihrer Schulmüdigkeit. Der Versuch, zu Geld zu kommen, gerät bei manchen Schülern auch zu einem weiteren Problem, in das Eltern hineingezogen werden (Zeitung austragen, Inkasso, obskure Arbeitsverhältnisse)." ³

Hinsichtlich der psychosomatischen Störungen berichtete abschließend Heuer über das Zusammenspiel der Arbeitslosigkeit der Eltern/teile mit der psychischen Instabilität der Kinder.

„Psychosomatische Störungen wie Schlafstörungen traten bei Kindern vor allem dann auf, wenn neben der Arbeitslosigkeit weitere Faktoren-möglicherweise auch als Folge

¹ Heuer (1993, S. 2).

² Mester (1993., S. 1).

³ Schmidt-Kessler (1993, S. 3).

*der Arbeitslosigkeit z.B. Alkoholabusus-zur Auflösung des familialen Zusammenhalts zu führen drohten."*¹

6. Zusammenfassung

Von den sieben anfänglich aufgestellten Hypothesen sind die Ergebnisse der Hypothesen 1-6 statistisch signifikant.

Die Hypothesen 1 und 2 postulierten sozialpädagogische Spannungsverhaltensweisen zwischen arbeitslosen Eltern und ihren Kindern. Die Verschlechterung der sozialen familialen Beziehungen hat sich bestätigt. Neben der allgemeinen Verschlechterung der familialen Beziehungen konnten die spezifisch erhöhte Streitbereitschaft der Eltern untereinander und höhere Bestrafungsaktivitäten gegenüber ihren Kindern ausgemacht werden.

Hypothese 3 nimmt einen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit der Eltern und dem Zuverdienst der Kinder an. Diese Entwicklung konnte mit den spezifischen Ergebnissen der Stichprobe bestätigt werden, was die Untersuchungen des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Münster 1988 untermauert.

Mit den **Hypothesen 4 und 5** sollte überprüft werden, ob ein Zusammenhang zwischen Schulleistung / „Lehrer-Schüler-Verhalten“ und der elterlichen Arbeitslosigkeit besteht. Entsprechend bereits gemachter Beobachtungen (Busemann u.a.) konnte eine Verschlechterung der Schulleistungen und des „Lehrer-Schüler-Verhältnisses“ ausgemacht werden, wobei spezifisch erhöhtes „Schwänzen“ des Unterrichts und eine allgemein negative Motivation zum Schulbesuch in diesem Zusammenhang signifikant sind.

In Anlehnung an die Untersuchungen von Lütgens wurde in **Hypothese 6** angenommen, dass eine Kausalität zwischen psychosomatischen Erkrankungen und kritischem Lebensereignis besteht. Dieser kausale Zusammenhang konnte bestätigt werden.:

¹ Heuer, (1993., S. 2)

Unlustgefühl, Niedergeschlagenheit, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Magenschmerzen etc. wurde bei der Befragung genannt.

7. Bewältigungsstrategien für die Problematik der Kinder arbeitsloser Eltern

Der Begriff Bewältigung setzt eine Aufgabe oder ein Problem, auch Widerstände, Hindernisse und Belastungen voraus, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Dies kann auf kognitivem Weg und/oder durch konkretes Handeln realisiert werden. Bei erfolgreichem Coping können die Auswirkungen der Belastung gering gehalten werden. Bei ineffektivem Coping dagegen kann eine Verschlimmerung der kritischen Situation eintreten. Lazarus und Launier ¹ stellen Ende der 70er Jahre die Bedeutung der cognitive appraisal (der kognitiven Bewertung) und des coping (der Bewältigung) dar. Sie definieren cognitive appraisal als

„the mental process of placing any event in one of a series of evaluative categories related either to its significance for the person's well-being (primary appraisal) or to the available coping resources and options (secondary appraisal).“²

Die primäre Bewertung eines Ereignisses bezieht sich also auf das Wohlbefinden der Person. Das Ereignis kann dann als positiv, als stressend oder als irrelevant beurteilt werden.

Die stressende Bewertung kann als Schädigung/Verlust, als Bedrohung oder als Herausforderung auftreten. Die sekundäre Bewertung eines Ereignisses betrifft die Bewältigungsfähigkeiten und Möglichkeiten einer Person. Dabei bezieht sich das Wort

¹ Vgl. Lazarus, R.S. u. Launier, R., Stress-Related Transactions between Person and Environment. In: Interactional Psychology, New-York 1978, S. 287ff.

² Ebd., S. 302.

sekundär weder auf den zeitlichen Ablauf eines Bewertungsvorganges, noch bedeutet es eine untergeordnete Art der Bewertung. Es soll nur anzeigen, dass zwischen zwei Bewertungsprozessen unterschieden wird, die sich gegenseitig beeinflussen. Lazarus und Launier nennen vier Formen der Bewältigung ¹ :

-Informationssuche: Sie dient dazu, sich Strategien anzueignen, um eine geeignetere Bewältigungsform oder eine Neueinschätzung der Situation realisieren zu können oder das Wohlbefinden der Person zu steigern;

- Direkte Aktion: Handlungen, die darauf gerichtet sind, der kritischen Situation vorzubeugen oder sich mit ihr auseinanderzusetzen durch Reduzierung oder Veränderung von belastenden Bedingungen. Die Änderungen können Umweltaspekte oder die eigene Person betreffen;

- Aktionshemmung: aufgrund von tatsächlichen oder moralischen Zwängen werden Handlungsimpulse unterdrückt, die sonst eine erfolgreiche Bewältigung des Ereignisses verhindert hätten;

- Intrapsychische Aktivitäten: kognitive Prozesse zur Regulierung von Emotionen.

Die Copingformen treten sowohl bei der Bewältigung von vergangenen Ereignissen auf als auch bei der Bedrohung durch ein zukünftiges Ereignis. Weiterhin können sie gegen die eigene Person oder gegen die Umwelt gerichtet sein.

Bei der ersten Funktion wird die Person-Umwelt-Beziehung unter dem Aspekt der Problemlösung angegangen. Dabei werden Persönlichkeitsmerkmale oder Aspekte der Umgebung verändert. Die zweite Funktion stellt die Regulierung der Emotionen dar, die sich aus der belastenden Person-Umwelt-Beziehung ergeben. Die Auswahl der Copingstrategien ist schließlich abhängig von verschiedenen Faktoren, die u.a. in der Person, ihrer Umgebung und dem Problem liegen können. Die Copingprozesse können auch im Hinblick auf ihre Effektivität betrachtet werden.

7.1 Effektivität von Copingprozessen

¹ Vgl. Lazarus, R.S. u. Launier, R., S. 287ff.

Franz versteht unter effektiven Copingprozessen, dass die Copingstrategien erfolgreich die negativen Folgen der Belastung verhindern.¹ Ein erfolgreiches Bewältigungsverhalten hat folgende Ziele im Blick:

- Aufrechterhaltung des emotionalen Gleichgewichts,
- Beibehaltung eines positiven Selbstbilds,
- Stabilisierung der sozialen Beziehungen,
- Persönliche Einstellung zur Zukunft.

Franz sieht es als Aufgabe der Prävention an, Copingstrategien, die effektives Bewältigungsverhalten ermöglichen, zu fördern. Beutel² kritisiert hingegen die willkürlichen Festlegungen von Bewertungskriterien der Copingprozesse. Diese Kriterien widersprechen sich teilweise auch gegenseitig in ihren Forderungen an das Bewältigungsverhalten.³ Besonders der Zeitpunkt, an dem die Verhaltensweisen bewertet werden, scheint oft beliebig gewählt zu werden.⁴ Beutel betont die Abhängigkeit der Bewertung vom untersuchten Zeitpunkt. Eine Verhaltensweise, die zu einem frühen Zeitpunkt effektiv erscheint, kann zu einem späteren Zeitpunkt unangemessen wirken. Den Autor interessieren weiterhin die Veränderungen im Bewältigungsverhalten, der Prozess der Verarbeitung. Er stellt in einer Tabelle die zu beachtenden Dimensionen der Adaptationskriterien dar (Beutel versteht unter Adaptation Abwehrmechanismen und Bewältigungsprozesse):

1. Zeitliche Perspektive

Kurz-, mittel-, langfristig

2. Ebene

- Individuell
- Interpersonal

¹ Vgl. Franz, H.-J., Bewältigung gesundheitsgefährdender Belastungen durch soziale Unterstützung, Diss., Konstanz 1986, S. 17ff.

² Vgl. Beutel, M. Bewältigungsprozesse bei chronischen Erkrankungen, Weinheim 1988, S. 381ff.

³ Vgl. Stäudel, M.u. Weber, H. Bewältigungs- und Problemlöseforschung, Parallelen, Überschneidungen, Abgrenzungen, in: Brüderl, L., Theorien und Methoden der Bewältigungsforschung, Weinheim 1988, S. 63.

⁴ Vgl. Ebd., S. 25f.

-Institutionell

3. Lebensbereiche

- 1) Allgemeine Lebenszufriedenheit, psychisches Wohlbefinden und kognitive Funktionen,
- 2) Überleben, physischer Zustand und Aktivität
- 3) Familiäre Beziehungen, sexuelle Aktivität,
- 4) Beruflicher Status,
- 5) Soziale und Freizeitaktivitäten,
- 6) Gesundheitsverhalten,
- 7) Auswirkungen auf Familie bzw. soziales Umfeld.

4. Perspektive des Beurteilers

- Selbstbeurteilung
- Familie/Angehörige
- Behandelndes Personal
- Klinischer Forscher

Filipp ¹ dagegen warnt davor, durch normative Setzungen die Effektivität von Verhaltensweisen festzulegen. Auch Lazarus weist darauf hin, dass die Bewertung der Effizienz von Copingprozessen mit Wertvorstellungen verbunden ist.² Er schlägt vor, dass grundlegendere Bewältigungsmuster bei verschiedenen Menschengruppen und über verschiedene Situationen hinweg erst genauer erfasst werden sollten, bevor die Wertungen der Copingstrategien einsetzen können. Stäudel und Weber schlagen schließlich vor, anstelle von allgemeingültigen Effizienzkriterien zusätzlich subjektiv gesetzte Ziele als Kriterien zu benutzen.³

7.2 Das Bewältigungsverhalten

¹ Vgl. Filipp (1990, S. 3f.).

² Vgl. Lazarus (1984, S. 198f.).

³ Vgl. Stäudel u. Weber (1988, S. 63f.).

Das Bewältigungsverhalten wird betrachtet :

1. nach dem Differenziertheitsgrad
2. nach der Ausprägung von sozialen Verhaltensweisen
3. nach der Ausprägung von problemorientierten Verhaltensweisen
4. nach der Einschätzung als erfolgversprechende Aktivität
5. nach der Realisierung von als erfolgversprechend empfundenen Verhaltensweisen.

Diese Kriterien sollen im Folgenden etwas differenzierter dargestellt werden, da sie für die Ausprägung und Einschätzung individueller Bewältigungsstrategien in der heutigen Diskussion einen besonderen Stellenwert haben.

7.2.1 Differenziertheitsgrad

Unter dem Differenziertheitsgrad wird individuell unterschiedliches Bewältigungsverhalten bei verschiedenen Problemen sowie unterschiedliche Häufigkeit der praktischen Handhabung dieser Verhaltensweisen verstanden. Inwieweit zeigt das Bewältigungsverhalten situationsspezifisch andere Verhaltensweisen, oder reagiert es eher stereotyp? Aufgrund des häufigeren Kontaktes zu anderen Menschen, der grundlegend für das Phänomen der sozialen Unterstützung ist, kommt in der Regel das Individuum mit vielfältiger Bewältigungsverhaltensweisen in Berührung. Auf der einen Seite lernt das sozial unterstützte Individuum zusätzliche Verhaltensweisen kennen, auf der anderen Seite erlebt es öfter den Erfolg bzw. Misserfolg mit, den Personen seiner Umgebung bei Ausübung dieser Verhaltensweisen erzielen. Damit erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass bei einem durch Unterstützung erweiterten Repertoire erfahrener z.T. internalisierter Verhaltensstrategien auch erfolgversprechend erscheinende Verhaltensweisen imitiert und übernommen werden.¹ Dadurch kann ein Individuum, das bisher eine relativ geringe Anzahl von Verhaltensweisen zeigte, zu einer Erweiterung seines Verhaltensrepertoires angeregt werden.

¹ Vgl. Bandura, A. Influence of model's reinforcement contingencies on the acquisition of imitative responses, In: Journal of Personality and Social Psychology, 1, S. 589ff.

7.2.2 Soziale Aspekte des Bewältigungsverhaltens

Als soziale Verhaltensweisen werden in dieser Untersuchung diejenigen Bewältigungsverhaltensweisen verstanden, bei denen sich die Individuen mit schwierigen Situationen auseinandersetzen, indem sie Kontakt zu anderen Menschen suchen oder den Wunsch danach haben.¹ Soziale sind von nicht sozialen Verhaltensweisen strikt abzutrennen; zu den letzteren gehören

- a) Verhaltensweisen, bei denen Menschen andere aufsuchen, um sich von ihrem Problem abzulenken und
- b) Reaktionen, bei denen das Individuum lieber allein ist oder sich allein mit dem Problem auseinandersetzen will.

Voraussetzung für das Erhalten von sozialer Unterstützung ist der Wille und die Bereitschaft, diese überhaupt zuzulassen und anzunehmen.² Die Individuen müssen daher mehr oder weniger in der Lage sein, Kontakt zu anderen Menschen aufzunehmen, ihnen ihre Probleme oder ihre Situation mitzuteilen und sich von ihnen auch beraten und helfen zu lassen. Eine Person dagegen, die wenig oder nur oberflächlich mit anderen Menschen in Berührung kommt, ihre Schwierigkeiten nicht gerne mitteilt und nicht gerne Hilfe annimmt, wird wahrscheinlich ein geringeres Maß an sozialer Unterstützung erhalten. Daraus ergibt sich, dass Personen, die soziale Unterstützung erhalten, selbst vermehrt soziale Verhaltensweisen zeigen. Folkman und Lazarus nennen als wichtige Bewältigungsressourcen die social skills (Sozialkompetenz).³ Diese sind grundlegend für den sozialen Kontakt mit anderen Personen. Sie erleichtern auch das Erhalten von Unterstützung und das kooperative Arbeiten. Carver, Scheier und Weintraub nennen als eine Art des

¹ Vgl. Brüderl (1988, S. 149ff.).

² Vgl. Lazarus u. Folkman (1978, S. 163f.).

³ Ebd., S. 164.

Bewältigungsverhaltens das Aufsuchen von sozialer Unterstützung. Dies kann der Informationssuche dienen oder emotionale Gründe haben.¹

7.2.3 Problemorientierte Aspekte des Bewältigungsverhaltens

Die problemorientierten Verhaltensweisen sind Bewältigungsverhaltensweisen, bei denen ein Individuum das Problem aktiv angeht, entweder allein oder indem es Ratschläge oder Hilfe bei anderen Personen sucht.² Die nicht problemorientierten Verhaltensweisen sind im Gegensatz dazu charakterisiert durch ein Ablenken vom Problem und dem Nicht-Aus-einandersetzen mit dem Problem. Personen, die soziale Unterstützung erhalten, haben – wie bereits erwähnt – intensivere Kontakte zu anderen Personen ihres sozialen Umfeldes und damit auch zu vielfältigeren Bewältigungsverhaltensweisen. So lernen sie auch verschiedenartige problemorientierte Verhaltensweisen kennen. Des weiteren kommen sie durch häufige Interaktionen öfter in die Lage, ihr Verhalten in einer bestimmten Situation erklären zu müssen oder ihren Umgang mit Problemen zu rechtfertigen. Verhaltensweisen wie Ignorieren oder Hinausschieben von Problemen (nicht problemorientierte Verhaltensweisen) sind sozial unerwünscht und werden häufig vom sozialen Umfeld kritisiert. Lazarus und Launier nennen als eine Funktion des Copings die Änderung der gestörten Transaktion.³ Dabei steht der Aspekt der Problemlösung im Vordergrund. Die kritische Situation wird verbessert, indem sich die Person in ihren Handlungen darauf einstellt oder die Situation selbst verändert. Moos und Billings unterscheiden zwischen der bewertungsbezogenen (appraisal-focused) und der emotionsbezogenen (emotion-focused) Bewältigung.⁴ Problembezogenes Coping zielt ab auf eine Verminderung der stressenden Faktoren in der Situation, sowie darauf, die Konsequenzen aus der problematischen Situation zu ziehen oder eine Veränderung der eigenen Person zu realisieren. Das problembezogene Coping umfasst Informationssuche, Problemlösungsverhaltensweisen

¹ Vgl. Carver, C.S. u. a., Assessing Coping Strategies, A Theoretical Based Approach, In: Journal of Personality and Social Psychology, 56, S. 267ff.

² Vgl. Lazarus u. Launier (1978, S. 287).

³ Ebd., S. 288.

⁴ Vgl. Moos, R.H. u. Billings, A.G., Handbook of Stress, 1982, S. 213.

und die Entwicklung alternativer Verhaltensweisen zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Pfaff versteht unter der problembezogenen Bewältigung die

„Anstrengungen des Individuums, die eigentliche Ursache des psychologischen Streßzustandes, die mangelnde Übereinstimmung mit der Umwelt, zu beseitigen.“¹

Darunter werden drei Verhaltensmöglichkeiten eingeschlossen:

- Anpassung der Person an die Umwelt
- Anpassung der Umwelt an die Person
- Rückzug aus der Umwelt.

Moos beschreibt das problemorientierte Coping als das Bemühen um Information und Unterstützung, als problemlösendes Handeln und als Streben nach neuen Aufgaben, um aufgetretene Verluste zu ersetzen.² Stäudel und Weber verstehen Problemlösen als ein Subkonzept der Bewältigung. Problemlösen

„umfaßt hier als eine Form der Bewältigung alle Versuche, in eine belastende Situation als aktiv handelnd einzugreifen, diese zu ändern und Probleme aufzulösen. Es ist die direkt aktionale, bisweilen auch auf Informationssuche und Planung gerichtete Komponente von Bewältigungsverhalten.“³

Die Autorinnen geben unter Hinweis u.a. auf die Arbeit von Moos und Billings an, dass problemlöseorientiertes Coping sich offensichtlich als günstiges Verhalten bewährt hat und empfehlen eine intensivere Forschung auf diesem Gebiet, die jedoch den jeweiligen Stressor mit berücksichtigen sollte.⁴

¹ Pfaff, H., Streßbewältigung und soziale Unterstützung, Weinheim 1989, S. 79.

² Vgl. Moos, R.H., Coping: Konzepte und Meßverfahren, in: Zeitschrift für psychosomatische Medizin, 34.o.J., S. 207ff.

³ Vgl. Stäudel u. Weber (1988, S. 64)

⁴ Vgl. Moos u. Billings (o. J., S. 212).

7.2.4 Erfolgversprechende Verhaltensweisen und die Realisierung

Unter erfolgversprechend erscheinenden Verhaltensweisen sind die Bewältigungsverhaltensweisen zu verstehen, von deren erfolbringenden Auswirkungen das jeweilige Individuum überzeugt ist.

Entsprechend der vorgehenden Argumentation wird auch hier davon ausgegangen, dass Individuen, die sozial unterstützt werden, in stärkerem Kontakt zu ihrem sozialen Umfeld stehen. Sie lernen verschiedenartige Reaktionsmöglichkeiten und deren erfolgreiche Ergebnisse und Wirkungen kennen. So bekommen sie differenziertere Vorstellungen über die Anwendungsbreite und die möglichen Erfolgsaussichten der einzelnen Bewältigungsverhaltensweisen.

7.2.5 Realisierung empfundener Verhaltensweisen

Die Realisierung von als erfolgversprechend empfundenen Verhaltensweisen bedeutet, dass eine Person Bewältigungsverhaltensweisen, die sie für erfolgreich hält, auch praktiziert, d.h. umsetzt. Sie zeigt also die Verhaltensweisen häufiger, von deren Erfolg sie überzeugt ist.

Auf der Basis dieser theoretischen Ausführungen muss es Aufgabe von Schule, Jugendämtern, Kinderbeauftragten etc. sein, Kindern von arbeitslosen Eltern konkrete individuelle Hilfen anzubieten. Hierzu zählen pädagogische sowie psycho-soziale und gesundheitliche Beratungsangebote, aber auch Angebote für die Bereiche Spiel, Kunst, Musik, sportliche Aktivitäten etc.

Einrichtungen, von denen diese Impulse ausgehen können, sind

- Schulen
- vor- und nebenschulische Einrichtungen
- Freizeiteinrichtungen für die Familien

- die Gemeinde (Stadtteilarbeit)

7.3. Beratungsangebote zur Bewältigung kritischer Lebensereignissen

Die Beratungsangebote sind für Kinder von arbeitslosen Eltern ganz besonders (überlebens) wichtig.

„ Kontextuelle Ressourcen, die speziell für Kinder relevant sind, betreffen schließlich auch die außerfamiliäre Betreuung. Daß insbesondere Kinder in Armut von formellen Betreuungseinrichtungen für ihre schulische Leistungen und Sozialentwicklung profitieren und daß dieser Einfluss anderer Betreuungsformen (durch die Mutter, informelle Betreuung durch andere Erwachsene) sowie der Selbstversorgung überlegen ist, zeigt die Studie von Posner und Vandell (1994). Nach ihren Befunden nehmen Kinder in den formellen Betreuungsprogrammen mehr an Förderkursen teil, engagieren sich mehr in schulrelevanten Tätigkeiten, sehen weniger fern und spielen weniger unbeobachtet außer Haus.“¹

Einige Beratungsangebote seien hier thesenartig zusammengefasst:

1. In einer Familienberatung sollten Probleme um die Arbeitslosigkeit selbstverständliches Thema der Gespräche sein.
2. Ziel muss sein, dass sich eine Familie offen über die Probleme der einzelnen Familienmitglieder austauscht, dem arbeitslosen Familienmitglied solidarische Hilfe gibt, lernt, auch depressive Stimmungen zulassen zu können. Nicht zuletzt sollte sie zu einem politischen Engagement motiviert werden, das durch Apathie und Resignation häufig geschmälernte Aktivitätspotential wieder in Gang setzen kann.

¹ Lepenies (1999, S. 338).

„Die Familie ist auch unter veränderten Bedingungen diejenige Instanz, die die größte Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung von Gesellschaftsmitgliedern hat. Sie wird an Dauer, Intensität und Prägekraft ihrer Sozialisationswirkungen wohl von keiner anderen gesellschaftlichen Institution übertroffen“.¹

3. Kompliziert wird das Ganze dadurch, dass bei Familien gesellschaftliche Probleme und familiäre Beziehungsstörungen zusammenwirken.

Beispielsweise versagt ein Jugendlicher in der Schule. Wegen fehlender Zukunftsaussichten entwickelt er eine resignierenden Haltung. Dieser Jugendliche hat im Konkurrenzkampf um Arbeitsstellen natürlich die schlechtesten Chancen. In der Beratung muss es von daher Ziel sein, dass die Familie ihre Konflikte zu bearbeiten lernt, damit sich der Jugendliche in einer realitätsangepasste Weise von seiner Familie lösen kann. Vielleicht hat er dann auch mehr Chancen, Arbeit zu finden. Für die Beratung von Kindern arbeitsloser Eltern ist in diesem Zusammenhang die Institution des Kinderbeauftragten anzuführen.

„Zu den Tätigkeitsschwerpunkten der [...] einbezogenen Kinderbeauftragten und Interessenvertretungen für Kinder gehören überwiegend Fragen zu Wohnumfeld, Verkehr, Schule und Beteiligung an kommunaler Planung. [...] In der konkreten Arbeit der Interessenvertretung für Kinder findet sich eine Mischung von fallübergreifenden und fallbezogenen Tätigkeiten. Zur Arbeit auf fallübergreifender Ebene zählen die Wahrnehmung von Kinderinteressen bei der Gestaltung der Infrastruktur sowie bei Planungs- und Versorgungsaufgaben. Zu den fallbezogenen Tätigkeiten gehört die konkrete Arbeit für Kinder und Familien.“²

In NRW haben sich zwischenzeitlich 26 Einrichtungen etabliert: z.B. Kinderbüro „Robin Hood“ (Bochum) „Till Eulenspiegel“ (Düsseldorf) Kinderbüro (Essen), Ausschuss für Kinderfragen, Jugendamt (Bielefeld) etc..

¹ Hurrelmann, Klaus, (1991, S. 186)

² AWO Pressedienst, Bonn 1994, S. 3.

Folgende Zielsetzung haben sich die Kinderbeauftragten gegeben:

- Einflussnahme auf die öffentliche Meinung
- Einflussnahme auf Politik und Verwaltung
- Kinderpartizipation
- Fallbezogene Zielsetzung
- Kooperation und Vernetzung der Aktivitäten

„ [...] Kinderbeauftragte können bereits eine beachtliche Anzahl von Presseartikeln zu ihrer Arbeit dokumentieren. Eine gelungene Einflußnahme auf die öffentliche Meinung, Politik und Verwaltung wird darin gesehen, daß die Legitimität der Institution Kinderbeauftragte in der Öffentlichkeit nicht mehr bezweifelt wird. [...] Über die Beteiligung von Kindern bestehen zwar unterschiedliche Vorstellungen, der direkte Kontakt zu Kindern und das Ernstnehmen von direkt geäußerten Kinderbelangen wird jedoch von jeder Einrichtung praktiziert und für unabdingbar gehalten.“¹

„Ziel des Beratungsprozesses muß es sein, einem Jugendlichen den Status eines autonom handlungsfähigen und selbständigen Menschen zu sichern, ohne ihn unkontrolliert zu manipulieren. Beratung bemüht sich also um eine vorübergehende Hilfe beim Aufschließen und Verarbeiten von belastenden Situationen und Umweltgegebenheiten, solange Menschen nicht voll die Kapazität der Verarbeitung ihres eigenen Handelns und der Problembewältigung besitzen und deswegen in Schwierigkeiten gekommen sind.“²

7.3.1 Möglichkeiten der Jugendhilfe

Aus den bisher beschriebenen spezifischen Problematiken ergibt sich nicht nur für die Jugendhilfe die Notwendigkeit des Umdenkens und entsprechende Handlungsbedarfs, sondern auch für die Rechtsprechung im Hinblick auf:

- die Anerkennung familiärer Wirklichkeit,

¹ Ebd. S. 5.

² Hurrelmann (1991, S. 183).

- das gemeinsame Sorge- und Umgangsrecht für beide Partner auch für nichteheliche Lebensgemeinschaften
- die Stärkung der Rechte des Kindes als Folge instabiler Familienstrukturen
- die Anerkennung der Betreuung außerfamiliärer Sozialisationsorte als Lern- und Lebensräume
- den Abbau der Benachteiligung von Frauen und die Möglichkeit der uneingeschränkten Teilnahme am gesellschaftlichen Prozess
- die Betonung der Erziehungsverantwortung und Schaffung einer partnerschaftlichen Rolle für Männer / Väter.

In einer Expertise zum 3. Familienbericht der Landesregierung NRW wird angemerkt, dass flankierende sozialstaatliche Maßnahmen und die Änderung des Familien- und Kindschaftsrechts den veränderten Familienstrukturen Rechnung tragen, aus psychologischer Sicht-d.h. aus der emotionalen Sicht des Kindes-

„ nur dann unmittelbar einleuchtend (sind), wenn der grundgesetzlich garantierte Schutz der Familie dahingehend interpretiert wird, daß damit die Vertrauens- und Verantwortungsgemeinschaft zwischen Kindern und ihren sozialen Eltern gemeint ist, unabhängig davon, welcher Rechtsform sich diese Gesellschaft verschrieben hat. “¹

Die Hauptarbeit der Jugendhilfe soll im präventiven Bereich liegen, die stärker auf die Einbeziehung der Lebenswelt des Kindes / des Jugendlichen abzielen. Die unterstützende und ergänzende Betreuung in Gemeinschaft mit den Eltern steht gegenüber der Herausnahme des Kindes aus seiner Ursprungsfamilien im Vordergrund. Diese Grundsätze erfordern, genau wie der gesellschaftliche Wandel für alle im folgenden genannten Hilfearten, ein Umdenken und eine Umstrukturierung ihrer Arbeit.

7.3.1.1 Erziehungsberatungsstellen

¹ Jopt, Kl., Ein-Eltern-Familien, Stieffamilien und soziale Elternschaft in psychologische Sicht, in: Ministerium f. Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW: Expertisen zum 3.Familienbericht des Landesregierung NRW, Düsseldorf 1990, S. 25.

Die Auswirkungen veränderter sozialer Bedingungen, resultierend aus hoher Arbeitslosigkeit, gestiegener Scheidungszahlen und sich herausbildenden alternativen Familienformen bzw. aus dem Umgang der Gesellschaft mit diesen veränderten Erscheinungsbild wirken sich auch auf die Arbeit der Erziehungsberatungsstellen aus. Die erhebliche Zunahme der Nachfrage nach Beratung oder Therapie kann z.B. in Bochum wegen der erschöpften Aufnahmekapazität der Beraterinnen nicht ohne lange Wartezeiten von bis zu mehreren Monaten aufgefangen werden. Die Anzahl der diagnostizierten Störungsarten bei den einzelnen Kindern und Jugendlichen hat sich von früher 1-2 auf heute 3-4 gleichzeitig auftretenden Störungsarten erhöht. Folgende Störungen wurden festgestellt: Beziehungsprobleme, Lern- und Leistungsstörungen, Trennungs- und Scheidungsprobleme, Betroffenheit durch Behinderung oder Entwurzelungsprobleme. Es hat sich gezeigt, dass vor allem sexueller Missbrauch, Gewalt und Kriminalität unter Kindern- und Jugendlichen sowie Alkohol-, Drogen- und Essproblematiken zu neuen Schwerpunktfeldern in der Erziehungsberatung geworden sind. Um dem festgestellten wachsenden Bedarf nach oft langandauernden Beratungsformen entsprechen zu können, ist eine personelle Erweiterung dringend angebracht.¹

7.3.1.2 Erziehungsbeistandschaften und sozialpädagogische Familienhilfen

Gemäß § 30 KJHG sind Erziehungsbeistandschaften Pflichtaufgaben des Jugendamtes; dass soziale Umfeld ist mit einzubeziehen. Die Wiederherstellung tragfähiger Familienbeziehungen steht hierfür im Mittelpunkt. Zu den Ursachen für die Notwendigkeit einer Erziehungsbeistandschaft gehören problematische Familienbeziehungen, insbesondere Problematiken in Ein-Eltern-Familien und Stieffamilien. Nach § 31 KJHG soll sozialpädagogische Familienhilfe

¹ Momotow, (1996, S. 41).

„ durch intensive Betreuung und Begleitung Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsprobleme, der Lösung von Konflikten und Krisen, im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe geben. Sie ist in der Regel auf längere Dauer angelegt und erfordert die Mitarbeit der Familien.“¹

In manchen Städten arbeitet das Jugendamt mit der AWO zusammen. Bei der Zusammenarbeit geht es darum, die Herausnahme des Kindes aus Familien zu vermeiden. Hierzu ist mittels der Aufstellung eines Hilfeplanes und der Einbeziehung des sozialen Umfeldes zu versuchen, die Familienkrise zu bewältigen. Mit folgenden Problemkomplexen wird die Familienhilfe konfrontiert:

- Erziehungsschwierigkeiten
- Schulschwierigkeiten
- finanzielle Probleme
- mangelnde Haushaltsführung
- psychische Erkrankung eines Elternteils oder eines Kindes.

Besonders die Zunahme psychisch kranker Familien, bedingt u.a. durch Arbeitslosigkeit, aber auch eine Reihe von oben nicht aufgeführten Ursachen, wie der Verdacht auf sexuellen Missbrauch oder Analphabetismus, verlangen vom Personal entsprechende hohe fachliche Kompetenz.

7.3.1.3 Tagesgruppen

Tagesgruppen (früher Tagesheimgruppen) stellen eine teilstationäre Betreuungsform dar. Die minderjährigen Kinder kommen z.T. aus ihren Ursprungsfamilien in die Tagesgruppe oder werden aus dem stationären Heimbereich übernommen. Das Hauptziel ist die Rückführung von Kindern und Jugendlichen in ihre Ursprungsfamilien; die Zusammenarbeit mit Eltern, Geschwistern und Lehrern ist dabei dringend geboten. Die

¹§31 KJHG.

Arbeit der Tagesgruppen findet vor dem Hintergrund dieser Zielsetzung auf folgenden vier Ebenen statt:

- Erziehungshilfe innerhalb der Tagesgruppe
- Elternarbeit
- Freizeiten für die Kinder in den Schulferien
- Wochenendfreizeiten für Kinder und Eltern

In der Bundesrepublik Deutschland besucht heute eine Mehrzahl aller Kinder zwischen 3 und 6 Jahren und ein großer Teil der unter 3- und über 6 Jährigen eine Tageseinrichtung, ganztägig oder einen Teil des Tages. Die anhaltende Arbeitslosigkeit der Eltern stellt die Kinder vor eine Reihe sozialer und psychischer Probleme. Die Tageseinrichtung muss solidarische Handlungsformen entwickeln, wenn sie Ausgrenzungen verhindern will.

-Wenn die Familie materiell nicht mithalten kann, gibt es soziale Selektion und Diskriminierung in der Kindergemeinschaft.

-Der Elternbeitrag muss eingespart werden. Das Kind wird vom Erfahrungsfeld seiner Altersgruppe isoliert.

-Die Ernährungslage der Familie und damit der Gesundheits- und Leistungsstand verändern sich.

-Wenn die Spaltung unserer Gesellschaft in Arme und gut bis auskömmlich Lebende zunimmt, spalten sich die Lebenswelten und Erfahrungen der Kindern.

-Die soziale und solidarische Kraft der Familie nimmt ab. Vernachlässigung der Kinder können unvermeidbar werden.

-Die psycho-soziale Verunsicherung der Familie durch Arbeitslosigkeit führt zur emotionalen Verunsicherung der Kinder und entsprechenden Verhaltensäußerungen.

Wie geht die Tageseinrichtung mit diesen Fragen um? Muss sie auf die alten Aufgaben sozialer Hilfe zurückkommen? Wo bleibt der allgemeine Bildungsanspruch für Kinder? Sind Arbeitslosigkeit und Armut Lebenssituationen, die sich im lebensnahen Lernen der Tageseinrichtung wiederfinden müssen?.

Nach vielen Aussagen von Sozialarbeitern/Sozialpädagogen wird in den Tageseinrichtungen das Problem der Arbeitslosigkeit kaum wahrgenommen. Als Ursachen dafür werden gesehen

- in die Tendenz betroffener Familien, die Arbeitslosigkeit zu verstecken,
- unzureichende personelle Bedingungen der Tageseinrichtungen, die kontinuierliche Beobachtungen einzelner Kinder sowie einen Austausch darüber im Team zu verhindern,
- die unbewusste Abwehr von ErzieherInnen, nicht auch noch mit den Folgeproblemen von Arbeitslosigkeit belastet zu werden.

Wegen der Schwierigkeiten im Erkennen von Arbeitslosigkeit wird es als notwendig angesehen, dass ErzieherInnen ihre Wahrnehmung schärfen. Hinweise auf Arbeitslosigkeit in der Familie können sein:

- Veränderung der emotionalen Stabilität der Kindern,
- Verhaltensauffälligkeiten der Kinder in der Gruppe,
- Unregelmäßigkeiten im Besuch der Einrichtungen,
- Beitragsrückstände,
- Thematisierung von familiären Konflikten im Rollenspiel der Kinder,
- Väter holen häufiger als sonst üblich ihre Kinder von den Einrichtungen ab,
- Beobachtungen von starkem Alkoholkonsum bei den Eltern.

In der Regel ist eine längere Beobachtung erforderlich (ca. 3 Monate), um Gewissheit zu erlangen, dass Arbeitslosigkeit in der Familie Ursache für Schwierigkeiten des Kindes ist. Die Arbeit der Tageseinrichtung ist daher so zu organisieren, dass eine Konzentration auf bestimmte Schwerpunkte stattfindet, z. B. um Zeit zu gewinnen, miteinander Beobachtungen bei Kindern zu überprüfen. Wie können Betroffene erreicht werden, ohne dass ihre Gefühle verletzt werden? Aktivitäten von Seiten der Tageseinrichtungen sollten die Schamgefühle der betroffenen Eltern und Kinder akzeptieren. In diesem Sinne sind Maßnahmen, die die individuelle Problematik einzelner Kinder und deren Eltern in den Vordergrund zu stellen, abzulehnen. Es sollte vielmehr überprüft werden, wie Folgen der Arbeitslosigkeit in der „normalen“ Arbeit berücksichtigt werden können. Beispiele: Um Entlastungen der Eltern in finanzieller Hinsicht zu erreichen, sind kostenintensive

Angebote zu reduzieren. Wenn kontinuierliche Elternarbeit selbstverständlich ist, Gespräche mit allen Eltern über Kinder regelmäßig stattfinden, dann haben Eltern, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, unter „normalen Bedingungen“ die Möglichkeit, ihr Problem anzusprechen bzw. die ErzieherInnen die Chance, es von sich aus aufzugreifen. Zusammenfassend ergeben sich für die MitarbeiterInnen dieser Tageseinrichtungen in diesem Zusammenhang Forderungen nach innen und nach außen:

Forderungen nach innen:

- Herstellung eines Konsenses im Team, wie die Problematik der Arbeitslosigkeit in der Arbeit aufgegriffen werden soll, Sensibilisierung der Wahrnehmung;
- Respekt haben vor der Würde des Betroffenen
- dem Abbruch sozialer Kontakte / der Isolierung der Kinder entgegenwirken.
- Emotionale Stabilisierung der Kinder z.B. durch Zuwendung
- Regelmäßige Gespräche mit Eltern,
- Folgen von Arbeitslosigkeit bei Kindern anonym öffentlich machen, d.h. ohne konkreten Bezug zu einzelnen Kindern,
- Kontrolle / Überprüfung der Angebote auf finanzielle Belastung der Eltern,
- Eltern Angebote (kostenlos) in anderen Einrichtungen zugänglich zu machen (VHS etc.),
- Gemeinsame Eltern-Kind-Erzieher Aktivitäten,
- Räumlichkeiten für selbstorganisierte Aktivitäten der Eltern zur Verfügung stellen,
- mehr berufs- und gesellschaftspolitisches Engagement von MitarbeiterInnen (z. B. Gewerkschaft, Parteien, Bürgerinitiativen).

Forderungen nach außen:

- Verbesserung der Ausbildung; mehr Erwachsenenbildung und politische Bildung,
- Fortbildungsangebote zum Thema,
- Verbesserung der räumlichen, materiellen und personellen Situation in den Einrichtungen,
- wohnungsnahe, kleinere Einrichtungen,
- mehr altersgemischte Gruppen (mit größerer Altersspanne als bisher),
- bedürfnisorientierte Öffnungszeiten,
- keine Reduzierung der Betreuungszeiten für Kinder von Arbeitslosen,

- Übernahme der Elternbeiträge durch die Jugendhilfe,
- Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Absicherung von Tageseinrichtungen (Kindergarten-, Hortgesetze),
- mehr Arbeitsplätze im sozial-pädagogischen Bereich / in Tageseinrichtungen schaffen,
- kein Abbau öffentlicher Leistungen zugunsten privater Zugewinne!
- gerechterer Finanzausgleich zwischen den Bundesländern und Regionen
- Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen.¹

7.3.1.4 Heimerziehung und sonstige Wohnformen

Unter Heimerziehung wird in § 35 KJHG

„ die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines Kindes oder Jugendlichen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses in einer Einrichtung.“ verstanden.²

Die Notwendigkeit der Heimunterbringung ergibt sich aus der sozialen, psycho-sozialen und individuellen Sozialisationssituation des Kindes oder des Jugendlichen.

Sind bei Nichtveränderung der Situation Schädigungsfolgen absehbar, bedeutet dies eine Gefahr für das persönliche Wohl des Kindes. Das Wohl des Kindes ist dann nicht gewährleistet, wenn die konkrete Lebenssituation durch Mangel oder soziale Benachteiligung gekennzeichnet ist. Für den Rechtsanspruch auf Hilfe ist es weiterhin erforderlich, dass das Sozialisationsfeld des Minderjährigen aus eigener Kraft diese Defizite nicht abbauen kann. Diese Minderjährigen kommen überwiegend aus instabilen und sozial schwachen Elternhäusern, mit ausgeprägten Beziehungsstörungen. Ziel der Heim-unterbringung ist es, Defizite und Störungen im emotionalen und sozialen Bereich abzubauen. Mit neuen Bezugspersonen sollen positive Verhaltensmechanismen erlernt werden und ein i. d. Regel geringes Selbstwertgefühl gestärkt werden. Schließlich geht es

¹ Vgl. Momotow, (1996, S. 43).

¹ § 35 KJHG.

² § 35 KJHG

zukünftig darum, eine Rückkehr in die Herkunftsfamilie herbeizuführen, die Erziehung in einer anderen Familie (Adoption bzw. Pflege) zu ermöglichen oder die Verselbstständigung des Kindes bzw. Jugendlichen begleitend zu fördern. Im 6. Jugendbericht der Landesregierung des Landes NRW wird festgestellt, dass trotz neuer Strategien, Fremdunterbringungen möglichst zu vermeiden, der Anteil der Kinder, die in Heime eingewiesen wurden, seit 1990 angestiegen sind -besonders bei den 10 bis 14-Jährigen. Die Ursachen dafür werden in wachsenden Erziehungskonflikten, Risiken und Gefährdungen sowie die starke Zunahme Alleinerziehender gesehen.¹ Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Veränderung der familialen Wirklichkeit sich auch in den Anforderungen an die Jugendhilfe niederschlägt. So steigt die Nachfrage bei den Erziehungsberatungsstellen nach Beratung und Therapie. Die Anzahl der gleichzeitig auftretenden Störungsarten hat zugenommen. Der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Kinder und Jugendliche wächst. Steigender Nachfrage nach qualifizierten Leistungen steht ein durch das KJHG diversifiziertes Leistungsangebot und leider ein geringer werdender Finanzrahmen gegenüber. Die Heimeinweisungen sind trotz präventiver Arbeit seit 10 Jahren nicht zurückgegangen.

7.3.1.5 Schulsozialarbeit

Aufgrund der Tatsache, dass Kinder von Arbeitslosen von heute die Hoffnungslosen und möglicherweise die Ausgesperrten von morgen sind, müssen folgende Schwerpunkte von der Schulsozialarbeit übernommen werden. Die Verarmung arbeitsloser Eltern führt in den wichtigsten Lebensbereichen der Kinder, wie Schule, Elternhaus und Freizeit zu Konsumverzicht, innerfamiliären Konflikten, Isolation und Wohnungsnot. Bei Kindern sind Symptome der Resignation, Zukunftsangst, der Rückgang von Schulleistungen und der Anstieg psycho-somatischer Erkrankungen zu beobachten. Die Identitätsbildung der Kinder wird auf der Basis von Ohnmachtserfahrungen und einer allmählichen Auflösung

¹ Vgl. MAGS (1994, S. 177).

von Normen- und Regelsystemen innerhalb der Familie eingeschränkt. Massenarbeitslosigkeit und damit verbundene Verarmung von Teilen der Bevölkerung sind als gesellschaftliches Problem anzusehen. Schulsozialarbeit und Schülerhilfen können als kompensatorisches, pädagogisches Angebot nur einen Teil der materiellen und immateriellen Folgen von Armut auffangen. Schülerhilfenarbeit sowie Schulsozialarbeit als ein kompensatorische, pädagogisches Angebot kann den Kindern helfen, ihre Lebensbedingungen besser zu bewältigen. Folgende Strategien bieten sich in diesem Zusammenhang an:

- Aktive Hilfe bzw. Hilfestellung im Hinblick auf Motivationsförderung von einzelnen Schülern;
- Begleitung bei der Gruppenarbeit durch Hinzusetzen, mit den Schülern über die anzufertigenden Arbeiten reden, Förderung von Gruppenfähigkeit;
- Auffangen von Schülern, die wenig in den Klassenverband integriert sind, z.B. dadurch, dass versucht wird, diese gezielt in eine Gruppe mit einzubinden;
- Ansprechen von Interaktionsschwierigkeiten, d.h. in Einzelfällen eine gewisse Zeit der Unterrichtsstunde in Anspruch nehmen, um über Klassenstruktur, Verhaltensweisen einzelner usw. gemeinsam mit dem Klassenlehrer zu sprechen;
- Einbringen von handlungsorientierten Momenten, die vom Unterrichtsstoff ausgehend bestimmte Sachverhalte spielerisch vermitteln können.¹

„Schule ist das einzige intakte und alle erreichende soziale System. Bei der zunehmenden gesellschaftliche Desintegration kann der Erziehungsauftrag nur gewährleistet werden, wenn die Schule Schwerarbeit auf der Beziehungsebene leistet. Moralentwicklung, ethnische und soziale Integration, alle Formen sozialen Lernens müssen hier durch menschlich akzeptierende Zuwendung entwickelt werden. Gegen die zunehmende Vereinzelung und Mediatisierung müsste Schule mehr sensorische und emotionale Erfahrung bieten. Wir müssen Schule als Heimat und Ort sozialer Beziehungen stärker gewichten.(...)“

¹ Vgl. Grossmann, Wilma, Aschenputtel im Schulalltag, Weinheim 1987, S. 134f.

Schule und Lehrer müssen Wert- und Sinnfragen stellen und beantworten. Benehmen und Normen des Zusammenlebens können nicht zum Zweck des Machterhaltes der Schule und der Lehrer abverlangt und sanktioniert werden. Sie finden ihre Rechtfertigung in einer Erziehung zur Menschlichkeit, benötigen eine demokratische Legitimation und müssen deswegen in einem ständigen Diskurs mit allen Beteiligten entwickelt, aber auch kontrolliert und sanktioniert werden. Diese Kontrolle und Wertvermittlung darf nicht in Form von Gerichtsverhandlungen und Aussonderung, sondern durch intensive menschliche Zuwendung und persönliche Beratung erfolgen“¹

Die heutige Schule bildet zunehmend „Schlüsselqualifikationen“ aus, die in zunehmendem Maße das Anforderungsprofil an zukünftige Arbeitskräfte bestimmen, das von ökonomischen Erfordernissen her definiert ist. Der Mitarbeiter der Zukunft soll unterschiedliche Fähigkeiten der Fertigkeiten herausbilden, um sich besser in den Produktionsablauf zu integrieren. Als „Schlüsselqualifikationen“ sind an dieser Stelle folgende zu nennen:

- Mobilität
- Lernfähigkeit
- Anpassungsfähigkeit
- Kreativität
- Flexibilität
- Kooperationsbereitschaft
- Teamfähigkeit
- Fähigkeit, Hierarchien anzuerkennen

Dabei gehen die eigentlichen Bildungsziele verloren, bestimmte Inhalte, wie z.B. „Demokratie“, „Autonomie“, „Kritikfähigkeit“, werden von sogen. Sekundärtugenden „verdrängt“. Pädagogen innerhalb und außerhalb der Schule stehen in einem Dilemma: Als Pädagogen sind sie -mehr oder weniger- gezwungen, in Richtung geforderter Schlüssel-qualifikationen zu sozialisieren. Es ist jedoch bekannt, dass diese

¹ Schmidt-Kessler (1993, S. 3).

Qualifikationen inhaltlich und anders definiert und gefüllt werden können. So kann beispielsweise die Schlüsselqualifikation „Lernfähigkeit“ auch bedeuten, politisches Bewusstsein heraus-zubilden. Kreativität kann auch bedeuten, sich künstlerisch zu betätigen. Kooperationsfähigkeit kann in Zusammenhang mit solidarischem Handeln und gewerkschaftlicher Organisation definiert werden.

Hinsichtlich der konkreten Arbeitslosensituation muss es Aufgabe der Schule und der LehrerInnen sein, das Thema „Arbeit“ und „Arbeitslosigkeit“ zu behandeln. Ferner sollte es selbstverständlich sein, Kinder von arbeitslosen Eltern in den Klassen bewusst wahrzunehmen und mit den Betroffenen auch sensibel umzugehen, damit zukünftig eine Stigmatisierung unterbleibt.

Die Mitwirkung von Lehrern bei der psycho-sozialen Prävention ist nicht allein wegen der notwendigen Aufklärungsarbeit bei älteren Schülern wichtig, sondern auch und im besonderen Maße zum Abfangen von Frühformen kindlicher Verhaltensschwierigkeiten in Verbindung mit beratenden Elterngesprächen.

„Natürlich stellen sich ähnliche Lernaufgaben erst recht den Repräsentanten anderer sozialer Berufe, von denen wir wünschen, daß sie uns im Vorfeld unserer professionellen fachberaterischen oder therapeutischen Angebote vermehrt entlasten. So nützt etwa die erörterte Reform der Lehrpläne an den Schulen nichts, wenn die Lehrer nicht besser darauf vorbereitet werden, mit solchen Aufgaben in geeigneter Weise umzugehen. (...) Es ist jedenfalls zu hoffen, daß sich in Zukunft Psychotherapeuten vermehrt dafür interessieren werden, in der Grundausbildung und in der Fortbildung von Pädagogen mitzuwirken, um gemeinsam mit diesen geeignete Formen der Vermittlung psychosozialer Themen zu erarbeiten“.¹

LehrerInnen, ErzieherInnen und KindergärtnerInnen haben die Aufgabe, im Vorfeld der psychotherapeutisch geleiteten Dienste viele Bagatelleprobleme bzw. leichte Frühformen

¹ Richter (1976, S. 28f.).

von Verhaltensschwierigkeiten herauszufiltern, und selbst zusammen mit den betroffenen Arbeitslosenfamilien abschließend zu klären.¹

„Auf der Linie der sozialisations- und interaktionstheoretischen Bedingungsanalyse müssen angemessene pädagogische Maßnahmen das soziale Beziehungsgefüge von Erzieher und Kind im Auge haben, sich also auf die Art und Weise und den Inhalt der Interaktion und Kommunikation von Lehrer und Schüler konzentrieren.“²

Zusammenfassend sind folgende Formen sozial-pädagogischen Handelns anzuführen:

„-Die Schaffung eines offenen sozialpädagogischen Angebotes für die Kinder und Jugendlichen: Spielzentrum, offene Werkstätten (Ton-, Holz- und Metallarbeiten, Maskenbau, Malerei u.a.m.), Ruheraum, Toberaum, Vorleseraum.

-Organisieren von Nachmittagsvorhaben im Stadtteil: Disco im Jugendzentrum, Theatervorführungen im Altenzentrum, Besuche der Eltern (im Hause), Einladungen an Spezialisten für die Schule u.a.m.

-Vermittlung von Schularbeitenhilfen, Hinführung zu Sportvereinen und anderen Jugendgruppen.

-Leitung von Stützgruppen zur Vermeidung von Schulversagen, Arbeit mit spiel- und gesprächtherapeutischen Ansätzen bei Jugendlichen mit psychischen Konflikten;

-Mitarbeit in Klassen zur Förderung einzelner Schüler/-innen.

-Beratungsdienst in der Schule: Einzelfallhilfe und soziale Gruppenarbeit;

-Mitgestaltung des Schullebens: Schulfeste, Cafeteria u.a.m.

-Netzwerke schaffen: Schüler/-innen, Klasse, Schule, Peer-groups und Stadtteil (Bücherei, Jugendclub, Jugendfeuerwehr, Jugendrotkreuz, DLRG u.a.m.)

¹ Vgl. Grossmann (1987, S. 144ff.).

² Hurrelmann (1991, S. 182).

-Ausprobieren und Initiieren neuer Formen der Elternarbeit: Wochenendfreizeiten mit Eltern und Jugendlichen zusammen, Wochenendseminare mit Eltern, Elternschule u.a.m.“¹

7.3.1.6 Gemeinde und Stadtteilarbeit

Hinsichtlich der Gemeinde- und Stadtteilarbeit stellt die Arbeiterwohlfahrt (AWO) folgende Forderung auf:

„ Wir treten dafür ein, daß in allen Kommunen ständige Arbeitskreise eingerichtet werden, in denen die Vertreter und Vertreterinnen aller fachlich berührten Ämter und Institutionen an einen Tisch kommen. Es darf einer arbeitslosen alleinerziehenden Mutter von 2 oder 3 Kindern nicht länger ein Behördenlauf mit Sprechstunden am Vormittag zu unterschiedlichen Zeiten zugemutet werden. Bewilligungsstrukturen sind so zu gestalten, daß sie die Situation von Arbeitslosen und ihrer Kinder nicht noch mehr entwürdigen.“²

Die AWO tritt für den Erhalt der Familie ein und hat einen beeindruckenden Maßnahmen- und Forderungskatalog zusammengestellt:

- Allen Kindern aus Arbeitslosenhaushalten ist der Zugang zu kulturellen Gemeinschaftseinrichtungen und allen öffentlichen Bildungseinrichtungen kostenlos zu gewähren. Die Menschen müssen aus der Isolation geführt werden. Ihre Ausgrenzung darf nicht noch zusätzlich mit einer Eintrittskarte besiegelt werden.
- Es bedarf einer stärkeren Qualifizierung der Sozialarbeit, dort, wo sie sich mit der Situation der betroffenen Familien konfrontiert sieht.

¹ Neue deutsche Schule, 52.Jahrgang, April 2000, S. 26.

² AWO, (1994., S. 4).

-Es müssen im Anschluss an Hilfen und Maßnahmen z. B. im Bereich der Müttergenesungsarbeit Nachbetreuungsangebote geschaffen werden. Mütter und Kinder müssen nach einer vierwöchigen Kur sozial-pädagogisch betreut werden.

-Im Bezirk Niederrhein wurde in Zusammenarbeit mit einer großen Tageszeitung ein Hilfsfond für die „Kinder der Krise“ gegründet. Aus diesem sollen individuelle Leistungen, die nicht durch Rechtsansprüche gedeckt sind, gegeben werden.

„ Dies ist ein Beispiel für Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe, Solidarität. Almosen darf dies nicht sein und werden. Es muß Überbrückung bedeuten, weil auch ein Weg zur Soforthilfe gefunden werden muß.“¹

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Probleme der „Neuen Armut“ und „Arbeitslosigkeit“ nicht unbedingt ein spezielles Problem der Sozialarbeit sind, sondern ein gesellschaftlich verursachtes Problem, das alle Gesellschaftsmitglieder, auch die scheinbar nicht von Armut betroffen sind, angeht. Lehrer und Sozialarbeiter können bestenfalls Partei ergreifen und sich mit fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräften (Parteien, Gewerkschaften etc.) im Interesse und für die Interessen der Betroffenen einsetzen. Jedoch ist es notwendig, durch Aufklärung darauf hinzuwirken, dass einem zunehmenden Teil der Bevölkerung seine Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt, Lebenschancen beraubt und Ungleichheiten festgeschrieben werden. Es kann der Gesamtgesellschaft und ihren Mitgliedern nicht gleich sein, wenn ein nicht geringer Teil der Gesellschaftsmitglieder an der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion nicht angemessen beteiligt ist und dadurch Ressourcen brachliegen. Als Gegenstrategien sind hier anzuführen:

- Partei ergreifen für die Benachteiligten
- Aufklären über die Lebensbedingungen Verarmter
- Verbündete finden, die Gewerkschaften, Parteien etc.

¹ Ebd., S. 4.

-Tendenzen der Dezentralisierung und Personalisierung der Armutsproblematik entgegenzuarbeiten.

Es müssen Versuche abgewehrt werden, Begrifflichkeiten, die eine besondere Tradition haben, neu zu besetzen. So wird beispielsweise in bestimmten Medien Solidarität von den „Arbeitsplatzbesitzenden“ für die „Nicht-Arbeitsplatzbesitzenden“ gefordert.

Auch werden Tugenden des „treusorgenden Familienvaters“, der bei knappen Mitteln Sparsamkeit demonstriert, auf gesellschaftliche Realität übertragen. Lohnverzicht bzw. Lohnteilung ist ein Schlagwort, um die angeblich knapper werdende Arbeit aufzuteilen.

8. „Zur Ernährungsreform“

Im abschließenden Kapitel sollen Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der betroffenen Arbeitslosenfamilien und ihrer Kinder behandelt werden. Aufgrund der skizzierten defizitären Versorgungs- und Gesundheitslage von Kindern arbeitslos gewordener Eltern nimmt die Ernährungsprävention einen hohen Stellenwert ein. Hier muss die Ernährungsberatung der Krankenkassen, Krankenhäuser, Kurkliniken, Verbraucherzentralen u.ä. einen bedeutenden Beitrag zur Beeinflussung des Ernährungsverhaltens der Bevölkerung leisten. Eine Voraussetzung für eine zielgruppenorientierte Beratung ist zunächst die Bestandsaufnahme der Struktur des Ernährungsverhaltens, d.h. die Ermittlung und Darstellung der Gruppen einer Region (nach Sozialstruktur und Alter), die Versorgungs- bzw. Ernährungsprobleme haben. Diese Daten könnte z.B. ein regionaler Gesundheits- und Ernährungsbericht verschaffen. Auch würde eine solche Dokumentation Informationen über Zusammenhänge zwischen Ernährungsbedingungen und Krankheitsercheinungen liefern.

Will man die Ernährungssituation der betroffenen Arbeitslosenfamilien verbessern, so ist eine bloße Vermittlung von Wissen in der Ernährungsberatung nicht ausreichend. Vielmehr müssen auch praktische Fertigkeiten zur Umsetzung vermittelt und vor allen Dingen muss der finanzielle Rahmen berücksichtigt werden. Orientierungskriterium der Ernährungsberatung für einkommensschwache Gruppen müssen also eine kostengünstige

gesunde Ernährung sowie deren Praktikabilität sein. Weiterhin stellt sich die Frage, wie man einkommensschwache Verbraucher mit einer effektiven Ernährungsberatung überhaupt erreichen kann. Daher ist eine verstärkte Kooperation der Ernährungsberatung mit anderen Institutionen, wie z.B. Schuldenberatungsstellen, Familien- und Erziehungsberatungsstellen, Ärzten u.a., an die sich finanziell schwächer Gestellte in erster Linie wenden, erforderlich. Sozialarbeiter und Ärzte sollten zur Förderung der Zusammenarbeit in ihrer Ausbildung für Ernährungsprobleme sensibilisiert werden. Andere Möglichkeiten, im Rahmen der Ernährungsberatung eine breite Bevölkerungsschicht zu erreichen, sind Gesundheitsausstellungen und Aktionen wie Gesundheitswochen, die Einflussnahme auf das regionale Lebensmittelangebot durch Absprachen mit den Händlern, Gaststätten u.a., Koch- und andere Gruppenkurse zu ernährungsbezogenen Themen und Informationen und Motivation durch Medien (Broschüren, Veröffentlichungen in Tageszeitungen). Ergänzend sind als Instrumente zur Beeinflussung des Ernährungsverhaltens der Bevölkerung auch Fernsehsendungen und staatliche Maßnahmen wie Verbraucherschutz (z.B. Verbote für gesundheitsgefährdende Lebensmittel oder Täuschungsschutz) und Verbrauchssteuern (z.B. auf Zucker, Alkohol) zu nennen. Bisher wurden durch die Ansätze zur Verbesserung des Ernährungsverhaltens vorwiegend Erwachsene angesprochen. Verhaltensweisen werden jedoch in der Kindheit erlernt und verfestigen sich mit zunehmendem Alter. Daher sind Kinder und Jugendliche eine besonders wichtige Zielgruppe für die Prävention. Gesundheitserziehung sollte in der Schule als Unterrichtsfach oder auch fächerübergreifend, im Rahmen von Projektwochen, Gesundheitswochen u. a., einen größeren Raum einnehmen. Themenbereiche der Gesundheitserziehung in der Schule sind z.B.:

- Krankheitserkennung und -vorsorge
- Hygiene (Körper-, Kleider-, Wohn-, Zahnhygiene)
- Ernährungserziehung(Ernährungsgewohnheiten und ihre Folgen, Bestandteile der Nahrung, gesundes Schulfrühstück)
- allgemeine Suchtprävention
- Behindertenproblematik

- Sicherheitserziehung (Unfallverhütung, Erste Hilfe)
- Psychohygiene (Entspannungsmaßnahmen, mentale Gesundheit)
- Schulhygiene

„Verstehen wir Gesundheit als ‘bestmögliches Maß gegückter Auseinandersetzung mit dem Selbst, der Umwelt und den Mitmenschen’ (...), dann liegt die vorbeugende Komponente der Gesundheitsförderung darin, durch Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen kollektiv und individuell auf eine verantwortungsbewußte gesunde Lebensweise hinzuwirken, eine aktive Mitwirkung bei der gesundheitsfördernden Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu stimulieren und zugleich auf vermeidbare Zustände des Verhaltens und der Lebensbedingungen einzuwirken.“¹

¹ Hurrelmann (1991, S. 198).

9. Fazit und Relevanz für die pädagogische Praxis

Mindestens drei Millionen Kinder und Jugendliche sind unmittelbar von der Arbeitslosigkeit ihrer Eltern betroffen. Die materiellen und psychischen Folgen für alle Lebensbereiche einer Familie verhindern Entwicklungs- und Zukunftschancen der Kinder. Arbeitslos wird deshalb immer die ganze Familie. Dass die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit in Familien verheerend sein können, habe ich ausführlich in meiner Arbeit dargelegt. In vielen Fällen haben Kinder nicht nur nicht genug zu essen, auch zur kindgerechten Ernährung reichen oft die finanziellen Mittel der betroffenen Familien nicht aus. Um die finanzielle Lücke, die durch die Arbeitslosigkeit entstanden ist, zu schließen, sind viele Kinder gezwungen, Arbeiten zu verrichten, die in unserer Gesellschaft für diese Altersgruppen verboten sind. Kinder leiden zunehmend unter psycho-somatischen Erkrankungen, Depressionen, Bettnässen etc.. In den Familien ist eine verstärkte Aggressivität und Gewalt zu verzeichnen; diese Tatbestände müssen sich natürlich auf den Schulalltag negativ auswirken. Kinder von Arbeitslosen bleiben von Gemeinschaftsveranstaltungen Gleichaltriger ausgeschlossen, z. B. von Kinderfesten, Kindergeburtstagen, Schulfesten, Klassenfahrten etc.. Ihnen sind Erlebniswelten verwehrt, die mit Eintrittskarten verbunden sind, wie Kino, Zoo, Abenteuerparks usw. Wenn einem Dauerarbeitslosen und Sozialhilfeempfänger nur 1/8 einer Kinokarte zusteht, muss man sich fragen, wie viel bleibt dann für das betroffene Kind?

In meiner Arbeit werden anhand einer Stichprobe und div. Expertengutachten Vermutungen über sozial-pädagogische und psycho-soziale Folgen für Kinder arbeitsloser Eltern bestätigt. Daneben habe ich mich ausführlich über mögliche Unterstützungsformen im Theoriebereich informiert; hier wurden zwei Unterstützungsformen der Forschung näher betrachtet:

- die Haupt-Effekt-Unterstützung
- die Puffer-Effekt-Unterstützung

Die Haupt-Effekt-Unterstützung ist eine dauerhaft bestehende Form der sozialen Unterstützung. Die Vertreter dieses Modells gehen davon aus, dass die soziale Unterstützung einen Einfluss auf das Wohlbefinden und die Gesundheit des Menschen hat,

unabhängig von der stressenden Situation. Bei der Puffer-Effekt-Unterstützung ist man der Ansicht, dass soziale Unterstützung erst in kritischen Situationen hilfreich ist, also wenn das Individuum sich in einer stressenden Situation befindet. Ich vertrete in meiner Untersuchung die Annahme, dass die soziale Unterstützung, die Haupt-Effekt-Unterstützung und die Puffer-Effekt-Unterstützung, ihre Wirkungen in den Ausprägungen verschiedener Komponenten des Bewältigungsverhaltens zeigen und dass die Wirkung der Haupt-Effekt-Unterstützung intensiver ist. Auf der Basis der ermittelten Ergebnisse (negative Erziehungspraktiken der Eltern, Veränderungen im Konsum- und Freizeitverhalten, Vernachlässigung der Schule, negative Auswirkungen auf das Lehrer-Schüler-Verhalten, psycho-somatische Störungen etc.) müssen für die pädagogische Praxis Zusammenhänge zwischen sozialer Unterstützung und Bewältigungsverhalten realisiert werden.

In Anlehnung an S. H. Filipp stellt die soziale Unterstützung eine wichtige Einflussgröße auf das Bewältigungsverhalten dar. Kinder von arbeitslosen Eltern, die sozial unterstützt werden, sind eher in der Lage, angemessenes, der spezifischen Situation angepasstes Bewältigungsverhalten zu zeigen. Sie erhalten durch das Eingebundensein in ihr soziales Umfeld Rückmeldung über ihr Verhalten. Durch die Unterstützung nehmen sie die stressenden Reize anders wahr und sehen ihnen teilweise gelassener entgegen, da sie auf die Hilfe ihres sozialen Umfeldes zurückgreifen können. Sie sind weniger anfällig für die negativen Effekte der Belastungen und können – im Idealfall – das Lebensereignis eher als Chance sehen, ihre Persönlichkeit weiterzuentwickeln. Die Modelle der Haupt- und Puffer-Effekt-Unterstützung haben bei ihnen Berechtigung, sie können als nebeneinander existierend betrachtet werden. Die Haupt-Effekt-Unterstützung wird den Kindern unabhängig von Krisen und Stressoren, entgegengebracht (Familie, Schule, Lehrer etc.). Sie steht dem Individuum bei Bedarf zur Verfügung. Dadurch fühlt sich dieses geschützt. Die Haupt-Effekt-Unterstützung hat auch einen Einfluss auf die Selbstbewertung und das Selbstbewusstsein des Kindes. Sie wird nämlich nicht aufgrund des Betroffenseins von einem Lebensereignis angeboten, sondern weil das Kind als Mensch geschätzt wird.

Die Haupt-Effekt-Unterstützung ist ein Rückhalt, der bei der Bewertung und der Herangehensweise an ein kritisches Lebensereignis von dem Kind automatisch mitberücksichtigt wird. Das Kind nimmt also das Leben, die Krisen und die Chancen der Bewältigung schon sofort mit dem Wissen über die ihm zur Verfügung stehende Haupt-Effekt-Unterstützung wahr.

Die Puffer-Effekt-Unterstützung betrifft ein anderes Phänomen. Daher sollte die Unterscheidung zwischen den beiden Unterstützungsarten bestehen bleiben. Die Puffer-Effekt-Unterstützung folgt jeweils auf die kritische Situation. Sie ist also eine Unterstützung, die sich auf einen Stressor oder eine Krise (z.B. Eltern sind arbeitslos) bezieht und auch endet, wenn die Krise bewältigt und vorbei ist. Diese „Notfallfunktion“ der Puffer-Effekt-Unterstützung ist zwar im Augenblick wichtig und hilft dem Kind, hat aber überdauernd keine starken Auswirkungen. Sie hilft dem Kind in einer für es belastenden Situation. Endet die Situation, hat nach Meinung der Vertreter des Modells die Unterstützung keine Wirkung mehr. Dadurch kann das Kind sich nicht auf die Puffer-Effekt-Unterstützung verlassen; so können Kinder, die eine Unterstützung im Sinne des Puffer-Effekts geleistet haben, sich bei einem anderen kritischen Lebensereignis als nicht so unterstützungskompetent erleben und keine Unterstützung geben. Das von einer Krise betroffene Kind kann sich daher nach dem Modell der Puffer-Effekt-Unterstützung nicht so sicher sein, dass ihm Unterstützung zuteil wird.

Die unterschiedlichen Vorstellungen, die sich mit den beiden Unterstützungsmodellen verbinden, sind in der Realität existent und sollten auch getrennt betrachtet werden. Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit die Unterstützungsarten voneinander abhängig sind, inwieweit sie sich überschneiden. Eine Person, die im sozialen Netzwerk eines von der Krise betroffenen Kindes diesem Haupt-Effekt-Unterstützung zukommen lässt, gibt evtl. im Falle einer Krise noch zusätzlich Puffer – Effekt-Unterstützung. Oder ist die Puffer-Effekt-Unterstützung bei einem betroffenen Kind mit einer hohen Haupt-Effekt-Unterstützung nicht sowieso intensiver oder leichter zu erlangen, als bei einem Kind mit geringer ausgeprägter Haupt-Effekt-Unterstützung? Die beiden Modelle sind zwar beide relevant, jedoch sind der Zusammenhang und das gegenseitige aufeinander Aufbauen für den unter-

suchten Probandenkreis noch nicht geklärt. Zusammenfassend muss die Priorität für den Problemkreis „Kinder arbeitsloser Eltern“ darin liegen, dass eine intensive Wirkung der Haupt – Effekt-Unterstützung (z.B. bei der Stabilisierung der Netzwerke) herbeigeführt werden muss, weil sie dem Kind als Person zukommt und als überdauernde Variable einen stärkeren Einfluss auf das Leben des Kindes hat.

Bei einer Folgestudie sollten mögliche Zusammenhänge zwischen sozialer Unterstützung und Bewältigungsverhalten für den behandelten Problemkreis untersucht werden. Ein weiteres Forschungsvorhaben zu meinem Thema könnte die Analyse der Situation der betroffenen Kinder in den neuen Bundesländern sein, vor allem unter dem Aspekt, dass für diesen Bevölkerungsteil das Phänomen „Arbeitslosigkeit“ nach der „Wende“ noch relativ neu aber weitaus häufiger verbreitet ist.¹ Schwerpunkte der zukünftigen Untersuchungen müssen die von LehrerInnen, ErzieherInnen, PsychologInnen etc. zu initiiierenden Bewältigungsformen sein wie:

- Informationssuche
- Direkte Aktion
- Aktionshemmung
- Aktivitäten

Was die betroffenen Kinder angeht, so muss es Aufgabe für die zukünftige pädagogische Praxis sein, dass ihnen konkrete Hilfestellungen in Form von Beratung und Unterstützung bereits in der Familie, Schule und anderen pädagogischen oder jugendgerechten Einrichtungen gegeben werden. LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen können in diesem Zusammenhang ihren Erziehungsauftrag nur erfüllen, wenn sie in der Lage sind, mehr sensorisches und emotionales Engagement aufzubringen. Aufgrund meines Datenmaterials müssen auf der schulischen Ebene pädagogische Konsequenzen gezogen werden, um die schulische und berufliche Zukunft der betroffenen SchülerInnen zu sichern, d.h., da die LehrerInnen häufig die Ursachen und Auswirkungen der Arbeitslosenproblematik nicht kennen oder schlicht negieren, scheint es unabdingbar, diese Berufsgruppen bereits während des Studiums und der anschließenden beruflichen

¹ Vgl. Ortlepp (1998, S. 45f.)

Vorbereitung (Referendariat) eingehend auf diese Problematik hinzuweisen mit dem Ziel, entsprechende pädagogische Konsequenzen für den zukünftigen Schulalltag zu ziehen. Zum Schluss meiner Arbeit hier die Forderung der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ dazu:

„Um überhaupt mit der Problemlage umgehen zu können:

-darf in den besonders belasteten Stadtteilen keine Klasse größer als 20 Schüler/innen sein,

-müssen Schulen, die zu einem ‘ Zuhause’ für Kinder werden sollen, in ihrer und Außenarchitektur, in ihrer Sachausstattung großzügig erweitert und ausgestaltet werden;

-darf Schule in keine Weise von Sponsoring abhängig sein,

-müssen Lehrer/innen in der persönlichen Betreuung von Kindern durch ein Stützsystem von Sozialarbeit, Beratung, Psychologie und Freizeitangeboten unterstützt werden;

-müssen Lehrer in ihren Pflichtstunden maßgeblich entlastet werden, um dieses System mitgestalten zu können und dabei den Schwerpunkt ihrer Arbeit und von Schule auf Bildung legen;

- muss die Lehrerausbildung an den Hochschulen ihre Praxisferne überwinden, indem die Theorie der Hochschule in Praxissemestern und zahlreichen Tagespraktika erfahrbar gemacht wird,

-muss Lehrerausbildung in einem Spezialgebiet ‘Raumsoziologie’ konkrete Kenntnisse über soziale Ungleichheiten nicht nur im Ruhrgebiet vermitteln.“¹

¹ Kunze, Alfons, Neue deutsche Schule, Essen, Febr.2000, S. 3

Literaturverzeichnis

- Adamy, Wilhelm u. Steffen, Johannes*, Abseits des Wohlstands, Darmstadt 1998
- Adorno, Theodor*, Zum Verhältnis von Soziologie u. Psychologie (1955) Gesammelte Schriften, Bd. 8, Frankfurt 1972
- Aleff, Eberhard*, Das dritte Reich, Hannover 1970
- Amelang, Manfred u. Krüger, Claudia*, Misshandlung von Kindern, Darmstadt 1995
- Arbeitsamt Bochum, 03.04.2000
- AWO Pressedienst*, Bonn 1994,
- Ausschuß f. Jugendarbeitsschutz*, Untersuchung zur verbotenen Kinderarbeit im Aufsichtsbereich des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Münster, Münster 1988
- Ayaß, Wolfgang*, „Asoziale“ im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995
- Balsen, Werner*, Die neue Armut, Frankfurt 1984
- Beutel, M.* Bewältigungsprozesse bei chronischen Erkrankungen, Weinheim 1988
- Blomke, Maria, Ferber, Christian u.a.*, Handbuch der Sozialmedizin, Stuttgart 1975
- Boeckh, Jürgen*, Stand der Sozialberichterstattung bei Kindern und Jugendlichen, Bochum 1997
- Bonsz, Wolfgang u. Heinze, Rolf*, Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt 1984
- Breuer, Wilhelm*, Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Situation der betroffenen Familien, Köln 1984
- Brief vom 02.09.1998* an eine Essener Realschule
- Brüderl, L.*, Theorien und Methoden der Bewältigungsforschung, Weinheim 1988.13/3339, 1995
- Bundesdrucksache BT-Drs*
- Büttner, Christian*, Wenn Liebe zuschlägt, München 1984
- Bundesanstalt f. Arbeit*, Nürnberg 1999
- Bundesdrucksache BT-Drs.13/3339*, 1995
- Caplan, George*, Support Systems and Community Mental Health, New York 1974
- Caritasverband für Bochum e.V.*, „Neue Wege“-Kinderschutzambulanz-Brief vom 07.05.1998
- Cassel, John*, Psychosocial processes and „stress“, o.O.1974
- Chassé, K.A.*, Armut in der Überflußgesellschaft, in: Steffen, D., Welche Dinge braucht der Mensch?
- Cohen, S. & Mc Kay*, Social support, stress an the buffering hypothesis, New York 1984
- Clauß, G.U., Ebner, H.*, Grundlagen der Statistik, Frankfurt/M. 1977,
- Creighton, S.J.*, An epidemiological study of abused children and their families in the United Kingdom between 1977 and 1982, Child Abuse & Neglect, 9
- Davison, Gerald*, Klinische Psychologie, München 1979
- Der 5. Rheinische Landtag*, Übersicht über Verhandlungen und Anträge, Koblenz 1836
- Deutscher Bundestag*, Drucksache 13/381
- Dohrenwend, B.S., B.P. Dohrenwend*, Class and race as status sources of stress, New York 1974
- Eckart, Wolfgang*, Geschichte der Medizin, Berlin 1990
- Eggen, Bernd*, Privathaushalte mit Niedrigeinkommen, Bayreuth 1998
- Egginton, Joyce*, Es geschah nebenan, München 1994
- Eichholz, R.*, Die Rechte des Kindes, Recklinghausen 1991
- Eisenberg, Ph. u. Lazarsfeld*, The psychological effects of unemployment, o.O., 1938

- Engelmann, Bernt, Schwarzbuch, Göttingen 1994
- Engels, Friedrich, Dialektik der Natur, Berlin-Ost 1951
- Engfer, Anette, Kindesmißhandlung, Stuttgart 1986
- Erdmann, Johannes Werner u. Rückriem, Georg, Kindheit heute, Bad Heilbronn 1998
- Erikson, Erik, Kindheit u. Gesellschaft, Stuttgart 1965
- Faris, Robert, Mental disorders in urban areas: an exological study of schizophrenia and other psychoses, Chicago 1939
- Filipp, Sigrun-Heide, Kritische Lebensereignisse, München 1990
- Filser, Franz, Einf. i. d. Familiensoziologie, Paderborn 1978
- Flemming, Jens u.a., Familienleben im Schatten der Krise, Düsseldorf 1988
- Foucault, Michel, Psychologie u. Geisteskrankheit, Frankfurt 1968
- Franz, H.-J., Bewältigung gesundheitsgefährdender Belastungen durch soziale Unterstützung, Diss., Konstanz 1986
- Freud, Sigmund, Abriß der Psychoanalyse, Wien 1938
- Fromm, Erich, Gesamtausgabe GA I, III, IV, Stuttgart 1981
- Fromm, Erich, Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt 1966
- Funk, Reiner, Gesellschaft u. Charakter, Münster 1995
- Geiger, Theodor, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes(1932), Darmstadt 1967
- Geißler, Rainer, Soziale Schichtung und Lebenschancen, Stuttgart 1994
- Gil, David G., Violence against children, London o. J.
- Goffmann, Erving, Stigma-über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt 1967
- Gottlieb, B.H., Social Support Strategies, London 1983
- Gronemeyer, Reiner, Wozu noch Kirche?, Berlin 1995
- Grossmann, Wilma, Aschenputtel im Schulalltag, Weinheim 1987
- Grube, Frank u. Richter, Gerhard, Alltag im Dritten Reich, o. O., o. J.
- Guse, Martin, „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“, Moringen 1992
- Hanesch, Walter, Armut in Deutschland, Frankfurt/M. 1994
- Heinemann, Klaus u.a., Arbeitslose Frauen im Spannungsfeld von Erwerbstätigkeit und Hausfrauenrolle, St. Augustin 1980
- Heins, Frank, Zur Beobachtung regionaler Unterschiede der Morbidität in der Bundesrepublik Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 3/4, 1985
- Hegel, Georg, Wilhelm, Friedrich, Rechtsphilosophie, §§ 243 u.245, In: Hegel Werke, Frankfurt/M.Bd.7
- Hegel, Georg, Wilhelm, Friedrich, Werke, Jubiläumsausgabe, Bd.11,
- Helfer, R.E. u. Kempe, C.H.: Das geschlagene Kind, Frankfurt/M.
- Henke, Ursula, Institut für Forschung und Entwicklung der sozialen Arbeit e.V., 1.Bochumer Kinderbericht, Bochum 1996
- Henke, Ursula, Sozialstruktur im Wandel, unveröfftl. Manuskript, Bochum 1991
- Heuer, Gutachten vom 17.08.1993, Bochum 1993
- Hitler, Adolf, „Mein Kampf“, 1943
- Holligshead, AB, F. C. Redlich, Social Class and Mental Illness, New York 1958
- Honig, Michael-S. u.a. Kinder und Kindheit, München 1996
- House, John, S. Work stress and social support, o. O., 1981
- Hubbard, William, Familiengeschichte, München 1983
- Hurrelmann, Klaus, Sozialisation und Gesundheit, Weinheim 1991
- Hurrelmann, Klaus, Einführung in die Sozialisationstheorie, Weinheim 1986
- Hurrelmann, Klaus u. Ulich, D., Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim 1980
- Info Nr. 124, Mai-Juli 2000, Essen 2000
- Jacobi u.a., Gewerkschaften und Klassenkampf-Kritisches Jahrbuch, Frankfurt 1973

- Jarvis, E.*, On the comparative liability of males and females to insanity and their comparative curability and mortality when insane, o.O.1850
- Jaspers, Karl*, Von der Wahrheit, München 1991
- Johada, Marie, Lazarsfeld, Paul u. Eisel, Hans*, Die Arbeitslosen von Marienthal, Frankfurt 1975
- Jahoda, Marie*, Wieviel Arbeit braucht der Mensch?, Weinheim 1995
- Johach, Helmut*, Arbeitslosigkeit, Angst und Apathie und was dagegen zu tun ist, in: Gesellschaft u. Charakter, Hrsg. Funk, Reiner Münster 1995 S.167f.
- Jugendamt Herten 1986*, Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf Kinder, Jugendliche und Familien, Herten 1986
- Kalbitz, Rainer*, Gibt es Marienthal noch heute?, Düsseldorf 1986
- Katschnig, Heinz*, Sozialer Streß und psychische Erkrankung, München 1980
- Keim, Wolfgang*, Erziehung unter der Nazi-Diktatur, Darmstadt 1995
- Kempe, Ruth u. Kempe, C. Henry*, Kindesmißhandlung, Stuttgart 1980
- Keupp, Heinrich*, Psychische Störungen als abweichendes Verhalten, München 1972
- Klee, Ernst*, "Euthanasie" im NS-Staat, Frankfurt/M. 1985
- Klee, Ernst*, Irrsinn Ost Irrsinn West Psychiatrie in Deutschland, Frankfurt/M. 1993
- Koch, Egmond u. Klopffleisch, Reinhard*, Die Gesundheit der Nation, Köln 1986,
- Komarovsky, M.*, The unemployed man and his family, New York 1940
- Kongon, Eugen*, Der SS-Staat, München 1974
- König, René*, Soziologie, Frankfurt 1967, S. 283
- Kraepelin, Emil*, Einführung i. d. psychiatrische Klinik, Leipzig 1916
- Krasemann, E.O.*, Einzelfallanalyse der Mütter- und Säuglingssterblichkeit in Hamburg, in: Bundesgesundheitsblatt, 26. Jg., 1983
- Kühnl, Reinhard*, Formen bürgerlicher Herrschaft, Hamburg 1971
- Kuczynski, Jürgen*, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, o. O., Bd., 5
- Kuczynski, Jürgen*, Geschichte der Kinderarbeit in Deutschland 1750-1939, Berlin (Ost) 1958
- Kürner, Robert u. Nafroth, Rolf*, Die vergessenen Kinder, Köln 1994
- Kulischer, J.*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, Darmstadt 1971
- Kurz, Robert*, Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt/M. 1999
- Lazarus, R.S. & Launier, R.* Stress-Related Transactions between Person and Environment, New York 1978
- Lazarus, R.S. & Folkman, S.* Stress, appraisal and coping, New York 1984
- Lemert, E. M.* Social Pathology, New York 1951
- Lepenies, Annette*, u.a., Kindliche Entwicklungspotentiale, Opladen 1999
- Lienert, Georg A.*, Testaufbau und Testanalyse, Weinheim 1967
- Littmann, Franz*, Der normale Mittelweg zum wahren Selbst, Stuttgart 1979
- Lompe, Klaus*, Die Realität der neuen Armut, Regensburg 1987
- Luppe, Heinrich*, Arbeitshaus, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. I, Jena 1923
- Luxemburg, Rosa*, Gesammelte Werke, Bd.5, Berlin 1985
- Martinius, Joest*, Vernachlässigung, Mißbrauch und Mißhandlung von Kindern, Bern 1990
- Marx, Karl, Engels, Friedrich*, Werke, Bd.23, Berlin 1968
- Marx, Karl, Engels, Friedrich*, Ausgewählte Schriften, Bd. I, Berlin 1968
- Marx, Karl, Engels, Friedrich*, Historisch-kritische Gesamtausgabe, Werke, Schriften, Briefe (MEGA) Frankfurt/M. 1927-1935
- Marx, Karl*, DAS KAPITAL, Bd. I, Hamburg 1894

- Mattick, Paul*, Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA 1929-1935, o. O., 1969
- Mayring, Philipp*, Einführung in die qualitative Sozialforschung, München 1990
- Merton, Robert*, Social theory and Social structure, New York 1957
- Mester*, Bericht vom 14.03.1993, Bochum 1993
- Ministerialblatt für die innere Verwaltung*, Jg.1934, Nr.28
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen*: Politik für Kinder in NRW-Initiativen des Landesregierung, Düsseldorf 1994
- Minister f. Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NW (Hrsg.)*, Düsseldorf 1977
- Momotow, Thomas*, Kinderleben in Bochum, Bochum 1996
- Montada, Leo u. Oerter, R.*, Entwicklungspsychologie, München 1987
- Mosse, Max u. Tugendreich, Gustav*, Krankheit und soziale Lage, Göttingen 1977
- Münch, Paul*, Lebensformen in der frühen Neuzeit, 1500-1800, Berlin 1992
- Model, Otto*, Staatsbürger, München 1976
- Nave-Herz, Rosemarie*, Familie heute, Darmstadt 1994
- Negt, Oskar*, Achtundsechzig, Göttingen 1995,
- Neumann, Udo u. Hertz, Markus*, Verdeckte Armut in Deutschland, Forschungsbericht der Friedrich-Ebert-Stiftung, Frankfurt/M.1998
- Niess, Frank*, Geschichte der Arbeitslosigkeit, Köln 1982,
- Nuland, Sherwin*, Wie wir sterben, München 1994
- Ogger, Günter*, Die Gründerjahre, München 1995
- Olbing, Hermann, u.a.*, Kindesmißhandlungen, Köln 1989
- Oppolzer, Alfred*, Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben, Hamburg 1986
- Oberbürgermeister Wuppertal*, Historische Zentrum Wuppertal, o. J.
- Olbing, Hermann, u. a.* Kindesmißhandlungen, Köln 1989
- Otto, Ulrich*, Aufwachsen in Armut, Opladen 1997
- Paul, Gerhard u. Wacker, Ali*, Arbeitslose in der Krise, o. O 1975
- Paykel, Eugene*, Life events and depression, Chicago 1980
- Persin, L.A. & M. Lewis(Eds.)*, Perspectives in Interactional Psychology, New York 1978
- Peukert, Detlev J. K. u. Bajohr*, Spuren des Widerstands, München 1987
- Pfaff, H.*, Streßbewältigung und soziale Unterstützung, Weinheim 1989
- Pflanz, Manfred*, Allgemeine Epidemiologie, Stuttgart 1973
- Pilkonis, P.A. u. a.*, Influence of life events on outcome in psychotherapy, o. O. 1984
- Preußische Gesetzessammlung*, Jg.1934,
- Proebsting, Helmut*, Entwicklung der Sterblichkeit, in: Wirtschaft und Statistik, H.1, o. O., 1984
- Putz, Friedrich, Schwarz, Karl*, Neuere Aspekte der Sterblichkeitsentwicklung, Wiesbaden 1984
- RP Arnsberg*, Schreiben vom 12.01.1990
- Reif, Heinz*, Die Familie in der Geschichte, Göttingen 1982
- Rensen, Ben*, Für das Leben geschädigt, Stuttgart 1992
- Richter, Horst. E.*, Familie und seelische Krankheit, Hamburg 1976
- Robinson, G. Eatwell*, Einführung i. d. Volkswirtschaftslehre, München 1974
- Roth, Jürgen*, Armut in der Bundesrepublik, Frankfurt 1974
- Rosenbaum, Heide*, Formen der Familie, Frankfurt 1982
- Scherer, Klaus*, Asozial im Dritten Reich, Münster 1990
- Schindler, H.*, Analysen zur Auswirkung von Arbeitslosigkeit auf die Familiensituation, unveröfftl. Dipl.-Arbeit, Fachbereich Psychologie, Giessen 1977
- Schindler, Hans, u.a.*, Familienleben in der Arbeitslosigkeit, Heidelberg 1990

- Schmidt-Kessler, Rainer*, Bericht vom 28.06.1993, Dortmund 1993
- Schröder, Winfried*, Französische Aufklärung, Berlin 1979
- Schulte, Franz-Josef*, Lehrbuch der Kinderheilkunde, Stuttgart 1988,
- Schumacher, Egbert*, Arbeitslosigkeit und psychischen Gesundheit, München 1986
- Seibert, Nobert*, Kindliche Lebenswelten, Bad Heilbronn 1999
- Selye, Hans*, Stress without distress, New York 1976
- Selye, Hans*, Stress in health and disease, Boston 1976
- Sombart, Werner*, Der moderne Kapitalismus, München 1987 Bd. I, III
- Sozialamt Bochum*, 29.03.2000
- Stark – von-der Haar, Elke*, Arbeiterjugend heute, Jugend ohne Zukunft, Neuwied 1977
- Statistische Bundesamt*, Verbraucherstichprobe 1988
- Stiefel, Marie-Luise*, Anforderungen an die Ernährungsberatung von Sozialhilfeempfängern, in: Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung und Landwirtschaft und Forsten e.V., Bonn 1985
- Strang, H.*, Erscheinungsformen der Sozialhilfebedürftigkeit, Stuttgart 1970
- Strohmeyer, Klaus-Peter*, Armut in Nordrhein-Westfalen, Bochum 1999
- Stumpf, Thomas*, Opferschutz bei Kindesmißhandlung, Neuwied 1995
- Szasz, Thomas*, The myth of mental illness, New York 1961
- terre des hommes*, Schuften statt spielen, Osnabrück 1993
- Thoits, Paul A.*, Conceptual, methodological and theoretical problems in studying social support as a buffer against life stress, 1982
- Townsend Peter u. Davidson, Nick*, Inequalities in health, Harmondsworth(Middlesex)1982
- Trube-Becker, Elisabeth*, Gewalt gegen das Kind, Heidelberg 1987
- Turner, Robert J.*, Social support as a contingency in psychological Well Being
- Wacker, Ali*, Arbeitslosigkeit, o. O., 1977
- Wagner, Johannes Volker*, Hakenkreuz über Bochum, Bochum 1983
- Wallraff, Günter*, 13 unerwünschte Reportagen, Hamburg 1975
- Weber-Kellermann, Ingeborg*, Ehe und Familie im gesellschaftlichen Wandel, in: Sozialpsychologie, Weinheim 1984
- Weber, Max*, Soziologie-weltgeschichtliche Analysen, o. O., 1968.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. I, München 1987
- Weiland, R.*, Die Kinder der Arbeitslosen, Schriften des Deutschen Archivs für Jugendwohlfahrt, Heft 11, 1933
- Wellenreuther, Martin*, Empirische Forschungsmethoden, Königstein/Ts. 1988
- Wilk, Liselotte u. Bacher, Johann*, Kindliche Lebenswelten, Opladen 1994
- Wittchen, J. u. Zerssen, D.*, Verläufe behandelter und unbehandelter Depressionen und Angststörungen, Berlin 1988
- Zawadski, B. u. Lazarsfeld, Paul*, The psychological consequences of unemployment, in: Journal of Social Psychology, o. O., 1935

Magazine und Zeitungen

- DER SPIEGEL*, 15/1994
- DER SPIEGEL* 38/1998
- Die ZEIT* vom 11.1.1984
- DIE ZEIT* vom 10.06.1988

DIE ZEIT vom 11.1.1994
DIE ZEIT vom 15.09.1997
DIE ZEIT vom 07.05.1998
DIE ZEIT vom 27.Juli 2000
Frankfurter Rundschau vom 25.03.1996
Frankfurter Rundschau vom 10. Juli 2000
Süddeutsche Zeitung vom 14.11.1998
Süddeutsche Zeitung vom 10.01.1999
Süddeutsche Zeitung vom 20.07.2000
Süddeutsche Zeitung vom 21.07.2000
Süddeutsche Zeitung vom 06.10.2000
WAZ vom 7.11.1991
WAZ vom 17.09.1994
WAZ vom 1.07.1995
WAZ vom 2.03. 2000
WAZ vom 1.07. 2000
Wochenschau, Kinderarbeit, Frankfurt/M. 2000

Zeitschriften

American Journal of Community Psychology, 10, o.O.1982
The American Journal of Psychiatry, 142, 1995
British Journal of psychiatry, 132, London 1977
Erziehung u. Wissenschaft, 2/88, Frankfurt/M. 1988
Erziehung und Wissenschaft, Frankfurt, 10/2000
Gewerkschaftliche Bildungspolitik, 4/84
Gilde soziale Arbeit, 2/92 Vlotho 1991
Informationen zur Raumentwicklung, Heft3/4, 1985
Journal of Psychosomatic Research, o.O., 1967
Journal of Health and Social Behavior, 22, New York 1981
Journal of Personality and Social Psychology, 45
Journal of Personality and Social Psychology, 1
Journal of Personality and Social Psychology, 56
Journal of Social-Psychology, 1935,
Klinische Psychologie, München 1979
Neue Deutsche Schule, 52, Essen, Febr.2000
Neue deutsche Schule, 10, Essen 1998
Neue deutsche Schule, 52, März 2000
Neue deutsche Schule, 52, April 2000
Neue deutsche Schule, 52, August 2000
Psychologie Heute, Weinheim 3/1994
Psychologie Heute, Weinheim 3/1999
Psychologie Heute, Weinheim 4/1998
Psychologie Heute, Weinheim 5/1978
Psychologie Heute, Weinheim, 5/1999
Psychological Bulletin, 98, 2, o.O.1985
Psychosomatic Medicine, 38, New York 1976
Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 30/95, Bielefeld 1995
Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau, 2/98, Bielefeld 1998

- Sozialpsychologie, Weinheim 1984*
Wochenschau Nr. 1, Kinderarbeit, Frankfurt/M. 2000
Wuppertaler Psychologische Berichte, Wuppertal 1985
Zeitschrift für psychosomatische Medizin, 34
Zeitschrift f. Pädagogische Psychologie, 40, 1931, o. O.
Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20.und 21.Jahrhunderts 1999/4
Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20.und 21. Jahrhunderts, 3/96
Zeitschrift f. Sozialisationsforschung u. Erziehungssoziologie, Weinheim 1996

Anhang

- Div. Schulkorrespondenzen
- Expertenberichte:
 - Schmidt-Kessler
 - Heuer
 - Mester
- Versicherung

Märkische Schule
Städt. Gymnasium für
Jungen und Mädchen mit
differenzierter Oberstufe

Herrn
Eberhard Knost
Glockengarten 86
4630 Bochum

Ihr Zeichen/ihr Schreiben vom
05.11.1991

Betr.: Forschungsprojekt zum Thema 'Wie wirkt sich die Arbeitslosigkeit der Eltern auf die psycho-soziale Entwicklung der Kinder aus?'

Sehr geehrter Herr Knost,

Ihre Anfrage kann ich erst entscheiden, wenn Sie hier die Genehmigung des Regierungspräsidenten Arnsberg und einen Fragebogen zur Prüfung vorgelegt haben.

Mit freundlichen Grüßen

Studiendirektor

Gustav-Adolf-Schule
Städt. Gemeinschaftshauptschule 18
4690 Herne 2. Edmund-Wob~Str. 127 /

Herne, 13.04.1992

Herrn
Eberhard Knost
Glockengarten 86

4630 Bochum

Fragebogenaktion "Wie wirkt sich die Arbeitslosigkeit der Eltern auf die psycho-soziale Entwicklung der Kinder aus?"

Sehr geehrter Herr Knost,

beiliegend gebe ich Ihnen die Fragebögen zurück.

Leider ist trotz mehrfacher und deutlicher Aufforderung die Resonanz nur sehr gering geblieben (nur 7 Rückmeldungen liegen vor).

Seitens der Lehrer bestand große Zurückhaltung und Bedenklichkeit, Schüler für Ihre Fragebogenaktion zu gewinnen.

Hoffentlich war die Beteiligung bei den anderen Schulen lebhafter!

Mit freundlichen Grüßen

Brombach/Rektorin

Hauptschule Bochum
Städt. Gemeinschafts Hauptschule
Voede Str. 46/48

4630 Bochum 6

Herrn
Eberhard Knost
Glockengarten 86

46~0 Bochum 1

Ihr Zeichen/ Ihr Schreiben vom
28.10.91
Unser Zeichen
Schi/Ha.
Tag
07.11.1991

Forschungsprojekt zum Thema:
"Wie wirkt sich die Arbeitslosigkeit der Eltern auf die psycho-soziale Entwicklung der Kinder aus?"

wir sind bereit, in unserem Hauptgebäude Voedestr. 46-48 und in unserem Nebengebäude Roonstr. 1, uns an Ihrer Fragebogenaktion zu beteiligen.

Mit freundlichem Gruß

D. Schlüter Rektor
4630 Bochum

Fernsprecher
021527/85242

GESAMTSCHULE SCHARNHORST
DER STADT DORTMUND

Gesamtschule Scharnhorst, Mackenrothweg 15, 14328 Dortmund
 Reinhold Schmidt-Kessler
 -Schulpsychologe-

Herrn
 Eberhard Knost
 Glockengarten 86

4630 Bochum

Ihr Zeichen:
 Unser Zeichen:
 Datum:
 SKR

28.Juni 1993

Kinder arbeitsloser Eltern in Dortmund-Scharnhorst

Sich in feuilletonistischer Art über die Situation der Kinder arbeitsloser Eltern zu äußern, ist zwar nicht sehr wissenschaftlich, andererseits auch nicht unbedingt schädlich.

Seit mehr als 15 Jahren arbeite ich als Psychologe in der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst. Die Arbeitslosigkeit im Stadtteil dürfte über 20 % betragen. Genaue Daten existieren nicht, da das Arbeitsamt kein auf das Wohnfeld bezogene Daten herausgibt. Neben diesem dauerhaft hohen Sockel an Arbeitslosigkeit ist der Stadtteil auch stark geprägt durch hohe Anteile von Aussiedlern in der engeren Schulumgebung einer Großsiedlung der Marke Neue Heimat, Typ 60er Jahre. Die Schule wird auch von vielen marokkanischen und türkischen Schülern besucht, die größtenteils aus den angrenzenden Stadtteilen mit ähnlich hohen Arbeitslosenzahlen kommen. Die Versorgung des Stadtteils mit Geschäften und sozialen Einrichtungen ist nicht schlecht.

Bei einem solchen sozialen Umfeld sind die Kinder arbeitsloser Eltern zwar zahlreich vertreten, die Schule erfaßt solche Daten aus dem Elternhaus aber nicht. Auch haben andere Lebensformen für die Kinder durchaus ähnliche Folgen wie die Arbeitslosigkeit. So ist der Anteil alleinerziehender Mütter recht hoch. Diese leben oft von Sozialhilfe, manchmal begleitet von kleinen und oft halblegalen Einkünften. Umschulungsmaßnahmen, Teilzeitbeschäftigung, Berufsunfähigkeit und Frühverrentung haben wie Arbeitslosigkeit die Abkoppelung vom Produktionsprozeß sowie schmale Finanzen zur Folge.

Mehrfache Belastungen bei einzelnen Kindern sind die Regel. Arbeitslosigkeit, Trennung der Eltern, Sprachprobleme, Integrationsschwierigkeiten von Ausländern und Aussiedlern, Alkoholismus, Verschuldung. Abhängigkeit der Eltern von ihren Eltern und Gewalttätigkeit machen die Frage nach Kausalität schwer beantwortbar. Für die

Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind alle diese Faktoren bedrohlich. In diesem Spinnennetz der Probleme verfangen Schüler sich auch deswegen fast zwangsläufig, weil in der Entwicklungsgeschichte der Familien Bewältigungsstrategien für Lebensprobleme fehlen. Die eigenen Fehlanpassungen werden sozial vererbt.

Schlechte bis mäßige Qualifikation der Eltern, mangelnde Flexibilität, schlechte eigene Schulerfahrungen und mangelndes Selbstbewußtsein machen Schule und Qualifikation zu Feindesland. Bildung wird als Zumutung und Terror, nicht als Chance erlebt. Die Kooperation mit den Eltern ist ohnehin schlecht. Eltern vermeiden den Kontakt mit der Schule. Produktiv kann das noch im Bereich Sport verarbeitet werden, negativ durch Aggressivität. Die Abkopplung von der Leistungsgesellschaft läßt auch Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Regelmäßigkeit als sinnentleerte Rituale erscheinen. Ein Kind mag sich oft nicht mit Begeisterung in das feindliche Leben stürzen, wenn sich die Eltern zu Hause gähnend in dem Bett wälzen oder sich ganze Stapel Videos reinziehen. Ist die Tätigkeitswelt verschlossen, dringt im Gegensatz dazu die Konsumwelt in alle Poren. Sie ist als Fiktion immer erreichbar. Den Familien fehlt aber die Wunschkontrolle über die Kategorien Arbeit, Leistung und Gegenwert. Diebstähle sind ebenso eine Reaktion auf diese Konflikte wie der Rückzug in ein Familienghetto.

Die Eltern kommen bei der Erziehung in Nöte, da besonders alles Modelllernen gestört ist. Die Identifikation mit den Eltern ist ebenso problematisch wie es für die Kinder schwer ist, die Eltern als Objekt der Abgrenzung -besonders in der Pubertät wichtig- ernst zu nehmen. Familiensysteme zeigen oft absurde und problemverstärkende Reaktionen: So würde ein erfolgreicher Schulbesuch Töchter und Söhne von der Lebenssituation der Eltern entfremden, sie würden Rollen und Hierarchie in der Familie in Frage stellen. Kinder wollen oft lieber Kinder ihrer Eltern bleiben und verweigern den Erfolg ebenso, wie Eltern indirekt Signale aussenden, daß sie keinen Erfolg erhoffen. Familie als System ist bedroht, wenn Kinder kompetenter als Eltern werden. Sie stellen die Machtfrage.

Psychologisch ist es eine schwerere Arbeit, Rollen zu verkehren, als durch Provokation Autorität herauszufordern und ein Eltern-Kind-Verhältnis zu erzwingen.

Eine andere Lösung für diesen Konflikt besteht darin, sich in Narzismus und Egozentrismus zu flüchten oder sich schon sehr früh -ab dem 11. Lebensjahr -in peer groups mit ihren Eigengesetzen zu flüchten. In und mit diesen Gruppen kann man dann ganz aus dem Felde gehen und sich komplett verweigern.

Eine direkte Beziehung zu einzelnen Störungsformen existiert meiner Erfahrung nach nicht, da Menschen offenbar weniger Variationen in den Störungsbildern zu entwickeln vermögen, als Ursachen vorhanden sind. Viele verschiedene Bedingungen können das gleiche Symptom zur Folge haben. Ich will das am Beispiel des Schulschwänzens erläutern.

Fernbleiben von der Schule nimmt zu. Immer jüngere Schüler fehlen immer häufiger. Schwänzen kann auftreten als eine Form von Angst bei Leistungsversagen, bei mangelnder sozialer Interaktion, bei fehlender Kontrolle, bei brisanten familiären Entwicklungen, depressiven Störungen, Alkoholismus, Mißbrauch, Einbindung in jugendliche Gangs,

Drogenkonsum, durch das Lehrerverhalten oder bei Benutzung durch die Eltern als Haushaltshilfe. Arbeitslosigkeit der Eltern ist nur ein Faktor unter vielen möglichen. Daß in vielen belasteten Familien mehrere Faktoren gemeinsam auftreten, macht Ursache-Wirkung der Aussagen schwer.

Konnte sich Schule früher mehr darauf verlassen, daß die Beziehung zu Arbeitswelt und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit vom Elternhaus durch Vorbild, Motivation, Hilfe, Druck und

Kontrolle vor allem in der Zeit der Pubertät übernommen wurde, sind Jugendliche heute oft von der normativen Kraft der Arbeitswelt abgekoppelt. Qualifikation als Selbstwert funktioniert nur bei hoch motivierten Kindern. In vielen Fällen liefen die Familie die nötige externe Motivation nicht mehr, im Gegenteil, sie bietet Identifikationsmuster des Versagens an und überläßt alles den heimlichen Erziehungsinstanzen wie Medien und peer group. Die Sinnfrage der Schule wird weder gestellt noch beantwortet.

Vermutlich landen solche Störungen bei Medizinern. Meine Erfahrung ist aber auch, daß psychosomatische Reaktionen mit Leistungsdruck und autoritärem Unterrichtsstil zunehmen und deshalb an dieser Schule nicht so häufig auftreten.

Kinderarbeit empfinde ich als ein marginales Problem. So organisieren sich viele Schüler, die familiär unbelastet und schulisch motiviert sind, einen Nebenverdienst. Bei den in ihrer Entwicklung belasteten Schülern ergibt sich eine Arbeit eher als Folge ihres Blaumachens oder ihrer Schulumüdigkeit. Der Versuch, zu Geld zu kommen, gerät bei manchen Schülern auch zu einem weiteren Problem, in das Eltern hineingezogen werden (Zeitungsaustragen, Inkasso, obskure Arbeitsverhältnisse).

Pädagogische Möglichkeiten:

Wenn es ein Rezept gäbe, hätten es alle schon längst und ich den Friedenspreis oder sowas. Ich will aber versuchen, einige der meiner Ansicht nach notwendigen Veränderungen im pädagogischen Handeln zu benennen.

1. Zum Erfolg verdammt

- Schule produziert Qualifikation, ihr Wesen ist Leistung, in und durch Schule werden gesellschaftliche Platzkarten verteilt. Jedes Versagen hat psychisch tief sitzende Kränkungen zur Folge und muß vermieden werden, jeder muß irgendwie Erfolg haben können.

2. Individualisierung und Förderung statt Selektion

Jede Selektion führt am Gewinnerende der Skala zu positiven Effekten, wird aber am anderen Ende individuell und gesellschaftlich bitter bezahlt. Wir brauchen neben der Absicherung der Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen eigentlich individuelle Entwicklungspläne für jedes Kind. Eine Ausweitung der Schulziele über kognitives Lernen hinaus, ein umfassender Bildungsansatz ist nötig.

3. Die Schule ist die Schule der Nation

Schule ist das einzige intakte und alle erreichende soziale System. Bei der zunehmenden gesellschaftlichen Desintegration kann der Erziehungsauftrag nur gewährleistet werden, wenn die Schule Schwerarbeit auf der Beziehungsebene leistet. Moralentwicklung, ethnische und soziale Integration, alle Formen sozialen Lernens müssen hier durch menschlich akzeptierende Zuwendung entwickelt werden. Gegen die zunehmende Vereinzelung und Mediatisierung

müßte Schule mehr sensorische und emotionale Erfahrung bieten. Wir müssen Schule als Heimat und Ort sozialer Beziehungen stärker gewichten.

4. Hier kann keiner machen was er will

Schule und Lehrer müssen Wert- und Sinnfragen stellen und beantworten. Benehmen und Normen des Zusammenlebens können dabei nicht zum Zweck des Machtbehaltes der Schule und der Lehrer abverlangt und sanktioniert werden. Sie finden ihre Rechtfertigung in einer

Erziehung zur Menschlichkeit, benötigen eine demokratische Legitimation und müssen deswegen in einem ständigen Diskurs mit allen Beteiligten entwickelt, aber auch kontrolliert und sanktioniert werden. Diese Kontrolle und Wertvermittlung darf nicht in Form von Gerichtsverhandlungen und Aussonderung, sondern durch intensive menschliche Zuwendung und persönliche Beratung erfolgen.

Mit freundlichem Gruß

Stadt Bochum

Der Oberstadtdirektor

44777 Bochum

Stadt Bochum • Postfach 102269 / 1022 70

4630 Bochum 1

Herrn

Eberhard Knost

Glockengarten 86

44803 Bochum

Amt Beratungsstelle für Eltern, Jugendliche und Kinder Verwaltungsgebäude

Carl-von-Ossetzky-Platz 1

Auskunft erteilt Tel. Durchwahl

Herr Heuer

Zimmer

910-9470

-j

Ihr Zeichen/Ihr Schreiben vom

Mein Zeichen (8~i Afl~od bitte)Lgdr.

Sie hatten mich in der Beratungsstelle aufgesucht und mit mir anlässlich Ihres Forschungsprojektes ein Gespräch geführt.

Wie vereinbart möchte ich Ihrer Bitte entsprechen und Ihnen meine persönlichen Erfahrungen bei der Arbeit mit Kindern hinsichtlich der von Ihnen genannten Aspekte Schulbesuch, Schulleistungen, Beziehungen zu Eltern und Lehrern, Kinderarbeit und psychosomatische Störungen mitteilen. Die Erfahrungen beruhen auf meiner Tätigkeit an weiterführenden Schulen (vor allem Haupt- und Gesamtschulen) sowie an der Psychologischen Beratungsstelle.

Ihr Interesse gilt den Auswirkungen der Langzeit-Arbeitslosigkeit Vorab muß für mein Tätigkeitsfeld gesagt werden, daß Probleme, die sich bei Kindern arbeitsloser Eltern zeigen, nur sehr selten der Arbeitslosigkeit ursächlich zugeschrieben werden können. Es läßt sich zwar häufig eine Beziehung zur Arbeitslosigkeit der Eltern herstellen, jedoch sind auch viele weitere Faktoren mitbedingend oder als Ursache möglich, so z. B. frühere familiäre Erziehungspraktiken und elterliche Einstellungen. Bei den folgenden Erfahrungen kann es sich daher nicht um statistisch gesicherte Erkenntnisse-noch dazu im Sinne eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und nachgenannten Problemen bei Kindern und Jugendlichen-"handeln". Interindividuelle Unterschiede zu Kindern von nicht-arbeitslose-. Eltern konnten nicht festgemacht werden, wohl aber intraindividuelle Veränderungen bei einzelnen Kindern und Jugendlichen.

In allen beobachteten Fällen war das Verhältnis Zwischen arbeitslosen Eltern und Kindern nicht nachhaltig gestört, sondern es trat bei den Kindern meist nur eine vorübergehende Verunsicherung aufgrund der Neuorganisation der familialen Beziehungsstruktur (Anwesenheitsdauer, Aufgabenverteilung, Verantwortlichkeiten etc.) auf, der oft eine Verschlechterung der Schulleistungen nach sich zog. Bei der Neuverteilung der Aufgaben in der Familie übernahmen die Väter-, die vorher wenig in die familialen Erziehungspraktiken integriert waren, die Aufgabe der Bildungsförderung in Form von rigider Überwachung der Schulleistungen. Der gut gemeinte Anspruch ("Das Kind soll es später einmal besser haben; was soll dem nicht passieren, deswegen braucht es einen guten Schulabschluß".) führte in einigen Fällen zu deutlich überhöhtem, realitätsfernen Anspruchsniveau der Väter, worauf die Kinder nur mit zeitweisen Schulleistungsversagen reagieren konnten. Der Schulbesuch direkt war in keinem von mir beobachteten Fall ursächlich betroffen.

Arbeitslosigkeit wirkte sich bei den Kindern des öfteren nicht unmittelbar sondern mittelbar über eine Kette von Veränderungen bei den Eltern aus. So führte das "Ohne-Aufgabe-Sein" zum "In den Tag Hineinleben", zu einem geänderten Freizeitverhalten, das häufig negative Formen bei den betroffenen Elternteilen annahm; als Beispiel sei hier der deutlich erhöhte Fernsehkonsum angeführt, der im Sinne des Modellerns von den Kindern übernommen wurde.

Während anfänglich das Selbstbild einiger Kinder und Jugendlicher-möglicherweise auch in Abhängigkeit von der Verarbeitung der Arbeitslosigkeit durch die Eltern-negative Auswirkungen aufwies, ging dieses Phänomen in allen Fällen rasch zurück, zumal auch die soziale Position in der Schulklasse bei den Kindern aus den von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien keine Veränderung erfuhr. Dies betrifft meine Erfahrungen an Haupt- und Gesamtschulen, wo aufgrund der sozialen Schichtung der Elternhäuser Arbeitslosigkeit durchaus mittlerweile zur Normalität gehört und die Kinder nach der ersten Verunsicherung schnell erfahren, daß sie mit diesem Familienschicksal nicht allein dastehen.

In ihren Ansprüchen und der Ausweitung ihrer Rechte versuchten einige Jugendliche zu Beginn der elterlichen Arbeitslosigkeit über das tolerable Maß hinaus, Freiräume auszudehnen, die Eltern gegeneinander auszuspielen und die Verunsicherung auszunutzen, die bei den Eltern dadurch entstand, daß sich ein mit den bisherigen Erziehungspraktiken nicht besonders vertrauter Elternteil nunmehr in die Erziehung einmischte und erst neue, gemeinsame Übereinkünfte und Maßstäbe gefunden werden mußten.

Psychosomatische Störungen wie Schlafstörungen traten bei Kindern vor allem dann auf, wenn neben der Arbeitslosigkeit weitere Faktoren-möglicherweise auch als Folge der Arbeitslosigkeit z. B. Alkoholabusus-zur Auflösung des familialen Zusammenhalts zu führen drohten.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Ausführungen für Ihr Projekt behilflich gewesen zu sein.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

Heuer

Schule für Lernbehinderte (Sonderschule) Bochum
-4600 Bochum 7

Bochum, den 14.03.1993

Herrn

Eberhard Knost
Glockengarten 86
4630 Bochum

Ihr Zeichen / Ihr Schreiben vom
Betr.: Untersuchung zum Thema "Kinder von arbeitslosen Eltern"

Zur o.a.Problematik habe ich folgende persönliche Erfahrungen gemacht.

Der Schulbesuch wird eher locker gehandhabt, da von den Eltern meist nicht der nötige Druck ausgeübt wird. Dasselbe gilt für das Anfertigen von Hausaufgaben, wo in der Regel jegliche häusliche Unterstützung fehlt. Da diese Eltern nie zur Schule kommen, wird bei Hausbesuchen immer wieder auf die mangelnde Elternunterstützung bei den Schulproblemen des Kindes hingewiesen. Dabei erkennt man immer die Einsicht der Eltern, es werden immer wieder Versprechungen gemacht, aber: dabei bleibt es auch.

Ab den Alter von 15 Jahren "jobben" diese Kinder sehr gern obwohl sie einen großen Teil des verdienten Geldes zu Haus abgeben müssen. Dadurch wird der Schulbesuch meist noch unregelmäßiger und der Wille, in der Schule weiterzukommen, erlischt fast völlig.

Unterschrift

Versicherung

Ich versichere, dass ich diese Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt, nur die angegebenen Quellen benutzt und die benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Bochum, 01.09.2000